



	Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS	4198		Dr. Fritz Hähle, CDU	4221
	Astrid Günther-Schmidt, GRÜNE	4200		Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS	4221
	Steffen Flath, Staatsminister für Kultus	4200		Dr. Fritz Hähle, CDU	4221
	Astrid Günther-Schmidt, GRÜNE	4201		Dr. Jürgen Martens, FDP	4222
	Steffen Flath, Staatsminister für Kultus	4201		Dr. Fritz Hähle, CDU	4222
	Heike Werner, Linksfraktion.PDS	4202		Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS	4222
	Dr. Karl-Heinz Gerstenberg, GRÜNE	4202		Dr. Fritz Hähle, CDU	4222
	Abstimmung und Ablehnung	4203		Dr. Jürgen Martens, FDP	4222
				Dr. Michael Friedrich, Linksfraktion.PDS	4224
<b>4</b>	<b>Bundratsinitiative des Freistaates Sachsen gegen eine Hartz-IV- „Generalrevision“ der Bundes- regierung Drucksache 4/5525, Antrag der Fraktion der NPD</b>	<b>4203</b>		Dr. Albrecht Buttolo, Staatsminister des Innern	4224
	Holger Apfel, NPD	4203		Dr. Jürgen Martens, FDP	4226
	Prof. Dr. Günther Schneider, CDU	4205		Johannes Lichdi, GRÜNE	4226
	Dr. Karl-Heinz Gerstenberg, GRÜNE	4205		Abstimmung und Ablehnung Drucksache 4/5377	4227
	Uwe Leichsenring, NPD	4206		Dr. André Hahn, Linksfraktion.PDS	4227
	Prof. Dr. Cornelius Weiss, SPD	4206		Abstimmungen und Ablehnungen Drucksache 4/4852	4227
	Uwe Leichsenring, NPD	4206			
	Abstimmung und Ablehnung	4207			
<b>5</b>	<b>– Regierungserklärung des Minis- terpräsidenten zur Verwaltungs- und Funktionalreform Drucksache 4/5377, Antrag der Fraktion der FDP – Unterrichtung des Landtages über die Verwaltungsreform Drucksache 4/4852, Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN</b>	<b>4208</b>	<b>6</b>	<b>Verantwortung für das Klima – Neubau eines Braunkohlekraftwerks in Boxberg abwenden Drucksache 4/5526, Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN</b>	<b>4227</b>
	Dr. Albrecht Buttolo, Staatsminister des Innern	4208		Johannes Lichdi, GRÜNE	4227
	Dr. Jürgen Martens, FDP	4209		Heinz Lehmann, CDU	4229
	Johannes Lichdi, GRÜNE	4211		Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS	4230
	Dr. Albrecht Buttolo, Staatsminister des Innern	4211		Heinz Lehmann, CDU	4230
	Johannes Lichdi, GRÜNE	4211		Elke Altmann, Linksfraktion.PDS	4230
	Volker Bandmann, CDU	4213		Heinz Lehmann, CDU	4230
	Dr. Michael Friedrich, Linksfraktion.PDS	4214		Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS	4231
	Stefan Brangs, SPD	4216		Heinz Lehmann, CDU	4231
	Johannes Lichdi, GRÜNE	4217		Dr. Monika Runge, Linksfraktion.PDS	4231
	Stefan Brangs, SPD	4217		Johannes Gerlach, SPD	4233
	Dr. Michael Friedrich, Linksfraktion.PDS	4218		Matthias Paul, NPD	4234
	Stefan Brangs, SPD	4218		Tino Günther, FDP	4235
	Dr. Michael Friedrich, Linksfraktion.PDS	4219		Mirko Schmidt, fraktionslos	4236
	Stefan Brangs, SPD	4219		Stanislaw Tillich, Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft	4236
	Dr. Johannes Müller, NPD	4219		Johannes Lichdi, GRÜNE	4238
	Mirko Schmidt, fraktionslos	4220		Abstimmungen und Ablehnungen	4238
				Heiko Kosel, Linksfraktion.PDS	4239
				Nächste Landtagssitzung	4239

## Eröffnung

(Beginn der Sitzung: 10:01 Uhr)

**Präsident Erich Itgen:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 53. Sitzung des 4. Sächsischen Landtages. Folgende Abgeordnete, von denen Entschuldigungen zu unserer heutigen Sitzung vorliegen, sind beurlaubt: Prof. Dr. Milbradt, Herr Winkler, Herr Dr. Metz, Herr Colditz, Herr Zastrow, Herr Eggert und Frau Dr. Schwarz.

Meine Damen und Herren, die Tagesordnung zu unserer heutigen Sitzung liegt Ihnen vor. Folgende Redezeiten hat das Präsidium festgelegt: für die Tagesordnungspunkte 2 bis 6 CDU 95 Minuten, Linksfraktion.PDS 75 Minuten, SPD, NPD, FDP und GRÜNE jeweils 40 Minuten, fraktionslose MdL 7 Minuten und die Staatsregierung 75 Minuten. Die Redezeiten können wie immer auf die Tagesordnungspunkte entsprechend dem Redebedarf der Fraktionen verteilt werden.

Ich frage, ob es zu der Ihnen vorliegenden Tagesordnung noch Ergänzungen gibt. – Bitte schön.

**Uwe Leichsenring, NPD:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Folgende Situation war entstanden: Die FDP-Fraktion hat zeitgleich mit meiner Fraktion, der NPD-Fraktion, eine Aktuelle Debatte zum Thema Bürokratieabbau eingereicht. Wir hatten uns dann mit der FDP-

Fraktion darauf geeinigt, dass wir das heute zusammen machen. Ich hatte mich mit Herrn Zastrow abgesprochen, dass heute beide Aktuellen Debatten zu einer Stunde zusammengefasst werden. Das ist vom Präsidium in seiner Weisheit abgelehnt worden, weil es diesen Fall angeblich noch nicht gab. Das führt dazu, dass wir heute und morgen jeweils in einer Aktuellen Debatte zum Thema Bürokratieabbau sprechen würden.

Die NPD-Fraktion hat sich deshalb entschlossen, heute auf diese Aktuelle Debatte zu verzichten und sie morgen zusammen mit der FDP-Fraktion zu führen, um uns eine Dopplung zu ersparen. – Vielen Dank.

(Jürgen Gansel, NPD: Das ist doch mal ein feiner Zug, oder?)

**Präsident Erich Itgen:** Meine Damen und Herren, gibt es weitere Änderungsanträge zur Tagesordnung? – Wenn das nicht der Fall ist, dann bitte ich die Absetzung der Aktuellen Debatte von der Tagesordnung zur Kenntnis zu nehmen. Wir werden nun die Ihnen vorliegende Tagesordnung abarbeiten. Mit Ihrem Einverständnis ist diese Tagesordnung für unsere heutige Sitzung beschlossen.

Meine Damen und Herren, wir kommen damit zur Tagesordnung selbst. Ich rufe auf den

## Tagesordnungspunkt 1

### Aktuelle Stunde

### Aktuelle Debatte

## Das Versagen der Staatsregierung bei der demokratischen Erarbeitung des Entwicklungsprogramms 2007 bis 2013 für den ländlichen Raum

### Antrag der Linksfraktion.PDS

Die Verteilung der Gesamtredezeit hat das Präsidium wie folgt vorgenommen: CDU 36 Minuten, Linksfraktion.PDS 31 Minuten, SPD 12 Minuten, NPD 17 Minuten, FDP und GRÜNE je 12 Minuten. Hier würde sich bei der NPD-Fraktion etwas ändern. Das müssten dann auch 12 Minuten sein.

Meine Damen und Herren! Wir kommen nun zur Aktuellen Debatte selbst. Als Antragstellerin hat zunächst die Linksfraktion.PDS das Wort, die weitere Reihenfolge: CDU, SPD, NPD, FDP, GRÜNE und die Staatsregierung. Die Debatte ist eröffnet. Ich bitte die Linksfraktion.PDS, das Wort zu nehmen.

**Elke Altmann, Linksfraktion.PDS:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In diesem Jahr fallen die auf Jahre hinaus wichtigsten Entscheidungen für den ländlichen Raum in Sachsen. Es geht um dessen Förderung mit Hilfe des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung im ländlichen Raum, kurz ELER genannt. Dafür muss ein Entwicklungsprogramm für den ländli-

chen Raum im Freistaat Sachsen 2007 bis 2013 erarbeitet und der Europäischen Kommission zur Genehmigung vorgelegt werden, damit in diesem Zeitraum rund 805 Millionen Euro Fördermittel nach Sachsen fließen können.

Die EU-Verordnung für den ELER schreibt zwingend eine partnerschaftliche Erarbeitung dieses Entwicklungsprogramms vor. Wer sind nun die Partner für die Staatsregierung? Wohlgermerkt: Partner! Erstens sind das die zuständigen regionalen, lokalen und sonstigen öffentlichen Körperschaften, zweitens die Wirtschafts- und Sozialpartner und drittens sonstige geeignete Einrichtungen, die die Zivilgesellschaft vertreten. Das sind Nichtregierungsorganisationen, wie zum Beispiel Umweltorganisationen und Einrichtungen für die Förderung der Gleichstellung von Männern und Frauen. All diese Menschen, meine Damen und Herren, warten seit über einem Jahr vergeblich auf die partnerschaftliche Einbeziehung durch das sächsische Landwirtschafts- und Umweltministerium.

Aus diesem Grund werfen wir von der Linksfraktion.PDS der Staatsregierung und vor allem Herrn Staatsminister Tillich persönlich vor, rechtswidrig im Sinne der ELER-Verordnung einen Alleingang bei der Erarbeitung des Entwicklungsprogramms für den ländlichen Raum zu unternehmen.

Worauf richtet sich die Kritik der Linksfraktion.PDS im Einzelnen? Die Staatsregierung soll nach der ELER-Verordnung, das ist dort nachzulesen, die Bedingungen für eine weit gespannte und effiziente Beteiligung aller relevanten Einrichtungen schaffen. Weit gespannt und effizient? Davon kann in Sachsen keine Rede sein. Die Partnerschaft soll sich auf die Ausarbeitung und Begleitung des nationalen Strategieplanes erstrecken. Das ist Bundesangelegenheit und steht heute nicht zur Debatte. Die Partnerschaft soll sich aber genauso auf die Ausarbeitung, Durchführung, Begleitung und Bewertung der Entwicklungsprogramme für den ländlichen Raum erstrecken. Auch hier Fehlanzeige in Sachsen.

Die Staatsregierung soll weiterhin nach der ELER-Verordnung alle relevanten Partner an den verschiedenen Stufen der Programmplanung beteiligen. Auch das hat bisher in Sachsen nicht stattgefunden. Die Partner, die Wirtschafts- und Sozialverbände, wollen nicht nur irgendwann zu ihrer Meinung zur von der Staatsregierung beschlossenen Förderung für den ländlichen Raum befragt werden, sondern sie wollen einbezogen werden. Das ist ihr gutes Recht. Zu guter Letzt sollen nach der Verordnung alle Entwicklungsprogramme, also auch das sächsische, vor der Genehmigung durch die EU in enger Abstimmung mit den Partnern festgelegt werden. Für diese Genehmigung sehe ich bei der bisherigen Verfahrensweise im Landwirtschafts- und Umweltministerium einfach schwarz. Diesen Nachweis werden Sie, Herr Staatsminister Tillich, gegenüber der EU-Kommission nicht führen können, wenn Sie so weitermachen wie bisher.

Es ist also höchste Zeit, dass Sie von Ihrem hohen Ross herunterkommen. Warum begreifen Sie nicht, dass das Landwirtschafts- und Umweltressort nicht die Staatskanzlei, elitär eingerichtet und abgeschottet von der Außenwelt, ist? Geben Sie den Partnern unverzüglich die Möglichkeit, partnerschaftlich an der Erarbeitung des Entwicklungsprogramms teilzunehmen! Ansonsten sollte es mich nicht wundern, wenn in Kürze für Sachsen bei der Europäischen Kommission Beschwerden über das Vorhalten von gesetzlich verbrieften Beteiligungsrechten eingehen. In unseren Augen wäre das keineswegs eine Nestbeschmutzung, sondern einfach nur Nothilfe.

Ich frage mich, warum Sie sich derartige Schnitzer leisten. Sie sind doch in den letzten Jahren in Brüssel in Sachen Landwirtschaft und Naturschutz mehrfach unangenehm aufgefallen.

(Staatsminister Stanislaw Tillich: Na aber!)

– Das „na aber“ reicht schon. Ich muss es nicht weiter kommentieren. Sie wissen ganz genau, was gemeint ist. Wollen Sie neuerliche Konflikte mit der Kommission

riskieren? Glauben Sie, dass Sie wieder mit einem blauen Auge davonkommen? In jedem Fall setzen Sie Sachsens Handlungsfähigkeit im ländlichen Raum aufs Spiel.

Unsere Forderung ist: Setzen Sie sich stattdessen mit den ELER-Partnern an einen Tisch! Nutzen Sie die nächsten Monate für ausführliche und inhaltsorientierte Gespräche mit ihnen. Das hätte einen beachtenswerten mehrseitigen Nebeneffekt: Sie wüssten dann besser, worüber Sie im Landtag sprechen, und ich könnte mich endlich auf wirklich inhaltliche Auseinandersetzungen mit Ihnen freuen.

In meinem nächsten Redebeitrag werde ich dennoch die inhaltliche Auseinandersetzung versuchen. Für jetzt bedanke ich mich erst einmal für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

**Präsident Erich Iltgen:** Ich erteile der Fraktion der CDU das Wort. Herr Heinz, bitte.

**Andreas Heinz, CDU :** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Beim Lesen des Titels der Debatte fühle ich mich versucht, die Antragstellerin einmal so zu behandeln, wie es gelegentlich Altministerpräsident Biedenkopf mit Journalisten getan hat, die sich durch sehr unqualifizierte Fragestellungen ausgezeichnet haben. Er hat nämlich den betreffenden Journalisten gesagt: Wer die Frage so stellt, wie sie gestellt ist, der hat entweder keine Ahnung vom Thema oder ist nicht an einer wirklich sachlichen Behandlung des Themas interessiert. Er hat den Journalisten dann weiter gesagt, wie denn die Frage zu stellen wäre, wenn man Ahnung gehabt hätte oder wenn man das Thema sachlich aufarbeiten möchte. Er hat dann die Frage so beantwortet, dass sie dem Thema angepasst war.

Worin zeichnet sich aus, dass der Antragsteller an einer sachlichen Abhandlung des Themas nicht interessiert sein kann? Ich habe einmal herauszufinden versucht, wie eine demokratische Erarbeitung in den Richtlinien definiert ist. Ich konnte dazu nichts finden. Die meisten der Bürger verbinden EU weniger mit Demokratie als eher mit Bürokratie. Insofern liegt es nahe, dass es hier von der Bürokratie festgelegte Regeln gibt, wie solch ein Plan aufzustellen ist. Wenn man dann nach solchen Regeln sucht, wird man auch fündig, unter anderem in Artikel 6 der entsprechenden Richtlinie, in dem auch die Beteiligung der Sozialpartner festgeschrieben ist. Zeiten, genaue Fristen, wo, wann und an welcher Stelle die Sozialpartner einzubinden sind, finden wir dort nicht. Insofern kann nicht hergeleitet werden, dass irgendetwas versäumt wurde oder jemand zu spät einbezogen worden ist. Es wurde auch der eine oder andere nicht vergessen.

Die gesamten einführenden Bemerkungen zum ELER-Programm muss ich an dieser Stelle nicht wiederholen, möchte aber noch kurz darauf eingehen, dass man, bevor man ein Programm erarbeitet, trotzdem gewisse Grundlagen dafür haben muss. Die entsprechende Verordnung zur Erarbeitung des ELER ist seit Oktober 2005 in Kraft und

als Rechtsgrundlage für alle verbindlich. Das heißt, an dieser Stelle konnte eigentlich erst die Erarbeitung beginnen.

Als Nächstes: Wenn wir einen Plan erarbeiten, ist es ganz klug zu wissen, wie viel Geld zur Verteilung zur Verfügung steht, um uns am Ende nicht von der Opposition vorwerfen lassen zu müssen – was sicherlich geschehen würde –, dass entweder zu viel oder zu wenig Geld unter die Leute gebracht wird. Diese zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel sind seit wenigen Tagen, das heißt genau seit Dezember, auf dem Berliner Gipfel durch die Regierungschefs beschlossen worden. Die Zahl ist noch nicht verbindlich, weil die Europäische Kommission bzw. das Parlament dazu noch einen Beschluss fassen muss.

Wir sind also hier im Prinzip der Zeit schon sehr voraus: Wir haben trotz noch nicht genau feststehender Rahmenbedingungen die Pläne bearbeitet. Das ist auch gut und richtig so; denn man wartet am Anfang einer neuen Förderperiode nicht nur auf Pläne aus Sachsen, die zu genehmigen sind, sondern aus der gesamten EU werden derartige Unterlagen eingehen. Insofern muss unser Ziel sein, die Unterlagen möglichst zeitnah einzureichen, sodass die Bearbeitung möglichst schnell erfolgt und zum 01.01.2007 die Arbeit mit bestätigten Richtlinien beginnen kann. Ich möchte mir das Theater nicht vorstellen, was denn wäre, wenn Sachsen seine Programme wieder zuletzt genehmigen lassen würde.

Ich möchte mich an dieser Stelle beim Sächsischen Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft für die hier gewählte Verfahrensweise bedanken und erwähnen, dass der Kreis der Sozialpartner im Rahmen der Erarbeitung erweitert worden ist, und zwar von 38 auf 44 Sozialpartner, die mit angehört wurden, und dass diese Liste nach oben hin offen ist. Ich kann an dieser Stelle der Opposition, in dem Fall der Antragstellerin, nur zurufen: Gut gebrüllt, aber leider an der völlig falschen Stelle!

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Erich Iltgen:** Ich erteile der Fraktion der SPD, Frau Dr. Deicke, das Wort.

**Dr. Liane Deicke, SPD:** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Als ich den Titel der Debatte gelesen habe, fiel mir auf, dass über dieses Thema schon einmal debattiert wurde. In der Tat hat es eine ähnliche Debatte bereits im letzten Jahr gegeben, damals zu einem Antrag der GRÜNEN. Dieser Antrag war betitelt: „EU-Struktur- und -Landwirtschaftsfonds: Partizipationsmöglichkeiten lokaler und regionaler Akteure in Sachsen für die Diskussion über die Förderperiode von 2007 bis 2013 frühzeitig verbessern“.

Bei dem Antrag der GRÜNEN ging es um alle europäischen Fonds, heute geht es nur um den ELER-Fonds und damit um das Entwicklungsprogramm für den ländlichen Raum, das die Staatsregierung jetzt im Entwurf vorgelegt hat.

In der Debatte im September konnte nach meiner Meinung eindeutig dargelegt werden, dass es bereits im Vorfeld eine breite Beteiligung der Wirtschafts- und Sozialpartner gegeben hat. Diese Beteiligung wird in einem kontinuierlichen Prozess fortgesetzt. Die EU schreibt diese Beteiligung vor. Das haben meine Vorredner auch betont.

(Dr. André Hahn, Linksfraktion.PDS:  
Warum macht ihr das nicht?)

Sie verlangt eine Einbeziehung der maßgeblichen Akteure in die Ausarbeitung der Maßnahmen zur Entwicklung der ländlichen Räume, noch einmal nachzulesen in der Verordnung selbst.

Sachsen hat diese Vorgaben bei der Erarbeitung des Programms ausreichend berücksichtigt, und auch nach der Vorlage des Entwurfs findet noch einmal eine Beteiligung der Wirtschafts- und Sozialpartner statt. Also von einem Alleingang kann da wahrlich nicht die Rede sein.

Im Juli soll dann im Kabinett darüber entschieden werden. Ich gehe davon aus, dass der Staatsminister dazu im Einzelnen sicherlich noch einmal die demokratische Beteiligung darlegen will. Deswegen erstaunt es mich schon, dass die Linksfraktion jetzt diese Debatte wieder aufwärmt. Schon damals gab es keinen Grund für derartige Vorwürfe gegen die Staatsregierung, genauso wenig wie jetzt. Offenbar hat die Linksfraktion aber ein anderes Verständnis von demokratischer Beteiligung, als wir es haben.

Man muss aber eingestehen, dass die Erstellung des Programms mit Problemen verbunden war und noch weitere Hürden zu nehmen sind. Das hängt aber nicht mit mangelnder Beteiligung zusammen, sondern mit dem enorm engen Zeitplan. Ich erinnere noch einmal daran, dass es nach langen Verhandlungen in Brüssel gelungen ist, in Bezug auf die Förderperiode 2007 bis 2013 eine Einigung zu erzielen. Das war damals ein hartes Stück Arbeit und erst am 20. September 2005 konnte die ELER-Verordnung verabschiedet werden. Auf dieser Grundlage wurde der nationale Strategieplan erarbeitet, der bisher aber auch erst im Entwurf vorliegt. Damit ist noch nicht einmal klar, welche Konvergenzmittel Sachsen zusätzlich erhält. Unter diesen Bedingungen ist die Erarbeitung dieses Programms schwierig, vor allem deshalb, weil die neue Förderperiode schon in einem halben Jahr beginnt. Ich bin aber der festen Überzeugung, dass die Kuh bis dahin vom Eis sein wird.

Danke.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Erich Iltgen:** Ich erteile der Fraktion der NPD das Wort. Herr Paul, bitte.

**Matthias Paul, NPD:** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich finde es gut, dass wir heute über diese ELER-Verordnung debattieren. Im Artikel 6 der ELER-Verordnung ist festgeschrieben, dass

für alle Stufen der Ausarbeitung, Durchführung, Begleitung und Bewertung eine enge Abstimmung, also Partnerschaft, mit allen öffentlichen Körperschaften, Wirtschafts- und Sozialpartnern sowie sonstigen geeigneten Einrichtungen und Organisationen zu erfolgen hat. Die Pflicht gilt sowohl für die nationale Strategie als auch für die Umsetzung in den jeweiligen Ländern. Gerade bei den Entwicklungsprogrammen in den Ländern ist diese partnerschaftliche Beteiligung besonders wichtig, da es hier um konkrete praktische Maßnahmen geht. Auch wir von der NPD-Fraktion kritisieren die fehlenden Mitwirkungsmöglichkeiten der beteiligten Verbände und Institutionen. Alle hatten zwar die Möglichkeit, Stellung zu nehmen; es wurden aber bisher keine oder kaum Vorschläge in das Entwicklungsprogramm aufgenommen.

Die Verzögerung der Entscheidung über den EU-Haushalt hat der Staatsregierung ein Argument gegeben, in der Vergangenheit zu behaupten, man kenne noch keine Zahlen und wisse deshalb noch nicht, wie die Mittelverwendung ausfallen soll. Irgendwann muss dann das Entwicklungsprogramm noch vom Bund und der EU notifiziert werden und letztendlich zum 1. Januar 2007 fertig sein.

Viele Verbände bzw. Wirtschafts- und Sozialpartner gestehen zwar ein, dass der Informationsfluss erstaunlich ist. Das heißt, man wundert sich, warum die Staatsregierung so offen ist. Das betrifft aber lediglich die Situationsanalyse.

Fast alle beklagen jedoch, dass die partnerschaftliche Zusammenarbeit mehr oder weniger darin besteht, dass sich die Staatsregierung die Vorschläge der Partner anhört, diese aber kaum aufgegriffen werden. Es wird auch festgestellt, dass die Staatsregierung parallel zu den Gesprächen mit den Wirtschafts- und Sozialpartnern den Entwurf ausarbeitet. Es ist davon auszugehen, dass der Entwurf dann nur noch wenig verändert werden wird.

Es wird aus meiner Sicht eine Art Verschleppungstaktik gefahren, um dann mit dem Argument der fehlenden Zeit den Entwurf der Staatsregierung durchzudrücken. Mit Partnerschaft und Zusammenarbeit, wie im Artikel 6 der Verordnung gesetzlich festgelegt ist, hat dies aus meiner Sicht wenig zu tun. Die Staatsregierung und die Koalitionsfraktionen sind sich schon längst darüber einig, was nach ihrer Meinung das Beste für Sachsen sein soll.

Wir streiten hier über die Frage der Beteiligung von Partnern bei der Entwicklungsplanung für den ELER. Von Ihnen merkt allerdings wahrscheinlich immer noch keiner, dass er im falschen Zug sitzt. Wir reden hier nicht über EU-Geld – das haben wir bei ähnlichen Debatten immer wieder betont –, sondern über unser Geld, über Geld, das wir an die EU abführen und von dem wir dann großzügigerweise wieder einen Teil in unserem eigenen Land verwenden dürfen. Natürlich werden uns dann noch strenge Regeln vorgegeben, wofür wir unser Geld überhaupt verwenden dürfen. Rechtfertigen müssen wir uns dann auch noch, wenn wir das Geld ausgegeben haben.

Wir lehnen diese EU und ihre wohlklingenden Finanzierungsinstrumente entschieden ab.

(Beifall bei der NPD)

Die Wirtschaft verlagert in allen Bereichen ihre Produktion in Länder mit niedrigen Löhnen und niedrigen Steuern. Diese Staaten bekommen dann zusätzlich noch enorme finanzielle Zuwendungen aus den Töpfen der EU. Deutschland als größter Nettoszahler fördert also indirekt die Infrastruktur in den neuen Beitrittsländern und somit auch die Abwanderung unserer deutschen Unternehmen. Ist das Ihr Europagedanke?

Wir von der NPD sagen Ja zu Europa, aber Nein zu dieser EU!

Langfristig wird in Zukunft immer weniger von unserem Geld aus Brüssel zurück in unser Land fließen. Das betrifft die nächste, die kommende Förderperiode. Das wird auch die Förderperiode ab 2014 betreffen. Denn dann werden wir noch weniger Geld bekommen.

Es gibt zahlreiche neue Beitrittsländer, deren Finanzbedarf einem Fass ohne Boden gleicht. Solange man dies jedoch angesichts der aktuellen politischen Lage in unserem Land und innerhalb der Europäischen Union nicht ändern kann, so lange muss man zumindest das Beste daraus machen. Dazu gehört die umfangreiche Einbeziehung der Wirtschafts- und Sozialverbände und aller infrage kommenden Partner bei der Ausarbeitung der jeweiligen Entwicklungsprogramme.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der NPD)

**Präsident Erich Itgen:** Ich erteile der Fraktion der FDP das Wort. Herr Günther, bitte.

**Tino Günther, FDP:** Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Also, Herr Paul, Sie haben sich ja wieder einmal als der Gralshüter der EU-politischen Dummheit hier erwiesen. Das, was Sie hier zur Struktur der EU-Fördergelder verkündet haben, war wieder einmal Dummheit.

(Widerspruch bei der NPD –

Uwe Leichsenring, NPD: Wir bekommen wohl mehr, als wir bezahlen?)

Sehr geehrte Damen und Herren von der Linksfraktion.PDS, da hat sich jemand aus Ihren Reihen bei dem Debattentitel so richtig ausgetobt. Zuerst hatte ich gedacht, es ist ein Druckfehler und Sie meinten irgendetwas anderes. Ich habe dann nachfragen lassen und Sie meinten es genau so, wie es drinstand: „demokratische Erarbeitung“.

Grundsätzlich sollte eine Opposition Kritik üben, da, wo es notwendig ist, genauso wie eine Regierung kritikfähig sein sollte, ebenfalls da, wo es notwendig ist. Aber eben bei diesem Debattentitel könnte man meinen, wir hätten in der letzten Zeit in unterschiedlichen Ausschüssen gegessen.

Das Programm, das uns im letzten Umweltausschuss von Staatsminister Tillich vorgestellt wurde, wohlgermerkt ein Programmentwurf, noch nichts Beschlossenes, ist beachtlich in seinem Umfang, und ich meine auch inhaltlich. Mit den Operationellen Programmen werden entscheidende Weichen für den Aufbau Ost gestellt. Gerade weil nicht nur die Solidarpaktmittel aus den westlichen Bundesländern deutlich weniger werden, sondern auch die Strukturfondsmittel der EU, gilt es jetzt, die zur Verfügung stehenden Mittel – aktuell sind es in unserem Programm noch 805 Millionen Euro, also 250 Millionen Euro weniger – bestmöglich einzusetzen.

Das setzt aber eine Analyse voraus, wo und wie die bisherigen Mittel sinnvoll oder eben nicht sinnvoll eingesetzt wurden. Der vorgelegte Entwurf weist mit seinen sozioökonomischen Analysen der bisherigen Fördermaßnahmen die Bereiche aus, die ein hohes Wirkungspotenzial haben, beispielsweise den Erhalt von Kulturlandschaften und im Bereich der indirekten Beschäftigung. Ich finde es begrüßenswert, dass der ELER-Fonds die Steuergelder der Bürger – denn genau das sind sie; Gelder aus Brüssel sind auch immer etwas unsere gezahlten Steuern, aber nur etwas –

(Lachen bei der NPD – Zuruf des Abg.  
Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS)

nicht nur verteilt, sondern evaluiert und nach ihrer Wirksamkeit vergibt. Diese Evaluierung kann nur in Zusammenarbeit mit Wirtschafts- und Sozialpartnern, den Umweltorganisationen und weiteren regionalen, lokalen sowie öffentlichen Körperschaften erfolgen. Landschaftspflegeverbände und anerkannte Naturschutzverbände haben sich zum Teil gemeinsam aktiv und verantwortungsbewusst in diesen Prozess eingebracht.

Es wurden auch neue wichtige Förderfelder ausgewiesen wie die Berücksichtigung von Natura 2000 und die Wasserrahmenrichtlinie, die Lebensmittelqualitätskontrolle und die so genannte Grundversorgung im ländlichen Raum, um nur einige zu nennen. Andererseits werden durch Cross Compliance einige bisher angebotene Agrar-Umweltmaßnahmen nicht oder nicht mehr voll förderfähig sein. Deshalb müssen alle zukünftigen Förderoptionen verstärkt und auf ihre Effizienz hinsichtlich der Multifunktionalität unseres ländlichen Raumes geprüft und auf dieser Basis Prioritäten gesetzt werden.

Ob alle im Entwurf gesetzten Prioritäten unsere Zustimmung finden, muss man an anderer Stelle erörtern und dann hier im Haus bewerten. Ob die im Entwurf dargestellte Evaluierung exakt ist, wird uns spätestens der Gegencheck der EU-Kommission verraten.

Sehr geehrte Damen und Herren von der Linksfraktion.PDS! Was wollen Sie denn eigentlich genau? Ein basisdemokratisches Prozedere á la Ted-Abstimmung per Handy oder SMS nach dem Motto „Wer am lautesten schreit, erhält die meisten Fördergelder“? Leider sind wir in diesem Hohen Haus nicht bei „Wünsch dir was“!

Die Neuausrichtung der Agrarpolitik ist mit starken Veränderungen in der Landnutzung verbunden. Hinzu kommen der anhaltende Bevölkerungsrückgang sowie die überdurchschnittlich gestiegene Arbeitslosigkeit mit nunmehr 18,5 % im ländlichen Raum.

Vorrangige Entwicklung im ländlichen Raum muss aus liberaler Sicht daher sein, die regionalen Wirtschaftskreisläufe zu unterstützen, um Arbeitsplätze im ländlichen Raum zu fördern und zu erhalten und solche Wirtschaftszweige zu stärken, die einem Erhalt der Kulturlandschaft und der Artenvielfalt dienen.

Bei der Lösung der kommenden Probleme ist es geboten, alle gesellschaftlichen Gruppen und Verbände in die Erarbeitung einzubeziehen. Die Staatsregierung ist gut beraten, dies zu tun. Das ist meiner Meinung nach im vorliegenden Fall auch geschehen. Hier kann sich Minister Jurk mal ein Beispiel an seinem Amtskollegen Tillich nehmen.

(Beifall der Abg. Rita Henke, CDU)

Das SMWA hat die umfangreichen Stellungnahmen der Wirtschaftsverbände zur Strukturfondsperiode 2007 bis 2013 nicht wirklich zur Kenntnis genommen, wie wir hier kürzlich in einer Debatte vorgetragen haben. Wie ich aber eingangs schon ausführte, sollte eine Opposition grundsätzlich Kritik da üben, wo es nötig ist. Ihre Kritik, sehr geehrte Damen und Herren von der Linksfraktion.PDS, hat Herr Tillich heute ausnahmsweise mal nicht verdient.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

**Präsident Erich Iltgen:** Ich erteile der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Herr Lichdi, bitte.

**Johannes Lichdi, GRÜNE:** Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich kann ja verstehen, dass die FDP gern an der Regierung beteiligt werden möchte. Aber ganz so offensichtlich muss man es doch nicht machen.

Am Anfang möchte ich noch einmal kurz darauf eingehen, welche Bedeutung der ELER eigentlich hat. Der ELER mit 805 Millionen Euro – nicht 850 Millionen Euro, Frau Altmann; wahrscheinlich war das ein Versprecher – ist das zentrale Instrument für die Jahre 2007 bis 2013 für den ländlichen Raum. Der ELER ist natürlich die europäische Verordnung. Hier in Sachsen reden wir über die Entwicklungspläne für den ländlichen Raum, also über die EPLR.

Ich kann es Ihnen nicht ersparen, ich muss mich jetzt meinem Vorredner ein Stück weit anschließen: Der Titel Ihrer Aktuellen Debatte ist daneben. Es kann natürlich nicht um die „demokratische Erarbeitung“ gehen, weil Demokratie heißt, dass entweder das Volk unmittelbar oder seine Vertreter, also der Sächsische Landtag oder der Bundestag, eine Entscheidung treffen.

(Zuruf des Abg. Frank Kupfer, CDU)

Es wäre aus unserer Sicht durchaus diskussionswürdig zu sagen: Warum sollen wir nicht den EPLR, also den sächsischen Entwicklungsplan auf Grundlage des ELER, tatsächlich hier im Landtag diskutieren und beschließen? Das wäre eine schöne demokratische Geschichte.

Was Sie hier angreifen und auch zu Recht – an dem Punkt sind wir mit Ihnen einig –, ist, dass die durch die Staatsregierung vorgesehene Partizipation, das ist Beteiligung von gesellschaftlichen Gruppen, von Bürgern – ist aber nicht Demokratie –, de facto nicht stattgefunden hat.

Wir können aus unserer Sicht das, was Sie, Herr Staatsminister, getan haben, bestenfalls als Informationsübermittlung bezeichnen. Aber eine Beteiligung geht natürlich etwas weiter, als den Menschen ein paar Informationen hinzuwerfen und danach wieder einzusammeln, was sie darauf geantwortet haben.

Herr Heinz, ich wundere mich schon sehr, wenn ausgerechnet Sie von der CDU-Fraktion, die immer „Eins-zu-Eins-Umsetzung“ usw. schreien, sich darüber beklagen, dass die EU-Verordnung keine Zeitvorgaben für den Partizipationsprozess festgelegt hat. Ja, dann seien Sie doch froh, wenn uns die EU eine Freiheit gibt, die wir autonom ausfüllen können! Aber bei Ihrem zentralistischen Staatsverständnis fehlt Ihnen natürlich die partizipatorische Fantasie, um dies tatsächlich auszufüllen.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

Dass dies nicht nur hergeholt ist, möchte ich Ihnen noch einmal sagen. Sie kennen das: Es gab in Eibenstock am 9. März eine Tagung der Wirtschafts- und Sozialpartner. Sie haben eine Resolution niedergelegt, aus der ich zitiere Die Sozialpartner haben darin geschrieben: „Wir sind enttäuscht, dass bisher im Freistaat Sachsen eine Beteiligung der zukünftigen Wirtschafts- und Sozialpartner bei der Planung der zukünftigen Fördermaßnahmen nur sehr begrenzt stattfindet.“ – Das ist natürlich die Höflichkeit. „Angesichts der knappen Fristen für den ländlichen Entwicklungsplan wird das Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft dringend darum gebeten, zeitnah eine qualifizierte Beteiligung sicherzustellen, die den hohen Ansprüchen der ELER-Verordnung genügt.“

Herr Staatsminister Tillich, ich muss an dieser Stelle eine dezidierte Kritik anbringen: Wir fordern eine echte Partizipation, eine echte Beteiligung, die über eine reine Informationsübermittlung hinausgeht.

(Vereinzelt Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

– Danke. – Nach unserer Kenntnis besteht auch bei der EU-Kommission der Eindruck, dass man hier eben seitens der Staatsregierung nicht genug partizipatorische Fantasie walten lässt. Wir hoffen auf Bewegung im Rahmen Ihres Kommunikationskonzeptes und wir wollen diese Debatte noch für einige inhaltliche Punkte nutzen. Aber dies behalte ich meinem zweiten Redebeitrag vor.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN  
und der Linksfraktion.PDS)

**Präsident Erich Iltgen:** Ich erteile der Linksfraktion.PDS das Wort; Frau Altmann.

**Elke Altmann, Linksfraktion.PDS:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Auseinandersetzung mit den Redebeiträgen aus den anderen Fraktionen hebe ich mir für die dritte Runde auf. Dafür möchte ich noch ein wenig sammeln.

Nun komme ich erst einmal zu der angekündigten inhaltlichen Auseinandersetzung mit dem Entwurf, den die Staatsregierung zum Entwicklungsplan für den ländlichen Raum vorgelegt hat.

(Dr. Fritz Hähle, CDU: Da bin ich aber gespannt!)

– Darauf können Sie auch gespannt sein. Ich weiß nicht, ob Sie ihn überhaupt schon einmal gelesen haben und in der Lage sind, dabei mitzureden.

Wir von der Linksfraktion.PDS rechnen uns an, durch parlamentarischen Druck dazu beigetragen zu haben, dass Ende Mai der Entwurf des Entwicklungsprogramms für den ländlichen Raum im Freistaat Sachsen 2007 bis 2013 endlich den Wirtschafts- und Sozialpartnern zur Verfügung gestellt wurde.

Doch schon wieder wird den Partnern die Pistole auf die Brust gesetzt. Das Kabinett will sich bereits Mitte Juli – wie heute schon gehört – mit dem Entwicklungsprogramm befassen; und wir kennen doch das sächsische Kabinett: Nach der Befassung dort wird nichts an Änderungen am Programm zugelassen werden, es sei denn, die Europäische Kommission verlangt es. Wenn es so gehandhabt wird, hätten die Wirtschafts- und Sozialpartner in dieser Runde gerade einmal fünf Wochen Zeit, um sich mit dem 400-Seiten-Entwurf zu befassen und ihn zu beurteilen.

Dieser Entwurf weist an entscheidender Stelle erhebliche Lücken auf. Die in der ELER-Verordnung verlangte Rechtfertigung der gewählten Prioritäten im Hinblick auf die strategischen Leitlinien der Gemeinschaft und den nationalen Strategieplan und damit wesentliche – wenn nicht die wesentlichsten – Kernaussagen fehlen im Entwurf einfach. Der Kern ist also hohl. Da frage ich mich schon: Was ist das für eine Partnerschaft? Wie sollen die Gremien der einzelnen Wirtschafts- und Sozialpartner in so kurzer Zeit und ohne die wesentlichen Kernaussagen zu einer fundierten Einschätzung gelangen, welche allgemeinen und spezifischen Erfordernisse der ländlichen Entwicklung bis zum Jahr 2013 bestehen?

Also fordern wir von der Linksfraktion hier und heute von Herrn Staatsminister Tillich, dass er erklärt, dass der Vorhang nicht Mitte Juli geschlossen wird, sondern noch mehrere Monate offen bleibt für eine wahrhaft partnerschaftliche Debatte und für eine Mitsprache der Partner. Dies sage ich auch vor dem Hintergrund dessen, was Sie, Herr Heinz, vorhin gesagt haben: Zeitknappheit usw.

Darauf komme ich im dritten Redebeitrag noch zu sprechen.

(Beifall des Abg. Prof. Dr. Peter Porsch,  
Linksfraktion.PDS – Zuruf des  
Abg. Dr. Fritz Hähle, CDU)

Es gibt tausend Gründe, die Erfahrungen und Vorstellungen für die Zukunft mit den Wirtschafts- und Sozialpartnern in gemeinsamer Arbeit entstehen zu lassen. Ich möchte hier nur das Dahinvegetieren des ökologischen Landbaus ansprechen. Seine Anbaufläche soll von 2 % im Jahr 2004 auf „sagenhafte“ 3,5 % im Jahr 2013 steigen. Dies sind gerade einmal 1 111 Hektar pro Jahr. Diese Schnapszahl ist einfach nur lächerlich und die Zahl zu einer Schnapsidee.

Daneben erscheint die Vorgabe des Landesentwicklungsplanes Sachsens aus dem Jahr 2003 von 10 % Ökolandbau auf der Anbaufläche geradezu mutig. Diese gegenwärtige Vernachlässigung des Ökolandbaus stellt aus unserer Sicht ein echtes agrarstrukturelles Problem dar, über das endlich ohne vorgehaltene Hand zwischen dem Ministerium und den Wirtschafts- und Sozialpartnern gesprochen werden muss. Sachsen verschläft sonst eine Chance, mehr Wertschöpfung, Arbeit und Kaufkraft im ländlichen Raum zu generieren.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

Meine Damen und Herren! Wenn Sie mir keinen Glauben schenken, dann vielleicht dem Magazin „Focus“. Dort war am 12. Juni 2006 zu lesen – ich zitiere –:

(Unruhe im Saal)

**Präsident Erich Iltgen:** Ich bitte um mehr Aufmerksamkeit!

**Elke Altmann, Linksfraktion.PDS:** „Bio schießt ins Kraut. Noch hat die Branche nur einen Marktanteil von 2,5 %, aber sie wächst wie kaum eine andere. Allein im vergangenen Jahr stieg ihr Umsatz um gut 15 % auf 4 Milliarden Euro. Der Markt ist leer gefegt, die Händler streiten sich um die letzten Rohstoffe.“ – So berichtet Markus Reppin, Ökomarktexperte bei der Zentralen Markt- und Preisberichtsstelle ZMP.

Was Sie, Herr Staatsminister Tillich, bis 2013 generös mit 0,15 % pro Jahr als Wachstum der Anbaufläche des Ökolandbaus anbieten und zu fördern gedenken, ist, milde ausgedrückt, ein Unding. – Ich sehe, meine Redezeit geht zu Ende, deshalb nur noch dieser Satz zum Schluss. – Herr Staatsminister Tillich, Sie brauchen wirklich keine Angst vor den Vertreterinnen und Vertretern der Partner zu haben. Ihre Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in den Ämtern und in Ihrem Hause sind diesem Dialog mit den Partnern durchaus gewachsen, und vielleicht freuen sich einige sogar auf diesen Dialog.

Ich bedanke mich erst einmal wieder für die Aufmerksamkeit. Bis zur nächsten Runde!

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

**Präsident Erich Iltgen:** Ich erteile der Fraktion der CDU das Wort; Herr Schmidt, bitte.

**Thomas Schmidt, CDU:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Altmann, ich glaube, Sie hatten gerade die falsche Tagesordnung. Über den Ökolandbau diskutieren wir doch morgen.

(Beifall bei der CDU, der SPD,  
der FDP und den GRÜNEN)

Wollen wir also zum heutigen Thema – ELER-Verordnung, demokratische Mitwirkung der Vorhabenträger – zurückkehren.

**Präsident Erich Iltgen:** Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Thomas Schmidt, CDU:** Bitte.

**Elke Altmann, Linksfraktion.PDS:** Verehrter Herr Kollege, ist Ihnen entgangen, dass der Ökolandbau ein wesentlicher Bestandteil des Entwicklungsprogramms für den ländlichen Raum ist oder zumindest aus unserer Sicht sein sollte? Mit dem Ist ist es so eine Sache.

**Thomas Schmidt, CDU:** Dies ist mir durchaus bekannt. Wenn wir aber morgen über dieses Thema diskutieren und heute über ein anderes Thema – Sie sprechen ja von der demokratischen Mitwirkung und nicht von inhaltlichen Dingen –, sollten wir doch morgen über das sprechen, was morgen auf der Tagesordnung steht, und heute über das, was heute auf der Tagesordnung steht.

(Beifall bei der CDU, der SPD, der FDP und den  
GRÜNEN – Elke Altmann, Linksfraktion.PDS,  
meldet sich zu einer weiteren Zwischenfrage.)

**Präsident Erich Iltgen:** Gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage?

**Thomas Schmidt, CDU:** Nein. – Wir sprechen also heute über ELER, und der Entwurf der ELER-Verordnung, den wir nun vorliegen haben, ist auf der Basis dessen erarbeitet worden, was wir in den letzten Jahren bereits gefordert haben. Es ist in anderen Schwerpunkten zusammengefasst und in einigen Dingen etwas verändert worden, zum Beispiel in einer etwas anderen Förderzielrichtung. Man hat es sich jedoch nicht leicht gemacht, und wir haben etwa fünf Zentimeter DIN-A4-Seiten, eine tief greifende Analyse und letztendlich einen Entwurf, der uns am 29. Mai im Ausschuss zur Diskussion vorgelegt worden ist, bekommen.

Das Datum 29. Mai bedeutet natürlich nicht, dass nicht auch schon im Vorfeld Anregungen und Gedanken in die Erarbeitung des Planes eingebracht werden konnten. Der Minister ist damals im Ausschuss darauf eingegangen. Er hat auch Schwerpunkte benannt, die er setzen will. Einer dieser Schwerpunkte war, dass er Arbeit im ländlichen Raum erhalten möchte. Darin können wir ihn nur unterstützen.

Ich will nicht alles wiederholen, was von Andreas Heinz und von anderen Kollegen aus dem Landtag gesagt worden ist. Auf eines möchte ich aber noch einmal eingehen, und zwar auf die Behauptung, dass der Zeitdruck nur als Argument verwandt werde, um diese Angelegenheit schnell durch das Kabinett zu boxen. Ich sehe das etwas anders.

Es geht darum, dass wir auch im nächsten Jahr ein Förderprogramm haben. Der Entwurf wird von uns beschlossen und der EU zur Genehmigung eingereicht. Erst dann können wir die Richtlinie dazu erarbeiten. Diese Richtlinie brauchen wir, wenn wir im ländlichen Raum Agrar-Umwelt-Maßnahmen, Fördermaßnahmen in Kommunen und andere Dinge umsetzen und den Menschen dazu Handlungsspielräume geben wollen. Die Richtlinie brauchen wir, um den Leuten auch im nächsten Jahr das Geld für diese Aufgaben zur Verfügung zu stellen.

In diesem Zusammenhang möchte ich Ihnen von einer Begebenheit bei einem Besuch der Arbeitsgruppe „Regionale Zusammenarbeit“ in der Woiwodschaft Niederschlesien berichten. Dort ist uns gesagt worden, in Polen sei noch nie so viel Geld beispielsweise für Infrastrukturmaßnahmen zur Verfügung gestellt worden wie jetzt. Allerdings gebe es dabei ein Problem: Es fehlen zu einem großen Teil die Förderprogramme. Die Polen befürchten, dass sie möglicherweise erst Ende 2008 den Prozess der Genehmigung ihrer Programme für die Förderperiode 2007 bis 2013 abschließen können und dass ihnen so Milliarden für Investitionen im Lande verloren gehen.

Bei uns geht es nicht um Milliarden, sondern es geht um 805 Millionen Euro. Wir sollten uns das Ziel setzen, dieses Programm zügig und effektiv auf die Beine zu stellen, damit am Ende dieses Jahres die Richtlinien fertig sind, sodass unsere Bürger im nächsten Jahr damit arbeiten können. Das sollte unser Ziel sein. Wir sollten nicht über irgendwelche Dinge diskutieren, auch wenn manche Punkte sicherlich kritikwürdig sind. Das Ziel muss jedoch klar sein und diesem Ziel sollten wir uns stellen.

Danke.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Erich Iltgen:** Ich frage die SPD, ob noch Redebedarf besteht. – Die NPD? – Die FDP? – Die GRÜNEN? – Herr Lichdi, bitte.

**Johannes Lichdi, GRÜNE:** Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Frau Altmann, vielleicht können Sie morgen nicht anwesend sein, aber Sie wissen ganz genau, dass meine Fraktion die Debatte zum Ökolandbau zeitig genug angemeldet hat. Natürlich ist es Ihnen unbenommen, darauf einzugehen, denn das ist Bestandteil des ELER. Aber ich empfinde es zumindest als unkollegial – ich weiß nicht, wie ich es sonst noch bezeichnen soll –, dies jetzt unter einer anderen Anmeldung zu einem Schwerpunkt der Debatte zu machen. Wir finden das nicht in Ordnung. Ich muss Ihnen das ganz klar sagen.

(Beifall bei den GRÜNEN und  
des Abg. Thomas Schmidt, CDU)

Das scheint ja bei Ihnen jetzt einzureißen, wenn ich an das gestrige Auftreten von Herrn Fröhlich denke.

Herr Staatsminister Tillich hat am 29. Mai dieses sehr umfangreiche Papier vorgestellt. Dafür sind wir ihm auch dankbar. Er hat allerdings einen wesentlichen Punkt, auf den ich jetzt hinweise, einfach ausgelassen. Das Ganze ist nämlich nicht finanziell untersetzt. Staatsminister Tillich hat zwar die großen Blöcke beschrieben, aber wir wissen doch alle, dass wir in der neuen Periode mit 200 Millionen Euro weniger auskommen müssen. Ich werfe ihm also vor – und es ist mir wichtig, das bei dieser Debatte im Plenum rüberzubringen –, dass er eigentlich den Menschen im ländlichen Raum keinen reinen Wein einschenkt und dass er mit ihnen nicht die Diskussion führt, an welcher Stelle die Kürzungen tatsächlich vorgenommen werden sollen.

Und da sind wir wieder bei der Partizipationsdebatte und bei dem Thema, wie Sie in der sächsischen Öffentlichkeit damit umgehen, um das tatsächlich durchzusetzen. Wir haben den Eindruck, dass Sie zwar jetzt ein umfangreiches Papier vorlegen, dabei aber hoffen, da Sie schneller gearbeitet haben als andere, dass dann etwas untergeht, dass die eigentlichen Kürzungsdebatten, die eigentlichen politischen Auseinandersetzungen und die schmerzhaften Entscheidungen noch bevorstehen.

Wir würden uns wünschen, dass Sie diese Debatte ehrlich führen, dass Sie sie offen führen, dass Sie sie jetzt führen, bevor Sie endgültig im Kabinett beschließen und bevor Sie in die Haushaltsdebatte gehen. Wir haben den Eindruck, dass Sie diese Diskussion auch halb absichtlich – der Jurist würde sagen: mit Modus Sensualis, also mit bedingtem Vorsatz – vielleicht nicht führen wollen.

Das kritisieren wir und ich denke, diese Kritik ist an dieser Stelle der Debatte zu üben. Wir fordern Sie auf, möglichst schnell, also noch vor dem Kabinettsbeschluss und vor der Haushaltsdebatte, klaren Wein einzuschenken und zu sagen, wo die Kürzungen tatsächlich angesetzt werden sollen. Wir als GRÜNE können uns nicht vorstellen, dass die zusätzlichen Aufgaben NATURA 2000, Wasserrahmenrichtlinie und Bewältigung des demografischen Wandels tatsächlich bei weniger Mitteln mit derselben Effizienz erfüllt werden können. Sie müssen dort Prioritäten setzen. Diese Prioritäten müssen Sie – das verlangen wir von Ihnen – offen und politisch ehrlich diskutieren.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsident Erich Iltgen:** Ich erteile der Linksfraktion.PDS das Wort. Frau Altmann, bitte.

**Elke Altmann, Linksfraktion.PDS:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte jetzt zu den vielen

Vorwürfen, Unterstellungen usw., die es bisher in der Debatte gehagelt hat, Stellung nehmen.

Zunächst zu Herrn Lichdi und auch zum Kollegen Schmidt, was das angebliche Vorbeidiskutieren an unserem eigenen Thema betrifft: Ich weiß nicht, ob Sie beide schon einmal gehört haben, dass Inhalt und Form immer eine Einheit bilden. Für uns gehört zur Form, wie mit den entsprechenden Partnern bei der Erarbeitung des Entwicklungsprogramms umgegangen wurde. Dass dann keine andere Form herausgekommen ist als die, die ganz speziell bezüglich der Inhalte zum ökologischen Landbau gefunden wurde, ist für uns überhaupt nicht erstaunlich. Der ökologische Landbau war für mich einfach nur ein Beispiel, an dem deutlich wird, was herauskommt, wenn man die Menschen, die vor Ort Ahnung von etwas haben, nicht in die Ausarbeitung einbezieht.

Die von allen Seiten erhobenen Vorwürfe, dass das, was in § 6 der EU-ELER-Verordnung verlangt wird, nämlich partnerschaftliche Einbeziehung, ein weitgesteckter Dialog mit den Wirtschafts- und Sozialpartnern, nichts mit Demokratie zu tun haben soll, wie es im Titel dieser Debatte steht, zeigt ein zumindest eingeschränktes, ein schmalspuriges Demokratieverständnis. Demokratie endet für mich nicht hier im Parlament –

(Dr. Jürgen Martens, FDP: Nein!)

also bei der Einbeziehung von uns als Abgeordnete –, sondern Demokratie ist für mich viel mehr. Demokratie ist für mich auch Partizipation außerhalb dieses Parlaments. Wenn Menschen vor Ort in Entscheidungen einbezogen werden, dann ist das für mich eine Form von Demokratie.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS –  
Lachen bei der FDP)

Wie in diesem konkreten Fall die Einbeziehung, die Partnerschaft auszusehen hat, Herr Minister Tillich – ich sage Ihnen das noch einmal, ich könnte es Ihnen auch geben –, können Sie in § 6 der ELER-Verordnung nachlesen. Dort ist sehr wohl genau festgeschrieben, Kollege Heinz, in welcher Art und Weise diese Einbeziehung erfolgen soll. Man muss die Worte, die dort geschrieben stehen, nur richtig deuten können. Natürlich wird kein zeitlicher Ablauf angegeben; dieser aber ist an anderer Stelle festgelegt. In § 18 der Verordnung ist genau beschrieben, was sich die EU-Kommission vorbehält, wenn sie vor Erteilung der Genehmigung die Entwicklungspläne für den ländlichen Raum prüft.

**Präsident Erich Iltgen:** Gestatten Sie eine Zwischenfrage, Frau Altmann?

**Elke Altmann, Linksfraktion.PDS:** Aber bitte.

(Zurufe von der CDU: Nein, nein, nein!)

– Doch nicht! Okay, dann rede ich weiter. – Wenn das, was in § 18 der EU-Verordnung steht, seitens des Freistaates Sachsen nicht eingehalten wird, dann laufen wir schon Gefahr, dass unser Entwicklungsplan nicht genehmigt wird.

Damit ist die Gefahr, dass unser Programm sehr viel später genehmigt wird, um ein Vielfaches größer, als wenn wir uns in Sachsen jetzt noch zwei, drei Monate Zeit nehmen würden, mit den Wirtschafts- und Sozialpartnern diesen Entwurf der Staatsregierung wirklich partnerschaftlich und mitbestimmend zu diskutieren.

Ja, meine Damen und Herren, ich habe mich über die lebhafteste Debatte sehr gefreut. Ich denke, diese Debatte ist notwendig gewesen, auch wenn Sie alle dies abgestritten haben. Ich bin sehr gespannt auf die Äußerungen von Herrn Minister Tillich.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

**Präsident Erich Iltgen:** Wird von den Fraktionen noch das Wort gewünscht? – Herr Heinz, bitte.

**Andreas Heinz, CDU:** Ich möchte doch noch einmal kurz reagieren. Liebe Kollegen, nicht der Inhalt bedingt die Form, sondern wenn, dann bedingt höchstens die Funktion die Form. Wir jedenfalls konnten vom Titel der Debatte, der sich auf Verfahrensfragen bezieht, nicht auf eine inhaltliche Diskussion schließen. Deshalb haben wir diese auch vermieden.

Ich möchte trotzdem noch zwei Worte zum Inhalt sagen. Für uns geht der Entwurf vollkommen in die richtige Richtung, nämlich dahin, Arbeit und Wertschöpfung im ländlichen Raum zu schaffen, zu erhalten und weiter zu verbessern. Dass es noch Möglichkeiten für einen gewissen Feinschliff an der einen oder anderen Stelle geben wird und dass dieser vielleicht auch notwendig ist, möchte ich nicht bestreiten. Das werden wir tun.

Lieber Kollege Lichdi! – Wo ist er? –

(Volker Bandmann, CDU: Weg ist er!)

– In diesem Fall hat sich das Thema für ihn schon erledigt. – Ich möchte nur sagen: Ich habe mich nicht beklagt, dass es keine zeitlichen Vorgaben gibt, sondern ich habe nur festgestellt, dass es diese nicht gibt und dass man, wenn es diese nicht gibt, auch nicht dagegen verstoßen kann.

Ansonsten haben wir in dem Entwurf reinen Wein eingeschenkt, wo die 200 Millionen Euro, die nun nicht mehr zur Verfügung stehen, eingespart werden sollen. Das wird bei flächendeckenden Umweltmaßnahmen passieren, die zum Teil auch durch Cross Compliance ersetzt werden, welche jetzt gesetzliche Anforderung und demzufolge nicht mehr förderfähig sind, und das wird im Bereich Dorfentwicklung bei der Fassadengestaltung, die nicht mehr förderfähig ist, passieren.

Ansonsten wünsche ich weiterhin viel Vergnügen beim Studium des umfangreichen Werkes und darf mich nochmals bei der Staatsregierung für die Erarbeitung bedanken.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Erich Iltgen:** Wird von der Linksfraktion.PDS noch das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann bitte die Staatsregierung, Herr Minister Tillich.

**Stanislaw Tillich, Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft:** Vielen Dank, Herr Präsident. – Meine Damen und Herren Abgeordneten! Frau Altmann, Sie haben mich heute amüsiert. Zum Ersten möchte ich mich bei Ihnen für das Kompliment für mein Haus bedanken. Sie haben es als elitär bezeichnet. Das ist eine Anerkennung für unsere Arbeit.

(Dr. André Hahn, Linksfraktion.PDS:  
Na ja! Na ja!)

Zum Zweiten haben Sie mir gesagt, dass ich in Brüssel aufgefallen bin. Für dieses Kompliment bin ich auch dankbar. Immerhin war ich neun Jahre in Brüssel und wenn das nicht so gewesen wäre, wäre es schlimm.

Aber in einem Punkt haben Sie nicht Recht: Ich hatte noch nie ein blaues Auge, deswegen kann ich mir nicht wieder ein blaues Auge holen. Darauf wollte ich Sie nur hinweisen.

Frau Hermenau, dazu, dass Sie enttäuscht sind, dass die Linksfraktion.PDS Ihnen das Recht der ersten Pressemitteilung mit der Debatte zu Öko wegnehmen wollte: Das ist halt so,

(Zuruf der Abg. Antje Hermenau, GRÜNE)

darin muss man sich gewöhnen.

Ich habe mir gedacht: Die Debatte, die die Linksfraktion.PDS heute hier geführt hat und die Frau Altmann initiiert hat, passt ein bisschen in die Zeit der Fußball-WM: Das ist ein klassisches Eigentor.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben 44 Verbände und Partner, die mehrere tausend Bürger im Freistaat Sachsen repräsentieren, aus dem Bereich der Landwirtschaft, des Gartenbaus, der Fischereiverbände, des ökologischen Landbaus, der Natur- und Umweltschutzverbände, der Forstverbände eingELERden. Ich könnte sie alle aufzählen, ich erspare es Ihnen. Selbstverständlich haben wir auch die kommunalen Spitzenverbände sowie die Vereine und Verbände für soziale und Gleichstellung betreffende Bereiche eingELERden.

Wir haben darüber hinaus Workshops durchgeführt und ich nenne Ihnen gern die Daten dafür:

Wir haben am 8. November 2004, wenige Tage nach Veröffentlichung der Verordnung, mit den Wirtschafts- und Sozialpartnern zu den inhaltlichen Aspekten eine erste Debatte gehabt.

Wir haben darüber hinaus am 19. Juli 2005 in einer weiteren Veranstaltung neben den inhaltlichen Fragen die Möglichkeiten und die gewünschte Einbeziehung mit den Wirtschafts- und Sozialpartnern diskutiert und uns darüber verständigt, wie diese erfolgen soll. Wir haben vereinbart, dass wir auch dazu Workshops durchführen wollen. Diesem Wunsch ist mein Haus drei Monate

später, am 10.10.2005, nachgekommen. Wir haben einen ganztägigen Workshop durchgeführt und ich bin meinen Mitarbeitern ausdrücklich dankbar. Sie hatten keine Scheu vor diesen Leuten, sondern sie haben sich große Mühe gegeben. Sowohl die Vorbereitung als auch die Durchführung hat viel Zeit beansprucht.

Alle Ergebnisse dieser Gespräche und Beratungen sind in den Entwurf des Entwicklungsprogramms eingeflossen. Ich will aber gleich, wenn jemand die Frage stellt, was demokratisch oder undemokratisch ist – darauf haben sowohl Herr Lichdi als auch Herr Günther hingewiesen –, deutlich sagen: Wenn es weniger Geld gibt, kann die Wunschliste nicht länger werden, sondern sie muss kürzer werden. Wenn Sie es für undemokratisch halten, dass Ihr Wunsch oder Ihre Vorstellung nicht berücksichtigt worden ist, dann haben wir, denke ich, eine völlig unterschiedliche Auffassung von Demokratie. Ich kann der Linksfraktion.PDS nur sagen, sie sollte, bevor sie mich und uns zur Demokratie belehrt, an einige ihrer Mitglieder in ihren eigenen Reihen denken. Ich denke da zum Beispiel an Frau Bonk.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben in einer vierten Veranstaltung am 03.03.2006 den Wirtschafts- und Sozialpartnern sowohl die Gliederung des Programms als auch die SWOT-Analyse, das heißt, die Stärken-Schwächen-Analyse, vorgestellt und wir haben seinerzeit schon im Vorfeld vereinbart, dass wir ihnen den Programmentwurf kapitelweise zukommen lassen, sobald wir ihn erarbeitet haben. Wir haben sie gebeten, im März dieses Jahres Stellung zu der so genannten sozioökonomischen Analyse zu nehmen. Meine Damen und Herren, die Sie dieses Programm in den Händen halten! Das ist die Hälfte des Papiers. Aber halten Sie sich fest! Wenn wir wiederum von Demokratie reden: Ein einziger der Wirtschafts- und Sozialpartner hat zu dieser sozioökonomischen Analyse Stellung genommen. Wenn Sie diese gelesen haben, finden Sie darin, was sich in der Vergangenheit bewährt hat, was sich nicht bewährt hat und was künftige Schwerpunkte sind. Ich möchte darauf nur hinweisen, wenn es uns gegenüber den Vorwurf gibt, dass wir angeblich die Wirtschafts- und Sozialpartner nicht richtig einbezogen hätten.

Wir werden eine nächste Veranstaltung Anfang Juli haben – ich glaube am 4. oder 6. Juli, legen Sie mich bitte nicht auf das Datum fest –, auf der wir mit den Wirtschafts- und Sozialpartnern über den allen vorliegenden Entwurf sprechen. – Herr Lichdi, Sie sind nicht zu spät, aber ein bisschen zu spät gekommen, bevor ich zum Ende komme. – Wir werden erst anschließend im Kabinett den Beschluss über diesen Programmentwurf fassen, sodass ich glaube, dass das, was uns vonseiten der Europäischen Kommission aufgetragen worden ist, die Wirtschafts- und Sozialpartner einzubinden, von uns wohl umgesetzt worden ist. Wir haben auch Interesse daran, dies zukünftig weiter zu tun.

Lassen Sie mich zum Schluss noch zu einer Bemerkung von Herrn Lichdi kommen. Herr Lichdi, ich möchte nur

darauf hinweisen – Sie waren gerade noch draußen –, dass in unserer sozioökonomischen Studie schon dargestellt ist, welches die Schwerpunkte sind.

Mein Demokratieverständnis ist aber: Dass ich dem Kabinett anschließend die Zeitungsartikel vorlege, in denen ich die Zahlen letztlich schon der staunenden Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt habe, das wird wahrscheinlich auch in Zukunft nicht funktionieren. Das legitime Recht des sächsischen Kabinetts ist es, sowohl über den Haushalt zu beschließen und anschließend dem Gesetzgeber diesen Entwurf zur Verfügung zu stellen als auch in diesem Verfahren letztendlich die Entscheidung über die Beträge zu treffen und darüber die Öffentlichkeit zu informieren. So ist das Partizipationsverfahren in dieser Vorschrift seitens der Europäischen Union geregelt.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und der Staatsregierung)

**Präsident Erich Iltgen:** Wird noch das Wort gewünscht? – Bitte, Frau Altmann.

**Elke Altmann, Linksfraktion.PDS:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Minister Tillich, nach dem, was Sie jetzt gesagt haben, bleibt mir gar nichts weiter übrig, als noch einmal kurz darauf zu reagieren. Dass Sie in Brüssel schon aufgefallen sind, ist logisch. Ich hoffe, meistens auch positiv. Das, was ich vorhin in meinem Redebeitrag gemeint habe, ist: als sächsischer Umwelt- und Landwirtschaftsminister in den vergangenen Jahren auch schon negativ. – Das haben Sie sehr wohl gehört und wissen, dass ich das auch so gemeint habe – genauso wie das blaue Auge in diesem Zusammenhang im übertragenen Sinne.

Sie haben uns gerade mitgeteilt, welche große Anzahl von Partnern Sie konsultiert und informiert haben usw. Ich denke, es kommt auch in diesem Fall – das sage ich noch einmal ganz deutlich – nicht nur auf die Quantität an, darauf, wie viele Partner und Vereine einbezogen sind, sondern es kommt auch auf die Qualität an. Diesbezüglich sehe ich sogar Unterschiede in der Beteiligung. Offensichtlich gibt es dort unterschiedliche Wertigkeiten hinsichtlich der Partner. Wenn ich mir die Liste, die in dem Entwurf des Entwicklungsprogramms für den ländlichen Raum vorhanden ist, ansehe, sind dort manche alle viermal beteiligt worden, manche nur einmal, manche, die aufgezählt worden sind, auch gar nicht.

Wenn Sie sagen, die Qualität der Beteiligung war in Ordnung, dann war sie aus Ihrer Sicht in Ordnung. Offensichtlich sind auch viele Kollegen aus dem Ausschuss für Umwelt und Landwirtschaft zufrieden mit der Art der Qualität, wie sie selbst einbezogen worden sind. Natürlich sind wir informiert worden. Aber es geht hier nicht in erster Linie darum, was wir als Abgeordnete denken und was Sie als Minister glauben, was die ausreichende Qualität sei, sondern es geht, erstens, darum, welche Ansprüche die EU stellt, und zweitens, wie es die einzubeziehenden Partner sehen.

Die Workshops haben stattgefunden, das wissen wir auch, und zu den Workshops haben sich die Partner sehr positiv geäußert. Genau das habe ich in der Debatte im vergangenen Jahr, die von Frau Deicke vorhin angesprochen worden ist, gesagt. Damals habe ich noch von großer Hoffnung gesprochen, dass die Staatsregierung ihre Hausaufgaben erledigt, auf dem Weg weitermachen und die Wirtschafts- und Sozialpartner in den Dialog einbeziehen soll. Diese Partner waren aber spätestens zu der Veranstaltung am 03.03.2006 sehr enttäuscht darüber, was als Ergebnis aus den guten Workshops bei der Staatsregierung angekommen und dann eingeflossen ist. Was Sie am 03.03.2006 präsentiert haben, haben diese sogar zum Teil als eine Zumutung empfunden. Sie können behaupten, dass viel eingeflossen ist, aber ich weiß, was uns die Partner mitgeteilt und wo diese ihre großen Probleme haben.

Zum Schluss nochmals mein Appell: Nutzen Sie die noch verbleibende Zeit, um ein Entwicklungsprogramm für den ländlichen Raum zustande zu bekommen, das Sachsen in seiner Entwicklung weiterbringt! Es geht zwar heute speziell um die Planung für den ELER-Fonds, aber wenn wir die anderen großen Strukturfonds wie den ESF und den EFRE dazunehmen, dann geht es um eine Politik für das gesamte Land Sachsen.

Ich denke, am Beispiel ELER konnten wir heute zeigen, dass es beim EFRE und beim ESF nicht viel besser aussieht. Auch dort klagen die entsprechenden Wirtschafts- und Sozialpartner über einen mangelnden Dialog und darüber, dass erst auf Druck Beiräte gebildet worden sind. Es kommt darauf an, dass alle drei Fonds zu einem operationalen Programm zusammengeführt werden müssen, das wirkliche Perspektiven für die Entwicklung in Sachsen bietet.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

**Präsident Erich Iltgen:** Herr Staatsminister Tillich, bitte.

**Stanislaw Tillich, Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Nur ein Satz zu dem, was Frau Altmann gerade gesagt hat: Wir haben keine Unterschiede zwischen den Wirtschafts- und Sozialpartnern gemacht. Wir haben sie alle eingeladen. Wer der Einladung gefolgt ist, ist entweder viermal oder einmal aufgeführt, wer gar nicht teilgenommen hat oder nicht teilnehmen wollte, ist nicht aufgeführt. – Danke.

**Präsident Erich Iltgen:** Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist diese Aktuelle Debatte abgeschlossen und der Tagesordnungspunkt 1 beendet.

Ich rufe auf

## Tagesordnungspunkt 2

### – Pflegezeit

#### Drucksache 4/5257, Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD

#### – Pflegeinfrastruktur in Sachsen weiterentwickeln

#### Drucksache 4/4270, Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD, mit Stellungnahme der Staatsregierung

Die Fraktionen können hierzu Stellung nehmen. Es beginnt die CDU-Fraktion, danach die SPD-Fraktion, die Linksfraktion.PDS, die NPD-Fraktion, die FDP-Fraktion, die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Staatsregierung.

Meine Damen und Herren, die Debatte ist eröffnet. Ich bitte die Fraktion der CDU, das Wort zu nehmen. Herr Krauß, bitte.

**Alexander Krauß, CDU:** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es freut mich sehr, dass sich der Sächsische Landtag heute wiederum mit dem Thema Pflege befasst. Bereits im vergangenen Jahr hatten die CDU und die SPD dieses Thema in das Blickfeld des Hohen Hauses gerückt.

Ich möchte vor allem auf die Forderung nach einer Pflegezeit für Angehörige eingehen. Das Saarland hatte bereits im Jahre 2002 eine entsprechende Initiative gestartet. Vor wenigen Tagen hat der Sozialverband Deutschland dazu sogar einen Gesetzentwurf vorgelegt.

Befragungen zufolge kündigt jeder dritte Berufstätige, um einen Angehörigen pflegen zu können. Jeder Dritte gibt also seinen Job für einen lieben Verwandten auf. Die Gefahr, nach der Pflegezeit keine Anstellung mehr zu finden, ist in der heutigen Zeit sehr hoch. Hier setzt die Pflegezeit an. Ähnlich wie bei der Erziehungszeit nach der Entbindung eines Kindes soll die Pflegezeit die Situation der Familien verbessern. Es geht darum, dass es eine unbefristete unbezahlte Freistellung von der Arbeit geben sollte.

Bereits vor neun Jahren wurde in einer Studie des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend die Problematik der Vereinbarkeit von Beruf und Pflege angesprochen. Dabei wurde festgestellt, dass es sich hierbei trotz seiner großen Bedeutung für die Gesellschaft und für die berufliche Situation, insbesondere von Frauen, um ein sozialpolitisch kaum diskutiertes Thema handelt.

Auch die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages zum demografischen Wandel wies in ihrem Abschlussbericht darauf hin, dass Erwerbstätigkeit und Pflege besser vereinbar sein müssen.

In einigen beamtenrechtlichen Vorschriften in Deutschland gibt es bereits die Möglichkeit, in Teilzeit zu arbeiten oder Urlaub zu nehmen, um Angehörige zu pflegen – aber eben nur für Beamte. Die Mitarbeiter der Europäischen

Union haben Anspruch auf Urlaub aus familiären Gründen für insgesamt neun Monate. Während dieser Zeit sind sie sozialversichert, erwerben hohe Gehaltsansprüche und werden bei Beförderungen berücksichtigt. In Österreich gibt es die Möglichkeit, bis zu sechs Monate für die Sterbebegleitung eines Angehörigen in Anspruch zu nehmen.

Die Fraktionen der SPD und der CDU ersuchen die Sächsische Staatsregierung, die Pflegezeit über den Bundesrat zu befördern. Vorstellbar ist zum Beispiel, dass in einem ersten Schritt die Pflegezeit erprobt wird. Ich glaube, dass wir bei Staatsministerin Orosz mit diesem Vorschlag offene Türen einrennen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zwei von drei Pflegebedürftigen, also 70 %, werden dankenswerterweise zu Hause gepflegt. Viele Ehepartner, Kinder, Schwieger-töchter, Enkel und andere Verwandte gehen bis an die Grenze ihrer körperlichen und seelischen Leistungsfähigkeit, um ihren Angehörigen zu Hause zu pflegen. Ihnen gilt ein großes Dankeschön.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt  
bei der SPD und den GRÜNEN)

Zum einen ist die Pflege zu Hause preiswerter, zum anderen ist es das, was sich die meisten Senioren wünschen. Laut einer Emnid-Umfrage sagen vier von fünf Deutschen, dass sie ihre Eltern bei sich zu Hause aufnehmen würden, wenn sie pflegebedürftig werden. Jeder Zweite sagt sogar, dass er auf jeden Fall seine Eltern aufnehmen würde – ohne Wenn und Aber. Die Umfrage zeigt, dass der Generationenvertrag funktioniert. „Du sollst Vater und Mutter ehren, auf dass du lange lebest auf Erden!“, heißt es in den zehn Geboten. Die meisten Menschen tragen dieses Gebot in ihrem Herzen.

(Zuruf des Abg. Johannes Lichdi, GRÜNE –  
Zurufe von der CDU)

– Herr Lichdi, Sie wollen sich an der Debatte beteiligen? Ich habe leider nicht verstanden, was Sie gesagt haben.

(Johannes Lichdi, GRÜNE: Ich habe  
gesagt: Du sollst deinen Vater und deine  
Mutter ehren, auf dass es dir wohl gehe  
und du lange lebest auf Erden!)

– Ich weiß zwar nicht, welche Bibel er hat, aber Herr Lichdi ist gut informiert.

Die Umfrage hat zumindest gezeigt – auch das Wissen von Herrn Lichdi –, dass der Generationenvertrag funktioniert. Allerdings gibt es in unserer Gesellschaft auch einen Trend hin zum Heim. Allein zwischen 1999 und 2003 hat die stationäre Pflege in Sachsen um 20 % zugenommen, während die Pflege zu Hause rückläufig ist. Ein Pflegezeitgesetz wird also immer dringlicher, um diesem Trend zu begegnen.

Die Zahl der Pflegebedürftigen wird in den kommenden Jahren stark ansteigen. In 50 Jahren wird jeder zehnte Bundesbürger pflegebedürftig sein; insgesamt sechs Millionen Menschen. Das Problem verschärft sich, wenn man betrachtet, dass es zu wenige Kinder gibt, die ihre Eltern dann pflegen können. Die Jahrgänge, die nach 1950 geboren sind, haben zu wenigen Kindern das Leben geschenkt.

Ein Pflegezeitgesetz ist ein wichtiger Baustein, um die Pflege in der Familie zu stärken. Auch die Tagespflege, in der zum Beispiel altersverwirrte Senioren den Tag über betreut werden, während sie abends in ihren Familien sind, oder die Kurzzeitpflege sind wichtige Bausteine. In der Kurzzeitpflege werden zum Beispiel Senioren aufgenommen, wenn ihre Angehörigen in den Urlaub fahren wollen.

Weitere Angebote müssen bekannter werden. Ich wünsche mir, dass die Pflegekurse für Angehörige besser genutzt werden. Nur jeder Dritte, der pflegt, nutzt dieses Angebot der Kassen, obwohl er dort zum Beispiel lernt, wie er einen Pflegebedürftigen hebt und wie er das eigene Ausbrennen verhindern kann. Pflegenden Angehörigen treffen sich bereits in einigen Städten, wie zum Beispiel in Zwickau. Ich wünsche mir, dass es noch mehr solcher Gesprächsrunden gibt. Der Gedankenaustausch unter Angehörigen ist wichtig.

Auch Beratungsstellen, an die sich Angehörige wenden können, leisten eine gute Arbeit bei uns im Freistaat. Ich würde mir noch mehr Beratungsangebote wünschen, auch wenn sich natürlich sofort die Frage nach der Finanzierbarkeit stellt.

Abschließend möchte ich noch ein paar grundsätzliche Gedanken zur Pflege äußern. Punkt 1. Die Altenpflegeheime sollten nicht schlechtergredet werden. Natürlich gibt es einzelne Einrichtungen, in denen es Missstände gibt, doch im Großen und Ganzen können wir mit der Qualität zufrieden sein. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind sehr engagiert und leisten eine gute Arbeit. Der eine oder andere Kollege hat sich sicher einmal vor Ort in seinem Wahlkreis oder dort, wo er herkommt, umgeschaut und kann mir zustimmen.

Punkt 2. Wenn im September Eckpunkte für eine Reform der Pflegeversicherung vorgestellt werden, sollte der ambulante Bereich gestärkt werden. Viele Pflegedienste und Sozialstationen schreiben rote Zahlen. Zu erwarten ist auch, dass der stationäre Bereich sicherlich Einschnitte hinnehmen muss. Insgesamt muss die Pflegeversicherung auf ein gesundes Fundament gestellt werden, sodass die Finanzierung für die nächsten Jahre gesichert ist.

Punkt 3. Bei einer Reform der Pflegeversicherung muss die Demenz – also Altersverwirrtheit – stärker Berücksichtigung finden. Das ist derzeit nur ungenügend der Fall.

Punkt 4. Der Grundsatz „Rehabilitation vor Pflege“ muss verstärkt umgesetzt werden. In zahlreichen Fällen könnte Pflegebedürftigkeit vermutlich vermieden werden, wenn rechtzeitig gezielte Maßnahmen der Prävention und der geriatrischen Rehabilitation ergriffen würden, die den pflegebedürftigen Menschen erhalten oder zurückgeben, sein Leben weitgehend ohne fremde Hilfe zu führen.

Punkt 5. Wir sollten schauen, wie die Pflege entbürokratisiert werden kann. Baden-Württemberg hat einen Gesetzentwurf zur Entbürokratisierung der Pflege in den Bundesrat eingebracht. Ziel ist unter anderem, statistische Pflichten und Berichtspflichten abzuschaffen.

Ich bitte die Staatsregierung, diesen Gesetzesantrag von Baden-Württemberg wohlwollend zu prüfen.

Ich bedanke mich bei Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

**Präsident Erich Iltgen:** Ich erteile der Fraktion der SPD das Wort. Herr Gerlach, bitte.

**Johannes Gerlach, SPD:** Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bis Ende dieses Jahres werden in Sachsen 332 Einrichtungen der stationären Altenhilfe saniert und neu errichtet sein. Das entspricht 22 000 Plätzen. Dafür wurden 1,5 Milliarden Euro investiert. Mit diesen Investitionen hat sich die Situation der Altenhilfe in Sachsen in den zurückliegenden 15 Jahren erheblich verbessert.

Nach der Studie des Deutschen Institutes für Menschenrechte, DIMR, wurden 2003 in der gesamten Bundesrepublik schätzungsweise 384 000 Pflegebedürftige nicht ausreichend ernährt, etwa 440 000 Pflegebedürftige ungenügend vor Wundliegen geschützt und rund 213 000 Pflegebedürftige mit Inkontinenz – das ist eine Blasenschwäche – nicht angemessen versorgt. Beide Aussagen sind wahr, wobei die lokale Wahrheit – wie immer – irgendwo dazwischen liegt.

In der Studie des DIMR 2006 ist Sachsen im Bundesvergleich recht gut weggekommen. Schwerpunktängel sind hierbei nicht die direkte Vorenthaltung von Leistungen wie Waschen, Ernähren usw., sondern mehr technische Dinge. Es sind Mängel in der Pflegeplanung, der Pflegedokumentation und bei Pflegestandards.

Wir von der sächsischen SPD denken, dass wir bundesweit einheitliche Standards für eine menschenwürdige Versorgung in der Pflege brauchen. Deshalb wollen wir, dass innerhalb des Föderalismuskonzeptes – der Reform – das diskutierte Heimrecht in Bundeskompetenz bleibt. Das fordern auch die meisten Fachpolitikerinnen und die überwiegende Anzahl der Sachverständigen seit der Anhörung zur Föderalismusreform im Deutschen Bundestag. Damit erhoffen wir uns einen wesentlichen Beitrag

zur Qualitätssicherung in ganz Deutschland. Gleiche Lebensbedingungen heißt für uns gleiche Pflegebedingungen.

Was sind die aktuellen Bausteine im Pflegebereich in Sachsen? Der erste Altenpflegekongress hat stattgefunden und wird derzeit ausgewertet. Der Altenhilferahmenplan, den wir im Antrag fordern, ist in Arbeit, wobei die kommunalen Daten derzeit eingearbeitet werden. Die in unserem Antrag aufgeführten Punkte deuten auf das hin, was uns in der weiteren Planung wichtig ist. Pflegende wünschen sich mehr Informationen, weniger Bürokratie, schnellere Bearbeitungszeiten und individuelle Angebote.

Die Koalition arbeitet zurzeit an der Bündelung von Konzepten für den Bedarf an alternativen Wohnformen, um die Umsetzung solcher Wohnkonzepte zu unterstützen. Ausführlich ist das im Bericht der Staatsregierung zum beschlossenen Koalitionsantrag „Altersgerechtes Wohnen in Sachsen“, Drucksache 4/5597, dargestellt. Details kann ich mir hier ersparen.

Bei solchen Konzepten kann und muss es auch um Geld gehen. Das werden wir in den Haushaltsberatungen klären. Eines möchte ich verdeutlichen: Wir schaffen viele Wohnmöglichkeiten, die sehr schick und gut zum Wohnen gestaltet sind, meistens für Singles, aber sie sind oft für das Wohnen im betagten Alter, wo uns zum Beispiel das Treppensteigen zur Barriere wird, nicht geeignet. Wenn wir es schaffen, beides miteinander zu kombinieren, haben wir aus meiner Sicht bereits wichtige Schritte zum Abbau von Pflegeengpässen in der Zukunft geschaffen, die wir heute noch vorfinden.

Auch in der Pflege lautet das große Schlagwort „ambulant vor stationär“. Über die Rolle der Familien in der Pflege hat mein Kollege soeben ausführlich gesprochen. Der besondere Hilfebedarf bei Demenzkranken und deren Familien wird ein Schwerpunkt im neuen Gesetzentwurf der Koalition in Berlin sein.

Wir werden im Rahmen der Möglichkeiten und nur bedingten Zuständigkeiten an solchen Konzepten mitarbeiten. Die bessere Vernetzung und Pflegeberatung sind uns besonders wichtig. In einer Studie wird festgestellt, dass Unkenntnis eine wesentliche Rolle für die Nichtanspruchnahme vorhandener Angebote spielt. Das muss sich dringend ändern. Hierbei erwarten wir eine deutliche Verbesserung durch die von uns gewollten Kooperationen und Vernetzungen. Ich weiß, dass im zuständigen Ministerium fleißig daran gearbeitet wird.

Eine Neuordnung der Altenpflegeausbildungsfinanzierung ist dringend notwendig. Dabei halten wir das in Sachsen gefundene System für nachahmenswert, auch wenn die Justierschrauben bei der Austarierung der verschiedenen Interessen – was zum Beispiel die Zahl der Auszubildenden betrifft – möglicherweise noch nicht optimal eingestellt waren.

Die zu Pflegenden sind zunehmend Menschen mit Behinderungen. Das ist eine ganz neue Herausforderung. Hier müssen wir uns erst schrittweise vortasten, um neue

Konzepte zu erproben und uns diesen Konzepten zu nähern. Wir wissen, dass zu pflegende Behinderte oftmals betreuungsintensive Pflegebedürftige sind.

Die selbstverständliche Verantwortung der verschiedenen Generationen füreinander ist unsere eigentliche politische Herausforderung. Daran haben wir in den Köpfen der Menschen zu arbeiten. Wenn wir das wenigstens im Ansatz schaffen, brauchen wir solche Worte wie „Geiz ist geil!“ nicht mehr.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, der CDU, der FDP,  
den GRÜNEN und der Staatsregierung)

**Präsident Erich Iltgen:** Ich erteile der Linksfraktion.PDS das Wort. Frau Lauterbach, bitte.

**Kerstin Lauterbach, Linksfraktion.PDS:** Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Abgeordnete! Die humanistische Qualität einer Gesellschaft beurteilt man nicht zuletzt danach, wie sie mit ihrer Jugend und ihren Alten umzugehen weiß. Die Pflege von Angehörigen ist ein wichtiger Teil unserer Daseinsfürsorge. Somit trägt unsere Gesellschaft dafür eine elementare Verantwortung.

Es soll nun darüber diskutiert werden, eine Pflegezeit – ähnlich wie eine Elternzeit – einzuführen. Der Sozialverband Deutschlands hat sich zu einem Pflegeleitgesetz bereits Gedanken gemacht, greift die schwierige Situation erwerbstätiger Personen auf und unterstützt grundsätzlich die ambulante vor der stationären Hilfe.

Das Alter als Lebensabschnitt nimmt heute zirka ein Drittel unserer Gesamtlebenszeit ein. Diese Zeit ist zum einen durch eine aktive Teilhabe am gesellschaftlichen Leben geprägt, weil ältere Menschen meist länger aktiv und gesund sind. Zum anderen bedeutet es auch, dass es eine Lebensphase geben wird, in der die Seniorinnen und Senioren Hilfe und Pflege benötigen.

Der Idealfall dafür ist sicherlich die Hilfe durch die und in der Familie. Die im Antrag dazu angegebenen 70 % der Betroffenen sind sicherlich nicht zu hoch gegriffen. Aber können die Familien unter den gegenwärtigen Arbeitsbedingungen auch tatsächlich leisten? Ich denke da nur an die sich permanent verschlechternden Einkommenssituationen der privaten Haushalte oder an die hohe Quote der Auspendler, die ihre Arbeit im Westen Deutschlands suchen und damit auch oft ihren Lebensmittelpunkt dahin verlagern müssen.

Natürlich ist es erstrebenswert, dass pflegebedürftige Menschen in ihrer gewohnten Umgebung in der Obhut ihrer Angehörigen und mit der erforderlichen Hilfe ihren Lebensabend verbringen können. Das Problem ist kein zukünftiges. Wir leben mitten darin, und die Interessengruppe wird rasant größer.

Welchen grundsätzlichen Konsequenzen müssen wir nun Rechnung tragen, um eine Pflegezeit ähnlich der Elternzeit einführen und umsetzen zu können?

Die pflegenden Angehörigen brauchen eine weitgehende Arbeitsplatzgarantie, das heißt: Kündigungsschutz während der Pflegezeit. Um zu vermeiden, dass Pflegepersonen unterhalb des Existenzminimums leben, müssen diese wenigstens eine Grundsicherung beziehen dürfen. Dazu gehört, dass sozialversicherungspflichtige Fragen gesetzlich zu regeln sind. Die Pflegeperson muss in die Arbeitslosenversicherung einbezogen werden. Die Übernahme der Beiträge müsste dann durch den Bund mit Steuermitteln erfolgen. Entscheidend ist auch die Aufrechterhaltung des Krankenversicherungsschutzes zum Beispiel durch eine Familienversicherung. Die Altersversicherung der Pflegenden hat bereits mit dem § 44 SGB XI eine Aufwertung erfahren. Diese Regelungen sind umfassend anzupassen.

Das gesellschaftliche Interesse, Pflege und Erwerbstätigkeit zu vereinbaren, muss sich bei der Alterssicherung widerspiegeln. Pflegezeit ist deshalb als Versicherungspflichtzeit anzuerkennen. Die Beitragszahlung für die gesetzliche Rentenversicherung muss demzufolge auch aus Steuermitteln finanziert werden. Die Pflegezeit kann genutzt werden zur Pflege der Angehörigen, zur Organisation einer professionellen Pflege, aber auch zur Sterbebegleitung. Dazu brauchen private Pflegepersonen nicht zuletzt auch eine angemessene fachliche Wissens- und Könnensvermittlung, um zum Beispiel Demenzkranken richtig helfen, mit ihnen richtig umgehen zu können. Ein Pflegezeitgesetz muss deshalb Bestandteil einer umfassenden Reform der Pflegeversicherung sein, die auch den Ausbildungssektor einbezieht.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

Wir als Linksfraktion werden für dieses Konzept werben und uns für die Umsetzung stark machen. – Zur Pflegeinfrastruktur wird Herr Wehner nähere Ausführungen machen.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

**Präsident Erich Iltgen:** Ich erteile der Fraktion der NPD das Wort. Herr Petzold, bitte.

**Winfried Petzold, NPD:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ganz im Gegensatz zu vielen Verlautbarungen der Etablierten ist es ganz offensichtlich um die Altenpflege vielfach nicht gut bestellt. Was das für viele alte Menschen und ihre Pflegesituation konkret bedeuten kann, ging vor wenigen Tagen aus einer Studie des Deutschen Instituts für Menschenrechte hervor, wonach 348 000 alte Menschen in Deutschland nicht ausreichend mit Nahrung und Trinken versorgt würden. Das sei ein Drittel der Pflegebedürftigen, die in Heimen lebten oder von Pflegediensten betreut würden. Sogar fast die Hälfte der Betreuten, rund 440 000 Menschen, läge wund und hätte Druckgeschwüre.

Angesichts dieser erheblichen Mängel kommt die vorerwähnte Studie zu dem Ergebnis, dass es in Deutschland keine flächendeckende und menschenwürdige Grundversorgung Pflegebedürftiger gebe. Die Mängel betreffen so

viele Personen und so wesentliche Bereiche, dass man davon ausgehen könne, dass sie strukturbedingt seien, und für die Struktur sei der Staat zuständig, also der Staat, der seit Jahrzehnten durch eine verfehlte Politik gesteuert wird.

Was in vielleicht 20 Jahren in einem dann schon lange bankrotten Staat im Pflegebereich droht, mag man sich gar nicht ausmalen. Auch Sachsen kann hier sicher nicht isoliert betrachtet werden. Insofern stellt sich ein schaler Nachgeschmack ein, wenn in den Anträgen der Altparteien Allgemeinplätze abgesondert werden wie: neue Wohn- und Lebensformen, weiterer Ausbau der Betreuungs- und Pflegeangebote, besonderer Hilfebedarf bei Demenzkranken und schließlich die Zauberworte Kooperation und Vernetzung. Dies zeigt nur, dass man viel zu spät darüber nachdenkt, wie die Folgen der Vergreisung in den Griff zu bekommen sind.

Jetzt dämmert es wohl selbst manchem etablierten Endglied der Informationskette, was es bedeutet, in einem so genannten Entleerungsraum zu wohnen, aus dem die Jungen fortziehen und in dem die Alten zurückbleiben. Nicht nur, dass es aufgrund des von den derzeitigen Machhabern zu verantwortenden Bevölkerungszusammenbruchs zu wenige Steuer- und Rentenbeitragszahler geben wird – niemand weiß, wie in wenigen Jahrzehnten die Versorgung der stark ansteigenden Zahlen der Pflegefälle finanziert und bewerkstelligt werden kann.

Es zeigt sich aber auch, dass nicht alles nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten bewertet werden darf, denn zuallererst muss es um das Wohlergehen unserer betagten Mitbürger gehen. Keiner von ihnen soll das Gefühl haben, an den Rand der Gesellschaft gedrängt und vergessen zu werden. Senioren sollen sich in der Gemeinschaft wohl fühlen und ihren Lebensabend in Würde beschließen können. Dementsprechend sind wir der Meinung, dass jemand, der in Jahrzehnten der Arbeit alles gegeben hat, auch ein Recht darauf hat.

Alles, was dem dient, ist natürlich zu begrüßen, wie zum Beispiel die Maßnahmen eines Altenhilferahmenplanes zur Optimierung der Pflegeinfrastruktur. Nur ausreichen wird dies nicht, denn durch die systembedingte Automatisierung der Gesellschaft und die damit verbundene Zunahme von Ein-Personen-Haushalten sowie die zunehmende Frauenerwerbstätigkeit wird die Altenpflege vor gewaltige Aufgaben gestellt. Letztlich kann nur die Rückkehr zur Familie als gesellschaftliche Standardlebensform und damit verbunden die Pflege unserer alten Mitbürger innerhalb der Familie die Probleme lösen.

Auch wenn die Verantwortung für den Zusammenbruch der Sozialsysteme einzig und allein bei den regierenden Demokraten liegt, so ist doch dem Ansinnen zuzustimmen, die familiäre Altenpflege durch Anerkennung der Pflegezeit zu fördern, wie dies schon mit der Elternzeit geschieht. Den vorliegenden Anträgen stimmen wir daher ausdrücklich zu. Herzlich willkommen in der Volksgemeinschaft!

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der NPD)

**Präsident Erich Iltgen:** Ich erteile der Fraktion der FDP das Wort. Frau Schütz, bitte.

**Kristin Schütz, FDP:** Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! An den Kollegen der NPD: Vorwärts zurück in die Vergangenheit, anderes fällt Ihnen nicht ein – nichts Innovatives, nichts Neues!

(Beifall bei der FDP, der Linksfraktion.PDS und den GRÜNEN)

Nach einer heute schon mehrfach genannten Studie – ich freue mich, dass wir da in der Datenbasis gleich sind – des Deutschen Instituts für Menschenrechte mit dem Titel „Soziale Menschenrechte älterer Personen in der Pflege“ gibt es in Deutschland tatsächlich Anlass zur Sorge.

Insgesamt gibt es in Deutschland zirka fünf Millionen hilfs- und pflegebedürftige Menschen, knapp zwei Millionen davon sind im gesetzlichen Sinne als pflegebedürftig einzuschätzen. Die Zahlen der nicht ausreichenden Ernährung, des Wundliegens und der inkontinenten Pflegebedürftigen sind heute bereits genannt worden.

Der Autor dieser Studie geht dabei in Deutschland von strukturellen Problemen aus. Auch wenn die Ergebnisse der Studie unterschiedlich diskutiert werden, so ist doch eines klar: Es besteht dringender Handlungsbedarf. Bereits die jetzige Situation ist unbefriedigend. Gerade die Demenzkranken werden nur ungenügend im Bereich der gesetzlichen Pflege berücksichtigt. Das Hospizwesen ist ausbaufähig, und Kinderhospize sind kein Tabuthema.

Der demografische Wandel wird uns vor riesige Probleme stellen. Allen pflegebedürftigen Menschen eine menschenwürdige Pflege zukommen zu lassen ist eine große Herausforderung. Wie in der Stellungnahme des SMS richtig bemerkt wurde, müssen wir jetzt das vor uns Liegende vorbereiten. Wir müssen dazu einerseits die Qualität und andererseits natürlich auch die Quantität der Angebote sicherstellen. Wir werden in Zukunft mehr Geld und Zeit für die Pflege unserer älteren Mitmenschen benötigen, und ich möchte betonen: Eine Pflege unterhalb des Mindestnotwendigen kann und darf es dabei nicht geben.

Wir unterstützen insgesamt den Antrag der Koalition zur Pflegeinfrastruktur. Auch wenn er vorerst keine konkreten Handlungsoptionen aufzeigt, so ist er doch ein wichtiges Signal, dass wir die kommenden Herausforderungen im Bereich der Pflege ernst nehmen.

Darüber hinaus erwarte ich allerdings von der Sächsischen Staatsregierung, dass sie auf Bundesebene eine Vorreiterrolle im Bereich der Pflege einnehmen wird, denn schließlich sind wir schon jetzt das „älteste Bundesland“ in Deutschland. Wir brauchen dazu kreative Ideen. Eine ist – das gebe ich unumwunden zu – die Pflegezeit ähnlich einer Elternzeit. Ich finde diese Idee dem Grunde nach interessant und habe meiner Fraktion empfohlen, diesem Antrag zuzustimmen. Wichtig ist nur, dass man

sich dabei über die Details einig wird. Ohne eine zeitliche Begrenzung dieser Pflegezeit wird es nicht gehen.

Von Kindern wissen wir, dass diese selbstständiger werden; bei pflegebedürftigen Menschen ist dies meist umgekehrt. Wie lange sollen also Angehörige, die ihre Eltern pflegen, zum Beispiel diese Zeit in Anspruch nehmen können? Schaffen wir es durch diese Maßnahmen überhaupt, die Pflege in Wirklichkeit tatsächlich wesentlich zu verbessern? Im Bereich der frühen Kinderbetreuung gehen wir weg von der Betreuung zu Hause und hin zur Einrichtung – bei der Pflege machen wir es umgekehrt? Ist es nicht vielleicht besser für die Familien und das Finanzsystem, dass jemand voll arbeiten geht und den Angehörigen gut betreut weiß? Diese Frage kann heute noch niemand beantworten.

(Alexander Krauß, CDU: Doch: Nein!)

Schließlich muss auch jeder für sich entscheiden, ob er seine Angehörigen selbst pflegt oder diese Aufgabe professionellen Pflegekräften überträgt.

Wie wäre es mit der Idee, dass Pflegebedürftige und Pflegenden im Rahmen von Vereinbarungen zusammenkommen? Im Rahmen von Genossenschaften könnte zum Beispiel gegen Wohneigentum die Pflegeleistung gesetzt werden. Hier sind viele Möglichkeiten denkbar, mit denen der Staat fördernd und unterstützend dem bürgerschaftlichen Engagement unter die Arme greifen kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Thema Pflege wird uns immer wieder begegnen. Ich hoffe, dass die Verabschiedung der beiden Anträge Wesentliches bewirken kann, denn dieses Thema ist für parteipolitische Auseinandersetzungen viel zu wichtig.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und des Abg. René Fröhlich, Linksfraktion.PDS)

**2. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Die Fraktion der GRÜNEN; Frau Herrmann, bitte.

**Elke Herrmann, GRÜNE:** Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Fraktion der NPD trägt hier in schöner Regelmäßigkeit Allgemeinplätze und Worthülsen vor; ich habe aber noch nicht erlebt, dass sie sie auch nur annähernd mit Leben erfüllen kann.

(Beifall bei den GRÜNEN, der Linksfraktion.PDS und der SPD – Zuruf des Abg. Jürgen Gansel, NPD)

Anders ist ja auch Ihre Arbeit in den Ausschüssen nicht zu erklären.

(Antje Hermenau, GRÜNE: Arbeit? – Dr. André Hahn, Linksfraktion.PDS: Da gibt es keine Arbeit!)

– Eben, es gibt keine.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gestern war das Kredo im Plenum zu unserem Antrag „Seniorenbericht“ allge-

mein, dass wir Alter nicht auf Pflege verkürzen sollten. Wer alt ist, ist nicht automatisch pflegebedürftig.

(Vereinzelt Beifall bei den GRÜNEN, der CDU, der Linksfraktion.PDS und der SPD)

Trotzdem bleibt eine Phase des Lebens, in der wir auf Hilfe, Unterstützung und Pflege angewiesen sein werden. Das Risiko der Pflegebedürftigkeit beträgt zwischen dem 60. und 65. Lebensjahr nur 1,6 %. Erst ab dem 80. Lebensjahr steigt es auf 38,4 % und beträgt bei über 90-Jährigen 60,2 %. Die ab 80-Jährigen, auch Hochaltrige genannt, sind momentan die am stärksten wachsende Bevölkerungsgruppe. Insgesamt wird es künftig immer mehr Menschen geben, die hilfs- und pflegebedürftig sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen: Was wird, wenn wir alt sind; wer leistet dann die Pflegearbeit? Daran schließt sich für mich ganz unmittelbar die Frage an: Wo und wie will ich leben, wenn ich alt bin? Darin stecken, denke ich, zwei Aspekte. Der eine ist: Was kann ich selbst dazu beitragen, wie ich altere – wo werde ich noch gebraucht und wertgeschätzt in der Familie und in der Gesellschaft; was tue ich, um seelisch, geistig und körperlich fit zu bleiben? Der zweite Aspekt sind die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Da sind wir bei der Seniorenpolitik als Querschnittsaufgabe und einer Altenhilfeplanung, die sich eben nicht in vorausseilender Selbstbeschränkung auf den Bereich der Pflegeplätze reduziert. Dazu gehört zum Beispiel das bürgerschaftliche Engagement, um etwas für sich und andere zu tun, um auch im Alter ein erfülltes Leben und Freude im Alltag zu haben. Dazu gehören auch gemeinschaftliche Wohnformen – vielleicht generationsübergreifend –, um nicht zu vereinsamen.

Diese Beispiele schlagen den Bogen zu unserem Antrag Sächsischer Seniorenbericht von gestern und auch zu einem Altenhilferahmenplan.

Ausgangspunkt war die Frage: Wo und wie will ich leben, wenn ich alt bin? Mit Einführung der Pflegeversicherung 1994 wurde anerkannt, dass Pflegebedürftigkeit ein allgemeines Risiko ist. Der Staat ist somit zur Vorsorge verpflichtet. Die Konzeption der Pflegeversicherung belässt die Verantwortung dabei weitgehend bei den Familien. Es werden lediglich Teilleistungen und Teilbedarfe gewährt; deshalb spricht man auch flapsig von einer so genannten Teilkasko. Also sieht der Gesetzgeber auch mit der Pflegeversicherung die Familien in der Pflicht.

Tatsächlich hat sich die Familienpflegebereitschaft bisher als erstaunlich hoch erwiesen. Von den 2,04 Millionen Pflegebedürftigen im Sinne des SGB IX werden 29 % in Pflegeheimen und 71 % zu Hause gepflegt. Von diesen rund 70 % der zu Hause versorgten Pflegebedürftigen nehmen noch einmal 70 % der Angehörigen keine regelmäßige Hilfe im Rahmen der Pflegeversicherung in Anspruch.

Studien zum pflegekulturellen Wandel haben gezeigt, dass sich genau da eine Änderung vollzieht. Nur noch eine absolute Minderheit der heute 40- bis 65-Jährigen kann

sich vorstellen, die Pflege allein und ohne professionelle Hilfe zu bewältigen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer pflegt eigentlich? Traditionell sind es die Frauen, die diese Aufgaben schultern. Häusliche Pflege – egal ob familiär oder professionell – ist überwiegend Frauensache. Dabei ist das von den Frauen geleistete Pflegevolumen kaum bekannt und auch nicht anerkannt. Aber die traditionellen Muster von Familie und familiärer Pflege verändern sich, wie ich bereits sagte.

Wo und wie will ich leben, wenn ich alt bin? Wir GRÜNEN sehen in der Familie nicht den Ort, an dem in Zukunft Defizite in gesetzlichen Rahmenbedingungen und sozialpolitischen Konzepten aufgefangen werden können. Die anstehende Reform der Pflegeversicherung bietet die große Chance, Pflege als Gesellschaftsthema neu zu denken. Pflege in einer älter werdenden Gesellschaft geht nämlich alle an. Sie muss künftig mehr als heute in der Mitte der Gesellschaft verankert sein. Menschenwürdige Pflege braucht Selbstbestimmung und Solidarität.

(Ganz vereinzelt Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Die Profipflege ist der klare Trend, der sich abzeichnet. Dieser ist in Sachsen allerdings nicht so ausgeprägt. Hier haben die Frauen durch die hohe Arbeitslosigkeit weniger das Problem, die Pflege zeitlich zu schultern, und die Sachleistungen der Pflegeversicherung sind für viele ein wichtiger Teil des Familieneinkommens. Wenn Pflege bisher in erster Linie Frauensache war, so hängt der Wandel in der Bereitschaft, die Pflege allein zu übernehmen, natürlich mit dem Wunsch von Frauen nach individueller Lebensgestaltung zusammen. Denken Sie an Bildungsabschlüsse, Erwerbstätigkeit von Frauen, Erfolg im Beruf. Viele Frauen wollen ihre Arbeit nicht aufgeben oder längere Zeit unterbrechen, oder sie können es nicht, weil sie dann den Job verlieren. Immer mehr Familien sind auf das Einkommen beider Partner angewiesen. Jüngere Frauen sind zunehmend weniger bereit und in der Lage, ihre beruflichen Ziele zugunsten der Angehörigen zurückzuschrauben.

Die schon angeführten Studien zum pflegekulturellen Wandel haben eben auch ergeben, dass unter den bisherigen Voraussetzungen eine relative Mehrheit der Familien in ganz Deutschland eine Heimunterbringung ihrer Angehörigen vorziehen würde.

Wo und wie will ich leben, wenn ich alt bin? Gestiegen ist aber gleichzeitig die Bereitschaft, Pflegeaufgaben im Zusammenwirken mit professionellen Pflegekräften zu gestalten, also dieser so genannte Pflegemix. Deshalb ist der Vorstoß zu einer Pflegezeit ein möglicher Weg. Pflegezeit kann einen Rahmen, sozusagen eine Verschnaufpause bieten, sich zu orientieren, wenn der Pflegefall eintritt; möglichst gemeinsam mit dem zu Pflegenden zu überlegen, wo und wie der Angehörige am besten versorgt ist.

Wie auch immer eine Pflegesituation entsteht – als schleicher Prozess oder als plötzliches Ereignis –, gemeinsam ist all diesen Fällen, dass familiäre Pflege nicht gründlich überlegt und häufig unvorbereitet übernommen wird. Hier fehlt eine unabhängige Beratung, die dem Pflegebedürftigen und seinen Angehörigen hilft, den erforderlichen Pflege- und Hilfemix zusammenzustellen.

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind folgende Punkte für die Pflegezeit zentral:

1. Pflegezeit sollte relativ kurz sein, um den Wiedereinstieg in den Beruf und die Akzeptanz bei den Arbeitgebern zu gewährleisten. Sonst ist sie für die Frauen in der Phase, wenn die Kinder aus dem Haus sind, ein weiterer potenzieller Jobkiller. Frauen sind wieder die risikobehafteten Arbeitnehmerinnen, sie könnten jederzeit ausfallen, wenn ein Pflegefall eintritt.

2. Pflegezeit soll dazu dienen, die Pflegesituation zu überdenken und professionelle Hilfe zu organisieren. Dazu brauchen wir unabhängige Beratung.

3. Pflegezeit muss so gestaltet werden, dass sie nicht die Rolle der Frau als Pflegenden gesellschaftlich zementiert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn wir familiäre Pflege absichern und stärken wollen, müssen wir zuhören, was pflegende Frauen schon heute über ihre körperliche und seelische Belastung sagen. Welche Art von Hilfe und Unterstützung brauchen diese Familien? Wir müssen die finanziellen, gesundheitlichen und sozialen Einschnitte der Pflegezeit und die gesellschaftliche Ungleichbelastung ansprechen. Tun wir das nicht, verbauen wir uns die Chance, Konzepte zu entwickeln, die die Pflegefähigkeit von Familien erhalten und zugleich die pflegenden Frauen entlasten.

Zum Schluss, liebe Kolleginnen und Kollegen: Alle Bemühungen, pflegende Familien zu unterstützen, sind natürlich nicht ausreichend, weil wir wissen, dass immer weniger Kinder geboren werden. Wenn wir das klassische Familienbild vor Augen haben, dann wird es diese Familie, die Pflegeleistungen übernehmen kann, in Zukunft immer weniger geben. Deshalb müssen wir entweder Familie neu denken oder andere Konzepte dazustellen. Ihrem Antrag können wir so nicht zustimmen, weil er für uns die Katze im Sack ist. Wir verbinden mit der Pflegezeit klare Optionen. Familiäre Pflege zu ermöglichen und vor allem die Pflegefähigkeit zu erhalten braucht mehr Angebote als nur die Pflegezeit. Deshalb werden wir uns bei dem Antrag zur Pflegezeit enthalten.

Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**2. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Ich eröffne wieder eine neue Runde. Wird von der CDU-Fraktion noch das Wort gewünscht? – SPD-Fraktion? – Die Linksfraktion.PDS; Herr Wehner, bitte.

**Horst Wehner, Linksfraktion.PDS:** Vielen Dank für die Unterstützung und dafür, dass Sie im Hause dafür gesorgt

haben, dass es eine ferngesteuerte Absenkung dieses Rednerpultes gibt. Das hilft die Arbeit zu erleichtern.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS und  
vereinzelt bei der CDU, der SPD,  
der FDP und den GRÜNEN)

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch die Linksfraktion.PDS begrüßt es, dass die im Freistaat Sachsen bestehende Pflegeinfrastruktur weiterentwickelt werden soll, zielt dieses Ansinnen doch darauf ab, jedem Pflegebedürftigen eine würdevolle Lebensgestaltung zu sichern.

Herr Krauß, Herr Gerlach, liebe Rednerinnen – außer dem Kollegen der NPD-Fraktion; ich halte es für eine Unverschämtheit, dass Sie uns in Ihren Reihen begrüßen, das weise ich strikt zurück! –,

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS,  
der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

ich möchte auf Ihre Ausführungen nur insofern eingehen, als ich Ihnen sage, Sie haben völlig Recht, dass es ein wichtiges Thema ist, und die Beispiele, die Sie hier genannt haben, sehen wir auch so, nämlich als richtig und dringend an. Ich möchte das nicht noch einmal wiederholen, um Sie nicht zu langweilen. Dennoch möchte ich ein paar Ausführungen zu Gesichtspunkten machen, von denen ich meine, dass sie noch keine ausreichende Rolle gespielt haben.

Ich möchte mit dem verfassungsmäßigen Grundsatz anfangen, dass die Würde des Menschen unantastbar ist. Abgeleitet von diesem meine ich, dass auch pflegebedürftige Menschen ein Recht auf eine selbstbestimmte Lebensführung haben, denn ihre Interessen sind in den Mittelpunkt unserer Pflegeleistungen zu stellen. Sie haben Bedürfnisse, Interessen, Wünsche – ich habe die auch – und selbstverständlich haben auch pflegebedürftige Menschen solche Interessen, Wünsche und Bedürfnisse. Das gilt es in unserer Arbeit zu beachten.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS  
und den GRÜNEN)

Herr Gerlach, anknüpfend an Ihre Ausführungen zu den Einrichtungen: Es gehört selbstverständlich dazu, dass diese barrierefrei beschaffen sind, damit man selbstbestimmt vor Ort leben kann, soweit dies immer noch möglich ist. Meiner Fraktion ist daran gelegen, dass vielfältigere und differenziertere Pflege- und Unterstützungsangebote vorgehalten werden. Meine Damen und Herren, Ich möchte mich etwas dagegen wehren, wenn Sie schon von Pflegeinfrastruktur sprechen, dass Sie die Pflege nur bei Alten ansiedeln. Pflegebedürftigkeit gibt es in jedem Alter. Das dürfen wir nicht außer Acht lassen.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS  
und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Es ist meines Erachtens leider noch zu oft der Fall, dass auf die Wünsche der Betroffenen kaum Rücksicht genommen wird. Frau Herrmann hat es angesprochen:

Nicht die Pflegebedürftigen entscheiden, wo und von wem sie gepflegt werden wollen. Diese Entscheidungen werden von anderen getroffen. Das machen Verwaltungen oder die Familienangehörigen.

Herr Krauß, Sie haben völlig Recht, es ist zu begrüßen, dass Pflege in aller Regel in häuslicher Umgebung stattfindet. Wir dürfen aber folgenden Aspekt nicht außer Acht lassen. Er spielte auf der Konferenz, die Anfang April im Dresdner Hygienemuseum stattgefunden hat, eine Rolle. Frau Staatsministerin, Sie haben gestern dazu gesprochen. Ich fand das wirklich eine sehr beeindruckende und konstruktive Veranstaltung. Dort ist etwas ganz Wichtiges gesagt und von Ihnen angeregt worden. Sie haben da völlig Recht: Wenn die aufwändige Pflege und die ständige Zuwendung in häuslicher Umgebung geleistet werden soll, dann müssen wir alle daran denken, dass Familien mehrfach belastet sind. Da sind die Erziehung der Kinder, die Hausarbeit und die Erwerbstätigkeit. Diese Situation kann zur Überforderung und zu Spannungen in der Familie führen und das Leben schwierig machen. Frau Herrmann, nicht nur Frauen pflegen, es gibt auch pflegebedürftige Frauen, die von ihren Männern liebevoll betreut werden. Die haben auch dieses Problem.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS  
und der SPD)

Schließlich haben wir noch zu berücksichtigen, meine Damen und Herren, dass Pflegenden an vielen Stellen den ethischen Konflikt zwischen dem professionellen Anspruch und dem, was das System heute zu finanzieren bereithält, kaum noch auflösen können. Hier gilt es, entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen und Haushaltsmittel bereitzustellen. Die Betreuung pflegebedürftiger Menschen ist elementarer Bestandteil staatlicher Daseinsvorsorge. Insoweit stehen sowohl der Bund als auch das Land in der Pflicht. Das haben Sie ja zum Ausdruck gebracht. Insoweit ist der Antrag zu unterstützen.

Meine Damen und Herren, ich möchte aber noch auf einen anderen Aspekt eingehen und merke gerade, dass ich mit meinem Skript etwas durcheinander geraten bin. Und zwar scheint es mir wichtig, dass wir die Pflegearbeit so gestalten, dass die Alten, aber auch die unheilbar kranken jüngeren Pflegebedürftigen auf dem Weg des Sterbens begleitet werden. Die Sterbebegleitung stellt nicht nur hohe körperliche, sondern auch emotionale Anforderungen an diejenigen, die die Pflege leisten. In dieses Konzept sollten Schulungsangebote integriert werden. Der Palliativmedizin sollte insoweit mehr Bedeutung beigemessen werden. Im Freistaat Sachsen liegen übrigens solche Konzepte vor. Die Nachfrage nach solchen Schulungsangeboten ist auch in genügender Anzahl vorhanden. Was fehlt, sind entsprechende finanzielle Mittel. Hier ist die Politik, der Staat gefordert.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

Die Linksfraktion.PDS, meine Damen und Herren, steht zu dem Grundanliegen dieser Anträge. Der von der

Linksfraktion.PDS eingereichte Änderungsantrag ist nicht darauf gerichtet, die AntragstellerInnen zu ärgern, sondern dem Anliegen mehr Gewicht zu verleihen. Wenn Sie das Thema ernst meinen, meine Damen und Herren, dann sollten Sie dem Änderungsantrag eine Aufwertung gönnen und ihm zustimmen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

**2. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Gibt es weiteren Redebedarf der Fraktionen? – Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich für die Staatsregierung Frau Staatsministerin.

**Helma Orosz, Staatsministerin für Soziales:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte gleich mit der Bitte von Herrn Wehner beginnen. Herr Wehner, es irritiert mich ein bisschen. Sie haben mit Ihrem Beitrag deutlich die Qualität eines notwendigen Konzepts unterstrichen, so wie alle Redebeiträge zuvor, und fordern dann die Zustimmung zu Ihrem Antrag, der fordert, innerhalb des nächsten halben Jahres ein solches qualitatives Konzept vorzulegen. Das erscheint mir ein bisschen widersinnig. Trotzdem, meine Damen und Herren, darf ich mich für die doch sehr einhellige Auffassung zur Wichtigkeit dieses Themas bedanken.

Ich darf Ihnen auch in diesem Zusammenhang mitteilen, dass derzeit die Fachabteilung in meinem Haus gemeinsam mit einer großen Anzahl von Fachleuten dabei ist, dass eben von Ihnen geforderte und berechtigt hinterfragte Konzept für eine zukunftsfähige Senioren- und Altenhilfeplanung in Sachsen zu erstellen. In Vorbereitung dieses wichtigen Instrumentes sind wir, ich denke legitimerweise, dabei, mit den Kommunen zusammenzuarbeiten, die vorhandenen Altenhilfepläne und entsprechenden Rahmenpläne zu analysieren, um auch zu entsprechenden lokalen Daten und Bedarfen zu kommen, die sich ja logischerweise in diesem Konzept als Grundlage widerspiegeln sollten. Ein wichtiges Thema in diesem Konzept, das am Ende bearbeitet und natürlich mit entsprechenden Maßnahmen untersetzt werden muss, sind die schon angesprochenen neuen Wohnformen für ältere Bürger. Wir werden aber auch Aussagen zur verbesserten Versorgung von Demenzkranken treffen und die dringend notwendige Vernetzung der bereits vorhandenen und qualitativ guten Angebote im Pflegebereich darstellen.

Ich darf an dieser Stelle noch einmal zu dem gestern schon von mir zitierten Sächsischen Altenpflegekongress dieses Jahres zurückkommen, der noch einmal sehr umfangreich in seinen einzelnen Workshops die Bedeutung dieses Themas deutlich gemacht hat. Eines konnte man schon in Auswertung dieses Kongresses festhalten: Die Vernetzung der vorhandenen Dienste und Angebote ist eine zentrale Aufgabe der kommenden Jahre, um die entsprechende qualitative Aufarbeitung durch Rahmenpläne und Maßnahmen für das von Ihnen geforderte Konzept zu installieren.

Wir haben in Sachsen heute, wie Sie alle wissen, eine bedarfsgerechte und qualitativ gute Infrastruktur an ambulanten und stationären Einrichtungen und Diensten. An dieser Stelle gilt allen Beteiligten auch ein herzliches Dankeschön für die aufopferungsvolle Tätigkeit.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Allerdings – das müssen wir feststellen – wissen heute viele von denen, die Angebote anbieten, aber auch von denen, die Leistungen erbringen, nichts von der Arbeit und den Leistungen der anderen; hier also das Defizit und die Notwendigkeit von mehr Vernetzung. Deshalb muss unsere Infrastruktur in Zukunft vor allen Dingen auch in dieser Richtung qualitativ besser werden.

Ich denke darüber hinaus an dementsprechende Wohninitiativen, die heute in den einzelnen Redebeiträgen schon eine Rolle gespielt haben, und natürlich auch an Initiativen, die Bürgerinnen und Bürger in ihrer Häuslichkeit durch entsprechende Dienstleistungen zu begleiten. Diese Hilfe ist manchmal einfacher, als man denkt, denn es geht oft, besonders am Anfang, um kleine Hilfestellungen wie Einkaufen, Anträge stellen oder die Wohnung einrichten.

Auch hier, meine Damen und Herren, ist es nur zielführend, wenn wir gemeinsam Verantwortung tragen. Ich sehe hier zum Beispiel die Wohnungsgesellschaften in der Verantwortung, die natürlich auch wollen, dass die älteren Menschen so lange wie möglich in ihrer Wohnung leben können. Es kommt nicht so sehr darauf an, neue Angebote aufzubauen, sondern eher darauf, die Angebote in die Strukturen einzubinden, zu vernetzen und entsprechend auf die Bedürfnisse der älteren Menschen auszurichten.

Nach wie vor – das soll an dieser Stelle erwähnt werden – gilt unser Grundsatz und darauf ausgerichtet auch unser Bemühen: ambulant vor stationär. Das steht für uns im Vordergrund, denn eines ist sicher: Das entspricht zum einen dem Wunsch der älteren Menschen, die einen Anspruch darauf haben, so lange wie möglich auch bei Pflegedürftigkeit, bei Krankheit und auch, meine Damen und Herren, bei Demenz in ihrer bekannten Häuslichkeit zu verbleiben. Zum anderen gebietet dies, denke ich, auch der wirtschaftliche Umgang mit den entsprechenden Ressourcen und Kapazitäten.

Deshalb ist es unser Anliegen, die Pflege durch Angehörige und durch die ehrenamtlichen Begleiter vor allen Dingen noch deutlicher als bisher zu stärken, wissen wir doch, dass Betroffene eigentlich sehr gern von Angehörigen gepflegt werden wollen. Aber sie wollen auch nicht – das ist die Aussage vieler Betroffener – jemandem zur Last fallen.

Deshalb ist es notwendig, die außerordentlich wichtigen Hilfeleistungen von Angehörigen und Ehrenamtlichen so in ein Hilfesystem zu integrieren, dass diese Dienste von Betroffenen zum einen akzeptiert und zum anderen ohne Vorbehalte angenommen werden können.

Dazu ist es notwendig, auch die niedrigschwelligen Betreuungsangebote, die es derzeit schon in entsprechenden Richtlinien gibt und die mit einer entsprechenden

Förderung untersetzt sind, weiter zu stärken. Dafür werden wir im Laufe dieses Jahres unsere Verordnung zur Anerkennung und Förderung der niedrigschwelligen Angebote neu gestalten. Hier wird es weitere notwendige Angebote geben, bei denen vor allen Dingen auch das ehrenamtliche Engagement im Vordergrund steht. Deshalb fordern wir Fachkräfte, die ehrenamtlich Engagierte anleiten und weiterbilden, auch um diesen Konflikt, den Herr Wehner angesprochen hat, in den belasteten Familien minimieren zu helfen und den Betroffenen ein Instrumentarium und ein Wissen an die Hand zu geben, wie sie gegebenenfalls damit umgehen können.

Das alles aber, meine Damen und Herren, kann natürlich nur mit Einbindung der Kommunen erfolgen. Es ist nach wie vor eine Aufgabe der Kommunen, im Rahmen der kommunalen Daseinsfürsorge Angebote für ältere und alte Menschen in den Gemeinden bereitzustellen. Deshalb plädiere ich ganz ausdrücklich für eine Mitbeteiligung der Kommunen am gesamten Konzept. Das gilt auch für die Abstimmung im Rahmen der Altenhilfeplanung mit den kommunalen Spitzenverbänden, mit Spitzenverbänden der freien Wohlfahrt, den Pflegekassen, dem Landessenorenbeirat und den Seniorenvertretungen und Initiativen, die vor Ort engagiert tätig sind.

Meine Damen und Herren! Das Motto des Altenhilfekongresses lautete: Wir brauchen eine neue Kultur in der Pflege. Ein Beispiel ist auch der vorliegende Antrag für die so genannte Pflegezeit. Es ist schon gesagt worden, dass zirka 70 % aller Personen, die Leistungen aus der Pflegeversicherung erhalten, nach wie vor zu Hause gepflegt werden. Zwei Drittel von ihnen sind Angehörige, die betreuen. Die Familie ist als ursprünglicher Ort für die Beziehungen zwischen den Generationen besonders mit der demografischen Entwicklung konfrontiert. Das haben wir heute schon gehört. In gleicher Weise sind die innerfamiliären Hilfepotenziale besonders gefordert. Die veränderten Familienstrukturen werden durch verlängerte Pflegezeiten betroffen sein.

Nach wie vor – auch das ist schon angesprochen worden – ist es in der Tat so, dass hauptsächlich Frauen in den Familien Pflegearbeiten übernehmen, aber dankenswerterweise auch zunehmend Männer das tun. Wir müssen hier den entsprechenden Tatsachen ins Auge sehen. Wir wissen, wenn es weniger Geburten gibt, werden die Familien kleiner. Es wird teilweise davon gesprochen, dass sie bunter werden. Aber das ändert nichts an der Tatsache, dass dann ein hoher Anteil berufstätiger Frauen doppelt belastet wird, dem wir mit dieser verantwortungsvollen Aufgabe nicht ihre beruflichen Chancen nehmen oder einschränken dürfen. Deswegen muss es hier eine Konstellation geben, die es ermöglicht, beide wichtigen Aufgaben wahrzunehmen. Es darf nicht sein, dass es zu einem Arbeitsplatzverlust kommt oder dass man ein anderes Risiko eingehen muss, um seine Angehörigen zu pflegen, sondern es muss der Job auch während der Pflegezeit gesichert sein.

Pflegende Angehörige sollen das Recht auf eine unbezahlte Freistellung von der Erwerbstätigkeit erhalten, denn Pflege im Familienkreis darf kein Risiko sein. Eine Pflegezeit, meine Damen und Herren, gehört deshalb aus Sicht der Staatsregierung unbedingt zu einer Kultur der Pflege. Wir unterstützen deswegen natürlich auch den Antrag.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU, vereinzelt bei der SPD  
und des Abg. Torsten Herbst, FDP)

**2. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Das Schlusswort hat die Koalition. Herr Abg. Gerlach, bitte.

**Johannes Gerlach, SPD:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, dass diese Diskussion ohne große Konflikte ausgetragen werden konnte und dass wir uns im Wesentlichen darüber einig sind, dass dieses Thema eine solche Wichtigkeit hat, dass man die verschiedenen Ausrichtungen, die in den einzelnen Fraktionen und Parteien durchaus vorhanden sein mögen, ziemlich weit außen vor lassen kann.

Natürlich sind bestimmte Akzente gesetzt worden. Ich möchte auf einige wenige eingehen, will aber vorher ein Beispiel bringen, um das ganz klar zu machen.

Ich war ziemlich erschüttert, als mir vor wenigen Wochen eine gut bekannte Familie gesagt hat, dass sie das, was sie geleistet haben, nämlich ihren Vater sechs Jahre zu pflegen, jeden Tag 24 Stunden, so sehr bedrückt hat, dass sie jetzt eine Art Testament gemacht haben, mit dem sie ihren Kindern quasi verbieten, sie zu Hause zu pflegen. Sie wollen in ein Pflegeheim, weil sie ihnen diese Strapazen, die sie selbst sechs Jahre erlitten haben, nicht zumuten möchten.

Meine erste Reaktion war Ablehnung. Je mehr ich darüber nachgedacht habe, war es die, dass ich gesagt habe: Ich kann es eigentlich überhaupt nicht beurteilen. Ich habe einmal ein halbes Jahr mit gepflegt, aber nicht sechs Jahre.

Natürlich haben wir die Situation, dass für die zu Pflegenden – Herr Wehner, da haben Sie natürlich Recht, es gibt auch Jüngere, doch die große Anzahl der zu Pflegenden, das sind die Alten – die eigentliche Pflegezeit in den stationären Einrichtungen deutlich abnimmt. Im Schnitt sind die Leute nur noch ein halbes Jahr im Pflegeheim. Das heißt im Umkehrschluss, dass es viele Ältere genießen, diese Zeit, diesen dritten oder vierten Lebensabschnitt, für sich auch positiv und gewinnbringend nutzen zu können; gewinnbringend im Sinne einer Erfüllung des Lebens.

Aber wir laufen auch vor dem Hintergrund, dass sich die Familienverhältnisse ändern, dass sich die Art, wie die Menschen zusammenleben, heute deutlich von der unterscheidet, wie es vielleicht vor 50 Jahren war, auf eine Situation hinaus, bei der wir sagen: Hier müssen die Strukturen den Lebensbedingungen der Menschen folgen.

Frau Schütz, Sie haben natürlich Recht, wenn Sie sagen, es wird in Zukunft mehr Geld und Zeit notwendig sein – so haben Sie es sinngemäß formuliert –, um das ganze System am Leben zu erhalten. Ich sage das jetzt einmal so. Wir müssen uns darüber im Klaren sein: Wo holen wir dieses Geld her und wie wollen wir diese Zeit für die Menschen organisieren, die das dann machen?

Variante 1: Wir privatisieren alles. Also jeder schließt eine private Pflegeversicherung bei irgendjemandem ab. Damit hat man die Garantie, dass man dann, wenn man im Alter pflegebedürftig wird, für – keine Ahnung – 5 000 Euro im Monat ausreichend gepflegt wird.

Variante 2, das kam im ersten Redebeitrag von der Linksfraktion.PDS: aus Steuermitteln. Ich denke, es geht nicht, dass wir weiterhin in dem Sozialsystem, in dem wir leben, alles, was wir möglicherweise als gesellschaftliche, als private Risiken haben, was uns vielleicht bevorsteht, einfach auf den Staat abwälzen können und sagen: Der Staat wird es dann schon machen; ich lebe heute erst einmal – ich überziehe jetzt etwas –, irgendwann wird mich das Sozialsystem schon auffangen!

(Beifall des Abg. Dr. Fritz Hähle, CDU)

Ich könnte mir vorstellen, dass es im Pflegebereich durchaus bei einer eigenen Finanzierungsquelle bleibt, so ähnlich wie wir es heute haben. Wir wissen aber schon, dass das, was einmal angespart wurde, spätestens nächstes Jahr aufgebraucht sein wird. Das soll auch eine Überlegung sein, die die Verantwortlichen in Berlin mit anstellen müssen, wenn sie ein neues Gesetz erarbeiten: Wie soll das Ganze nicht nur finanziert, sondern auch organisiert werden?

Aber ich denke, das einfache Abschieben auf den Staat ist zu wenig.

Das selbstbestimmte Leben für die Pflegebedürftigen – ja, Herr Wehner, keine Differenz – in jedem Alter – ich habe meine Meinung dazu gesagt –, richtig. Aber der Großteil sind die Alten. Und Sterbebegleitung als Teil der Pflege – auch Zustimmung.

Aber – und hier kommt meine Kritik an Ihnen, Herr Wehner – es ist einfach nicht in Ordnung, wenn Sie sagen, sinngemäß haben Sie es so formuliert: Wenn Sie das alles ernst nehmen, was Sie hier gesagt haben, dann müssen Sie unserem Änderungsantrag zustimmen.

Man kann auch der Meinung sein, dass Pflege anders und gut organisiert wird, ohne dass man Ihrem Änderungsantrag zustimmt. Das halte ich für eine ganz wichtige Aussage.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Sie ersetzen das Wort „Bestandteil“ durch „zur verbindlichen Grundlage“. Das kann man so sehen, das muss man nicht so sehen.

Noch ein Wort zu Ihrem letzten Teil, in dem Sie verlangen, dass das „bis Ende des Jahres 2006“ gemacht wird. Ich würde mich freuen, wenn es bis dahin machbar

wäre. Aber ich möchte der Staatsregierung diesen engen Gürtel nicht umschnallen. In dem Sinne kann ich für die Koalition sagen, dass wir dem Änderungsantrag nicht zustimmen werden.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD und der CDU)

Ansonsten werbe ich natürlich noch einmal für unsere beiden Anträge.

Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD und der CDU)

**2. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zur Abstimmung. Ich rufe auf die Drucksache 4/5257, Antrag der CDU- und der SPD-Fraktion. Wer die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Bei einer Reihe von Stimmenthaltungen ist dem Antrag mehrheitlich zugestimmt worden.

Ich rufe jetzt die Drucksache 4/4270 auf. Mir liegt hier ein Änderungsantrag der Linksfraktion.PDS in der Drucksache 4/5686 vor. Wird noch einmal Einbringung gewünscht? – Ich frage nur, ob das noch einmal gewünscht wird. – Das sieht auch so aus. Bitte, Herr Dr. Hahn.

**Dr. André Hahn, Linksfraktion.PDS:** Vielen Dank, Frau Präsidentin. Ich will es in aller Kürze tun. Herr Gerlach hat ja das Wesentliche dargestellt. Natürlich setzt man sich nicht nur für etwas ein, wenn man einem Änderungsantrag zustimmt. Das ist richtig.

Aber in der Sache enthält der Antrag zwei Punkte. Als Erstes haben Sie dargestellt, es soll nicht nur irgendein Bestandteil sein, der neben vielen anderen ist – das ist die klare Änderung in unserem Punkt 1 –, sondern er soll zur verbindlichen Grundlage werden. Das ist ein qualitativer Unterschied. Darauf legen wir Wert. Sie haben selbst gesagt, es wäre wünschenswert.

(Zuruf des Abg. Johannes Gerlach, SPD)

– Ja, feste Bestandteile kann es auch viele geben.

Was den Termin angeht, da haben Sie auch gesagt, Sie wünschen das, Herr Gerlach. Ob es machbar ist, wird man sehen.

Deshalb möchte ich gern beantragen, dass wir punktweise abstimmen, weil der erste Punkt eigentlich etwas ist, auf das sich alle verständigen könnten.

Wenn es zum Termin Schwierigkeiten gibt und die Staatsregierung oder die Koalition glaubt, es sei nicht leistbar, dann kann man den Punkt 2 möglicherweise ablehnen. Aber wenigstens dem Punkt 1 sollte man hier im Plenum fraktionsübergreifend zustimmen. Ich denke, dass das machbar ist, und bitte einfach um Ihre Unterstützung.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS –  
Dr. Dietmar Pellmann,  
Linksfraktion.PDS: Genau!)

**2. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Gibt es noch Diskussionsbedarf zum Änderungsantrag? – Ich sehe, das ist nicht der Fall. Es ist punktweise Abstimmung beantragt worden. Drucksache 4/5686, Änderungsantrag der Linksfraktion.PDS, Punkt 1. Wer möchte die Zustimmung geben? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Bei einer ganzen Reihe von Stimmen dafür ist der Punkt 1 dennoch mit Mehrheit abgelehnt worden.

Wer möchte Punkt 2 die Zustimmung geben? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Weniger Stimmen dafür; Punkt 2 ist mit größerer Mehrheit abgelehnt worden.

Ich komme nun zum Ursprungsantrag Drucksache 4/4270, Antrag der Fraktionen von CDU und SPD. Wer die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Ich sehe hierin Einstimmigkeit. Damit ist der Antrag beschlossen und der Tagesordnungspunkt beendet.

Ich rufe auf

### Tagesordnungspunkt 3

#### Sicherung einer praxisnahen und vielseitigen Lehramtsausbildung im Freistaat Sachsen

##### Drucksache 4/4656, Antrag der Linksfraktion.PDS und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, mit Stellungnahme der Staatsregierung

Die Reihenfolge in der ersten Runde: Linksfraktion.PDS, GRÜNE, CDU, SPD, NPD, FDP und die Staatsregierung, wenn sie es wünscht. Ich erteile nun der Linksfraktion.PDS das Wort.

**Heike Werner, Linksfraktion.PDS:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte etwas voranstellen: Ich bin sehr froh, heute zum Thema LehrerInnenbildung sprechen zu können, ohne dass mich die CDU dazu drängen kann, an einem Tag nur über das zu reden, was im Hochschulausschuss von Belang sein könnte, und

am anderen Tag nur darüber, was im Schulausschuss wichtig sein könnte. Ich kann diese Fachidiotie bis heute nicht verstehen, da ich doch Inhalte, Struktur und Personalbedarf an der Hochschule nicht ohne die Inhalte, die Struktur und den Personalbedarf an den Schulen diskutieren und entscheiden kann. Ich empfand dies die ganze Zeit als sehr schizophren. Aber Ihr Unvermögen bzw. Ihr Unwille, integrativ zu denken und entsprechend zu entscheiden, erklärt wiederum die Entscheidungen, die Sie bisher trafen.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich den gemeinsamen Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Linksfraktion.PDS etwas ausführlicher erläutern, damit alle das Anliegen wirklich verstehen können. Im Bereich der Hochschulen ereignen sich große Umstrukturierungen, also die Umstellung der Studiengänge auf modularisierte, zweistufige Studiengänge. Ich werde es im Folgenden die Umstellung auf Bachelor und Master nennen. Dies birgt große Chancen, aber natürlich auch Risiken.

Im Bereich der Lehramtsausbildung gab es in den letzten Jahren immer sehr große Kritiken: eine zu hohe fachwissenschaftliche Orientierung, zu wenig Bildungswissenschaften, zu wenige Phasen in der Praxis. Außerdem gibt es eine große Anzahl von Studierenden, die zwar das Studium des Lehramts gewählt haben, jedoch erst zu spät feststellen konnten, ob sie überhaupt für dieses Studium geeignet waren. In dieser Kritik sind wir uns sicher einig.

Aber in einer Studie der OECD wurde noch ein weiteres Problem im deutschen Lehrerbildungssystem benannt. Es wurde herausgestellt, dass als Schwachpunkt im deutschen Bildungssystem die Erwartungen der Kultusministerien an Inhalt und Form der Ausbildung sehr streng dadurch bestimmt sind, wie die Schule derzeit organisiert ist, und dass diese starke Orientierung an Schulart und fachbezogenen Lehrämtern die Tendenz zum fragmentierten Charakter der Lehramtsausbildung nach sich zieht. Es wird auch gesagt, dass die Schuladministration nicht unbedingt innovationsoffen und anpassungsfähig ist. Dies ist nicht einmal eine Kritik, sondern liegt einfach in der Natur der Sache. Die Universitäten wiederum bergen diesen Schatz: über den Tellerrand der Verwaltung hinaus weiter zu denken. Hier hätten wir in Sachsen die Chance, diese hoch motivierten Universitäten tatsächlich zu nutzen und ihre Vorschläge aufzugreifen.

Man muss sagen, es gab in allen Institutionen und Gremien in den Universitäten Diskussionen, Arbeitsgruppen und Foren. Studierende und Lehrende haben gemeinsam an den neuen Konzeptionen gearbeitet. Es ging sogar so weit, dass Studierendenräte Weiterbildungsveranstaltungen angeboten haben, um wiederum ihre Leute fit zu machen. All dies ging über die eigentliche Arbeit hinaus. Es gab also kein zusätzliches Personal oder Freiräume, weder für die Erarbeitung der Konzeptionen, noch für die Umstellung an den Hochschulen, die einen erheblichen Mehraufwand an Lehrkräften zur Folge haben wird. Dafür zunächst unseren Dank!

In beiden Universitäten entstanden Modelle, die viel versprechend sind und die oben genannten Probleme teilweise aufgreifen. Ich möchte hierbei vor allem den größeren Bereich der Bildungswissenschaften und die Ausdehnung der Studiendauer für die Grundschullehrer erwähnen. Wichtig bleibt, dass die Bildungswissenschaft nicht in den Fachdidaktiken verschwinden darf und ausreichend Platz für die so genannten Schlüsselqualifikationen bleibt. Dabei verweise ich auf die von der Kultusministerkonferenz verabschiedeten Bildungsstandards.

Ob tatsächlich genügend Zeit bleibt, diese Fähigkeiten zu erwerben, wird unterschiedlich eingeschätzt. Hier muss unbedingt nach einiger Zeit evaluiert und gegebenenfalls verändert werden. Dies gilt auch für die so genannte Polyvalenz in der ersten Stufe der Bachelorphase. Zur Erklärung: Ich habe bereits angesprochen, dass sich Abiturienten erst nach der 12. Klasse entscheiden, Lehrer oder Lehrerin zu werden. Bisher war das Studium so angelegt, dass man sich erst sehr spät in der „Höhle des Löwen“ ausprobieren und sowohl die Eignung zum Beruf als auch das, was man eigentlich gern unterrichten möchte, erst spät – im Prinzip zu spät – überdacht werden konnte.

Die Polyvalenz am Ende der ersten Stufe des Studiums bedeutet nun eine Art Drehscheibe. Das heißt also, nach der Bachelorphase haben die Studenten zumindest theoretisch die Möglichkeit, entweder einen Lehramtsmaster zu wählen, oder, sollten sie vielleicht doch feststellen, dass sie – ich zitiere – „eine Kinderphobie“ haben – oder vielleicht auch eine Lehrerphobie, man weiß es nicht –, können sie sich auch für das Studium der Fachwissenschaft entscheiden.

Hierbei gibt es natürlich auch Schwierigkeiten. Ich möchte zunächst auf den zweiten Fall eingehen. Wenn wir im Studium des Bachelors bereits wollen, dass Bildungswissenschaften unterrichtet werden, ist natürlich klar, dass es bei der Fachwissenschaft Abstriche geben muss. Dies wiederum muss, wenn man sich für ein Masterstudium in der Fachwissenschaft entscheidet, nachgeholt werden. Auch hier gilt, dass man schauen muss, ob dies tatsächlich möglich, also studierfähig ist.

Erst einmal müssen wir natürlich zu der Entscheidung kommen, ob Lehramt oder Fachwissenschaft. Wir waren uns auch darin einig, dass dies nur mit einem erhöhten Praxisanteil in der ersten Phase, am allerbesten natürlich mit einer Art Vorpraktikum am Anfang oder vor dem Studium, möglich ist. Der Schulausschuss wird sich erinnern: Wir waren in Finnland. Dort wurde uns erzählt, dass alle Lehrerstudentinnen und -studenten vorher – ich glaube, acht Wochen – in Schulen sind, sich ausprobieren und dort umschaun können und das Studium ganz anders beginnen.

Hier beginnen bei uns wiederum die Probleme. Die Hochschulen – sowohl die TU Dresden als auch die Universität Leipzig – hätten gern ein solches Vorpraktikum angeboten. Wir wurden auf eine sehr spannende Wechselwirkung hingewiesen. Wenn nämlich die Studierenden aus der Praxis wieder zurück an die Hochschule kommen, schreien sie nach mehr theoretischem Wissen in der Didaktik, in den Schlüsselqualifikationen und in der Psychologie, da sie dort erleben, welches Rüstzeug sie benötigen, um an den Schulen klarzukommen. Dadurch entsteht eine ganz neue Motivation, eine Eigenmotivation, sich mit solchen Themen mehr zu beschäftigen. Jedoch scheitert das Vorpraktikum am Kultusministerium. Auch der höhere Anteil an Praxis im Grundstudium muss zeitlich möglich sein. Es bedarf der entsprechenden

Abordnungen von gut motivierten Lehrerinnen und Lehrern an die Hochschulen, und auch dabei kommt – zumindest meines Wissens – das Kultusministerium seiner Verantwortung nicht nach.

Unsere Fraktionen fordern deshalb, um ein praxisnäheres Studium und eine tatsächliche Polyvalenz herzustellen, dringend Nachbesserung in diesen Bereichen. Aber wir fordern auch in einem anderen Punkt mehr Größe. Ich habe es vorhin schon erwähnt: Es wurde bereits als Schwachpunkt herausgestellt, dass die Erwartungen der Kultusministerien an Inhalt und Form der Ausbildung sehr streng dadurch bestimmt sind, wie die Schule derzeit organisiert ist. Die Universität Leipzig hat sich ganz eng an den staatlichen Vorgaben orientiert. Dies hat seine Gründe. Ich möchte es hervorheben. Man hat dort sehr rangeklotzt und wollte möglichst schnell – fast zeitgleich in allen Fachbereichen – die Studiengänge auf Bachelor und Master umstellen. Dieser Mehraufwand ist wirklich erheblich und anders wahrscheinlich kaum zu tragen.

Die TU Dresden hat sich für einen anderen Weg entschieden. Sie hat sich auf ein neues Leitbild geeinigt: Integration. Ich möchte kurz aus dem Konzept der Bildungswissenschaft an der TU Dresden zitieren: „Ziel der Reform ist die Integration bislang hermetisch getrennter Ausbildungsphasen von Forschung und Lehre, Theorie und Praxis, verschiedener Lehrämter für spezielle Schulformen, aber auch im Sinne einer professionellen Ausbildung zum Zwecke der Integration von Schülern verschiedener Herkunft, Leistungsfähigkeit, Nationalität und unterschiedlichen Geschlechts an der Schule.“

Sie schlagen also zwei Lehrämter vor. Lehramt I umfasst die Primarstufe und die Sekundarstufe I und Lehramt II umfasst die Sek I und die Sek II. Diesen wirklich innovativen Ansatz hat nun die Staatsregierung der TU Dresden untersagt – zumindest zunächst.

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS:  
Hört, hört!)

Es geht hier im Übrigen nicht vordergründig um eine Gemeinschaftsschule, sondern um eine zukunftssträchtige LehrerInnenausbildung,

(Vereinzelte Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

die den Bedingungen an jeder konkreten Schule gerecht wird; denn wir haben an den Schulen höchst unterschiedliche Schülerinnen und Schüler. Die Lerngruppen sind und werden immer heterogener, an den Mittelschulen genauso wie an den Gymnasien und Grundschulen.

Es gibt unterschiedliche Entwicklungstempi der Schülerinnen und Schüler und die Anforderungen an Bildung sind auch andere geworden. Denn nicht nur das Leben ist komplexer geworden, auch Ausbildung, Studium, lebenslanges Lernen verlangen anderes, komplexeres, integratives Denken. Wir brauchen deshalb an den Schulen viel mehr fächer- und schulartenübergreifenden Unterricht. Wir brauchen ihn im Studium und auch in der Schule.

Schauen Sie auf die Bedingungen in Sachsen. Wir haben in verschiedenen Bereichen LehrerInnenmangel. Momentan sind wir noch in der Lage, diesen LehrerInnenmangel auszugleichen. Ich erinnere Sie an den erst kürzlich abgeschlossenen Bezirkstarifvertrag. Zukünftig werden Mittelschullehrerinnen und -lehrer an Gymnasien unterrichten. Das geht wiederum nur deshalb, weil in Sachsen noch auf Lehrerinnen und Lehrer mit einer DDR-Ausbildung zurückgegriffen werden kann. Denn diese Lehrerinnen und Lehrer hatten sowohl die Befähigung für die 10-jährige POS als auch für die 12- oder 13-jährige EOS. Die MittelschullehrerInnen nach neuem BRD-Recht können dies nicht leisten, weil sie die erforderliche Ausbildung nicht haben. Sie haben eben nur eine Mittelschulbildung.

Wir wissen auch nicht, wohin die Entwicklung im gymnasialen Bereich noch gehen wird. Wir haben schon jetzt veränderte Zulassungsbedingungen. Wir haben die Forderungen nach mehr Abiturienten. Auch die Schülerzahlen werden sich verändern. Damit werden sich auch die Anforderungen an Lehrerinnen und Lehrer ändern. Irgendwann aber haben wir die POS-Lehrer, die dies an den Gymnasien vielleicht noch abdecken könnten, nicht mehr.

Neuerdings finden wir vereinzelt auch Mittelschullehrer an Grundschulen. Diese Lehrer verfügen überhaupt nicht über das didaktische Grundgerüst, um den Anforderungen dort gerecht zu werden. Meiner Meinung nach ist das katastrophal.

Mit der Begrenzung der Lehramtsausbildung auf ein schulformbezogenes Modell werden Sie der Situation in Sachsen auf lange Zeit nicht gerecht und Sie behindern ebenso Lebens- und Bildungswege für sächsische Studierende und AbsolventInnen.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS und des  
Abg. Dr. Karl-Heinz Gerstenberg, GRÜNE)

Was wissen wir denn, wie die Schule in fünf oder zehn Jahren aussehen wird? Was wissen wir über Bedarf? Was wissen wir über Mobilität oder über zukünftige Bildungssysteme?

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns mutig sein, lassen Sie uns über den Tellerrand hinaussehen! Unser Antrag gibt Ihnen die Chance, ein zukunftssträchtiges Lehrerbildungsmodell in Sachsen noch weiter entwickeln zu können.

Danke.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS  
und den GRÜNEN)

**2. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Die Fraktion der GRÜNEN, bitte. Herr Gerstenberg.

**Dr. Karl-Heinz Gerstenberg, GRÜNE:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! „Die Reform der Lehrerbildung ist eine der obersten Prioritäten der deutschen Bildungspolitik. Die herrschende Meinung

scheint mit dem derzeitigen internationalen Trend übereinzustimmen, wonach die Lehrerbildung als ein offenes und dynamisches System sowie als fortdauernder Prozess zu betrachten ist.“

Diese Einschätzung – Sie ahnen es wahrscheinlich schon, meine Damen und Herren – stammt nicht von mir, sondern aus der OECD-Lehrerstudie „Anwerbung, berufliche Entwicklung und Verbleib von Lehrkräften“ vom September 2004.

Sosehr mir dieses Zitat im Hinblick auf die herrschende Meinung zu optimistisch erscheint, so sehr teile ich jedoch die Ansicht zur Bedeutung der Lehramtsreform für unser Bildungssystem. Worum geht es bei dieser Reform?

Nach übereinstimmender Bewertung aller Fachleute gibt es in drei zentralen Bereichen einen Reformbedarf. Die bisherige Lehramtsausbildung weist erstens eine sehr starke Fachorientierung, jedoch eine sehr geringe Ausbildung pädagogischer Kompetenzen aus. Es gibt zweitens einen für jeden Lehramtsstudierenden wahrnehmbaren Bruch zwischen Ausbildung und Berufstätigkeit, den berühmten Praxisschock, der aus der geringen Orientierung der Lehrerbildung an den realen Problemen der Schulen resultiert. Es gibt drittens in mehrfacher Hinsicht das Problem der zu starken Differenzierung. Die starke Fachorientierung erschwert das pädagogische Handeln in fächerübergreifenden Zusammenhängen. Die Schulartorientierung der Lehrerbildung erschwert das integrative pädagogische Denken und die von Land zu Land unterschiedliche Ausgestaltung erschwert die berufliche Mobilität.

Diese drei Problembereiche haben ganz direkte Auswirkungen auf die pädagogische Qualität der Schulen, und das nicht erst seit „Pisa“. Es ist also höchste Zeit zu handeln.

Die sächsischen Hochschulen haben gehandelt. Meine Kollegin Werner hat das bereits geschildert. Die beiden federführenden Hochschulen, also sowohl die Universität Leipzig als auch die Technische Universität Dresden, haben Konzepte ausgearbeitet, die im Wesentlichen die allseits geäußerten Kritikpunkte aufgreifen. Beide Konzepte stärken die bildungswissenschaftlichen Anteile innerhalb der Lehramtsausbildung. Die Phasen, in denen die Lehramtsstudierenden mit der schulischen Praxis in Berührung kommen, setzen wesentlich früher ein, auch wenn ich Ihnen ganz offen sage, dass ich mir ein verpflichtendes Schulpraktikum vor dem Studium wünsche. Außerdem wird die erwähnte Differenzierung zumindest aufgeweicht, indem die Lehrerbildung in die Bachelor-Master-Struktur überführt wird und Kerncurricula zum Einsatz kommen, die sich an den nationalen Bildungsstandards orientieren.

Unser Hauptkritikpunkt ist der Umgang der Staatsregierung mit den Unterschieden in den Konzepten. Die Universität Leipzig hat ein Konzept vorgelegt, das den bereits erläuterten polyvalenten Bachelor vorsieht, der für die jeweilige Ausrichtung des anschließenden Masters offen ist. Diese unterschiedlichen Master orientieren sich

an den sächsischen Schularten Grundschule, Mittelschule und Gymnasium.

Die TU Dresden macht einen entscheidenden innovativen Unterschied. Sie orientiert sich in der Masterphase nicht an den Schularten, sondern an Altersstufen und bleibt damit offen für künftige Änderungen in der Schulstruktur. Ich mache kein Geheimnis daraus, dass unsere Fraktion dieses zweite Modell der Lehrerbildung favorisiert. Dafür gibt es gute schulpolitische Gründe. Dazu wird meine Kollegin Astrid Günther-Schmidt sprechen. Ich möchte Ihnen jetzt einige hochschulpolitische Argumente nennen.

Es muss im Interesse jeder Hochschule liegen, ihren Studierenden die inhaltlich beste Bildung zu geben. Die Aufhebung der Schulartorientierung ermöglicht es, die Inhalte, die unabhängig von der Schulartspezifik sind, deutlicher zu vermitteln und die Vernetzung zwischen den Schularten durch ein übergreifendes Verständnis zu verbessern.

Darüber hinaus müssen Hochschulen ihren Absolventen eine größtmögliche berufliche Offenheit sichern, in diesem Falle für verschiedene Schularten, für Schulstrukturen auch anderer Bundesländer und für politisch bedingte Änderungen der Schulstrukturen.

Und Hochschulpolitik hat schließlich darauf zu achten, dass Ressourcen optimal genutzt werden. In der Lehrerbildung können insbesondere personelle Ressourcen durch die Aufhebung der Schulartspezifik und die Orientierung an Altersstufen deutlich besser ausgeschöpft werden.

Alle diese Argumente werden insbesondere auch von der eingangs erwähnten OECD-Studie gestützt.

Sehr geehrte Damen und Herren, unsere Fraktion plädiert an dieser Stelle ausdrücklich nicht dafür, den sächsischen Hochschulen vorzuschreiben, den Schulartbezug in der Lehramtsausbildung zu streichen. Wir plädieren für Offenheit. Wir wollen eine Offenheit für verschiedene Modelle, die sich dann auch in der entsprechenden Lehramtsprüfungsordnung wiederfinden muss.

(Beifall bei den GRÜNEN und  
des Abg. Torsten Herbst, FDP)

Nicht nur Oppositionsfraktionen, sondern auch Staatsregierung und Koalitionsfraktionen sprechen häufig von der Autonomie der Hochschulen. Wer nicht nur davon spricht, sondern es ernst meint, muss den Hochschulen die Freiheit geben, eigene Modelle anzubieten und sich im Wettbewerb zu bewähren. Wer es ernst meint mit der Autonomie und dem Wettbewerb, der muss auch die finanziellen und personellen Rahmenbedingungen dafür schaffen.

Beides gewährleistet die Staatsregierung in keiner Weise. Indem sie sich für eines der beiden Modelle, nämlich das Leipziger, entschieden hat, schränkt sie die inhaltliche Freiheit der Hochschulen ein. Darüber hinaus ist aber fraglich, inwiefern die anspruchsvollen Konzepte der Hochschulen, gerade auch das der Leipziger, personell

untersetzt werden. Insbesondere an der Universität Leipzig ist es doch ein offenes Geheimnis, dass die wesentlich stärkeren psychologischen Anteile des reformierten Studiengangs auf personelle Engpässe stoßen. Obwohl das Wissenschaftsministerium darüber unterrichtet ist und die Studiengänge jetzt im Herbst starten, wird es erst mittelfristig eine Überprüfung der Personalsituation geben. Das heißt, das Wissenschaftsministerium riskiert bei seinem bevorzugten Modell eine nicht ordnungsgemäße Durchführung des Studiengangs. Dies grenzt meines Erachtens an einen hochschulpolitischen Skandal.

(Beifall bei den GRÜNEN und  
vereinzelte bei der Linksfraktion.PDS)

Der ständige Verweis auf die bestehende Hochschulvereinbarung hilft da nicht weiter, denn eine so weitgehende Umstellung der Lehramtsausbildung war zum Zeitpunkt des Abschlusses der Hochschulvereinbarung allenfalls in Ansätzen erkennbar. Die Personalprobleme an den Hochschulen sind sicherlich vorrangig intern zu lösen; aber wenn dieser neue Studiengang nicht von Beginn an gefährdet werden soll, dann muss es zumindest zwischenzeitlich eine Unterstützung mit zusätzlichen Ressourcen geben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, aus unserer Sicht gibt es also in doppelter Hinsicht Handlungsbedarf für die Staatsregierung. Geben Sie den Hochschulen die notwendige inhaltliche Freiheit, indem Sie beide Modelle anerkennen, und sichern Sie die Umsetzung durch die entsprechenden Ressourcen ab! Vor dem Hintergrund eines spätestens ab 2011 auch in Sachsen wieder steigenden Bedarfs an Lehrerinnen und Lehrern ist die Zeit günstig. Versäumen Sie jetzt nicht die richtigen Weichenstellungen und stimmen Sie unserem gemeinsamen Antrag zu!

(Beifall bei den GRÜNEN  
und der Linksfraktion.PDS)

**2. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Und die CDU-Fraktion. Herr Rohwer, bitte.

**Lars Rohwer, CDU:** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Lehrerin/der Lehrer hat es bekanntlich nicht leicht in unserer Gesellschaft.

(Dr. André Hahn, Linksfraktion.PDS:  
Genau wie mancher Ausschussvorsitzender!)

Eine gewisse Verachtung derjenigen, die sich ein Leben lang mit Kindern beschäftigen, hat zwar schon Theodor Adorno einst festgestellt,

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS:  
Schon Wilhelm Busch!)

hinzu kommt aber heute in besonderem Maße, dass dem Lehrer bereitwillig die Verantwortung für Unterricht und Erziehung von Kindern und Jugendlichen in der Schule übertragen wird. Das Schicksal der zukünftigen Generation wird in die Hände der Lehrerinnen und Lehrer gelegt und dabei hat der angehende Lehrer zunächst einmal ein ganz handfestes Problem: Er wähnt sich schon während

seines Studiums mit durch den Geburtenrückgang bedingten Einstellungskrisen konfrontiert.

(Zuruf des Abg. Prof. Dr. Peter Porsch,  
Linksfraktion.PDS)

An dieser Stelle höre ich auf, Ihnen beklagenswerte Allgemeinplätze in das Gedächtnis zu rufen.

Wir als Politiker haben die Aufgabe, unser Bestes zu tun, um die Position des Lehrers zu stärken, und natürlich auch, um eine exzellente Bildung der Kinder zu sichern. In der Umstrukturierung der Lehramtsausbildung, wie sie derzeit in Deutschland im Gange ist, sehe ich den richtigen Weg, Professionalisierung und Flexibilität der Lehrer in Zukunft sichern zu können.

Für uns in Sachsen ist es ganz konkret das Leipziger Modell, das in diesem Zusammenhang zu nennen ist. Das Dresdner Modell – es wurde hier auch schon vorgestellt – halte ich hingegen für nicht geeignet. Deswegen werden meine Fraktion und ich dem Antrag auch nicht zustimmen,

(Beifall des Abg. Rolf Seidel, CDU –  
Dr. André Hahn, Linksfraktion.PDS:  
Da gibt es nichts zu klatschen!)

und das aus folgendem Grund: In dem zwischen den staatlichen Hochschulen und der Sächsischen Staatsregierung geschlossenen Vertrag ist ein Splitting der Lehramtsausbildung entsprechend dem gegliederten Schulsystem formuliert. Konkret heißt das: Die Ausbildung von Grund- und Mittelschullehrern wird in Leipzig konzentriert. Daraus ergibt sich eine Konzentration der Ausbildung von Gymnasial- und Berufsschullehrern in Dresden.

Vor dem Hintergrund der geforderten europaweiten Angleichung der Universitäts- und Hochschulabschlüsse – Stichwort „Bologna“ – wurden für die Lehrerausbildung die beiden schon genannten Modelle entwickelt. Das Leipziger Modell sieht eine schulartbezogene Ausbildung vor, das Dresdner eine schulartübergreifende, schulstufenbezogene. Dies lässt sich mit dem Hochschulvertrag jedoch nicht ohne Weiteres vereinbaren. Da heißt es, dass die Lehrer für Mittelschulen in Leipzig ausgebildet werden, die Lehrer für das Gymnasium hingegen in Dresden.

Sie mögen diesen erklärenden Diskurs entschuldigen, meine Damen und Herren. Ich hielt ihn für notwendig, um Ihnen den Zusammenhang zwischen den derzeitigen faktischen Gegebenheiten und dem, was Linksfraktion.PDS und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit diesem Antrag erreichen wollen, vor Augen führen zu können. Sie möchten nämlich die Sicherung einer praxisnahen und vielseitigen Lehramtsausbildung.

Praxisnähe und Vielseitigkeit sind in meinen Augen jedoch nicht Fragen einer Alternative zwischen alterstufenbezogener und schulartbezogener Schulartausbildung. Ersteres ist vielmehr eine Frage des Curriculums, also der Inhalte des Studiums. Was ist eigentlich Vielseitigkeit in diesem Zusammenhang? – Nehmen wir an, es gibt zwei

Arten der Ausbildung entsprechend den beiden Modellen. Der angehende Student kann sich somit entscheiden, ob er eine Ausbildung möchte, die mit dem geltenden Schulgesetz kompatibel ist,

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS:  
Wie lange gilt das?)

und er kann damit auch ein entsprechendes Berufsbild anvisieren. So das Leipziger Modell. Oder er entscheidet sich für eine Ausbildung, nach der er einen Abschluss bekommt, mit dem er sich in Brandenburg oder Niedersachsen bewerben kann. Sie merken schon, dass mir Letzteres nicht sonderlich schmecken kann.

(Zurufe der Abg. Prof. Dr. Peter Porsch und  
Dr. André Hahn, Linksfraktion.PDS)

Was Sie wollen, liebe Kollegen der Linksfraktion.PDS und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, ist freilich auch etwas anderes: Sie möchten eine andere Schulform, als im Sächsischen Schulgesetz festgelegt, und zäumen das Pferd von hinten auf. Eine Ausbildung mit einem Abschluss, der nicht mit dem Schulgesetz kompatibel ist, bedeutet vor allem eines: Verunsicherung der Studenten anstatt Sicherung einer praxisnahen und vielseitigen Lehramtsausbildung.

Meine Damen und Herren! Ich möchte Ihnen sagen, was in meinen Augen eine Sicherung der Qualität der Lehramtsausbildung darstellt: eine engere Verzahnung zwischen bildungswissenschaftlichem, fachdidaktischem Studium und Schulpraxis, daneben eine avancierte Didaktik und Methodik. Das alles ist unter dem Schlagwort „Professionalisierung“ fassbar, das oft als Gegenbegriff zur Flexibilität verwendet wird. Es ist aber längst kein Geheimnis mehr, dass Flexibilität eine Folge von Professionalität sein kann. Es kommt eben wie so oft vielmehr auf das Ausfüllen der Struktur als auf die Struktur selbst an.

Den Wunsch vieler Lehramtsstudenten, nicht Opfer zyklischer Einstellungskrisen zu sein, kann ich gut nachvollziehen. Deshalb sollten wir uns um eine Ausbildung bemühen, die die Lehramtsstudenten mit fachwissenschaftlicher und pädagogischer Kompetenz ausstattet. Da kann es nicht das Ziel sein, dass der Lehrer schon während seiner Ausbildung ausgerüstet wurde, mit einer 1. Klasse ebenso wie mit einer 10. Klasse irgendwie zurechtzukommen. Der Lehrer soll vielmehr für einen Berufswechsel gewappnet sein, und zwar als gut ausgebildeter Fachlehrer mit einem umfassenden entwicklungspsychologischen Wissen zu der Altersgruppe, in der er unterrichtet – und das alles entsprechend dem geltenden Schulgesetz.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

**2. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Die SPD-Fraktion. Herr Dulig, bitte.

**Martin Dulig, SPD:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag greift ein Problem auf, welches wir im Landtag schon mehrfach behandelt haben und welches sich auf einem grundsätzlichen Weg der Lösung befindet.

(Dr. André Hahn, Linksfraktion.PDS: Ach so?)

Insofern verwundert, dass das Thema erneut aufgegriffen wird.

(Dr. André Hahn, Linksfraktion.PDS:  
... auf dem falschen Weg!)

Wir konnten uns in der Anhörung zum Antrag der GRÜNEN „Stand und Perspektiven des Lehramtsstudiums in Sachsen“ vom damaligen Stand der Dinge und den Entwicklungen an den beiden Universitäten überzeugen. Im Ausschuss wurde seitens der Staatsregierung mehrfach berichtet, wie die Reform der Lehrerbildung voranschreitet. Insofern fordert der Antrag etwas, was es längst gibt. Aus diesem Grund werden wir ihn auch ablehnen.

Aber wir wollen den Antrag, wenn er nun einmal behandelt wird, auch zum Anlass nehmen, auf mögliche Probleme und Entwicklungen einzugehen. Sicher ist, dass wir spätestens ab 2015 Schwierigkeiten bekommen werden, den dann vorhandenen Einstellungsbedarf mit eigenen Absolventen zu decken, wenn wir den Status quo fortschreiben. Da dies in den anderen Bundesländern nicht anders ist und insbesondere alte Bundesländer Vorteile bei der Anwerbung von Absolventen haben werden, müssen wir reagieren. Da darf uns auch ein jetzt vorhandener Überschuss an Absolventen nicht den Blick verstellen, denn nach allen Erfahrungen und Untersuchungen stehen die heute nicht benötigten Absolventen in zehn Jahren nicht zur Verfügung. Sie haben längst andere Jobs gefunden, ihre ursprüngliche Qualifikation ist durch die Zeit, in der sie nicht im Beruf tätig waren, zu einem Gutteil entwertet. Selbst ein gestandener Lehrer hätte nach zehn Jahren Berufspause Schwierigkeiten, wieder einzusteigen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben aber nicht nur dieses rein quantitative Problem, wir haben auch ein strukturelles. Es ist in der jetzigen Schule nicht damit getan, genügend Lehrerinnen und Lehrer zu haben, sie müssen auch in ihrer fach- und schulartspezifischen Qualifikation passen. Je geringer der Spielraum, umso flexibler sollten künftige Lehrer einsetzbar sein. Aus diesem Grund begrüßen wir ausdrücklich die Öffnung der sächsischen Lehrerbildung in Richtung schulartübergreifender Qualifikation und das klare Bekenntnis zum polyvalenten Bachelor.

(Zurufe der Abg. Dr. André Hahn und  
Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS)

Klar ist aber auch, dass wir hier noch Anpassungsbedarf aufgrund des alten Hochschulpaktes haben. Es macht eben nur eingeschränkt Sinn, eine Ausbildung zum polyvalenten Bachelor anzubieten, wenn dann nicht alle Masterstudiengänge angeboten werden können.

Auch für die berufspraktische Ausbildung und die enge Kooperation von Schule und Hochschule ist es eher ungünstig, die Ausbildung an einem Standort zu konzentrieren. Auf der anderen Seite schränkt das auch den Radius der infrage kommenden Schulen ein und damit den Radius, in welchem innovative Impulse unmittelbar zum Tragen kommen. Andererseits müssen wir auch im Hochschulbereich auf eine effiziente und hoch qualifizierte Ausbildung achten, was sicherlich nicht in jeder beliebigen Größe möglich ist.

Nach dem alten Modell der Lehrerausbildung im Rahmen mehr kammernistischer geführter Hochschulen macht die Konzentration eines Teils der Ausbildung sicherlich Sinn. Mit der begonnenen Reform der Lehrerbildung im Kontext der anstehenden Novellierung des Hochschulgesetzes werden sich neue Spielräume ergeben, die es dann auch zu nutzen gilt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU –  
Dr. André Hahn, Linksfraktion.PDS:  
Das war wieder Reden um den heißen Brei!)

**2. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Die NPD verzichtet. – Dann rufe ich jetzt die FDP auf.

**Torsten Herbst, FDP:** Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich fand die letzten beiden Redebeiträge sehr erstaunlich und ich habe auch ganz genau hingehört.

(Einzelbeifall)

Ich möchte Ihnen eine Frage stellen: Können Sie mir beantworten, wie das sächsische Schulsystem in 30 oder 40 Jahren aussehen wird? Ich habe in Ihren Beiträgen darauf keine Antwort gefunden.

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS:  
Auf keinen Fall schwarz!)

Sie können vielleicht hellsehen oder Sie können versuchen hellzusehen, aber vielleicht geht es den meisten Abgeordneten hier wie mir: Ich weiß es schlichtweg nicht.

Warum erwähne ich das? Weil wir heute die Weichenstellung für die Lehramtsausbildung treffen. Wenn Sie, Herr Hähle, heute mit 26 Jahren einen Abschluss machen, zu unterrichten beginnen und vielleicht bis zu 40 Jahre im Einsatz sind, dann zeigt es, welche Grundsatzentscheidung wir heute treffen und welche Tragweite das für die Zukunft hat.

(Dr. Fritz Hähle, CDU: Wie entwickelt sich die Mikroelektronik in 20 bis 30 Jahren?)

Herr Hähle, wir haben die Chance, über die Reform der Lehramtsausbildung nachzudenken, weil wir auf Bachelor und Master umstellen müssen, und ich glaube, dass alle festgestellt haben, dass der Praxisbezug in der derzeitigen Ausbildung unzureichend ist. Es stellt sich die Gretchenfrage bzw. wird es von einigen so hochstilisiert: schulart-

übergreifende oder schulartbezogene Ausbildung? Ich weiß, dass einige dabei sofort einen Angriff auf das Schulsystem sehen, aber, meine Damen und Herren, wir entscheiden heute über längerfristige Dinge und sollten hier nicht immer ideologische Schlachten führen.

Wir wissen, dass die Staatsregierung gerade die Universität Dresden zur schulartbezogenen Ausbildung drängt. Wir halten das nicht für notwendig und inhaltlich auch nicht für gerechtfertigt. Eine vernünftige Basisausbildung ist wichtig und kann durch Module erweitert werden. Wir wissen, dass gerade für den Lehrerberuf gilt: Ohne Weiterbildung wird man in diesem Job nicht fit bleiben, wird man den Anforderungen nicht gerecht.

(Beifall bei der FDP)

Wenn es noch eines Argumentes bedarf, liebe Mitglieder der CDU und der SPD, warum wir eine gewisse Flexibilität brauchen, dann ist es die aktuelle Situation. Im Haushaltsplan, den CDU und SPD hier mit Mehrheit verabschiedet haben, sind Flexibilisierungsvermerke enthalten. 800 Lehrerstellen sind zwischen Grund-, Mittelschulen und Gymnasien verschiebbar. Es gibt weitere 400 Stellen zugunsten von Förderschulen. Der Großteil der im Einsatz befindlichen Lehrer hat gar nicht die Ausbildung für diese Schularten, wie wir sie heute haben, da sie in der DDR ausgebildet wurden. Sie als CDU-Abgeordnete loben doch immer die Ergebnisse des jetzigen Schulsystems. Diese Ergebnisse, meine Damen und Herren, verdanken Sie auch den Lehrerinnen und Lehrern, die zu DDR-Zeiten ausgebildet wurden. Das vergessen Sie manchmal.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS –  
Prof. Dr. Peter Porsch,  
Linksfraktion.PDS: Ja, schau, schau!)

Wir halten deshalb eine einseitige Festlegung für falsch. Ich glaube auch, dass die Schulen eines Tages – es wird vielleicht noch einige Zeit dauern – einen größeren Einfluss bekommen, sich ihre Lehrer auszusuchen. Dann wird es einen gewissen Wettbewerb geben, dann wird es eine Steuerung durch Nachfrage geben und dann wird sich zeigen, welches Modell sich am Ende durchsetzt. Wir werden deshalb dem Antrag der Linksfraktion.PDS und der Fraktion GRÜNE zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP, der  
Linksfraktion.PDS und den GRÜNEN)

**2. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Wir beginnen eine neue Runde. Für die Linksfraktion.PDS erteile ich dem Abg. Prof. Dr. Peter Porsch das Wort.

**Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Zeitschrift „Die Zeit“ hat vor Kurzem wieder ein Hochschulranking für den gesamten deutschen Sprachraum veröffentlicht. So weit es dort erwähnte Lehramtsstudiengänge betrifft, kommt Sachsen – ich sage durchaus bedauerlicherweise –

nicht besonders gut weg. Mittelfeld und Ende der Tabelle sind das Typische für Sachsen.

Vollends beschämend für diesen Freistaat und seine einschlägigen Traditionen sind die Bewertungen für die Lehrerbildung im Fach Germanistik. Bei der Studiensituation insgesamt befinden sich die Universitäten in Dresden und in Leipzig in der Schlussgruppe, genauso einträchtig finden wir uns in der Schlussgruppe bei der Qualität der Studienorganisation wieder. In die Schlussgruppe mit absteigender Tendenz – schlimmer geht's nimmer – werden beide Universitäten beim Kontakt zwischen Studierenden und Lehrenden eingeordnet. Nur bei der Bibliotheksausstattung unterscheiden sich Leipzig und Dresden. Während Leipzig auch hier der Schlussgruppe mit absteigender Tendenz angehört, steht Dresden in der Spitzengruppe mit aufsteigender Tendenz; eine Unterscheidung zwischen Leipzig und Dresden, die auch für andere Lehramtsstudiengänge gilt und nicht nur für die Germanisten.

Besser als die Fachstudiengänge kommen die Erziehungswissenschaften weg. Chemnitz ist wenigstens Spitze bei der Studiendauer, Dresden und Leipzig in der Forschung und Dresden wiederum – das hatten wir schon – in der Bibliotheksausstattung im Gegensatz zu Leipzig und Chemnitz. Leipzig ist bei der Bibliotheksausstattung für die Erziehungswissenschaften wieder in der Schlussgruppe mit absteigender Tendenz, Chemnitz in der Mittelgruppe – ebenfalls absteigend, also wohl bald in der Schlussgruppe, irgendwie vielleicht an der Stelle von Leipzig, das noch tiefer zu fallen droht.

Ich muss mein Eingangsstatement etwas verändern: Wir sind überall, möchte man sagen, aber meistens ganz unten und noch drunter. Es gibt also zu irgendwelchem Schulterklopfen, meine Damen und Herren, überhaupt keinen Grund – im Gegenteil, die Gefahr, noch schlechter zu werden, besteht sehr real. Reformen sind dringend notwendig. Der Gesamtbefund zeigt die allgemeine Wichtigkeit und Aktualität unseres Antrages und besondere Probleme werden ebenso sichtbar. Deshalb sollten Sie, Herr Dulig, diesem Antrag zustimmen und ihn nicht ablehnen.

Zum Beispiel verweist die Differenz zwischen den puren Erziehungswissenschaften und der jeweils fachlichen Ausbildung darauf, dass deren Verbindung, deren integrales Zusammenwirken kaum bewältigt zu sein scheint, dass wir weit hinter das zurückgeraten, was in der DDR einmal Norm war. Die Didaktik ist aber immer Fachdidaktik und die Methodik ist immer Fachmethodik. Die Ausbildung dazu kann nur in einem wissenschaftlich reflektierten Zusammenwirken von Fach- und Erziehungswissenschaften erfolgen.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

Aber es wurde eben in der Vergangenheit mehr aufgelöst und getrennt als zusammengeführt – ich vermute aus ideologischen Gründen. Die Fachausbildung hat sich von der Praxisnähe weitgehend abgesetzt. Dies führt nicht

zuletzt dazu – jetzt komme ich zum eigentlichen Problem –, dass Lehramtsstudierende von der wissenschaftlichen Warte der Fächer her eher skeptisch betrachtet werden, man kann auch sagen, nicht ganz voll genommen werden oder einen Störfaktor darstellen. Sie werden jedenfalls in der Spezifik ihres Anspruchs zu oft nicht ausreichend beachtet. Die desolaten Ergebnisse bei den Kontakten der Lehrenden zu den Studierenden im Ranking sind so zu erklären.

Fragen Sie einmal die Fachgelehrten, ob sie immer wissen, wer in ihrem Lehramt Lehramtsstudierende sind. Überprüfen Sie einmal die Studienangebote – meinetwegen in Anglistik oder Germanistik oder in anderen Fächern – nach besonderen Angeboten für Lehramtsstudierende. Sie werden kaum etwas finden. Nunmehr, statt die Mängel zu beheben, schickt man sich offensichtlich an, noch mehr zu verschlimmbessern.

Unser Antrag verweist auf die Notwendigkeit – dazu wird hier die Debatte geführt – einer sowohl schulartbezogenen als auch schulartübergreifenden Lehramtsausbildung und fordert, diese im Freistaat auch zu realisieren. Die Antwort der Staatsregierung und der heutige Beitrag von Herrn Rohwer lassen jedoch Schlimmes vermuten. Ganz offensichtlich ist die schulartbezogene Ausbildung die Norm bzw. soll zu dieser stärker denn je werden. Eingräumt wird nur – ich zitiere aus der Antwort der Staatsregierung auf den Antrag –: „Unabhängig davon sind auch Konzeptionen möglich, die über eine Schulart hinausgehende Zusatzqualifikationen vorsehen.“ – Zusatzqualifikationen, man höre und staune! Mehr nicht – es ist wenig genug. Die Katastrophe bahnt sich an. Ich will dazu nicht geschwiegen haben.

Natürlich arbeiten Lehrerinnen und Lehrer immer unter den Bedingungen eines konkreten Schulsystems und damit auch in konkreten Schularten. Das ist aber noch lange kein Grund, sie vornehmlich unter dieser Spezifik auszubilden, es ist darin eigentlich die Ablehnung einer solchen Grundorientierung in der Ausbildung begründet. Ich will hier gar nicht lange über die Probleme mit der Schulartenspezifität in der fachlichen Ausbildung sprechen. Es ist dort bis heute nicht klar, wie man ein Wissenschaftsgebiet in der akademischen Lehre nach Schularten portionieren soll. Reduktionistisch geht es wohl nicht, es wird nur praktiziert. Reduktionistisch? Sollen zum Beispiel Deutschlehrerinnen und Deutschlehrer für die Mittelschule die Grammatik nur bis zum Dativ und zum Futur I studieren, während Gymnasialkandidatinnen und -kandidaten auch noch den Akkusativ und das Futur II bekommen? Oder gehen die Bachelor in die Mittelschule und die Master ins Gymnasium?

Das alles ist natürlich Quatsch, aber unter der Hand haben wir reale Hierarchisierungen zwischen Studierenden zu den verschiedenen Schularten, es wird in der Praxis reduktionistisch betrieben. Schauen Sie sich einmal die Prüfungsanforderungen an. Schulsysteme sind historisch. Herr Herbst hat darauf bereits hingewiesen. Sie entstehen und vergehen. Sie folgen den jeweils historischen und von

der politischen Mehrheit favorisierten Bildungszielen und Lehr- und Lernmethoden. Genauso historisch ist deshalb das sächsische Schulsystem. Es wird genauso vergehen, wie es dem Land von der CDU aufgedrückt wurde. Wenn es auch sehr wenig ist, so hat selbst die Koalition schon Veränderungen – zum Beispiel in Gestalt der Möglichkeit der Gemeinschaftsschule – gebracht.

Allgemein menschlich bedingt sind die Altersstufen. Solange es Menschen geben wird und seit es Menschen gibt, kommen kleine Kinder, die zum zweiten Mal zähnen, in die Schule, wachsen in und mit dieser heran, durchlaufen die Pubertät und beenden den Schulbesuch an der Schwelle zum Erwachsensein bzw. als junge Erwachsene. Die altersgruppenbezogene Gestaltung von Bildung steht also in jeder Schule und jeder Schulart auf der Tagesordnung. Darauf müssen Lehrerinnen und Lehrer grundsätzlich vorbereitet sein, um sich zugleich flexibel auf die Lehrpläne der jeweiligen Schulart einstellen zu können. Die Schwerpunktsetzung auf die Schulart in der Ausbildung schneidet den Absolventen von Anfang an ihren Weg in die Welt und in die Zukunft ab. Statt Pädagogen werden sie Schultypagentinnen und -agenten. Das trifft natürlich auch die Schülerinnen und Schüler.

Ich kann hinter einer solchen, alles andere als modernen Ausbildungspraxis nur einen politischen Willen erkennen, allerdings einen bösen. Mit solchen, auf den Schultyp festgelegten Lehrerinnen und Lehrern kann man natürlich versuchen, die Endlosigkeit des eigenen Schulsystems abzusichern. Man hofft – die Hoffnung hat durchaus einen realen Hintergrund –, solche Lehrerinnen und Lehrer werden sich gegen Veränderungen im Schulsystem wehren; weil sie nie gelernt haben, sich auf andere Möglichkeiten einzustellen.

Sie, meine Damen und Herren von der Koalition, wollen weiß-grüne Lehrerinnen und Lehrer für ein ewig währendes schwarzes Schulsystem. Nicht einmal schwarz-rot-goldene wollen Sie dulden. Herr Rohwer hat es in seinem Beitrag ausdrücklich gesagt.

(Dr. Fritz Hähle, CDU:

Ziehen Sie sich an der eigenen Nase!)

– Mein lieber Herr Hähle, Sie haben noch geschlafen, da bin ich schon schwarz-rot-gold aufgestanden. Wenn es überhaupt etwas gibt, was dem Schwarzen und dem Roten in der Fahne produktiv entgegensteht, dann ist es das Gold der Linkspartei.

(Heiterkeit im Saal)

Jedenfalls können Sie zum Fußballfest in jeder Maskerade und Kleidung gehen, die Sie haben wollen, aber schwarz-rot-goldene Lehrerinnen und Lehrer wollen Sie nicht. Eigentlich bräuchten wir europäische.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

Meine Damen und Herren von der SPD! Frau Staatsministerin! Gehen Sie doch nicht auf diesen schwarzen Leim!

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

**2. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Die Fraktion der GRÜNEN, bitte.

**Astrid Günther-Schmidt, GRÜNE:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir haben bei der modernen Lehramtsausbildung, bei der Umstellung auf Bachelor und Master in Sachsen zwei nebeneinander existierende Modelle. Wir haben es vorhin mehrfach gehört. Es geht um die Lehramtsausbildung an der Universität in Leipzig mit dem polyvalenten Bachelor. Wir haben von Herrn Rohwer gehört, dass die CDU eine Ausschließlichkeit quasi verbindlich vereinbaren wollte. An der TU Dresden haben wir die Möglichkeit, während der Masterphase nicht auf Schularten zu orientieren, sondern nach Altersstufen auszubilden.

Wir GRÜNEN – Karl-Heinz Gerstenberg hat es vorhin gesagt – favorisieren den Ansatz der TU Dresden. Ich möchte Ihnen aus schulpolitischer Sicht eine Begründung liefern, und zwar eine Begründung jenseits der Gemeinschaftsschule. Ich denke, die Emotionen müssten gar nicht so hochkochen, wenn man sich bewusst machen würde, dass es nicht vorwiegend darum geht, heute oder morgen das mehrgliedrige Schulsystem abzuschaffen, sondern moderne, kompetente Lehrkräfte auszubilden.

Auch im derzeitigen sächsischen Schulsystem haben Lehrerinnen und Lehrer mit heterogenen Lerngruppen zu tun. Das wird sich im Laufe der Zeit noch verschärfen. Diese Kompetenzen, die man braucht, um mit Unterschiedlichkeit umgehen zu können, werden an einem solchen Modell, wie es an der TU Dresden vorgesehen ist, den angehenden Lehrerinnen und Lehrern beigebracht. Es gibt kein Durchreichen nach unten mehr. Sitzen bleiben, Verlassen des Gymnasiums oder Nichterreichen des Hauptschulabschlusses wären keine Alternativen mehr, die ein Lehrer hat; denn er müsste binnendifferenzierten Unterricht gestalten. Es wird keine Ausrede mehr geben, wie das gehen soll, sondern ein Lehrer kann dann in einer Lerngruppe mit Unterschiedlichkeit umgehen.

Ich möchte Sie noch einmal bitten, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Koalition: Seien Sie nicht so ängstlich und stimmen Sie unserem Antrag zu! Dieser Antrag überwindet nicht heute und morgen das mehrgliedrige Schulsystem, sondern er stellt sicher, dass kompetente, modern ausgebildete und engagierte Lehrkräfte auf den Markt kommen.

Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN  
und der Linksfraktion.PDS)

**2. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Wird von der CDU noch einmal das Wort gewünscht? – Das sieht nicht so aus. SPD-Fraktion? – Die FDP? – Gibt es noch weiteren Redebedarf? – Herr Staatsminister Flath, bitte.

**Steffen Flath, Staatsminister für Kultus:** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete-

ten! Die Antragstellerinnen gehen von einem zukünftig hohen Lehrereinstellungsbedarf aus. Sie lassen hierbei außer Acht, dass zwar starke Lehrerjahrgänge aus dem Berufsleben ausscheiden, diese Lehrerjahrgänge jedoch in das Berufsleben eintraten, als es starke Schülerjahrgänge gab.

Vor dem Hintergrund des bekannten demografischen Wandels ist die Entwicklung der Schülerzahlen von einem dramatischen Rückgang gekennzeichnet. Deshalb kann von einem Lehrereinstellungsbedarf in Höhe der Abgänge nicht ausgegangen werden. Das möchte ich ausdrücklich unterstreichen, weil Ihr Antrag im Grunde genommen darauf aufbaut, dass es sehr große Möglichkeiten der Einstellung gäbe. Dies sieht mein Haus nicht so positiv wie Sie.

Die vier Lehrer ausbildenden sächsischen Hochschulen – Dresden, Leipzig, die Hochschule für Musik und Theater Leipzig und die Hochschule für Musik Dresden – planen die Umstellung der Lehramtsstudiengänge auf die Bachelor- und Masterstruktur. Dies geschieht auf der Grundlage der Beschlussfassung der KMK, des sächsischen Schulgesetzes und der Lehramtsprüfungsordnung I und II. Die Fachabteilungen meines Hauses befinden sich in engem Diskussionsprozess mit den Hochschulen zu allen Fragen, die sich aus der Arbeit und der Entwicklung der eigenen Lehrerbildungsmodelle ergeben. Dabei verfolgen wir das Ziel eines gesamt-sächsischen Modells.

Es war für mich überraschend, dass Sie – zumindest die Oppositionsparteien – eher das Ziel verfolgen, dass es auch mehrere Modelle sein könnten, wobei Sie auf der anderen Seite – das war für mich nicht ganz einleuchtend – für eine größere Einheitlichkeit geworben haben.

Alle vier Hochschulen haben Konzeptionen vorgelegt bzw. in Aussicht gestellt, die den Beschlüssen der KMK, dem Schulgesetz und den Lehramtsprüfungsordnungen entsprechen. Hierzu zählen die im Sächsischen Schulgesetz festgelegten Schularten. Diese Differenzierung ist für die Sicherung des sächsischen Qualitätsanspruches sehr wichtig. Das Kultusministerium hat eine entsprechende Einstellungsprognose vorgelegt, die den schulartspezifischen Bedarf berücksichtigt.

(Astrid Günther-Schmidt, GRÜNE,  
steht am Mikrofon.)

**2. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Es gibt eine Zwischenfrage. Wenn ich Sie kurz unterbrechen darf, Herr Minister. Möchten Sie diese erlauben?

**Steffen Flath, Staatsminister für Kultus:** Ja.

**Astrid Günther-Schmidt, GRÜNE:** Herr Flath, wollen Sie bitte zur Kenntnis nehmen: Ihre Einheitlichkeit, die Sie angesprochen haben, hat mich sehr an Ihr Positionspapier zur Einheitsschule erinnert. Wollen Sie bitte feststellen, dass unser Konzept zur Lehrerbildung in unserer Schulstruktur keine Frage der Einheitlichkeit ist, sondern ein Umgang mit Unterschiedlichkeit – ein professioneller und ein chancengerechter?

(Beifall bei den GRÜNEN  
und der Linksfraktion.PDS)

**Steffen Flath, Staatsminister für Kultus:** Frau Günther-Schmidt, ich habe Ihre Ausführungen vorhin aufmerksam verfolgt. Sie haben eine geradezu künstlerische Ader, wie Sie mit den Argumenten in der Bildungspolitik operieren, dass jeweils genau das Ergebnis herauskommt, das Sie wünschen.

Ich meine überhaupt, dass die Debatte heute ein Nachklapp ist. Es hat sehr große Auseinandersetzungen zwischen Hochschulen gegeben. Aber was dahintersteckt, ist doch, dass die Dresdner, was ich ja verstehe, versucht haben, wie sie sich hier einen Markt erarbeiten könnten. Dann ist es eigentlich keine Kunst, eine Argumentation zu finden, die genau das unterstützt. Aber meines Wissens ist doch die Einigung inzwischen erzielt. Auch Dresden erkennt an, was im Hochschulvertrag festgelegt worden ist.

Nun noch einmal zurück. Wir haben, um das wieder aufzugreifen, eine entsprechende Einstellungsprognose vorgelegt, die den schulartspezifischen Bedarf berücksichtigt. Aus unserer Sicht ist er eben wesentlich niedriger als zu Beginn des Diskussionsprozesses, insbesondere niedriger als von der Dresdner Universität prognostiziert. An dieser Prognose sollte sich künftig die gesamte Lehrerbildung orientieren.

Das Bachelor-Master-Modell ermöglicht eine flexible Steuerung hinsichtlich der Fächer und Schularten, weil die Absolventen des polyvalenten Bachelors ohne deutliche Festlegung bei der Fächer- und Schulartwahl ihre Entscheidung für das Lehramt in der Masterphase noch einmal neu treffen können. Gegebenenfalls könnte hierbei durch das Kultusministerium eine Steuerung über Bedarfszahlen erfolgen. Dies sollte auch in die mit den Hochschulen zu vereinbarenden Zielvereinbarungen aufgenommen werden. Solche Zielvereinbarungen wären, denke ich, sehr wichtig, auch als Orientierung für die Studenten.

Unabhängig davon sind Konzeptionen möglich, die über eine Schulart hinaus eine Zusatzqualifikation vorsehen. Das wurde ja in der Debatte ausdrücklich anerkannt. Das sächsische Modell mit einem dreijährigen polyvalenten Bachelor- und zweijährigen schulartspezifischen Masterstudiengang stellt bereits eine ausgewogene Balance zwischen schulartübergreifender und schulartbezogener Ausbildung dar und sichert Professionalität. Ich bin gespannt, wie das mit dem Herbstsemester an der Universität Leipzig beginnende Studienmodell angenommen wird und sich bewährt. Im Übrigen wird vor dem Hintergrund lebenslangen Lernens die laufende Anpassung an sich verändernde fachliche, fachdidaktische und pädagogische Entwicklungen eine beständige Aufgabe für Aus-, Fort- und Weiterbildung sein. – So viel zu den Ausführungen.

Zur Debatte. Ich habe auf Ihre Anfrage schon erwähnt, dass ich es für einen Nachklapp für Auseinandersetzungen

halte, die jetzt Gott sei Dank überstanden sind, und zum anderen, wie bei jeder Bildungsdebatte, im Hintergrund natürlich die Unzufriedenheit der Opposition mit dem bestehenden Schulgesetz deutlich zum Ausdruck kam. Diese Gelegenheit hat man heute auch genutzt. Akzeptieren Sie aber bitte, dass eine Mehrheit das Schulgesetz so auf den Weg gebracht hat. Wir orientieren uns an dem gültigen Schulgesetz.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

**2. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Das Schlusswort haben jetzt die Linksfraktion.PDS und die Fraktion GRÜNE.

**Heike Werner, Linksfraktion.PDS:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich bin schon über die Debatte sehr enttäuscht, weil ich glaube, dass wir sehr viele Argumente genannt haben, angefangen beim Lehrermangel, bei flexiblen Einsätzen, und dass es uns konkret in diesem Fall gar nicht um die Gemeinschaftsschule geht. Es wurde aber überhaupt nicht darauf eingegangen und immer an dem Problem vorbeigeredet. Am liebsten würde ich alle Argumente noch einmal aufzählen. Leider geht das nicht. Nur so viel noch:

Lieber Herr Dulig, Sie haben sinngemäß gesagt, dass im Prinzip weitestgehend die Probleme gelöst werden. Meines Wissens heißt das gelöste Problem, dass die TU Dresden innovative Modelle entwickeln soll. Das ist ein weit gespannter Begriff. Ich kann auch erklären, was das momentan bedeutet. Das heißt, dass Studierende noch zusätzlich andere Befähigungen erwerben dürfen. Ich frage mich, wann das geschehen soll und ob Sie wissen, was an den Hochschulen zurzeit passiert. Die Modularisierung birgt Chancen, aber sie hat auch sehr viele schwierige Momente an sich, das heißt, jedes Modul muss mit einer Prüfung abgeschlossen werden. So ein Modul ist sehr arbeitsintensiv. Studierende müssen nebenbei noch arbeiten gehen, um so ihren Lebensunterhalt zu verdienen, und das alles noch in der Regelstudienzeit. Das ist kaum leistbar. Aber Sie tun etwas, was wir ganz oft erleben: Sie schieben den schwarzen Peter an die Uni oder an die Studierenden oder an die Schule und verschließen sich der Verantwortung, über 2006 hinaus zu denken.

Herr Rohwer, Sie verstecken sich hinter einem Schulgesetz. Wir alle haben es Ihnen gesagt, dass das Schulgesetz so doch gar nicht mehr gilt. Schon heute ist es so, dass an Gymnasien Mittelschullehrer eingesetzt werden, dass an Grundschulen Mittelschullehrer eingesetzt werden, dass wir im Haushalt Personalstellen hin- und herschieben. Sie erwarten von den Lehrerinnen und Lehrern Flexibilität, bilden sie nicht entsprechend aus, und Sie verschweigen das Ganze. Ich glaube, es liegt daran, dass Sie einfach nicht merken, dass sich die Welt ändert, oder dass Sie Angst davor haben. Sie machen es sich leicht, indem Sie die Verantwortung wegschieben. Andere Länder haben sich ein Lehrerbildungsgesetz gegeben. Das steht hier

auch aus. Vorhin wurde schon gesagt, dass eigentlich die LAPO verändert werden muss, weil sie mit den KMK-Standards nicht mehr übereinstimmt. Man müsste ein Vorpraktikum gesetzlich regeln usw.

Ein letzter Punkt. Es geht in dem Fall nicht um die Gemeinschaftsschule. Es geht darum, dass wir sehen müssen, wie wir zukünftige Schulstrukturen und solche, die wir jetzt schon haben, abdecken können, wie wir Lehrerinnen und Lehrer fit machen und wie wir auch genügend Lehrerinnen und Lehrer für die verschiedenen Schulbereiche haben. Momentan wissen wir nicht, wie die Prognosen für Sachsen aussehen. Uns wurde zwar seit einem Dreivierteljahr versprochen, dass das Ministerium daran arbeitet. Die Zahlen aber sind nicht vorhanden. Wir erleben jetzt nur den Lehrermangel in allen Bereichen. Wir wissen ja auch, dass sich mit der Umstellung auf Bachelor/Master auch die Kapazitäten an den Hochschulen ändern. Es werden weniger Bachelor-Studenten zugelassen. Es wird also noch weniger Studierende geben, die die Hochschulen tatsächlich mit einem Lehramtsabschluss verlassen. Darin sehen wir sehr große Gefahren.

Wie gesagt, Sie haben die Möglichkeit, dem entgegenzuwirken. Wir können hier ein offenes Modell installieren, wir können den Hochschulen verschiedene Formen offen lassen. Das wäre eine Möglichkeit, ein zukunftssträchtiges Modell für Sachsen zu installieren.

Danke.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS  
und den GRÜNEN)

**2. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Die Fraktion der GRÜNEN. Herr Dr. Gerstenberg, bitte.

**Dr. Karl-Heinz Gerstenberg, GRÜNE:** Werte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Am Ende dieser Debatte muss ich auch einmal von meiner Ausbildung sprechen. Ich denke, ich habe, vom ideologischen Überbau einmal abgesehen, in der DDR in der Schule und erst recht an der Hochschule in fachlicher Hinsicht eine gute Ausbildung genossen. Mein Problem ist, dass der Anteil der Logik dort sehr hoch war. Deshalb habe ich bei den Reden der beiden Koalitionsfraktionen aufgemerkt.

Herr Rohwer hat darüber gesprochen, dass der Antrag abgelehnt wird, denn das Dresdner Modell ist nicht geeignet, weil dadurch die neue Schule, die Gemeinschaftsschule, nur durch die Hintertür eingeführt werden soll. Das wird es mit der CDU niemals geben.

Mein geschätzter Kollege Martin Dulig hat davon gesprochen, dass dieser Antrag abgelehnt wird, denn der Antrag fordert ja das, was es bereits gibt. Die Logik sagt mir an dieser Stelle, dass sich die Koalitionsfraktionen wie immer einig sind, allerdings nur in der Frage der Ablehnung.

In der Sache habe ich von Kollegen Rohwer nur eine Begründung gehört. Es gibt eine Aufteilung durch den Hochschulvertrag: Mittelschulbildung in Leipzig, Gymnasialausbildung in Dresden. Dazu sage ich Ihnen:

Wenn ein Vertrag einer zukunfts-offenen flexiblen Lehrerausbildung in Sachsen im Wege steht, dann muss man diesen Vertrag ändern und nicht darauf beharren. Die Hochschulen – das wissen wir alle – sind allemal bereit dazu.

(Beifall bei den GRÜNEN,  
der Linksfraktion.PDS und der FDP)

Verwundert hat mich tatsächlich, dass ich von Herrn Staatsminister Flath das noch einmal gehört habe, was wirklich schon in der schriftlichen Stellungnahme des SMK zu lesen war. Ein Lehrereinstellungsbedarf bestehe nicht in dieser Höhe. Er ist nicht abzusehen, da die Schülerzahl von einem historischen Rückgang geprägt wird. Mein Problem ist, dass ich nicht nur eine Logikausbildung hatte, sondern ich hatte auch viel mit Rechnen zu tun. Wenn man jetzt einmal die derzeit vorliegenden Zahlen hochrechnet, wissen wir, dass die ersten Absolventen der reformierten Studiengänge frühestens 2011 in ihren Beruf eintreten können. Wir wissen aber auch, dass es bereits ab 2010 durch wieder steigende Schülerzahlen einerseits und durch eine zunehmende Anzahl von Lehrerinnen und Lehrern, die in die Rente gehen, andererseits einen stetig steigenden Ersatzbedarf geben wird. Ab 2014 – das lässt sich ganz einfach berechnen – wird sich dieser Einstellungsbedarf bei jährlich etwa 1 500 Lehrkräften einpegeln.

Das heißt, wenn wir ein modernes, ein zukunfts-offenes und flexibles Modell für Sachsen wollen, wenn wir auch dem zukünftig absehbaren Lehrerinnen- und Lehrerbedarf

gerecht werden wollen, dann sollten wir doch diesem Antrag zustimmen. Ich sehe hier keinen Nachklapp. Die Diskussion an den Hochschulen geht weiter. Wenn sie jetzt öffentlich verstummt ist, dann kann das auch Resignation bedeuten, und das würde ich nicht für einen Erfolg der sächsischen Politik halten.

Ich sehe auch überhaupt keinen Grund, sich auf das derzeit existierende Schulgesetz zu berufen. Natürlich, es existiert, es hat eine demokratische Mehrheit, wir arbeiten danach. Das Sächsische Schulgesetz mit seinen Schularten ist aber ebenso wie alles andere nicht für die Ewigkeit gemacht. Alles in diesem Leben ist im Fluss, und auch die sächsische Schulstruktur gehört dazu.

(Beifall bei den GRÜNEN,  
der Linksfraktion.PDS und der FDP)

**2. Vizepräsidentin Andrea Dombois:** Meine Damen und Herren! Ich stelle die Drucksache 4/4656 zur Abstimmung und bitte bei Zustimmung um Ihr Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Bei Stimmenthaltungen und einer Reihe von Stimmen dafür ist der Antrag dennoch mit Mehrheit abgelehnt worden.

Wir gehen jetzt in eine Mittagspause bis 14:15 Uhr.

(Unterbrechung von 13:11 Uhr bis 14:17 Uhr)

**1. Vizepräsidentin Regina Schulz:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich begrüße Sie nach der Mittagsunterbrechung zum

#### Tagesordnungspunkt 4

### Bundratsinitiative des Freistaates Sachsen gegen eine Hartz-IV-„Generalrevision“ der Bundesregierung

#### Drucksache 4/5525, Antrag der Fraktion der NPD

Hierzu können die Fraktionen Stellung nehmen. Die Reihenfolge in der ersten Runde: NPD, danach CDU, Linksfraktion.PDS, SPD, FDP, GRÜNE und die Staatsregierung. Ich erteile der einreichenden Fraktion der NPD das Wort; Herr Apfel.

**Holger Apfel, NPD:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Auch wenn es nicht einmal ein Viertel der selbst ernannten Demokraten dieses Hohen Hauses für nötig hält, sich mit der Thematik Hartz IV auseinander zu setzen,

(Widerspruch bei und Zurufe von der CDU)

möchte ich trotz alledem unseren Antrag auf Bundratsinitiative gegen eine Hartz-IV-„Generalrevision“ einbringen. Nachdem die PDS in der Tat gestern das vom Bundestag beschlossene Gesetz zur Fortentwicklung der Grundsicherung für Arbeitssuchende zum Thema gemacht hat, wollen wir uns mit unserem Antrag heute auf einen

anderen Aspekt der so genannten Optimierung der Hartz-Gesetzgebung konzentrieren. Es geht um einen der größten Zankäpfel der großen Koalition der letzten Wochen, nämlich um die seit Wochen diskutierte „Generalrevision“ der Hartz-Gesetze.

Diese von der Bundesregierung betriebene und durch das Fortentwicklungsgesetz forcierte Politik gegen Arbeitslose soll nun also endgültig in ein sozialpolitisches Gruselkabinett verwandelt werden. Der Hintergrund der Debatte ist schnell zu erkennen: Die Kosten der so genannten Arbeitsmarktreform stehen in keinem Verhältnis zum Nutzen. Zwar verschlingen die Zahlungen an Langzeitarbeitslose in Deutschland Milliarden, doch die Zahl der Arbeitslosen ist immer noch auf inakzeptable Weise hoch. Nun soll also eine Generalrevision Abhilfe schaffen, und jeder weiß, was das letztlich heißt: noch mehr Leistungskürzungen und noch mehr Druck auf die Menschen ohne Arbeit.

Der SPD-Fraktionschef im Bundesrat, Peter Struck, kündigte in der „Bild am Sonntag“ bereits an – Zitat: „Wir wollen, dass nur diejenigen Hartz IV bekommen, die auch wirklich bedürftig sind.“ Seine Kürzungsvorschläge stützt er dabei auf einen Brief aus der Feder der Städtevertreter der Spitzen des Deutschen Roten Kreuzes, der Diakonie und der Arbeiterwohlfahrt. Darin werden weitere Kürzungen bei den Hartz-IV-Leistungen verlangt; bei den Ausgaben für Langzeitarbeitslose gebe es eine Besorgnis erregende Entwicklung. Hartz-IV-Leistungen seien daher auf die angeblich tatsächlich Bedürftigen zu konzentrieren.

Abgesehen davon, dass es sich hier nur um die Überlegungen einiger, längst nicht aller Wohlfahrtsverbände handelt; bei derartigen Stellungnahmen stellt sich ernsthaft die Frage, wie abgehoben inzwischen die Bonzen der Wohlfahrtsverbände von der Arbeit ihrer Beschäftigten sein müssen, die sich tagtäglich vor allem um die Opfer Ihrer Regierungspolitik kümmern müssen.

Auch der Sprecher des für Hartz IV eingerichteten Ombudrates, Hermann Rappe, empfahl, die Wirkungen des Optimierungsgesetzes abzuwarten. Insgesamt habe sich Hartz IV bewährt und werde sich künftig noch positiver entwickeln, so Hermann Rappe im Gespräch mit der „Neuen Osnabrücker Zeitung“. Hermann Rappe fordert, Hartz-IV-Missbräuche gezielter zu verfolgen. Das gelte vor allem für Bedarfsgemeinschaften und Jugendliche, die nur pro forma zu Hause auszögen. Zudem müssten die Arbeitsgemeinschaften konsequenter als bisher die Zuwendungen kürzen, wenn angebotene Arbeit nicht angeboten werde; das passiere aber zu selten.

Die jetzige Kampagne verfolgt das Ziel, Sozialleistungen wegen angeblichen Missbrauchs vorzuenthalten. Doch damit ist das Ende der Streichungen beim Arbeitslosengeld II und anderen Sozialleistungen noch lange nicht erreicht. Nach Information des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“ haben sich Arbeitsminister Müntefering und Bundesfinanzminister Peer Steinbrück bereits darauf verständigt, bis Juli dieses Jahres weitere Vorschläge für Einsparungen und Kürzungen vorzunehmen.

Den Vogel schoss Mitte des Monats dann allerdings der CSU-Bundestagshinterbänkler Stefan Müller ab, der allen Ernstes die Einführung eines ehrenamtlichen Arbeitsdienstes für Langzeitarbeitslose forderte. Dieser Vorschlag eines CSU-Bundestagsabgeordneten zielt darauf ab, Strukturen zu schaffen, wie sie schon durch den Reichsarbeitsdienst des nationalsozialistischen Deutschlands vorgegeben wurden. Und da bezeichnen Sie uns allen Ernstes als Neonazis. Brauner als Ihr CSU-Kollege Müller geht es doch nun wirklich nicht mehr, Herr Dr. Hähle; dessen sollten Sie sich einmal bewusst werden.

(Zuruf des Abg. Dr. Fritz Hähle, CDU)

Aber es geht hier auch gar nicht so sehr um historische Assoziationen und historische Vorbilder; es sind doch die etablierten Parteien, die geschichtsversessen sind und

selbst zum randständigsten Thema noch einen NS-Bezug herstellen.

(Zuruf des Abg. Dr. Fritz Hähle, CDU)

Es geht darum, dass Teile der etablierten Politik offenbar bemüht sind, ein Bild von Langzeitarbeitslosen zu malen, das diese als Sozialschmarotzer, Drückeberger und Schwarzarbeiter darstellt. Dagegen verwahrt sich die NPD-Fraktion aufs Schärfste.

(Beifall bei der NPD)

Wenn man sich diesen gegen Langzeitarbeitslose gerichteten Horrorkatalog anschaut, der jetzt als „Generalrevision“ im Gespräch ist, dann wird einem klar, dass Hartz V schon längst in der Mache ist. Unter einer rot-schwarzen Regierung wird es wohl nur noch eine Frage der Zeit sein, wann Hartz VI kommt, Hartz VII, Hartz VIII – bis eines Tages ganz offensichtlich die Arbeitslosenhilfe mit dem Sterbegeld zusammengelegt werden soll!

Das ist das Ergebnis Ihrer neoliberalen Politik. Da man zu feige ist, die Wahrheiten offenen Wortes auszusprechen, werden die weiteren Einschnitte auf dem Rücken der sozial Schwachen in der Öffentlichkeit nun als Optimierungs- oder Fortführungsgesetz kaschiert. Ganz offensichtlich will man nicht noch einmal ein solches Propagandadesaster erleben, wie es mit dem Hartz-Paket – der Name des ehemaligen VW-Personalvorstandes – zum Symbol einer asozialen Arbeitsmarktpolitik und zur Zielscheibe des sozialen Protestes wurde.

Politik muss mehr sein als die Kunst des Verkaufens, die oftmals nur die Kunst ist, die Leute hinters Licht zu führen. Es geht nicht nur um Etikettierung; es geht darum, dass die von den Herrschenden kritiklos übernommene neoliberale Philosophie zu grundfalschen gesellschaftlichen Weichenstellungen führt. Wo kämen wir hin, wenn im Rahmen einer Generalrevision zum Beispiel der Vorschlag des Präsidenten des Ifo-Institutes, Prof. Hans-Werner Sinn, verwirklicht würde, der dafür plädiert, dass auch die heutigen Niedriglöhne, die Sozialhilfe und das Arbeitslosengeld um ein Drittel fallen sollten. Dieses Denken folgt ganz und gar der neoliberalen Logik, dass sowohl die Arbeitskosten als auch die Sozialhilfe im internationalen Vergleich in Deutschland zu hoch seien.

Übersehen wird dabei aber, dass die Menschen in Deutschland von dem leben können müssen, was sie hierzulande verdienen und nicht etwa mit Gehältern oder einem Arbeitslosengeld abgespeist werden können, das vielleicht in Marokko oder Malaysia reichen mag.

Mit jeder Fortführung der Hartz-Gesetze wird den Menschen dieses Überleben schwerer gemacht, denn die Chancen auf einen vollwertigen Arbeitsplatz werden ihnen systematisch genommen. Sie werden ihnen genommen durch immer neue Deregulierungswellen, durch die Verdrängung sozial abgesicherter Beschäftigung, durch Minijobs, sie werden ihnen genommen durch Ich-AGs und Ein-Euro-Jobs und eventuell schon bald

durch einen von der Union angedachten ehrenamtlichen Arbeitsdienst.

Der Druck im Niedriglohnbereich erfolgt nicht zuletzt über die verschärften Zumutbarkeitsregeln, weshalb die Themen Mindestlohn und Hartz IV in einem engen Zusammenhang stehen. Die Absenkung des Leistungsniveaus für Arbeitslose drückt insgesamt auf das Lohnniveau, und bei diesem gnadenlosen Unterbietungswettbewerb entfallen am Ende alle Untergrenzen. Mit immer neuen Hartz-IV-„Generalrevisionen“, mit Optimierungs- und Fortführungsgesetzen werden die Zumutbarkeitsregeln schrittweise so verschärft, dass die Menschen zur Aufnahme jeder Beschäftigung gezwungen werden sollen. Ihre Notsituation wird skrupellos dazu missbraucht, um sie unter Tarif und außerhalb der Sozialversicherung in Arbeit zu zwingen.

Diese Spirale gegen die Arbeitslosen in unserem Land darf sich nicht ewig weiterdrehen. Deshalb bitte ich Sie herzlich um die Unterstützung dieses Antrages der NPD-Fraktion.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der NPD)

**1. Vizepräsidentin Regina Schulz:** Ich erteile der CDU-Fraktion das Wort. Herr Prof. Schneider, bitte.

**Prof. Dr. Günther Schneider, CDU:** Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der gestrigen Sitzung hat sich der Sächsische Landtag bereits mit dem Thema Hartz IV befasst, und zwar mit dem PDS-Antrag, die Hartz-IV-Optimierungsgesetze abzulehnen. Wir haben im Landtag diesen Antrag mit übergroßer Mehrheit abgelehnt.

Die NPD-Fraktion will mit ihrem Antrag erreichen, dass der Freistaat eine Bundesratsinitiative gegen ein weiteres so genanntes Hartz-IV-Korrekturgesetz und – wie sie sagt – eine „Generalrevision“ von Hartz IV ergreift. Es geht praktisch den Rechtssozialisten wie den Linkssozialisten, die jetzt überwiegend nicht im Saal sind, im Grunde weithin um dasselbe Thema.

Ich will daher auf unsere gestrige Rede Bezug nehmen. Zu meinem Vorredner will ich sagen, dass jeder, der sich zum Thema Hartz IV äußert, an seinen eigenen Worten zu messen ist. Ich glaube, das wird jeder so sehen. Dazu dürfte im Hause wohl kein Dissens bestehen. Ich sage noch einmal in diesem Zusammenhang: Ich halte es ausdrücklich für notwendig hinzuzufügen, dass wir Äußerungen wie die des rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Beck nicht teilen. Wenn Leistungen bestimmte Anspruchsvoraussetzungen enthalten und wenn ein Leistungsempfänger diese Voraussetzungen erfüllt, muss selbstverständlich die Leistung erbracht werden.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Mit anderen Worten, meine Damen und Herren, ein Gesetzgeber muss seine Hausaufgaben besser machen.

(Beifall des Abg. Marko Schiemann, CDU)

Die Hausaufgaben, die bei der ersten Gesetzgebung gemacht worden sind, waren offensichtlich nicht die richtigen. Das sehen wir auch so. Das ist im Übrigen ein Konsens der Koalition in diesem Hause.

Meine Damen und Herren, unter weiterer Bezugnahme auf meine gestrige Rede möchte ich in aller Kürze eines ergänzen. Mir ist es außerordentlich wichtig zu sagen, dass wir uns die Potenziale der Zivilgesellschaft bislang noch viel zu wenig nutzbar gemacht haben, auch im Zusammenhang damit, dass wir es hier mit Betroffenen zu tun haben, die hilfsbedürftig und weitgehend ausgegrenzt sind. Wir müssen an dieser Stelle daran arbeiten, gesamtgesellschaftliche Verantwortung im Zusammenhang mit dem Thema Hartz IV zu übernehmen und zu tragen.

Diese Aufgabe können Sie, meine Dame und meine Herren von der NPD-Fraktion, offensichtlich nicht lösen. Sie haben das Problem nicht erkannt.

(Widerspruch bei der NPD)

Sie haben das Problem nicht erkannt.

(Jürgen Gansel, NPD: Sie auch nicht, Sie sind doch in der Regierungsverantwortung!)

Meine Damen und Herren, ich will nun nicht weiter dazu ausführen, sondern mich auf das beziehen, was ich gestern vorgetragen habe. Hinzufügen möchte ich allerdings, dass die Geschäftsordnung des Hauses vorsieht, dass zusammenhängende Anträge oder Vorlagen nach Möglichkeit gebündelt vorgetragen und eingebracht werden sollen. Die Koalition hätte sich das bei Thema Hartz IV gewünscht.

(Holger Apfel, NPD: Das liegt nicht an uns!)

Dass es dazu nicht gekommen ist, haben wir nicht zu vertreten. Ich möchte allerdings mein Bedauern dazu ausdrücken. Ich verweise auf die Äußerungen, die Kollege Brangs gestern im Zusammenhang mit dem Thema hier abgegeben hat, und auf meine gestrige Rede.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der Staatsregierung)

**1. Vizepräsidentin Regina Schulz:** Gibt es weiteren Redebedarf bei den Fraktionen? – Für die Fraktion der GRÜNEN Herr Dr. Gerstenberg.

**Dr. Karl-Heinz Gerstenberg, GRÜNE:** Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben uns gestern im Sächsischen Landtag auf Antrag der Linksfraktion PDS bereits mit dem Hartz-IV-Optimierungsgesetz sehr differenziert und sehr ausführlich, nahezu zwei Stunden lang, beschäftigt. Es ist mir unverständlich, wieso die NPD-Fraktion nicht daraufhin ihren Antrag von der Tagesordnung genommen hat.

(Gelächter bei der NPD)

Wenn es noch fraktionsintern Klärungsbedarf gibt, sollte er besser in einer Fraktionssitzung ausgetragen werden, statt uns im Plenum die Zeit zu stehlen. Wir werden uns deshalb, wie die anderen Oppositionsfraktionen, auch nicht an dieser Debatte beteiligen.

(Vereinzelt Beifall bei den GRÜNEN –  
Widerspruch bei der NPD)

**1. Vizepräsidentin Regina Schulz:** Gibt es weitere Redewünsche? – Das kann ich im Moment aus den anderen Fraktionen nicht erkennen. Dann die NPD-Fraktion, Herr Leichsenring.

**Uwe Leichsenring, NPD:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Vor allem wertere Gäste auf der Tribüne!

(Unruhe bei der CDU und der SPD)

Wenn man die Äußerungen von Dr. Gerstenberg gehört hat, könnte man sagen: Okay, da ist was dran!

(Prof. Dr. Cornelius Weiss, SPD,  
steht am Mikrofon.)

**1. Vizepräsidentin Regina Schulz:** Herr Leichsenring, Moment bitte. Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Uwe Leichsenring, NPD:** Ja, natürlich.

**Prof. Dr. Cornelius Weiss, SPD:** Herr Leichsenring, wissen Sie, dass die Geschäftsordnung des Sächsischen Landtages untersagt, sich an die Besucher auf der Tribüne zu wenden?

**Uwe Leichsenring, NPD:** Das ist mir bekannt. Wenn Sie sich immer an die Geschäftsordnung halten würden, hätten wir manchmal viel weniger Probleme in diesem Haus.

Ich will noch einmal auf das eingehen, was Herr Dr. Gerstenberg gesagt hat. Er ist ja nicht irgendwer in seiner Fraktion, sondern parlamentarischer Geschäftsführer. Er weiß ganz genau, dass es in der Linksfraktion.PDS einen Beschluss gibt, dass Anträge der NPD-Fraktion und der Linksfraktion.PDS nicht gemeinsam behandelt werden sollen. Die Linkspartei.PDS ist nämlich die Partei, mit der Sie alle unter eine Decke gekrochen sind. Sie können sich nicht hier hinstellen und sich aufregen, dass die Anträge nicht zusammen behandelt wurden. Unsere Bemühungen gehen immer dahin zusammenzulegen. Das haben wir mit der FDP-Fraktion beweisen wollen. Das ist am Präsidium gescheitert. Wir werden das morgen noch einmal sehen, wenn der FDP-Antrag gemeinsam mit dem NPD-Antrag zur Sprache kommt. Uns das vorzuwerfen geht voll am Thema vorbei, Dr. Gerstenberg. Gerade Sie müssten es in Ihrer Fraktion am allerbesten wissen.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Prof. Schneider, Sie sagen, wir hätten das Problem nicht erkannt. Das Problem haben wir alle im Hause erkannt, dass nämlich etwas faul ist im Staate Dänemark. Aber wir wollen nicht vergessen, Herr Prof. Schneider, dass es Ihre

Wirtschaftsordnung ist, die Sie hier aufgebaut haben und die dafür verantwortlich ist, dass es Millionen Arbeitslose gibt. Hätten wir diese Arbeitslosen nicht, bräuchten wir uns über Hartz IV überhaupt nicht unterhalten. Also versuchen Sie nicht abzulenken, anderen die Schuld zuzuschieben, es ist genau die Wirtschaftsordnung, die sich die etablierten Parteien in Sachsen, in Deutschland geben wollten.

(Dr. Fritz Hähle, CDU: Welche  
Wirtschaftsordnung wollen Sie denn?)

Die Problematik jetzt auf andere abzuschieben ist nicht sehr seriös, Herr Prof. Schneider.

(Dr. Fritz Hähle, CDU: Erklären Sie  
uns doch Ihre Wirtschaftsordnung!)

Die Studie des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes hat festgestellt, dass im August 2005 1,5 Millionen Kinder unter 15 Jahren in Deutschland in Bedarfsgemeinschaften leben. 1,5 Millionen Kinder! Die Bundesagentur sagt in ihrer Statistik, dass bis März 2006 weitere 290 000 Kinder dazugekommen sind. Das heißt, im März 2006 lebten bereits knapp 1,8 Millionen Kinder bis 15 Jahre in Bedarfsgemeinschaften. Die UN-Konvention geht bei Kindern von einem Alter bis zu 18 Jahren aus. Wenn wir die bis 18-Jährigen und die, die Leistungen nach SGB XII bekommen, noch dazunehmen, sind wir schon bei 2,2 Millionen Kindern auf Sozialhilfeniveau. Das heißt auf Deutsch, dass unter anderem Ihre Hartz-Gesetzgebung dafür gesorgt hat, dass sich die Kinderarmut seit 2004 in Deutschland verdoppelt hat. Dann brauchen Sie sich nicht hier hinstellen und mit dem Finger auf andere zu zeigen – es ist Ihre Politik von da bis da, alle gemeinsam, weil Sie alle irgendwo in Landesparlamenten oder Bund Verantwortung tragen. Wir alle kennen die Auswirkungen von Kinderarmut, was Schulabschluss und Studium, was Gesundheit, was die Teilnahme an kulturellem und sozialem Leben betrifft und was ein ausgeglichenes und entwicklungsförderndes Familienleben angeht.

Dann hört man manchmal – es ist schon leiser geworden – Stimmen, die von einer reichen Gesellschaft sprechen, dass wir in einem reichen Land leben. Ich weiß nicht, meine Damen und Herren, wie Sie von den etablierten Parteien Reichtum definieren. Heißt Reichtum für Sie, dass niemand verhungern muss und niemand unter der Brücke schläft, obwohl es auch das gibt? Geht es um Leben oder um Überleben? Sagen Sie bitte den Bürgern in ihrer BRD, was Sie vorhaben!

(Volker Bandmann, CDU: Da ist  
wieder die Sprache der SED!)

– Mit SED habe ich ganz bestimmt nichts am Hut. Da bin ich tausendprozentig sicher.

Der paritätische Wohlfahrtsverband warnt vor der mittlerweile schon diskutierten Abschaffung der befristeten Zuschläge für Arbeitslose, die von Arbeitslosengeld I in ALG II wechseln. Das sind noch einmal 400 000, die davon betroffen sein werden. Ich muss präzisieren:

400 000 direkt Betroffene. Mit den Angehörigen sind es insgesamt 700 000, davon 200 000 Kinder.

Das heißt, wenn Sie weiter hier walten können, wie Sie wollen, dann steigt die Quote der Menschen auf Sozialhilfeniveau auf 9,7 % in diesem Land. Das heißt, jeder Zehnte ist arm und – was noch viel schlimmer ist – die Armutsquote unter Kindern wird 15,9 % betragen. Jedes sechste Kind ist arm und muss auf Sozialhilfeniveau mit allen Folgen leben, die sich daraus ergeben.

Ich frage mich dann, wie Sie immer von Ihren Erfolgen auf wirtschaftlichem Gebiet sprechen können. Es ist ein einziges Armutszeugnis, meine Damen und Herren. Deswegen finden wir auch Ihre Arroganz so unerträglich. Natürlich kann man nicht alles zu 100 % richtig machen, aber man muss auch einmal dazu stehen, dass man Fehler gemacht hat, und versuchen, diese Fehler zu korrigieren, und nicht immer alles gutheißen und mit Fingern auf andere zeigen.

Sie fabrizieren immer mehr Kinder in Armut und spalten das Volk in Arm und Reich.

Die soziale Ungleichheit ist ja mit Hartz IV gewachsen. Das sagt nicht nur meine Fraktion, sondern das sagen auch wissenschaftliche Studien, zum Beispiel von der Hans-Böckler-Stiftung, die die Studie veröffentlicht hat. Ich erspare mir ein langes Zitat daraus. Ich denke aber, Sie alle kennen diese Studie. Diese Studie widerlegt eindrücklich die gepflegte Mär vom Missbrauch.

(Unruhe bei den Fraktionen)

**1. Vizepräsidentin Regina Schulz:** Meine Damen und Herren, ich möchte um etwas mehr Ruhe bitten.

**Uwe Leichsenring, NPD:**

(Stefan Brangs, SPD: Das hatten wir schon gestern!)

– Nein, das hatten wir gestern noch nicht. Sie werden noch sehr oft hören, Herr Brangs, dass Ihre Politik zum Scheitern verurteilt ist. Das sage ich Ihnen meinetwegen in jeder Landtagssitzung neu, wenn Sie es brauchen, ehe Sie es begreifen.

(Karl Nolle, SPD: Mit Ihrer Hakenkreuzfahne werden Sie die Armut nicht beseitigen!)

– Kamerad Nolle! Was sollen diese Zwischenrufe?

Es wird immer wieder vom Missbrauch von Leistungen gesprochen. Es wird davon gesprochen, dass 20 bis 30 % der Leistungen unkorrekt ausgegeben werden, weil diese erschlichen sind. Dr. Hahn, Frau Dombois, Herr Dr. Müller und ich waren kürzlich von der ARGE Sächsische Schweiz und Weißeritzkreis eingeladen. Wir hatten dort ein kleines Forum, bei dem man mal etwas hinter die

Kulissen schauen konnte. Da erfährt man dann, es gibt gar keine Statistiken darüber, wie viel Gelder zu viel ausgezahlt und zurückgefordert werden. Darüber gibt es einfach keine Statistiken, sodass man spekulieren muss, was hier an Missbrauch tatsächlich vorhanden ist. Das zu benutzen, um alle Menschen, die leider Sozialleistungen in Anspruch nehmen müssen, unter Generalverdacht zu stellen – das machen Sie mit Ihren Plänen zur Kürzung –, geht dann am Thema vorbei.

Nein, meine Damen und Herren, die Realität ist doch eine ganz andere. Die wirklich einkommensschwachen Menschen haben ihre Belastungsgrenze längst überschritten. Deswegen sagt die NPD: Wer bei sozial Schwachen kürzt, hat den Blick auf die sozialen Realitäten verloren. Da ist nichts mehr zu kürzen. Und da ist auch kein Mangel an Motivation, eine Arbeit aufzunehmen, es ist schlicht und einfach der Mangel an Arbeitsplätzen. Deswegen lehnen wir eine Bestrafung der Arbeitslosen ab. Die betroffenen Arbeitslosen sollen nicht durch Ihre Unfähigkeit, ordentliche Rahmenbedingungen zu schaffen, bluten. Schaffen Sie Arbeitsplätze, anstatt Leistungen zu kürzen! Solange das nicht geschehen ist, verbietet sich eine Bestrafung der Arbeitslosen. Deswegen bitte ich Sie, unserem Antrag zuzustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der NPD)

**1. Vizepräsidentin Regina Schulz:** Gibt es weiteren Redebedarf aus den Fraktionen? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Die Staatsregierung auch nicht. Dann bitte ich die NPD-Fraktion um das Schlusswort.

(Uwe Leichsenring, NPD:  
Sie haben es eben gehört!)

– Sie verzichten.

(Uwe Leichsenring, NPD: Nein, das war das Schlusswort. – Beifall bei der SPD –  
Stefan Brangs, SPD: Sie haben doch schon ein bisschen was gelernt!)

Ich muss trotzdem feststellen, dass das ein Redebeitrag war. Die Redezeit wurde um drei Minuten überschritten. Es war ein Redebeitrag inklusive Schlusswort.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag in der Drucksache 4/5525. Ich bitte bei Zustimmung um Ihr Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Bei einer großen Anzahl von Gegenstimmen und einer entsprechenden Anzahl von Stimmen dafür ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt und der Tagesordnungspunkt 4 ist beendet.

Meine Damen und Herren! Wir kommen zum

## Tagesordnungspunkt 5

### – Regierungserklärung des Ministerpräsidenten zur Verwaltungs- und Funktionalreform

Drucksache 4/5377, Antrag der Fraktion der FDP

### – Unterrichtung des Landtages über die Verwaltungsreform

Drucksache 4/4852, Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Hierzu können die Fraktionen in der Reihenfolge FDP, GRÜNE, CDU, Linksfraktion, SPD, NPD Stellung nehmen. Die Staatsregierung hat gebeten, zuerst zu sprechen. Herr Staatsminister Buttolo, bitte.

**Dr. Albrecht Buttolo, Staatsminister des Innern:** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Über die Notwendigkeit, über das Für und Wider einer Funktional- und Verwaltungsreform haben wir im Hohen Haus bereits mindestens zweimal diskutiert. Aus diesem Grunde möchte ich mir erlauben, gleich dazu überzugehen, Ihnen zu erläutern, wo wir bei diesem Gesetzesvorhaben, das von der Staatsregierung betrieben wird, gegenwärtig stehen.

Sie wissen, dass wir nach einem Fahrplan, den wir durch den Lenkungsausschuss und das Kabinett bestätigen lassen haben, eine Zweistufigkeit der Bearbeitung vorgesehen haben, wonach zunächst eine Kritik der Aufgaben, eine Analyse dessen, was zur Kommunalisierung an staatlichen Aufgaben ansteht, zu tun war und in einem zweiten Schritt Strukturvorschläge zu erarbeiten waren.

Meine Damen und Herren! Ich möchte Sie an dieser Stelle über das informieren, was wir als Ergebnisse der Arbeit der vergangenen Wochen dem Lenkungsausschuss am 19. Juni zum Verzicht, zur Privatisierung und Kommunalisierung von Aufgaben vorgestellt haben.

Hinsichtlich verzichtbarer Aufgaben hat die Stabsstelle für Verwaltungsreform in Zusammenarbeit mit den Ressorts spezielle Projekte der Landesanstalt für Landwirtschaft, der staatlichen Ämter für Landwirtschaft und der staatlichen Landesämter für Landwirtschaft und Gartenbau benannt, ebenso Aufgaben der Landesstelle für Museumswesen.

Als zu privatisierende Aufgaben wurden das Forschungsinstitut für Balneologie und Kurortwissenschaften und die Überprüfung anderweitiger betriebswirtschaftlicher Organisationsformen für die staatlichen naturhistorischen Kunstsammlungen, für die Staatsbetriebe Schlösser, Burgen und Gärten sowie für das SIB, Sächsisches Immobilien- und Baumanagement, benannt.

Auf die Kreise übertragbar hat sich ein Aufgabenspektrum erwiesen, das sich wie folgt zusammensetzt: Wir möchten die Aufgaben der staatlichen Vermessungsämter auf die kommunale Ebene übertragen. Dieser Schritt – –

Ja, Sie können ruhig nachlesen. Da wir das Papier des Lenkungsausschusses nicht geheim halten, haben wir es auch den Fraktionen, dem Ausschuss zur Verfügung

gestellt. Herr Dr. Martens, Sie müssen mir schon einräumen, wenn am Montagmittag der Lenkungsausschuss tagt, werde ich mir wohl als zuständiger Fachminister das Recht herausnehmen dürfen, am Dienstagabend mit meinem Haus noch einmal über die Ergebnisse und über die Zusammenfassung zu diskutieren, bevor wir dann dieses Ergebnis am Mittwoch dem Ausschuss, so wie es versprochen war, auch zur Verfügung stellen.

(Zuruf des Abg. Dr. Jürgen Martens, FDP)

Wir haben weiter als Aufgaben festgestellt, die auf die Kreise zu übertragen geeignet sind: die gesamte technische Verwaltung der Kreisstraßen sowie der Unterhalt der Bundes- und Staatsstraßen. Ebenso möchten wir Teilaufgaben des Landesamtes für Familie und Soziales sowie der Ämter für Soziales auf die kreisliche Ebene übertragen.

Zu den Übertragungspotenzialen gehören auch die Aufgaben der Ämter für Landwirtschaft, jedoch ohne die dort angesiedelte Förderung nach EU-Recht. Ebenso möchten wir die Ämter für ländliche Entwicklung in die kommunale Hoheit abgeben und dabei sowohl die Aufgaben der Flurneuordnung als auch das Förderverfahren für die Dorfentwicklung künftig bei den Kreisen ansiedeln.

Ebenso schlagen wir vor, Umweltfachaufgaben der Regierungspräsidien auf die Kreise zu übertragen sowie Vollzugsaufgaben des Denkmalschutzes, des Arbeitsschutzes und der Heimaufsicht.

Auf kreisangehörige Städte und Gemeinden sollen als wesentliche Aufgaben übertragen werden: verkehrsrechtliche Anordnungen, Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten, Aufgaben der Gewerbe- und Gaststättenaufsicht, Aufgaben als Widerspruchsbehörden in der Selbstverwaltung. Natürlich besteht die Möglichkeit, dass Kreise mit ihren kreisangehörigen Gemeinden regeln, was sie zusätzlich auf die gemeindliche Ebene verlagern möchten.

Aus dem zu übertragenden Aufgabenumfang leiten wir die Notwendigkeit einer Kreisgebietsreform ab, um in größeren Strukturen künftig dieses zusätzliche Aufgabensegment auch tatsächlich effektiv abarbeiten zu können.

Wir haben dem Lenkungsausschuss ein Leitbild vorgelegt, bei dem analysiert wird: Welche rechtlichen Rahmenbedingungen müssen eingehalten werden? Welche Abwägung von kommunalrechtlichen Alternativen gibt es zur Neugliederung? Welche Größenordnung sollte ein künftiger Kreis haben und hinsichtlich Fläche nicht

überschreiten? Welche Größenordnung regen wir für die künftige Einwohnerzahl an?

Wir haben in diesem Papier dem Lenkungsausschuss auch eine kommunale Findungsphase vorgeschlagen. Zwar wollen wir als Innenministerium in absehbarer Zeit mit einem Strukturierungsvorschlag in die Diskussion eintreten, aber wir möchten natürlich sehr gern die kommunale Seite aktiv in diesen Entscheidungsprozess einbinden. Wir sind für Veränderungsbedingungen, für veränderte Vorschläge, wie eine Neustrukturierung der Kreise aussehen soll, offen.

Hinsichtlich der Mittelebene hat sich der Lenkungsausschuss darauf verständigt, dass die staatliche Mittelebene durch zwei Landesdirektionen widerspiegelt werden soll und dass im Jahr 2012 eine Überprüfung angesetzt ist, ob zwei Landesdirektionen auch künftig erforderlich sind oder ob die Mittelebene künftig mit einer Landesdirektion auskommen kann.

Wie soll das weitere Verfahren sein? Im Zuge der Haushaltsklausur am 26. Juni 2006 werde ich das Kabinett über die Vorschläge informieren. Wir möchten dann, wenn das Kabinett die Verfahrensweise akzeptiert, in die Erarbeitung von Gesetzentwürfen einsteigen. Das Ziel besteht, sowohl für die Funktionalreform als auch für die Kreisgebietsreform einen Referentenentwurf so weit zu bringen, dass wir zum Jahresbeginn 2007 in eine Anhörung der Entwürfe gehen können.

Als Ziel für die Umsetzung der Reform sehen wir den 01.07.2008. Teile des Gesetzgebungsverfahrens, schlagen wir vor, sollten bereits am 01.01.2008 in Kraft treten, damit in den neuen Kreisgebietsstrukturen tatsächlich schon die Vorbereitung einer Landrätewahl erfolgen kann, damit zu Beginn der Neustrukturierung zum 01.07.2008 für diese neue Struktur bereits neu legitimierte Landräte benannt sind.

Wir möchten des Weiteren, dass neben der Übertragung der Aufgaben auf die kreisliche Ebene zeitgleich zum 01.07.2008 auch die Kreisgebietsreform erfolgen kann.

So weit zum gegenwärtigen Stand.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

**3. Vizepräsident Gunther Hatzsch:** Danke schön. – Jetzt der erste Einreicher, Herr Dr. Martens für die FDP-Fraktion.

(Zuruf von der NPD: Jetzt können wir Zeit sparen, es ist alles vorgetragen!)

**Dr. Jürgen Martens, FDP:** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es muss schon ziemlich brennen bei der Staatsregierung, wenn der Staatsminister, bevor überhaupt zum Antrag zu einer Regierungserklärung gesprochen wird, sich vor die Einreicher einreicht, um hastig innerhalb von nicht einmal zwölf Minuten darzustellen, was denn jetzt der Stand der Verwaltungsreform sein soll.

Meine Damen und Herren, das wird weder einer Regierungserklärung gerecht noch dem von uns gewünschten Beitrag zu einer Debatte über eine Regierungserklärung des Ministerpräsidenten.

(Beifall bei der FDP und den GRÜNEN)

Es geht hier nicht um die Neuordnung von zwei Außenstellen einer Landesunterbehörde, sondern um das – Zitat – „größte Vorhaben der Verwaltungsstrukturreform, das in dieser Legislaturperiode überhaupt ansteht“. Die Aufgaben, die zu bewältigen sind, sollen einen erheblichen Umfang haben. Hier soll die Verwaltung für das Jahr 2020 konzipiert werden.

Eine Erklärung, wie sie der Staatsminister des Innern hier abgegeben hat, wird dem berechtigten Anliegen des Parlaments nach einer frühzeitigen und vor allem umfassenden Information über die Planungen und die Überlegungen der Staatsregierung mit Sicherheit nicht gerecht.

(Beifall bei der FDP, den GRÜNEN und des Abg. Dr. Michael Friedrich, Linksfraktion.PDS)

Wir haben deswegen eine Regierungserklärung des Ministerpräsidenten gewünscht, die Klarheit darüber bringen soll, ob die Staatsregierung eine Funktional- und Verwaltungsreform eigentlich noch will. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt, so heißt es, sei das noch so. Aber das ist ausdrücklich als Stand vom 19.06. mitgeteilt worden.

Es sind weiterhin die Fragen offen, unabhängig von dem mitgeteilten Stand der Überlegungen: Will die Staatsregierung in ihrer Gesamtheit diese Verwaltungsreform? Wollen alle Mitglieder der Staatsregierung diese Verwaltungsreform? Wollen sie alle die gleiche Verwaltungsreform? In welchem Zeitraum soll denn diese Reform fertig werden?

(Dr. Fritz Hähle, CDU: Das hat er gesagt!)

Wann soll das beraten werden? Von wem? Und wann soll es umgesetzt werden?

Teile zum 01.01.2008, der Rest zum 01.07.08. Meine Damen und Herren, das ist alles reichlich unbefriedigend.

Vor allem ist hier kein Wort zu der Frage gefallen: Wann und in welcher Form gedenkt die Staatsregierung das Parlament und dabei a) die Mitglieder der Koalitionsfraktionen und b) den unbedeutenden Rest zu unterrichten?

Und dann schließlich: In welchem Zeitraum und bei welcher Gelegenheit möchte die Staatsregierung ihre Vorschläge in Gesetzesform beschlossen haben?

(Dr. Fritz Hähle, CDU: Ist alles gesagt worden!)

– Herr Hähle, Sie wissen da natürlich mehr als wir.

(Dr. Fritz Hähle, CDU: Nein, nein!)

Aber das ist bisher nicht klar. Hier ist alles im Unklaren geblieben, welche Köche welchen Brei anrühren oder ob der Brei nur verdorben wird. Wie heiß dort tatsächlich gekocht wird, das ist bisher nicht klar. Eines ist vor allem nicht klar: Wer ist hier Koch und wer ist Kellner?

(Beifall bei der FDP)

In dem ganzen Durcheinander, meine Damen und Herren – deshalb hatten wir den Antrag gestellt –, hatten wir die vielleicht etwas naive Vorstellung, dass wenigstens einer den Durchblick hat, das ist der „chef de cuisine“, der Ministerpräsident Prof. Dr. Georg Milbradt, der leider abwesend ist.

Gerade eben ist wieder vom Staatsminister gesagt worden, dass die Verwaltungsreform wunderbar im Plan sei, und der Stand vom 19. Juni wurde vorgetragen. Nach mir werden Redner der Koalition vortreten und mitteilen, dass diese Verwaltungsreform ein Musterbeispiel für einen eisernen Reform- und Gestaltungswillen der Koalition sei und die historische Gestaltungsmacht der Koalition ausdrücke und dass alles nach Plan laufe.

(Beifall und Heiterkeit bei der FDP  
und des Abg. Stefan Brangs, SPD)

– Das weiß ich, Herr Brangs, Sie halten es mir schon entgegen.

Bisher, meine Damen und Herren, musste ich dem widersprechen. Bei dem, was wir bisher gesehen und gehört haben, ist nix Gestaltung, wenig Wille und vielleicht unter Umständen nicht einmal ein Plan vorhanden. Die Funktionalreform, lassen Sie mich dies sagen, ist bisher nur in Umrissen deutlich geworden, zum Beispiel beim Aufgabenverzicht: Die Kleine-Kommission hatte Vorschläge unterbreitet, die sich jetzt so ähnlich in dem wiederfinden, was Stand 19. Juni ist. Sehr viel mehr ist jedoch nicht hinzugekommen – im Gegenteil, es ist eher etwas weggekommen. Ob man sich dafür diese Zeit nehmen musste, die seitdem verstrichen ist, ist eine berechtigte Frage.

Am 31.03.2006 waren es zwar noch 226 Stellen beim Aufgabenverzicht – eine ziemlich geringe Anzahl, wie wir finden. Wir sind der Auffassung, dass im Bereich der Staatsverwaltung von 93 000 Stellen durchaus mehr als 226 Stellen hätten vollständig eingespart werden können. Wir werden auch weitere Vorschläge machen, wenn die Staatsregierung in ihrer Größe sie auch nur zur Kenntnis nehmen möchte.

(Beifall bei der FDP)

Am 15. Mai waren es 145 Stellen. Sie sehen, dass sich das Ganze innerhalb von sechs Wochen um 80 Stellen verringert hat. Am 19. Juni hat sich hierbei keine Änderung ergeben. Dies ist schon einmal ein Fortschritt und ein erstes Anzeichen von Verlässlichkeit.

Zur Privatisierung wurden von der Kleine-Kommission Vermessungsämter und anderes angeführt. Dies findet sich so ähnlich auch wieder. Aber am 31.03.2006 wurde von der Privatisierung von 244 Stellen berichtet. Die „Dresdner Neuesten Nachrichten“ meldeten im April 2 000 Stellen. Am 15.05.2006 waren es 1 515 Stellen, die privatisiert werden könnten, und im Juni 2006 sind es – beschlossen – noch zehn Stellen. Der Rest wird geprüft.

(Beifall und Heiterkeit bei der FDP)

Wer mir hier erzählen will, wir hätten einen endgültigen Stand, der beschlussreif ist, muss ernsthafte Zweifel an meinem Urteilsvermögen haben – und zwar zu Unrecht.

(Dr. Fritz Hähle, CDU: Haben wir!)

Bei der Kommunalisierung sieht es nicht anders aus. Am 31.03.2006 waren es 250 Stellen, die nach der Aufgabenkritik festgestellt und dem Lenkungsausschuss vorgelegt wurden. Die „Dresdner Neuesten Nachrichten“ meldeten ein Volumen von 2 500 Stellen. Am 15.05.2006 waren es 3 410 Stellen, darunter unter anderem Teile des Landesamtes für Soziales und von den Regierungspräsidien der Vollzug abfall-, umwelt- und verkehrsrechtlicher Regelungen. Im Juni 2006 sollen auf die Kreise der Vollzug des sozialen Entschädigungsrechtes, das Landesblindengeld und noch eine weitere Leistung übertragen werden. Der Rest wird auf den Kommunalen Sozialverband übertragen.

Bei den Regierungspräsidien werden von den ursprünglich genannten Aufgaben nun nur noch Teile übertragen. Welche das sein sollen, ist aus der schönen 14-seitigen Folie, die hier zum Vortrag gekommen ist, auch nicht zu ersehen. Bei den Regionalschulämtern sind es 50 Stellen, die auf die Kommunen übergehen sollen – 50! Das Schicksal der Regionalschulämter insgesamt soll sich 2010 entscheiden, nach dem Auslaufen der Tarifverträge, da man nämlich prüfen möchte, ob man die Regionalschulämter auflösen sollte. Das „Sollen“ ist eine politische Entscheidung. Es hängt nicht davon ab, ob man etwas kann oder muss. Wenn sie aufgelöst werden sollen, dann ist vorher eine politische Entscheidung zu treffen. Dass diese Entscheidung nur getroffen werden kann, wenn die Tarifverträge ausgelaufen sind, ist unerfindlich. Ich habe das Gefühl, hier drückt man sich vor Entscheidungen. Man schiebt es nach hinten hinaus und einigt sich wieder nur auf das, was man seit jeher schon gemacht hat, nämlich den Minimalkonsens. Dieser wird aber dem Anliegen mit Sicherheit nicht gerecht.

Lassen Sie mich eines erwähnen: die Regierungspräsidien, ein ganz erheblicher Punkt. Der favorisierte B-Vorschlag der Kleine-Kommission sah vor, dass die Regierungspräsidien von jetzt 2 220 Stellen nach der Reform 2 218 Stellen hätten. Dies war in der Tat etwas unbefriedigend.

Im Mai 2006 war noch gesicherte Erkenntnis, dass die Regierungspräsidien bleiben. Das galt. Ab 19.06. gibt es keine Regierungspräsidien mehr. Stattdessen gibt es dann zwei Landesdirektionen. Was diese nun tun sollen und welche Aufgaben sie haben, bleibt weiterhin im Dunkeln. Wahrscheinlich weiß es auch von den Beteiligten noch keiner so richtig.

(Beifall und Heiterkeit bei der FDP und  
der Abg. Antje Hermenau, GRÜNE)

Die Umbenennung von Behörden, ohne klar zu sagen, welche Aufgaben sie haben, hilft hier nicht weiter, meine Damen und Herren. Zwei Landesdirektionen – was ist denn das? Ist das ein halbiertes Regierungspräsidium oder

ist es von der Aufgabenverteilung her anders angelegt? Oder ist es nur das so genannte Landesverwaltungsamt als ein Landesverwaltungsamt mit zwei Standorten und einer Außenstelle? – Alles weiterhin unklar, meine Damen und Herren.

Bei der Landkreisreform sieht es ähnlich aus. Die Kriterien, nach denen die Landkreisreform durchgeführt werden soll, sind zum einen sattsam bekannt: nach Größen, regionalen Verflechtungen, geografischen Begebenheiten, Landesentwicklungsplan und anderen. – Dies ist schön und gut, aber es gibt auch wirklich interessante Kriterien, über die man in dem Papier leider auch nichts findet. Das ist zum Beispiel die Frage der landsmannschaftlichen Verbindungen. Es wird von religiösen Zugehörigkeiten gesprochen. Aber von Landsmannschaften, historisch gewachsenen, traditionellen Beziehungen verschiedener Räume, von wirtschaftlichen Gegebenheiten und Wirtschaftsräumen findet sich dort recht wenig. Auch die Zuschnittsmöglichkeiten, meine Damen und Herren: Die Größe, 200 000 Einwohner, war vorgegeben. Noch am 15.05.2006 war dies so. Am 19.06.2006 heißt es: 200 000, aber es können auch nur 170 000 sein. – Nun weiß man so viel wie vorher.

Ehrliche Frage: Was ist mit der Möglichkeit der Umgliederung von Gemeinden von einem Landkreis in neu zu bildende andere Kreise? – In Randgebieten ein durchaus ernst zu nehmendes Problem. Zuerst hieß es: Das geht nicht. Im Mai hieß es: Es geht doch. Jetzt heißt es wieder: Es geht nicht. In dieser Situation sollen sich die Landkreise, bitte schön, bis Oktober 2006 umfassend informieren, die Probleme im Wesentlichen erkennen, behandeln und im Rahmen einer freiwilligen Vorgabe Entscheidungen treffen. Wie soll das rein technisch bis Oktober 2006 gehen? Das ist eine völlig irrealer Vorgabe, meine Damen und Herren.

Ähnlich die Frage der Umsetzung, ich habe es bereits angesprochen. Zuerst war die Freiwilligkeitsphase bis 2011 angedacht. Danach hieß es: Das machen wir bis Ende 2008. Dann hieß es: zum 01.01.2008. Nun sind wir beim 30.06.2008. Aber heute haben wir zum ersten Mal gehört, es gibt auch Teile, die zum 01.01.2008 in Kraft gesetzt werden.

Sie sehen, es gibt reichlich Fragen, die unbeantwortet sind, und ich würde mir als Parlamentarier wünschen, dass der Ministerpräsident begreift, dass diese Verwaltungsreform ein ernstes und wichtiges Vorhaben ist, und dass er vor diesem Parlament eine Erklärung für die gesamte Staatsregierung abgibt, wie die Staatsregierung insgesamt inhaltlich und zeitlich mit der Verwaltungsreform umzugehen gedenkt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**3. Vizepräsident Gunther Hatzsch:** Für die zweite Einreicherin, die GRÜNEN, Herr Lichdi, bitte.

**Johannes Lichdi, GRÜNE:** Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Staatsminister Buttolo, ich glaube tatsächlich, Sie haben etwas zu sagen. Aber ich bitte Sie wirklich, einmal ernsthaft zu erwägen, ob es aus Ihrer Sicht nicht der richtige Umgang sein müsste, hier nicht nur Papiere, die Sie gestern sehr kurzfristig ausgereicht haben, einfach vorzulesen. Dies war nun das zweite Mal und ich glaube, Sie haben das nicht nötig.

**Dr. Albrecht Buttolo, Staatsminister des Innern:** Herr Lichdi, zur Verwaltungsreform kann es nur einen Standpunkt geben. Ich kann nicht am gestrigen Tag ein Papier austeilen und am heutigen Tag etwas anderes sagen. Wenn ich Sie über den Sachstand informiere, kann es nur das Gleiche sein.

**3. Vizepräsident Gunther Hatzsch:** Herr Lichdi, Sie bekommen noch eine Minute Zeitgutschrift.

(Beifall und Heiterkeit bei der FDP)

**Johannes Lichdi, GRÜNE:** Vielen Dank. – Herr Innenminister, Sie haben den Eindruck erweckt – jedenfalls war dies der Presse am Dienstagmorgen zu entnehmen –, dass die Reform in Sack und Tüten sei. Nachdem wir nun das Papier studieren konnten – jedenfalls diese 14-seitige PowerPoint-Präsentation, die uns zugänglich gemacht wurde, von der Kollege Martens gesprochen hat –, muss ich Ihnen sagen: Das Gegenteil ist der Fall. Die Reform ist alles andere als in Sack und Tüten. Sie haben die Baustellen noch einmal beschrieben, haben sie aber zum Großteil nicht entschieden. Aber Sie mussten natürlich vor der Öffentlichkeit und der Presse – da die Öffentlichkeit zu Recht drängt – ein Ergebnis vorlegen.

Ich bin, vielleicht zu Ihrem Erstaunen, nicht so hart wie Kollege Martens, sondern möchte ausdrücklich anerkennen, dass die Leitlinien zum Tagesordnungspunkt 7 der kreisgebietlichen Neuordnung zum ersten Mal eine wirkliche Diskussionsgrundlage sind.

Ich freue mich darüber, dass endlich einmal öffentlich offen gelegt worden ist, nach welchen Kriterien Sie diese ganze Diskussion, die läuft und im Grunde schon abgeschlossen ist, eigentlich bestreiten wollen. Dafür bedanken wir uns herzlich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist der TOP 7. Es gibt aber auch die TOP 1 bis 6. Zu diesen TOP 1 bis 6 liegen uns keinerlei interne Unterlagen vor. Ich glaube nicht, dass Sie allein jetzt diese PowerPoint-Präsentation auf der einen Seite aufgeschrieben haben, sondern ich glaube, dass in Ihrem Hause noch weitere Unterlagen vorliegen. Wir hätten es begrüßt, wenn Sie uns auch diese Unterlagen zugänglich gemacht hätten; denn nach meinem Verständnis war das auch Teil unserer Absprache. Nun gut!

Aber wir können uns jetzt zum ersten Mal in diesem Haus mit Inhalten befassen. Der Kollege Martens hat es angesprochen. Es gibt die verschiedenen Baustellen: Verzicht

auf Aufgaben, Bündelung von Aufgaben, Kommunalisierung von Aufgaben, gebietliche Neustrukturierung.

Ich komme zum Verzicht. Kollege Martens hat mir schon den Spaß genommen, den Vergleich zwischen der Expertenkommission, dem internen Mai-Papier, das sich dann auf CDU-Homepages befand, aber nicht offiziell war, und dem Papier, das wir jetzt offiziell bekommen haben, anzusprechen. Es reicht wohl – Sie haben vielleicht etwas zu viel des Guten getan –, auf den einzigen Punkt hinzuweisen.

Der größte Brocken beim Verzicht ist die Privatisierung der Staatsbetriebe SIB, also Sächsischer Immobilienbetrieb, und Schlösser und Gärten mit insgesamt 1 425 Stellen, mit Prüfaufträgen bis zum 1. September 2006 versehen. Nun gut, das muss man sorgfältig prüfen. Dafür haben wir Verständnis. Ich frage mich allerdings, was Sie im letzten halben Jahr getan haben. Da hätten Sie eigentlich auch prüfen können.

Ich bin mir im Übrigen nicht sicher, ob diese Privatisierung wirklich befürwortet werden sollte – ja, Herr Kollege Martens, Sie sind FDP, ich bin grün –, denn das Ergebnis wäre, dass wir als Landtag die demokratische Haushaltskontrolle endgültig aus der Hand geben würden. Ich weiß auch nicht, was Privatisierung bei Schlössern und Gärten heißen soll. Soll das bedeuten, dass wir Pillnitz oder Königstein privatisieren?

Kommen wir zur Bündelung. Es wurde immer verkündet, die Bündelung sei sozusagen die Mutter aller Reformen, das Herzstück aller Reformen. Wenn wir dort hineinschauen, sehen wir – und das ist nun tatsächlich eine Frechheit – unter TOP 6, dass Verwaltungsdirektionen eingerichtet werden. Sie heißen „Verwaltungsdirektionen“, Herr Kollege. Das war alles zur Bündelung. Ich meine, das ist doch ein gravierender Vorgang. Herr de Maizière hat hier immer erklärt: Wir machen keine Kreisgebietsreform, wir machen eine Reform der Staatsverwaltung, indem wir bündeln. – Dazu finden wir jetzt, nachdem die Reform angeblich in Sack und Tüten und abgeschlossen ist, nichts. Wir finden nur, dass es Verwaltungsdirektionen geben wird. Jeder in diesem Haus weiß, dass das lediglich ein Feigenblatt ist, damit sich die SPD sozusagen auf diese Reform, die natürlich im SMI und in der CDU konzipiert worden ist, einlässt.

Betrachten wir doch einmal diese Verwaltungsdirektionen näher. Im Gegensatz zu Kollegen Martens stehe ich nicht an zu sagen: Es sind natürlich die alten Regierungspräsidien, die durch die verschiedenen Bündelungen und Kommunalisierungen verändert sind. Es sind also doch nicht ganz die alten Regierungspräsidien. Das muss man dazusagen. Aber im Grunde ist das identisch.

Worum aber geht es? Es geht im Grunde um die Abschaffung des Regierungspräsidiums Leipzig und um nichts anderes. Reden wir einmal Klartext! Die Region Leipzig wird 540 Arbeitsplätze, die jetzt beim Regierungspräsidium angesiedelt sind, verlieren. Ich frage mich, wie das gehen soll. Sollen mit Beginn der Reform – ich habe gerade gehört: am 1. Januar 2008 – alle Mitarbeiter nach

Dresden und Chemnitz umgesetzt werden? Mit welchen Kosten eigentlich?

(Zuruf des Abg. Heinz Lehmann, CDU)

– Ja, okay. Sie haben schon intelligentere Zwischenrufe gemacht!

Da sind die Umzugskosten. Ich glaube nicht, dass Sie tatsächlich planen, zum 1. Januar 2008 die 540 Mitarbeiter nach Dresden oder Chemnitz zu verschieben. Das heißt, es wird eine Außenstelle Leipzig geben. Wir haben also tatsächlich die Wahnsinnsituation, dass sich in Leipzig exakt gar nichts ändert. Im Übrigen kann man die in Dresden gar nicht ansiedeln. Soviel ich weiß, sind dort die Büromöglichkeiten auf der Stauffenbergallee 2 erschöpft. Das heißt, wir werden weiterhin das Regierungspräsidium Leipzig haben. Dort steht dann aber das Schild „Verwaltungsdirektion Dresden, Außenstelle Leipzig“. Super! Großer Erfolg! Die SPD hat sich durchgesetzt und Bürokratie abgeschafft.

Warum ist das so? Natürlich will die SPD ebenso wie die FDP die Großkreise. Sie hat sich dabei aber nicht durchsetzen können. Deswegen möchte sie jetzt einen kleinen formalen Erfolg erzielen, indem sie durchsetzt, dass man künftig nur noch zwei Verwaltungsdirektionen hat mit einem ungewissen Prüfauftrag.

Herr Staatsminister, ich sage Ihnen ganz deutlich: Wir als GRÜNE stehen diesbezüglich auf Ihrer Seite. Wir halten im Grundsatz die Kreisstruktur hinsichtlich der Größe, wie Sie sie beschrieben haben, für richtig. Wir halten es auch für richtig, dass es weiterhin Mittelbehörden, veränderte Regierungspräsidien gibt. Wir sehen allerdings den Gewinn, der sich durch zwei Verwaltungsdirektionen, also, ganz klar gesagt, durch die Abschaffung des RP Leipzig, tatsächlich auch finanziell ergeben sollte, einfach nicht.

Auch nicht durchgehen lassen können wir die Tatsache, dass Sie keinerlei Aussage zur Klärung der Bündelung in Sonderbehörden, also auch auf der Mittelebene, machen. Dort gab es im Mai 2006 immer noch 3 000 Stellen. Das ist immerhin das allergrößte Bündelungspotenzial innerhalb der Staatsverwaltung mit einem Einsparpotenzial, wenn man der Expertenkommission glauben möchte, von 20 %, also immerhin 600 Stellen. Dazu gibt es keinerlei Aussage. Das führt dazu, dass wir sagen: Die von Ihnen und von uns angestrebte Einsparung an Personalkosten ist alles andere als durch oder entschieden oder auch nur geklärt.

Ich könnte das jetzt weiter machen. Kollege Martens hat es gesagt. Bei der Kommunalisierung haben Sie einmal von 3 500 Stellen gesprochen. Wenn ich das Papier richtig lese, sind es im Augenblick noch 3 000. Was eigentlich uns alle zum Nachdenken bringen sollte, ist der Umstand, dass, wenn ich es recht sehe, die meisten Aufgaben des Landesamtes für Familie und Soziales Chemnitz auf den Kommunalen Sozialverband übertragen werden sollen und eben nicht auf die Kreise übergehen sollen. Da frage ich mich: Sind diese Aufgaben tatsächlich kommunali-

sierbar, wenn dort doch offensichtlich eine landesweite Institution erforderlich ist? Das heißt, wir als Parlamentarier haben jetzt nicht mehr die Möglichkeit, über Frau Orosz, die Staatsministerin für Soziales, das zu kontrollieren, sondern jetzt macht das der Kommunale Sozialverband. Gibt es dort eigentlich Kontrollmöglichkeiten über die Kreistage? Also, ich weiß nicht, ob das eine echte und auch begrüßenswerte Kommunalisierung ist.

Wenn ich jetzt versuche, dieses ganze Potenzial herunterzurechnen, komme ich darauf, dass, auf die alte Kreisstruktur umgerechnet, ungefähr 70 neue Stellen dauerhaft ankommen. Dazu können Sie mir gern andere Zahlen nennen. Wir bedauern es ja auch, dass Sie das Geschäft nie durchgerechnet haben. Wenn wir eine Kreisstruktur von 15 annehmen, dann kommen wir auf 138 neue Stellen. Wenn wir uns die Stellenstruktur anschauen, also 300 bis 420 Mitarbeiter in den jeweiligen Kreisen, dann frage ich mich, ob Ihre Kernthese tatsächlich bewiesen ist, dass nämlich diese neuen Aufgaben mit diesen neuen Stellen zwingend eine neue Kreisstruktur bedingen.

Genau diesen zentralen Nachweis für Ihre Reform haben Sie nicht erbracht. Daher herrscht bei uns eine ganz erhebliche Skepsis, ob wir diesen Weg mitgehen können, weil wir alle wissen, dass größere Kreise auch größere Entfernungen und weniger Bürgernähe, weniger demokratische Kontrolle und auch weniger Möglichkeiten bedeuten, benachteiligte Regionen im Lande gezielt zu fördern.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**3. Vizepräsident Gunther Hatzsch:** Danke schön. – Die CDU-Fraktion. Herr Abg. Bandmann, bitte.

**Volker Bandmann, CDU:** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst zu der Frage von Herrn Dr. Martens: Wo ist der Ministerpräsident? Der Ministerpräsident ist heute auf der Ministerpräsidentenkonferenz in Berlin, um den Freistaat Sachsen ordentlich zu vertreten, wie er das bisher mit souveräner Leistung immer getan hat. Außerdem findet noch ein Gespräch mit der Bundeskanzlerin statt.

(Zurufe aus mehreren Fraktionen: Oh!)

Aber ich denke, Herr Dr. Martens, die Spitzenmeldung des Tages konnten Sie heute schon in der Zeitung lesen: „Erntezeit in Sachsen“. Sachsen hat von Anfang an konsequent und straff gewirtschaftet. Respekt! Genau das ist der Fall. Und worauf lag der Schwerpunkt dieses straffen Wirtschaftens? Es war die frühzeitige Anpassung an veränderte Struktursituationen. Ich denke, wir haben als CDU-Fraktion und jetzt auch als Koalition vor, auch künftig so straff zu wirtschaften, dass die Erträge insbesondere für unsere junge Generation auch in den nächsten Jahren in die Scheunen eingefahren werden können.

Herrn Lichdi sehe ich im Moment gar nicht. Er hat offensichtlich das Feld geräumt. – Ah, da kommt er wieder, schön. Herr Lichdi, es ist wichtig, dass man die

Kollegen anspricht. Herr Lichdi, es war schon wichtig, dass Sie uns gesagt haben, dass Sie grün sind, denn manchmal bin ich auf diese Idee überhaupt nicht gekommen.

Die Meinungsbildung der Regierung ist offen, unbefriedigend. – Herr Dr. Martens, Meinungsbildung ist immer ein ständiger Prozess und das, was uns bevorsteht – das kann ich Ihnen schon versprechen –, wird in den Sitzungs-marathons, die noch vor uns liegen, harte Arbeit werden und da wird sicherlich auch die eine oder andere Frage, die jetzt aufgeworfen worden ist, noch beantwortet.

Ich freue mich vor allem, dass es die FDP als antragstellende Fraktion mittlerweile geschafft hat, auf den Bänken vier Kollegen sitzen zu haben. Zu Beginn der Debatte waren es lediglich zwei, sodass ich fast den Eindruck hatte, dass der Informationsbedarf bei der FDP bereits befriedigt ist.

(Zuruf des Abg. Torsten Herbst, FDP)

Die Linksfraktion.PDS scheint eine Sondersitzung zu haben, um die Probleme der Frau Bonk heute zu diskutieren.

(Zuruf der Abg. Regina Schulz,  
Linksfraktion.PDS)

– Man kann ja noch einmal durchzählen.

(Dr. Jürgen Martens, FDP, steht am Mikrofon)

**3. Vizepräsident Gunther Hatzsch:** Herr Bandmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Volker Bandmann, CDU:** Offensichtlich ist auch da der Bedarf schon gedeckt. – Herr Dr. Martens, ich gestatte im Moment keine Zwischenfrage.

(Schade! von der FDP)

Die Diskussion um die Funktional- und Verwaltungsreform dauert in der Tat schon eine geraume Zeit und ebenso lange drängen die Oppositionsfraktionen darauf, von der Staatsregierung über diese Reformvorstellungen informiert zu werden. Ein Teil der Informationen, die wir in der Zeitung lesen, stammt aber komischerweise – so mein Eindruck – immer wieder von selbigen Oppositionsfraktionen. Denn die Zahlen, die Sie da immer wieder aus dem Hut zaubern, hat der Innenminister so im Ausschuss nicht genannt.

Inzwischen liegen die Ergebnisse vor, die der Lenkungsausschuss erarbeitet hat. Die Staatsregierung wird sich in der nächsten Woche mit diesen Reformvorschlägen befassen. Einige wesentliche Punkte haben die Zeitungen herausgegriffen. Ich denke, der Minister hat da vorab informiert. Insoweit haben wir heute also einen neuen Sachstand erreicht. Die Reformvorstellungen der Regierung sind hinreichend konkret und die einzelnen Vorschläge sind bekannt. Wir haben jetzt den Zeitpunkt erreicht, zu dem es in der Tat sinnvoll ist, den Landtag als Ganzes zu beteiligen. Ich kann Ihren Ärger darüber, dass die Koalitionsfraktionen nicht eher informiert wurden als

Sie selbst, ja verstehen. Sonst hätten Sie hier schon wieder etwas mehr Budenzauber veranstalten können. Aber so ist der Gleichbehandlungsgrundsatz da. Das schmerzt den einen oder anderen Kollegen in unseren eigenen Reihen, aber so ist nun einmal das Verfahren.

(Lachen bei der FDP)

Diese Informationen hat der federführende Minister, Herr Buttolo, uns heute – wie ich denke, zu Recht – auch vorab gegeben. Denn bevor Sie mit der Kritik beginnen – und dieser Antrag ist eine solche Kritik –, ist es richtig, hier sachgerecht zu informieren. Damit wird dem Informationsinteresse der Opposition Rechnung getragen und Ihre Anträge haben sich damit inhaltlich erledigt. Es genügt uns auch, wenn wir aus dem Munde des federführenden Ministers informiert werden. Eine Regierungserklärung aus dem Munde des Ministerpräsidenten würde zum heutigen Zeitpunkt kein anderes Ergebnis bringen.

(Zuruf des Abg. Torsten Herbst, FDP)

Ich kann Ihnen sagen, warum: weil in diesem Lenkungsausschuss die kommunale Familie mit am Tisch sitzt.

Die Abstimmungen in Vorbereitung des heutigen Tages haben gezeigt, dass man sich in der Tat aufeinander zu bewegt hat. Ich möchte an dieser Stelle Albrecht Buttolo ausdrücklich danken, dass er diesen Prozess so moderat hinbekommen hat. Sonst wäre der Aufschrei viel größer und die Reihen wären hier voll besetzt. Dass das nicht der Fall ist, zeigt mir, dass die Aussage, die ich eben getätigt habe, offensichtlich der Wahrheit sehr nahe kommt.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Ich halte allerdings – und damit kommen wir zu dem, was noch vor uns steht – eine vertiefte inhaltliche Debatte zum gegenwärtigen Zeitpunkt für verfrüht. Aber wir werden diese Debatte, auch die Anhörung, hier im Landtag führen, denn es ist alles, was hier an Stellungnahmen aufläuft, sorgfältig zu erörtern. Deswegen möchte ich mich an dieser Stelle auch auf einige allgemeine Anmerkungen zu den Vorschlägen, die bisher vorliegen, beschränken.

Natürlich ist eine Funktional- und Verwaltungsreform eine Aufgabe, die einen enormen Kraftakt bedeutet. Sie bedeutet, wenn sie ernsthaft durchgeführt wird, zahlreiche strukturelle Veränderungen – darauf sind meine Vorredner schon eingegangen –, die oft genug auf Vorbehalte der betroffenen Fachverwaltungen und Fachbruderschaften stoßen und auch gegen deren Interessen durchgesetzt werden müssen. Oft genug spielen dabei eben weniger fachliche Fragen eine Rolle als vielmehr die Frage um die persönliche Zukunft, so berechtigt diese Frage auch sein mag. Ich denke, dass wir hier im Hohen Haus – vor allem und gerade in die Verwaltung hinein – die Verantwortung haben, für Entspannung zu sorgen, und dass wir diesen Prozess nicht aufheizen sollten. Aber wer diesen Prozess sorgfältig verfolgt, weiß, dass alles andere als Panik am Platz ist.

Gleichwohl kommen wir angesichts der demografischen Entwicklung und der finanziellen Situation unseres Freistaates und unserer Bundesrepublik Deutschland nicht umhin, uns für die nächsten Jahrzehnte fit zu machen. Eine möglichst bürgernahe und vor allem effektive Verwaltungsstruktur ist das Ziel. Die Bürger wollen an der Stelle, an der sie ihre Anliegen vortragen, kompetente Personen sitzen haben und wollen eben nicht von Pontius zu Pilatus geschickt werden.

(Sebastian Scheel, Linksfraktion.PDS:  
Selbstkritik ist ja schon ein Anfang!)

Dass dies im Einzelfall auch schmerzhaft Einschnitte bringen mag, liegt auf der Hand. Auch Selbstkritik ist an manchen Stellen nichts Verkehrtes.

(Sebastian Scheel, Linksfraktion.PDS: Sage ich doch! Ist ein Anfang, Herr Bandmann!)

– Solange die Gesellschaft besteht, hat sich dieser Zuwachs an Wissen zunächst immer auf Irrtümern gegründet. Ohne Irrtum sind Sie – zumindest Ihre Mannschaft – offensichtlich 40 Jahre durch die Welt gegangen. Dass sich Ihr Erkenntniszuwachs in Grenzen hält, können wir anhand dieses Fahnen-themas bestens erleben.

(Sebastian Scheel, Linksfraktion.PDS:  
Herr Bandmann, ich bin Baujahr 75! –  
Gegenruf des Abg. Uwe Leichsenring, NPD)

Dennoch werden wir nicht um den Schritt herumkommen, die Vorschläge auch hier kontrovers zu diskutieren. Dass diese Reform eine Reform von erheblicher Auswirkung ist, dass die staatliche Behörde zugunsten kommunaler Entscheidungsebenen abspeckt, dass auch da eine dritte Mittelebene weitestgehend herausgezogen wird, das ist in den Zeitungen und auch in dem Papier heute nachzulesen.

(Zuruf des Abg. Johannes Lichdi, GRÜNE)

Ich denke, wir haben noch genug Möglichkeiten, uns zu diesem Thema zu verständigen.

Ich danke Ihnen für Ihr Interesse.

(Beifall bei der CDU und der Staatsregierung)

**3. Vizepräsident Gunther Hatzsch:** Herr Dr. Friedrich, Sie haben das Wort für die Linksfraktion.PDS. Bitte.

**Dr. Michael Friedrich, Linksfraktion.PDS:** Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Kollege Bandmann, Sie legen die gleiche Arroganz und Abgehobenheit an den Tag, die die ehemalige SED samt ihrer verbündeten Blockparteien ausgezeichnet hat. Das nur mal zum Anfang.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS und  
des Abg. Jürgen Gansel, NPD)

Herr Staatsminister Buttolo, als Sie zum Pult geschritten sind, hatte ich für einen kleinen Moment geglaubt, ich könnte mein Manuskript zur Seite legen und hier frei sprechen. Als Sie sich nach etwa fünf Minuten wieder hingesetzt haben, habe ich festgestellt, dass es eben doch

nicht so ist und dass Sie mitnichten auch nur annähernd den Aufforderungen der beiden Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP nachgekommen sind. Da ist es noch relativ uninteressant, ob der Ministerpräsident heute spricht oder nicht. Sie haben nichts weiter gemacht, als wirklich kleinkariert dieses Papier, das nun endlich, längst, längst überfällig, gestern Abend ausgeteilt worden ist – ich habe es um 19:00 Uhr in meinem Postfach gefunden –, teilweise vorzulesen. Aber lesen können wir selbst.

(Zuruf des Abg. Dr. Fritz Hähle, CDU)

Sie sind mit keiner Silbe auf den Skandal – anders kann man das nicht nennen – eingegangen, dass Sie seit Monaten, korrekt seit dem Eckwertepapier im Dezember 2005, dieses Parlament – speziell die Mitglieder des Innenausschusses – wie unmündige Kinder behandeln und uns zwingen, notwendige Informationen über reguläre oder irreguläre Quellen zu beschaffen, zu den jeweiligen Landräten zu gehen, dort um Informationen zu betteln, aus Medien oftmals nicht belastbare Informationen aufzunehmen, derweil jeder x-beliebige Kreisverband der CDU – ich weiß, wovon ich spreche – über gesicherte Informationen verfügt.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

Wer sich so verhält, der muss sich den Vorwurf gefallen lassen, wie eine Staatspartei unseligen Andenkens zu handeln.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS und des Abg. Johannes Lichdi, GRÜNE)

Was nun vor wenigen Tagen am 19. Juni 2006 herauskam, ist in jeder Weise unbefriedigend, und zwar deshalb, weil es von Inkonsequenzen und Widersprüchlichkeiten nur so strotzt. Ich habe gestern Abend eigentlich das Fußballspiel Argentinien gegen Niederlande sehen wollen. Ich habe es nicht gesehen, sondern gelesen, in der Hoffnung, Erkenntniszuwachs zu bekommen.

(Volker Bandmann, CDU: Bei dem Spiel haben Sie nichts verpasst!)

Abgesehen davon, dass ich bei dem Fußballspiel nicht viel verpasst habe, hat sich der Erkenntniszuwachs in Grenzen gehalten.

Ich will aber gerecht sein. Sie haben nach erster Durchsicht ein wirklich fundiertes Leitbild für die neue Kreisgebietsreform vorgelegt. Respekt! Aber die notwendige Verkopplung der Funktionalreform mit Verwaltungsreform, mit Kreisgebietsreform bleibt außerordentlich dünn. Dankenswerterweise hat Kollege Dr. Martens bereits viele Widersprüchlichkeiten hier genannt, die mir genauso aufgefallen sind. Das kann ich jetzt alles weglassen. Ich will nur auf drei, vier zentrale Dinge aufmerksam machen, die – wenn sie von der Regierungskoalition in ihrer unendlichen Weisheit nicht beachtet werden, Kollege Bandmann – Ihnen noch mörderisch auf die Füße fallen können.

Erster Punkt. In den Kommunalisierungen strotzt es nur so von Widersprüchlichkeiten. Das hatte ich bereits gesagt. Nur ein kleines Beispiel: Es ist völlig unverständlich, warum der Sachsenforst, der vor wenigen Monaten erst gegründet wurde, wieder zerschlagen und kommunalisiert werden soll, obwohl diese Beratungsaufgaben nun weiß Gott nicht an Kreisgrenzen Halt machen, währenddessen Sie eine längst überfällige Kommunalisierung, nämlich die der Regionalschulämter – das liegt buchstäblich auf der Hand und diese Einrichtungen sind überflüssig wie ein Kropf –, nur höchst halbherzig und mit vielen Vorbehalten in Prüfungsfragen in Angriff nehmen wollen.

Summa summarum sind Sie lediglich bereit, 3 500 Stellen zu kommunalisieren. Die Experten hatten zirka 5 000 Stellen vorgeschlagen, die zwischenzeitlich in der Diskussion waren. Sie wollen nur zirka 70 % des möglichen Potenzials ausschöpfen. Wenn man das umrechnet – das hat Kollege Lichdi zum Teil getan –, kommen am Ende bei jedem Kreis etwa 120 neue Mitarbeiter an. Jeder Kreis und jede Kreisfreie Stadt vergrößern sich im Mitarbeiterbestand um maximal ein Viertel. Das ist etwa so viel wie bei Hartz IV. Vor anderthalb Jahren wurde die Aufgabe Hartz IV an die Landkreise und Kreisfreien Städte, gleich ob ARGE oder optierende Kommune, übertragen. Mir ist nicht bekannt, dass es damals einen Aufschrei oder ein Stöhnen der Landkreise gegeben hätte ob der unzureichenden Möglichkeit, diese Aufgabe zu schultern. Ich sage Ihnen voraus, Herr Staatsminister Buttolo, Herr Bandmann, Herr Brangs, der Sie sicherlich gleich sprechen werden:

(Stefan Brangs, SPD: Ich habe doch noch gar nichts gesagt!)

Die verfassungsrechtliche Begründung, dass mit diesem mickerigen Kommunalisierungspotenzial eine erneute Kreisgebietsreform in verfassungskonformer Weise zu begründen wäre, zumal es in fast allen Fällen Mehrfachneugliederungen sein werden, dürfte außerordentlich schwer fallen. Es fällt auf, dass Sie zwar tolle Leitlinien entwickelt haben, diese aber sozusagen in der Luft hängen, weil das Kommunalisierungspaket außerordentlich unzureichend ist und bestenfalls einen Flickenteppich darstellt.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

Ein weiteres Problem. Sie sprechen großartig von einer Freiwilligkeitsphase, die sein solle bzw. in der sich jeder finden solle. Dann gibt es so interessante Erscheinungen, ob der Czupalla mit der Frau Köpping kann

(Staatsminister Thomas Jurk: Das sind ja Thesen, die hier aufgestellt werden!)

oder ob der Herr Schöpp aus Torgau den Herrn Gey sympathisch findet oder doch mehr den Herrn Czupalla oder ob Frau Köpping am Ende Verwaltungsdirektorin wird oder doch lieber Chefin eines Großkreises im Leipziger Land. All das mag für die Menschen sicherlich sehr interessant sein und ich lese selbst sehr aufmerksam, ob die Landräte sich lieb haben oder weniger lieb haben, aber

das kann doch nicht ernsthaft das Niveau sein, Herr Staatsminister Buttolo, das die Diskussion einer zukünftigen Verwaltung des Landes Sachsen – ausdrücklich von Ihnen gewollt bis zum Jahre 2020 – ausmacht. Es ist doch völlig irrelevant, ob der Czupalla die Köpping mag oder nicht. Wir müssen doch die fundamentalen Fragen diskutieren.

(Zuruf des Abg. Dr. Fritz Hähle, CDU)

Dazu müssen Sie den Mut haben, von Anfang an das Parlament entsprechend einzubeziehen, anstatt hier eine solche mickerige Erklärung abzugeben.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

Damit hier keine Illusionen aufkommen, möchte ich – das gehört einfach zur Gerechtigkeit, auch wenn Prof. Porsch nicht anwesend ist – in aller Bescheidenheit daran erinnern, dass es Prof. Peter Porsch war, der bereits in seiner Presseinformation 414/05 – es war exakt am 1. Dezember 2005 – eine solche Regierungserklärung gefordert hat. Nun fordern eine solche auch BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die FDP. Mich freut immerhin, dass unser Stärkeverhältnis nach d'Hondt auch im zeitlichen Eingang dieser Forderung eingehalten worden ist.

(Vereinzelt Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

Deshalb werden wir mit großer Freude diesen beiden Anträgen zustimmen. Allerdings, Kollege Lichdi, können wir Punkt 2 Ihres Antrages aus gutem Grund nicht zustimmen und ich sage auch warum: Mich wundert schon, dass Sie und Frau Hermenau als erfahrene Parlamentarier hierbei praktisch wie das Kaninchen auf die Schlange starren und sich freiwillig in die Fänge der Staatsregierung begeben. Sie wollen in Punkt 2 Ihres Antrages von der Staatsregierung einen Vorschlag über das weitere Verfahren der parlamentarischen Beratung zur Verwaltungsreform. Ich finde, das ist völlig deplatziert, denn natürlich hat es der Landtag in der Hand, denn er ist selbst der Souverän, über das weitere Verfahren der parlamentarischen Behandlung autark zu bestimmen – völlig unabhängig von der Staatsregierung. Die Staatsregierung hat korrekterweise genau das gesagt.

Die anderen Fraktionen hätten nur unserem Vorschlag – ich erlaube mir, diesen Vorschlag zum dritten Mal zu wiederholen – zur Bildung eines zeitweiligen Ausschusses oder auch Sonderausschusses Verwaltungsreform nachkommen müssen, dem Vorschlag, nach § 15 Abs. 1 Satz 2 der Geschäftsordnung des Landtages, einen Sonderausschuss zu bilden. Ein solcher Sonderausschuss würde wesentlich zu einer besseren Transparenz beitragen.

(Zuruf des Abg. Dr. Fritz Hähle, CDU)

Wir könnten das uns zustehende begrenzte Selbstbefassungsrecht in Anspruch nehmen und könnten, wenn wir es wollten, die Staatsregierung und die Opposition vor uns hertreiben. Aber leider ist bis jetzt keine Mehrheit für unseren begründeten Vorschlag zustande gekommen. Ich wiederhole den Vorschlag bei gleichzeitiger Entlastung des Innenausschusses.

(Volker Bandmann, CDU: Sie wollen wohl den Vorsitz übernehmen?)

– Kollege Bandmann, wenn man so handeln würde – das werden Sie später noch sehen, wenn es im Innenausschuss eng wird und Sie vor lauter Sondersitzungen dunkle Augenringe haben –, könnten Sie ganz entscheidend den Zeitablauf entspannen und wir würden nicht in die Breddouille kommen, am Ende des Jahres 2007 vor lauter Sondersitzungen keine fundierten Gesetze beschließen zu können.

(Volker Bandmann, CDU: Das ist die wunderbare Vermehrung des Landtages!)

Abschließend möchte ich Folgendes sagen: Meine Fraktion wird heute nicht der Versuchung unterliegen, der Kollege Lichdi unterlegen ist, aus einem kurzen Halt heraus diese vielen Vorschläge zu bewerten. Dazu wird es andere Möglichkeiten geben. Wir bleiben bei der Forderung, dass Herr Ministerpräsident – und nur Herr Ministerpräsident – diese Erklärung abgibt. Wir erwarten, dass bei dieser Regierungserklärung von Herrn Ministerpräsidenten ausdrücklich die Verzahnung zwischen Verwaltungs-, Funktional- und Kreisgebietsreform mit den notwendigen Haushaltsbeschlüssen, dem Doppelhaushalt 2007/2008 und der mittelfristigen Finanzplanung einschließlich des Stellenabbaukorridors dargestellt wird. Es kann nicht sein, dass hier ad hoc Stellenabbaukorridore völlig unabhängig von der in Gang gesetzten Verwaltungsreform vorgegeben werden. Diese Verzahnung ist dem Parlament darzulegen. Ohne diese Darlegung werden wir uns nicht zufrieden geben.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

**3. Vizepräsident Gunther Hatzsch:** Herr Brangs hat das Wort für die SPD-Fraktion.

**Stefan Brangs, SPD:** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon ein wenig seltsam, dass, bevor man an das Mikrofon tritt, die Kollegen Dr. Friedrich und Dr. Martens schon wussten, worüber ich jetzt zu sprechen habe. Vielleicht haben sie eine Kugel, die manchen hier im Haus fehlt und in die man ab und zu einmal hineinschauen kann.

(Zuruf des Abg. Sebastian Scheel, Linksfraktion.PDS)

Ich möchte ein wenig mahnen, dass wir etwas gelassener mit dem Thema umgehen und weniger dieses Kasperletheater abfahren.

Was ist tatsächlich in der Substanz passiert?

(Johannes Lichdi, GRÜNE: Nichts!)

– Kollege Lichdi, jetzt ist Zeit zum Zuhören. Was ist tatsächlich passiert?

(Zuruf des Abg. Sebastian Scheel, Linksfraktion.PDS)

Passiert ist, dass wir uns als Koalitionsfraktionen mit der Staatsregierung im Rahmen eines Lenkungsausschusses darüber verständigt haben, wie wir das Thema mit den Spitzenverbänden angehen. Ich finde, das ist ein vollkommen legitimes Verfahren, das im Übrigen in anderen Politikfeldern seit Jahren praktiziert wird. Es ist nicht neu, wie wir es jetzt in Sachsen praktizieren.

Das Zweite ist, dass der Lenkungsausschuss, wenn man es genau betrachtet, nichts anderes als die sinnvolle Fortführung der Koalitionsverhandlungen und des Koalitionsvertrages ist, wobei wir uns als regierungstragende Koalition darauf verständigt haben, dass wir eine Verwaltungs- und Funktionalreform wollen. Insofern ist das, was wir mit dem Lenkungsausschuss getan haben, eine Beratungsgrundlage für die Staatsregierung und für die Koalition.

Der Innenminister hat Ihnen freundlicherweise den letzten Stand der Präsentation, den wir am 19.06. im Lenkungsausschuss beraten haben, über den Innenausschuss zur Verfügung gestellt. Wenn es im Innenausschuss ist, haben es ruckzuck alle – das ist klar. Darüber hinaus gibt es eine klare Ansage, wie der weitere Ablaufplan aussieht. Auch dazu hat der Innenminister eine Aussage gemacht. Am 26. soll sich das Kabinett damit befassen. Wir haben im Lenkungsausschuss dafür Prüfaufträge vergeben, die am 01.09. noch einmal letzte Erkenntnisse bringen sollen. Es gibt eine Arbeitsgruppe, die ein Grundkonzept zum Personalüberhang erarbeiten soll. Ich denke, das ist ein sinnvolles und richtiges Verfahren.

Dann gibt es ein Gesetzgebungsverfahren. Bei diesem Gesetzgebungsverfahren ist der Landtag mit im Boot. Das ist vollkommen unstrittig. Immer davon zu sprechen, der Landtag würde umgangen werden oder man hätte Interesse daran, keine Informationen preiszugeben, ist vollkommen weg von dieser Welt. Das werden Sie noch alles bekommen. Sie müssen uns doch zugestehen, dass wir uns in einer solch schwierigen Phase und bei einem solch schwierigen Thema die Zeit nehmen, eine vernünftige Grundlage für die Beratung zu schaffen. Nichts anderes haben wir getan.

Die Ergebnisse, die wir jetzt zusammengefasst haben, werden wir im Rahmen eines Gesetzgebungsverfahrens in den Landtag bringen. Klar ist auch, dass an dieser Stelle der alte Satz gilt, der auch im Bundestag immer wieder eine Rolle spielt: Kein Gesetz wird dieses Parlament so verlassen, wie es ins Parlament eingebracht worden ist. Dass gerade von den Oppositionsfraktionen kritisiert wird, dass sie zu spät und nicht umfassend informiert seien, ist doch ein Vorwurf, der nicht stichhaltig ist. Wenn wir miteinander ernsthaft diskutieren wollen, dann müssen wir an den Punkten diskutieren, die wir schriftlich haben, und nach den Vorlagen, die wir im Landtag im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens miteinander diskutieren wollen. Jeder, der hier im Hause anwesend ist, kann im Gesetzgebungsverfahren Vorschläge machen.

Die SPD-Fraktion – auch das ist kein Geheimnis – hat an der einen oder anderen Stelle in der Tat andere Auffassungen. Das ist nun einmal so. Ich habe als Vertreter der

Fraktion gemeinsam mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten im Lenkungsausschuss gesessen, aber wir müssen natürlich auch berücksichtigen, dass unsere Koalitionspartner und wir das Ganze durch den Landtag bringen müssen. Es gibt unterschiedliche Befindlichkeiten der Landtagsabgeordneten, die sich jetzt einbringen und schon Schlange stehen mit Vorschlägen darüber, was alles noch geändert werden soll.

Fakt ist doch auch: Im Koalitionsvertrag haben wir uns eindeutig dazu bekannt, dass wir eine Reform wollen.

(Dr. Jürgen Martens, FDP: Und weiter?)

– Nicht: und weiter, Herr Dr. Martens! Wir haben uns dazu bekannt. Dieses klare Bekenntnis haben wir gemeinsam mit unserem Koalitionspartner erreichen können. Ich will nicht verschweigen, dass die Initiative auf der einen Seite vielleicht größer als auf der anderen Seite war. Das Ziel dieser Reform und des Vorhabens war immer, dass wir damit mehr Bürgernähe erreichen und Strukturen schaffen wollen – daran halten wir auch fest –, dass wir Strukturen schaffen wollen, die durch Übertragung von staatlichen Aufgaben auf Mittelbehörden bzw. von Mittelbehörden auf Landkreise und den kreisangehörigen Raum dazu beitragen, dass die Bürgerinnen und Bürger vor Ort auch spürbar mehr Bürgernähe erleben können.

**3. Vizepräsident Gunther Hatzsch:** Herr Brangs, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Stefan Brangs, SPD:** Bitte, selbstverständlich.

**3. Vizepräsident Gunther Hatzsch:** Gut. Ich kann schließlich nicht über Sie verfügen.

**Johannes Lichdi, GRÜNE:** Vielen Dank. – Da Sie gerade zu Recht das wichtige Thema Bürgernähe ansprechen, können Sie mir sicher mitteilen, an welcher Stelle ich in dem ausgereichten Material des Lenkungsausschusses Ausführungen zur bisherigen Planung der Regierung oder der Koalition finde. Ich persönlich habe dazu keine gefunden.

**Stefan Brangs, SPD:** Kollege Lichdi, dann muss ich an Ihren Lesekünsten zweifeln oder es liegt an etwas anderem. Wenn Sie sich den Bereich „Übertragung auf den kreisangehörigen Raum“ und wenn Sie sich zuvor „Übertragung auf die Landkreise“ anschauen, dann ist eine Reihe von Funktionen und Verwaltungshandeln aufgeführt, was bisher nicht im kreisangehörigen Raum angesiedelt war.

(Beifall bei der Staatsregierung)

Genau diese zwei Seiten sind Neuerungen. Die hat es bisher in diesem Umfang nicht gegeben. Man kann natürlich darüber reden, ob es ausreichend ist oder ob wir uns weitere Möglichkeiten der Übertragung vorstellen können. Das ist richtig. Aber sich hier hinzustellen und zu sagen, es gibt in diesem Papier keine Übertragung von Aufgaben an den kreisangehörigen Raum und es gibt keinen Anlass, von Bürgernähe zu sprechen, da muss ich

Ihnen wirklich absprechen, dass Sie wissen, wovon Sie sprechen.

(Beifall bei der CDU)

Anders als 1994, als es darum ging, dass man zunächst die Kreisgebietsreform durchgeführt und über Kommunalisierung gesprochen hat, geht es jetzt darum, dass man parallel dazu erstens etwas zu den Aufgaben sagt und zu der Frage, wer sie erledigt, und zweitens etwas dazu sagt, wie die neuen Kreise auszusehen haben, um damit eine Legitimation zu schaffen, dass diese Kreisgebietsreform möglich ist.

Ein weiterer Punkt – dabei kann man nicht so tun, als sei das nie diskutiert worden –: Wir haben immer im Lenkungsausschuss gesagt, dass wir durch diese neue Struktur und diese neuen Formen, zum Beispiel durch Servicebüros und Anlaufstellen für die Bürgerinnen und Bürger, durch Vereinfachung von Verwaltungshandeln – Verwaltungshandeln aus einer Hand –, gerade Chancen eröffnen und zu Verbesserungen beitragen wollen. Das müssen wir alles miteinander im Gesetzgebungsverfahren diskutieren. Das ist doch unstrittig.

Wer jetzt so tut, als sei die Frage Regierungspräsidien ein Zugeständnis an die SPD, der hat auch nicht begriffen, worum es im Kern geht. Es geht darum, dass wir zukünftig bei der Mittelbehörde durch eine Bündelung und durch den Wegfall zahlreicher Funktionen, die bisher dort angesiedelt waren, und eine Verlagerung der Aufgaben auf die Landkreise dazu kommen wollen, ganz auf diese verzichten zu können. Dass wir dafür aber Zwischenschritte brauchen und dass aus unserer Sicht dieser Zwischenschritt genauso hätte aussehen können, dass wir sofort in eine Verwaltungsdirektion übergegangen wären, ist doch kein Geheimnis. Aber dass man sich im Kompromiss darauf verständigt, zunächst einmal Regierungspräsidien sinnhaft neu zu ordnen, sie dann wegfällen zu lassen, eine neue Landesdirektion zu schaffen, um damit regional und strukturell vollkommen neue Zuschnitte in Sachsen zu schaffen – wer dann davon spricht, es wäre alles beim Alten und es wären die alten Regierungspräsidien, da verstehe ich die Welt wirklich nicht mehr.

Insofern ist das Kredo: Die Regierungspräsidien sind nicht mehr im bisherigen Maße vorhanden. Sie werden ersetzt. Es ist kein Türschildwechsel, sondern es ist ein struktureller Wechsel, den wir vollzogen haben. Die Standortfrage: Kollege Martens, da müssen Sie noch einmal in Ihre Kugel schauen, die Sie wahrscheinlich im Büro stehen haben. Woher Sie nehmen, dass alles schon entschieden ist – tut mir Leid. Da kann ich Ihnen nicht folgen. Aber da haben Sie vielleicht andere Quellen. Sie müssen mir demnächst mal sagen, welche Quellen das sind. Vielleicht kann ich darauf auch einmal zurückgreifen.

Ein entscheidender Punkt ist doch, dass wir uns lange Zeit Gedanken in diesem Lenkungsausschuss darüber gemacht haben, wie wir denn mit dem Problem des Personalüberhangs umgehen. Ein entscheidendes Element in diesem

Papier und in der Stellungnahme des Lenkungsausschusses ist doch, dass wir sagen, wir müssen gemeinsam mit den Arbeitnehmervertretern – mit den Beschäftigten – darüber diskutieren, wie wir diesen Personalüberhang sinnvoll und richtig und nicht allein zulasten der Beschäftigten regeln können. Wir reden immer davon, dass wir soziale Standards wahren wollen. Wir reden auch davon, dass die Übergänge mit Besitzständen erfolgen sollen. Aus Sicht der SPD-Fraktion – darüber müssen wir uns noch verständigen – wäre es natürlich am sinnvollsten, dass wir das in einem Gesetz regeln könnten. Andere Bundesländer haben es uns schon vorgemacht.

Wer uns dann doch den Vorwurf machen würde, wir hätten jetzt schon festgelegt, wie die Kreise auszusehen haben, und wir wüssten jetzt schon, wie die Karte aussehen würde, der muss sich doch einmal die Zeitung der letzten Tage ansehen. Der muss doch nur mal einen Blick in die Zeitung werfen.

**3. Vizepräsident Gunther Hatzsch:** Herr Brangs, es gibt eine – –

**Stefan Brangs, SPD:** – Bitte, lassen Sie mich den Gedanken zu Ende bringen.

Was dort im Moment passiert, ist doch nichts anderes als das, was wir als Freiwilligkeitsphase mit bestimmten Grundleitlinien und mit bestimmten Anforderungen, die wir an diese neue Ebene und auch in den neuen Zusammenschnitt bezeichnet haben, stellen. Aber wir haben zumindest die Chance gelassen, über sinnhafte Lösungen nachzudenken. Wenn denn der eine oder andere glaubt, sein Heil in den Großkreisen suchen zu müssen, dann kann er ja gerne diskutieren. Ob es am Ende dazu kommt, steht auf einem ganz anderen Blatt.

**3. Vizepräsident Gunther Hatzsch:** Herr Dr. Friedrich, bitte.

**Dr. Michael Friedrich, Linksfraktion.PDS:** Vielen Dank. – Herr Brangs, Sie haben eben von sinnhaften Lösungen gesprochen. Damit die heutige Debatte nicht nur heiße Luft erzeugt, möchte ich einmal zwei ganz konkrete Fragen an Sie stellen, – –

**3. Vizepräsident Gunther Hatzsch:** Erst einmal eine.

**Dr. Michael Friedrich, Linksfraktion.PDS:** – eine – danke –, die den Personalübergang betrifft. Ich weiß, dass Ihnen das am Herzen liegt.

Problem 1: In der Staatsregierung wird das Personal überwiegend zu 100 % der Arbeitszeit beschäftigt, in den Kommunen zwischen 80 und 90 % durch die verschiedenen Tarifverträge. Wie wollen Sie mit diesem Besitzstand, sage ich einmal, der 3 500 staatlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die später in die Kommunen gehen, umgehen? Sollen die dann auch 80 oder 90 % bekommen oder wird ihr Besitzstand gewahrt? Frage eins war das.

**Stefan Brangs, SPD:** Kollege Friedrich, die Frage eins kann ich ziemlich einfach beantworten. Genau aus diesem

Grund haben wir die Arbeitsgruppe eingerichtet. Genau aus diesem Grund müssen wir miteinander unter Beteiligung der Gewerkschaften und der Beschäftigtenvertreter diskutieren, wie wir die Probleme mit unterschiedlichen Tarifverträgen, mit unterschiedlichen Besitzständen, mit unterschiedlichen gesetzlichen Regelungen inklusive beamtenrechtlicher Regelungen lösen können. Insofern ist Ihre Frage eine Bestätigung unserer bisherigen Politik. Weil es kompliziert ist und weil hier unterschiedliche Interessenlagen aufeinander prallen, gibt es die Arbeitsgruppe.

(Beifall bei der SPD)

**3. Vizepräsident Gunther Hatzsch:** Gestatten Sie eine zweite Frage, Herr Brangs?

**Stefan Brangs, SPD:** Gerne. Sie können auch mehrere stellen.

**Dr. Michael Friedrich, Linksfraktion.PDS:** Nein.

**Stefan Brangs, SPD:** Das ist ein wichtiges Thema, wir können das gerne tun.

**Dr. Michael Friedrich, Linksfraktion.PDS:** Eine wichtige Frage. Wir kennen den Stellenabbaukorridor, den die Staatsregierung für die mittelfristige Personal- und Finanzplanung beschlossen hat. Wie wollen Sie verhindern, dass die Staatsregierung oder einzelne Ministerien Stellenabbaupotenziale, so sage ich einmal, auf die Kommunen verschieben, nur damit sie die unbequeme Arbeit des Stellenabbaus nicht machen müssen, wohl aber die Kommunen in den sauren Apfel beißen müssen, nicht benötigte Stellen abzubauen? Wie wollen Sie das verhindern?

**Stefan Brangs, SPD:** Ich glaube, dass die Vertreter der Kommunen, die ich im Lenkungsausschuss – des SSG und des Landkreistages – kennen gelernt habe, schon so lange im Geschäft sind, dass sie sich nicht dafür hergeben werden, die Ausputzerarbeiten machen zu müssen. Insofern glaube ich schon, dass diese allein ein Garant dafür sind, dass ein solcher Fall nicht eintreten wird.

**Dr. Michael Friedrich, Linksfraktion.PDS:** Danke für die erhellenden Auskünfte.

**Stefan Brangs, SPD:** Bitte, lieber Kollege.

Abschließend möchte ich noch ein Wort darüber verlieren, wie man mit diesem durchaus schwierigen Kompromiss auch aus Sicht der SPD-Fraktion umgegangen ist. Natürlich ist es so, dass wir an der einen oder anderen Stelle – das will ich ganz offen ansprechen – gern eine andere Regelung gehabt hätten. Und auch innerhalb der Fraktion, als ich das Papier zusammen mit Thomas Jurk vorgestellt habe, war natürlich zunächst auch eine Diskussion über Detailfragen entbrannt. Aber gerade diese Detailfragen müssen wir im Gesetzgebungsverfahren klären. Wir müssen natürlich auch darüber reden, wie wir bestimmte Bereiche, die wir jetzt im Lenkungsausschuss

festgelegt haben, dann tatsächlich untersetzen. Es gab andere Ansätze zu Fragen von Staatsbetrieben. Es gab auch andere Ansätze zu Fragen, welche Aufgaben man denn wirklich auf die Landkreise übertragen muss und welche Sinnhaftigkeit dahinter steckt, bestimmte Aufgaben, kurz nachdem sie zusammengefasst worden sind, wieder auseinander zu nehmen. Das ist kein Geheimnis. Das haben wir offen angesprochen. Dazu werden wir sicherlich auch eine Einigung im Gesetzgebungsverfahren finden.

Was mich aber in der heutigen Debatte stört, ähnlich wie vor einigen Monaten, ist die Tatsache, dass der Versuch unternommen wird zu suggerieren, als würde der Landtag hier umgangen und als würde man bewusst die Oppositionsfraktionen ausloten wollen. Dem möchte ich entschieden widersprechen, denn wenn man das demokratische Grundprinzip wirklich beherzigt und wenn man akzeptiert, dass es eine koalitions tragende Regierungsverantwortung hier in diesem Hause gibt, dann muss man auch die Spielregeln akzeptieren. Diese Spielregeln sehen so aus, dass die, die Verantwortung in diesem Land tragen, sich gemeinsam Gedanken darüber machen, wie sie das Problem bewältigen, und dann auch zu entscheidungsreifen Vorlagen kommen. Dann sind Sie am Zuge, dann sind wir alle am Zuge, und das ist vollkommen legitim.

Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD und der Staatsregierung)

**3. Vizepräsident Gunther Hatzsch:** Herr Dr. Müller spricht für die NPD-Fraktion.

**Dr. Johannes Müller, NPD:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Eigentlich, wenn ich die Debatte jetzt gesehen habe, muss ich sagen, dass die Anträge von FDP und GRÜNEN als Vehikel für die vergangene Diskussion gar nicht geeignet sind, denn die FDP fordert in ihrem Antrag eigentlich nur eine Regierungserklärung des Ministerpräsidenten. Die GRÜNEN fordern eine Erklärung von Herrn Staatsminister Buttolo und, was ich als wünschenswert ansehe, einen Vorschlag über das weitere Verfahren der parlamentarischen Beratung. Aber da jetzt alle über Inhalte gesprochen haben, möchte ich auch drei Punkte anführen, die für meine Fraktion wichtig sind:

1. In der kurzen Zeit, in der wir die Chance hatten, die Papiere von gestern zu heute durchzusehen, ist uns nicht schlüssig geworden, wo der tolle Fortschritt beim Wegfall dreier Regierungspräsidien zu zwei Landesdirektionen zu sehen sein soll. Unsere Vorstellung, dass man die Regierungspräsidien gänzlich abschaffen könnte und einige Aufgaben in Richtung Ministerien, die anderen in Richtung Kreisebene zu verlagern wären, ist aus meiner Sicht nicht entkräftet. Das ist aus unserer Sicht immer noch die bessere Lösung.

2. Verwaltungsreform ja, aber warum Kreisgebietsreform? Da kommen wir gleich zu

3. Dieses wurde von Herrn Brangs bereits angesprochen: dass nämlich die Verlagerung von Aufgaben auf die kommunale Ebene Bürgernähe schaffen würde. Es ist für mich völlig unerkennbar, wie das sein soll. Wenn ich die Kreisreform gleichzeitig durchziehe, also aus zwei oder drei Landkreisen einen Kreis mache, wo kommt dann die Bürgernähe her? Die wenigen Aufgaben, die jetzt für den Bürger im Bereich Regierungspräsidien direkt erledigt wurden, wiegen doch gar nicht auf, was an anderen Aufgaben vom Bürger wegverlagert wird. Ich nehme nur einmal das Beispiel Führerscheinstelle, die in den jetzigen Kreisstädten angesiedelt ist, in den Großkreisen dann wahrscheinlich auch nur in den dann noch bestehenden Kreisstädten. Das heißt, die Leute haben für die Aufgabe, die für sie oftmals wichtig ist, einen viel längeren Weg. Das Ganze ist aus meiner Sicht nicht zielführend.

(Staatsminister Thomas Jurk: Das passiert nicht!)

– Herr Minister Jurk, das werden wir sehen. Am Ende sehen wir die Ergebnisse, auch wenn Sie sagen, das passiert nicht.

Was eigentlich das Hauptproblem ist und was hier alle Oppositionsfraktionen bewegt, ist die Informationspolitik. Wir haben gestern dieses Papier ausgereicht bekommen. Ich halte es für einen Skandal, dass der Gesetzgeber, der Landtag, das Papier maximal zeitgleich, wenn nicht gar später als die Presse erhält. Gestern war die Presse mit Vorschlägen zur Verwaltungs- und Kreisgebietsreform schon voll, da war das Parlament als Entscheidungsgremium noch nicht informiert. Das ist eigentlich das Hauptproblem, über das zu sprechen ist.

Die vorliegenden Anträge sind als Vehikel völlig ungeeignet, weil das, was an Problemen ansteht, nicht erreicht wird. Die Regierungserklärung, ob vom Staatsminister oder vom Ministerpräsidenten, wird immer nur das beinhalten, was diese uns rüberbringen wollen. Wenn vonseiten des Innenministeriums nicht weitere Arbeitsmaterialien wenigstens auch an den Innenausschuss kommen, der bis jetzt relativ kurz gehalten wurde, muss das Parlament vielleicht als solches selbstständig aktiv werden, wie es in anderen Bereichen auch ist. Aber das ist aus meiner Sicht im Moment nicht der Weg.

Ich bitte um punktweise Abstimmung über den GRÜNEN-Antrag. Punkt 2 halte ich für zustimmungswürdig, weil in ihm die Richtung vorgegeben werden soll, wie wir weiter miteinander verfahren. Die anderen Punkte würden sowohl vom Innenminister wie auch vom Ministerpräsidenten in gleicher Form behandelt werden wie heute im Eingangsstatement des Staatsministers. Da ist aus meiner Sicht nichts Neues zu erwarten.

Ich danke.

(Beifall bei der NPD)

**3. Vizepräsident Gunther Hatzsch:** Als Nächstes spricht der fraktionslose Abgeordnete Schmidt.

**Mirko Schmidt, fraktionslos:** Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Dass solche Anträge überhaupt erst gestellt werden müssen, um die Staatsregierung zu bewegen, über den aktuellen Stand der Verhandlungen zu berichten, ist einfach deprimierend. Die Staatsregierung wäre hier meiner Meinung nach in der Pflicht gewesen, ganz von allein und in kurzen Abständen über den aktuellen Stand der Entwicklung den Landtag, die Medien und die Bürger zu informieren.

Gerade die Bürger in Sachsen, die direkt von der anstehenden Verwaltungs- und Funktionalreform betroffen sind, haben das Recht auf genaue Information. Es handelt sich hier ja immerhin um keine Angelegenheit, die man ausschließlich hinter verschlossenen Türen abhandeln muss.

Als Gründe für die geplante Reform werden notwendige Sparmaßnahmen einerseits und sinkende Einwohnerzahlen andererseits genannt. Gespart werden soll vor allem beim Personal. Die Stellen sollen an die Kommunen übertragen, gestrichen oder privatisiert werden. Teilzeitstellen und geringe Tarife sollen zusätzlich den Kostendruck senken. Davon sind 3 500 Stellen, also 3 500 Menschen, betroffen.

Ob letztlich auch mehr Bürgernähe erreicht wird, wenn die Verwaltung abgespeckt ist, muss bezweifelt werden. Und auch wenn bestimmte Aufgaben in Zukunft von den Kommunen wahrgenommen werden, kann durch die Verlagerung nach unten zu den Bürgern hin noch lange nicht angenommen werden, dass sich zum Beispiel die Öffnungszeiten und die Bearbeitungszeiträume bei Anträgen für die Menschen vor Ort zum Positiven verändern.

Bedingt durch den vor allem im ländlichen Gebiet dramatischen Bevölkerungsrückgang kommt es zur infrastrukturellen Ausdünnung ganzer Landstriche. Damit verbunden sind Schulschließungen, Wegfall von Dienstleistungen, die Einkaufsmöglichkeiten und Post- und Geldinstitute. Hinzu kommt der Weggang hauptsächlich junger Menschen wegen fehlender Zukunftsaussichten, Lehrstellenmangels oder Arbeitslosigkeit.

Die Politik, welche bei diesen Problemen schon längst kapituliert hat, reagiert nur noch, anstatt entsprechend gegenzusteuern. Es werden nur die Symptome bekämpft, anstatt die Ursachen anzugehen.

Der Zuschnitt der neuen Landkreise erfolgt so, dass im Jahre 2020 jeweils mindestens 170 000 Menschen in den neuen Landkreisen wohnen sollen. Das heißt aber auch, dass bis dahin die Einwohnerzahlen weiter drastisch zurückgehen werden; dass man dies weiß und einfach so hinnimmt.

Meine Damen und Herren, Sie machen sich somit lediglich zu Verwaltern des Niedergangs – nach uns die Sintflut. Dabei müssten die politisch Verantwortlichen doch eigentlich alles erdenklich Mögliche tun, um die Bevölkerungszahlen zu halten und wieder zu erhöhen.

Bei dem neuen Zuschnitt der Kreise sollte man nicht einfach willkürlich und rein nach wirtschaftlichen Ge-

sichtspunkten vorgehen. Wichtig für die Akzeptanz der Verwaltungs- und Funktionalreform bei den Bürgern ist die Beibehaltung oder Wiederherstellung der Identität, die durch Landschaft, Kultur und Geschichte geprägt ist. Ich denke da nur an das Erzgebirge oder die Oberlausitz. Die Menschen identifizieren sich mit ihrer Heimat und wollen keine künstlichen Verwaltungsstrukturen übergestülpt bekommen.

Die angestrebte Reform, die den Bürgern nur Vorteile bringen soll – so heißt es jedenfalls –, wird wieder einmal über die Köpfe der Menschen hinweg entschieden. Ist diese Reform denn eigentlich bei den Einwohnern der jetzigen Landkreise gewünscht? Wer immer nur über die Köpfe der Menschen hinweg entscheidet, entmündigt diese letztlich und braucht sich somit auch nicht über die Politikverdrossenheit und geringe Wahlbeteiligungen zu wundern. In der Begründung heißt es dann meist: Was geht mich das noch an? Die da oben machen sowieso, was sie wollen.

Es wäre wünschenswert, in Zukunft bei derartigen Entscheidungen die betroffenen Menschen zu fragen und diese nicht wie entmündigte Bürger zu behandeln.

Selbstverständlich stimme ich den Anträgen zu.

Danke.

**3. Vizepräsident Gunther Hatzsch:** Danke schön. – Herr Dr. Hähle von der CDU-Fraktion hat signalisiert, dass er noch einmal sprechen möchte; Herr Dr. Martens ebenfalls.

**Dr. Fritz Hähle, CDU:** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Diese Debatte ist ein Beispiel dafür, wie man mit Unwissen, Halbwissen und Vermutungen die Bevölkerung maximal verwirren kann.

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS:  
Das machen Sie! Ohne Regierungserklärung  
wird das nicht anders sein! – Zuruf des Abg.  
Dr. Karl-Heinz Gerstenberg, GRÜNE)

Dass wir mit dem Konzept der Reform noch nicht fertig sind, wissen Sie doch ganz genau. Es gibt allenfalls einen Grobentwurf – darüber ist Ihnen gestern eine Mitteilung gemacht worden, wie weit wir auf dem Weg zum Gesetzentwurf sind –, und das Parlament kann doch eigentlich nur ganz vernünftig diskutieren, wenn ein Gesetzentwurf schwarz auf weiß vorliegt, der zuvor dem Parlament zugeleitet worden ist.

Ich kann es Ihnen nicht ersparen – ich habe das an gleicher Stelle zum gleichen Thema schon einmal gesagt –; es gibt drei Möglichkeiten, Gesetzentwürfe in den Landtag einzubringen: Entweder eine oder mehrere Fraktionen bringen einen solchen Gesetzentwurf ein oder die Staatsregierung, oder es gibt einen Volksantrag, der als Gesetzentwurf in den Landtag eingebracht werden kann.

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS, steht zu einer Zwischenfrage am Mikrofon.)

**3. Vizepräsident Gunther Hatzsch:** Herr Dr. Hähle, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Dr. Fritz Hähle, CDU:** So weit sind wir bei dieser Reform noch nicht, sondern es wurde ganz klar gesagt – einen Moment, bitte! –, dass jetzt die Phase der Bearbeitung der Gesetzentwürfe beginnt, dass sie Anfang 2007 dem Parlament vorgelegt werden sollen und dass wir dann ausreichend Zeit haben, uns über Sinn und Unsinn eines jeden Paragraphen auseinander zu setzen; dass bei den Anhörungen und Ausschussberatungen noch vieles den Feinschliff erhalten kann. Aber solch ein Verwirrspiel, wie es hier abgelaufen ist, bringt uns keinen Schritt weiter.

Bevor ich eine Zwischenfrage zulasse, will ich noch zu Herrn Friedrich sagen: Sie kommen schon noch dahin, dass Sie die Staatsregierung und die regierungstragenden Fraktionen vor sich hertreiben können. Sie können es ja gar nicht erwarten, deshalb wollen Sie uns möglichst irgendwelche Informationen aus der Nase ziehen, die doch gar keine sind, damit Sie schon vorher alles zerreden können. Und das wollen wir eben nicht.

(Beifall bei der CDU)

**3. Vizepräsident Gunther Hatzsch:** Herr Prof. Porsch, bitte.

**Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS:** – Ich muss schon den Applaus abwarten, den hat er sich zur Hälfte verdient. Denn, Herr Hähle, alles, was Sie gesagt haben, ist ein Stück der Dinge, die laut Verfassung dem Parlament zugeschrieben sind: Gesetze zu diskutieren und zu verabschieden. Stimmen Sie mir darin zu, dass dies der Landtag, aber auch Stätte der politischen Willensbildung ist; und stimmen Sie mir auch zu, dass einer Verwaltungs- und Funktionalreform, die in eine Kreisreform mündet, auch politische Willensbildung vorangehen muss, bevor man sich daranmacht, entsprechende Gesetze zu formulieren, und dass es deshalb eine legitime Forderung ist, bereits vor der Vorlage eines Gesetzentwurfes hier in die Diskussion zu treten?

(Vereinzelt Beifall bei der Linksfraktion.PDS  
und Beifall der Abg. Kristin Schütz, FDP)

**Dr. Fritz Hähle, CDU:** Das ist richtig, die Parteien sind aufgefordert, laut Verfassung an der politischen Willensbildung des Volkes mitzuwirken. Der Landtag ist in der Tat Stätte der politischen Willensbildung. Ich stelle sie mir aber so vor, dass jeder seine Vorstellungen vorträgt und nicht ängstlich überprüft, was denn in der Staatsregierung bereits aufs Papier geschrieben worden ist oder was sich die, die es vorbereiten wollen, schon gedacht haben, und dass man das immer nur an diesen Dingen diskutiert.

(Zuruf des Abg. Johannes Lichdi, GRÜNE)

Das können Sie machen, Sie haben heute einen Antrag als Vehikel eingebracht, Sie wollen eine Regierungserklärung des Ministerpräsidenten. Einer hat dazwischengerufen: Was ist denn bis jetzt schon da? – Nun, nichts, hat ein

anderer gesagt – und über „nichts“ wollen Sie eine Regierungsklärung.

**3. Vizepräsident Gunther Hatzsch:** Herr Hähle, es gibt noch zwei Begehren nach Zwischenfragen – ja oder nein?

**Dr. Fritz Hähle, CDU:** Ja, bitte.

**3. Vizepräsident Gunther Hatzsch:** Dann fangen wir mit Ihnen, Herr Dr. Martens, an.

**Dr. Jürgen Martens, FDP:** Herr Dr. Hähle, Sie haben gesagt, dass man hier bei der politischen Willensbildung seine politischen Vorstellungen einbringt. Können Sie mir erläutern, wo die Koalition bisher dem Hohen Hause ihre Vorstellungen zur Verwaltungsreform zur Kenntnis gebracht hat?

**Dr. Fritz Hähle, CDU:** Sie haben doch eben bestätigt, dass Sie etwas erhalten haben, und das ist das Ergebnis des Lenkungsausschusses. Dort sind die beiden Koalitionsfraktionen angemessen vertreten,

(Johannes Lichdi, GRÜNE: Eben nicht!)

ebenso wie die Vertreter der kommunalen Ebene und die Regierung. Diese sind jetzt gemeinsam gehalten, einen oder mehrere Gesetzentwürfe zu erarbeiten. Diese liegen noch nicht vor. Sie zünden hier irgendwelche Nebelkerzen und vermuten, was alles schon gemacht oder gedacht worden sei, und diskutieren darüber. Das ist keine klare politische Willensbildung, sondern das ist eine Verbildung des politischen Willens.

**3. Vizepräsident Gunther Hatzsch:** Herr Porsch möchte Sie noch einmal etwas fragen. – Bitte.

**Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS:** Herr Hähle, könnten Sie mir nicht zustimmen, dass gerade eine Regierungserklärung dem Anspruch gerecht werden würde, uns hier die Vorstellungen der Regierung, der sie tragenden Mehrheitsfraktionen vorzutragen, und dann könnten auch wir unsere Vorstellungen vortragen?

**Dr. Fritz Hähle, CDU:** Ich darf darauf verweisen, dass der Herr Innenminister von der Regierung beauftragt ist, diese Reform vorzubereiten, und eine Erklärung über den derzeitigen Stand abgegeben hat und dass der Herr Ministerpräsident sicherlich nichts anderes vorzutragen hätte als dieses. Ich gehe fest davon aus, dass die Staatsregierung in ihrer Gesamtheit hinter dem steht, was bis jetzt beschlossen ist. Es wird sich in den nächsten Tagen auch zeigen, ob das so ist und dass das so ist.

(Johannes Lichdi, GRÜNE: Zweifeln Sie daran?)

Der Herr Innenminister wird jetzt dem Kabinett einen Entwurf vorlegen, nämlich genau diesen; und dann wird das Kabinett darüber beraten; und in der nächsten Woche werden wir erfahren, was das Kabinett dazu beschlossen hat. Danach wissen Sie und wir wieder ein Stück mehr, und dann wird die Arbeit an diesen Gesetzentwürfen weitergehen.

Sie werden natürlich auch darüber informiert, aber es gibt hier kein Vorrecht. Die Öffentlichkeit hat das gleiche Recht, über den Stand der Dinge informiert zu werden, wie Sie. Es könnte durchaus guter Brauch sein, wenn der Landtag immer eine Stunde eher etwas erfährt; aber dann beschwert sich die Öffentlichkeit wieder, warum das so ist.

Es wird nichts im stillen Kämmerlein im Geheimen ausgearbeitet,

(Heiterkeit und Zurufe von der FDP: Nein!)

sondern jedes Mal gibt es eine Pressekonferenz, zum Beispiel nach einer Sitzung des Lenkungsausschusses. Dann erfahren Sie wie alle hier im Lande, was wir da besprochen und vorhaben. Klar ist, es ist noch nicht fertig! Sie können sich den Mund darüber stundenlang zerreißen, es ist immer noch nicht fertig. Es hat nur Sinn, wenn wir Gesetzentwürfe auf den Tisch legen.

**3. Vizepräsident Gunther Hatzsch:** Herr Hähle, möchten Sie – –

**Dr. Fritz Hähle, CDU:** Ich möchte keine Zwischenfrage mehr beantworten.

(Beifall des Abg. Frank Kupfer, CDU)

**3. Vizepräsident Gunther Hatzsch:** Das ist auch eine klare Entscheidung.

**Dr. Fritz Hähle, CDU:** Ich möchte noch etwas zu Herrn Martens sagen. Seine Beiträge im Landtag sind immer sehr klar, aber es kommt Polemik ins Spiel, wenn Sie von Köchen und Suppen usw. sprechen, also gar nicht mehr richtig zur Sache. Das heißt, Sie sind an der Sache selbst gar nicht interessiert. Sie wollen nur noch einmal ein bisschen Stimmung machen, ein bisschen auf den Busch klopfen, so wie es Ihre Fraktion immer macht, Sie wollen sich als die Werbeprofis profilieren. Bitte schön, das steht Ihnen natürlich frei, aber wir wollen eine ernsthafte Arbeit machen und etwas Ordentliches vorlegen.

(Widerspruch bei der FDP)

Und dabei lassen wir uns von solcher Spiegelfechterei, die Sie hier wieder einmal veranstalten, nicht irritieren.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, der SPD und des Staatsministers Thomas Jurk)

**3. Vizepräsident Gunther Hatzsch:** Herr Dr. Martens hatte sich schon gemeldet. Nur zur Kontrolle, sprechen Sie außerhalb des Schlusswortes? – Ganz normale Redezeit, alles klar. Sie haben das Wort.

**Dr. Jürgen Martens, FDP:** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In dieser Debatte ist vieles gesagt worden, was keinen Inhalt hatte, und es ist manches gesagt worden, dem man deutlich widersprechen muss.

(Unruhe im Saal)

Ich habe mich gewundert, als Kollege Bandmann mitteilte, dass der Ministerpräsident bei der Ministerpräsidentenkonferenz ist und gleichzeitig mit der Kanzlerin spricht und dass der Freistaat eine so straffe Haushaltsführung hätte und deswegen so vorbildlich sei.

(Widerspruch des Abg. Stefan Brangs, SPD)

Nebenbei bemerkt, der Personalbestand des Freistaates ist nicht so toll und zeugt von keiner derart straffen Haushaltsführung, wie Sie meinen. Wir haben pro 1 000 Einwohner ein Vollzeitäquivalent von 24,1 % in Sachsen, im Durchschnitt der alten Bundesländer von 20,7 % dazu.

(Rita Henke, CDU: Machen Sie doch einmal Vorschläge!)

Aber eines muss ich sagen, insofern hat sich Kollege Bandmann mit seinem Vortrag angenehm von dem abgehoben, was Herr Dr. Hähle eben gemacht hat:

(Dr. André Hahn, Linksfraktion.PDS:  
Das ist aber selten!)

Herr Bandmann hat mit Würde getragen, dass er auch noch nicht weiß, wo es hingeht.

(Beifall und Gelächter bei der FDP)

Bei Herrn Dr. Hähle war das anders. Nach dem Motto „Angriff ist die beste Verteidigung“ werden erst einmal die beschimpft, die Fragen stellen, und bezichtigt, sie würden Nebelkerzen werfen. Dabei müssen Sie überlegen, wer hinter dem Nebelwerfer sitzt.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP, der Linksfraktion.PDS und den GRÜNEN)

Sie sind doch sonst immer so stolz darauf, dass Sie den Finger am Abzug haben, und das schon seit 1990.

(Dr. André Hahn, Linksfraktion.PDS:  
Er trifft nur nicht!)

Sie sagen, wir würden hier mit Unwissenheit Unsicherheit schaffen. Mitnichten! Wir möchten gern etwas über die Planungen erfahren, wann etwas Genaueres bekannt gegeben wird. Sie sprechen hier von der politischen Willensbildung und beschreiben die Methoden, mit denen Gesetzentwürfe eingebracht werden. Es gibt auch andere Formen der politischen Willensbildung in diesem Parlament, zum Beispiel Entschließungsanträge, Berichtsanträge und anderes. Die Koalition bringt es fertig, für alles Mögliche Berichtsanträge einzubringen, damit wir stundenlang über die Bedeutung des Angelns als solches in Sachsen debattieren.

(Beifall bei der FDP und der Linksfraktion.PDS)

Ich könnte Ihnen Dutzende von Anträgen nennen, die in den letzten eineinhalb Jahren eingebracht worden sind. Nur zu dem Thema Verwaltungsreform ist der Koalition bisher nicht ein einziger Antrag eingefallen! Nichts, gar nichts. Dann wundern Sie sich, wenn wir beanstanden, dass da etwas im stillen Kämmerchen gemacht wird, und

stellen sich hier hin und verkünden lauthals, Sie würden überhaupt nichts im stillen Kämmerchen machen. Auf offener Bühne sieht anders aus, Herr Dr. Hähle.

Herr Brangs, Ihre Euphorie muss ich ein wenig dämpfen, wenn Sie sagen, wie toll sich die SPD-Fraktion hier eingebracht hat und was sie alles Wunderbares an Neuerungen hier durchgesetzt hätte. So haben Sie die Verlagerung von Aufgaben auf kreisangehörige Städte und Gemeinden als beispielhaft erwähnt. Wenn man sich den Folienvortrag anschaut, steht darin, dass den bisher Kreisfreien Städten, die ihre Kreisfreiheit verlieren, die Möglichkeit eingeräumt wird, die bisher von großen Kreisstädten wahrgenommenen Aufgaben erfüllen zu können.

(Johannes Lichdi, GRÜNE:

Lies mal vor, was die machen können!)

Das können sie sowieso, Herr Brangs! Das steht denen nach Gemeindeordnung zu. Das würde ihnen nur dann nicht zustehen, wenn diese ehemals Kreisfreien Städte unter 20 000 Einwohner hätten.

(Beifall bei der FDP)

Jetzt sagen Sie mir, welche Kreisfreie Stadt im Moment in der Gefahr steht, in absehbarer Zeit, jedenfalls bis zum voraussichtlichen In-Kraft-Treten des Neuordnungsgesetzes, unter 20 000 Einwohner zu kommen.

(Gelächter bei der FDP und den GRÜNEN)

Das lässt Schlimmes ahnen für die Dauer, die Sie veranschlagen, bis das Gesetz verabschiedet wird.

(Beifall bei der FDP, der Linksfraktion.PDS und den GRÜNEN)

Das müsste statistisch im Jahr 2320 so weit sein.

Ich muss jetzt noch etwas zitieren: „Weitere Aufgaben aus dem bisherigen Zuständigkeitsbereich dürfen diese ehemals Kreisfreien Städte behalten, sofern in dieser Stadt nicht der Behördensitz des Landkreises ist.“ Auch hier fragen wir uns wieder nach der praktischen Relevanz, Herr Brangs.

(Heiterkeit bei der FDP)

In welchen Fällen steht zu befürchten, dass eine jetzt Kreisfreie Stadt nach Aufgabe der Kreisfreiheit nicht auch Verwaltungssitz des Landkreises werden könnte? Ist das irgendwo eine reale Annahme? Nein. Das ist Wortgeklingel. Das ist substanzlos. Das ist alles Mögliche, aber nicht das, was wir an Informationen über Grundzüge der Verwaltungsreform erwarten.

(Beifall bei der FDP)

Ich habe vernommen, dass wir irgendwann eine Debatte führen dürfen. Ich hätte auch gern etwas dazu gehört, wann es voraussichtlich so weit sein wird, denn wir haben bereits den Endzeitpunkt des In-Kraft-Tretens mitgeteilt bekommen: den 01.07.2008. Wir möchten gern wissen, was es umzusetzen gilt und in welcher Zeit.

(Stefan Brangs, SPD: Das ist nur der Neid!)

Herr Brangs, es wäre schön, wenn wir ein bisschen mehr Substanz bekommen würden und nicht solche nichts sagenden Folien vorgehalten bekommen. Dazu ist das Projekt zu wichtig, und auch die politische Willensbildung, auch wenn sie von manchen nicht so besonders geschätzt wird, ist uns ziemlich wichtig.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP, den GRÜNEN und  
vereinzelt bei der Linksfraktion.PDS)

**3. Vizepräsident Gunther Hatzsch:** Herr Dr. Friedrich von der Linksfraktion.PDS hat sich noch einmal gemeldet, als Nächstes Herr Lichdi.

**Dr. Michael Friedrich, Linksfraktion.PDS:** Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Theoretisch kann ich noch 23 Minuten sprechen – keine Angst, ich spreche höchstens drei Minuten.

Die Debatte hat jetzt einen gewissen Unterhaltungswert bekommen,

(Dr. Fritz Hähle, CDU: Eben, eben!)

aber ich möchte noch einmal den realen Kern auf den Punkt bringen. Herr Dr. Hähle, Sie haben vorhin gesagt: Was regen wir uns auf, wir bekommen die Gesetze schon noch und dann können wir ja stänkern. Mein Fraktionsvorsitzender hat es auf den Punkt gebracht: Uns geht es darum, auf Augenhöhe zu beraten. Natürlich haben Sie die Verantwortung. Sie stellen die Regierung, Sie bringen die Gesetze ein, aber wir möchten gern auf Augenhöhe mit Ihnen diskutieren und nicht auf nichtoffiziellen Wegen eingesogene Informationen, die nicht zuverlässig sind und vielleicht zu berechtigtem oder unberechtigtem Populismus auffordern, verwenden. Wir hätten gern gesicherte, transparente Informationen. Das ist der Punkt. Die haben wir heute wiederum nicht bekommen.

Ich mache es an einem ganz ernsten und eigentlich in jedem Kreistag oder Stadtrat aktuellen Beispiel klar. Es gibt kaum einen Kreistag im Freistaat Sachsen, der nicht in den letzten Wochen bereits über das Problem Freiwilligkeitsphase und Kreisgebietsreform diskutiert hat oder in den nächsten Wochen diskutieren wird. Grundlage war die außerordentlich fleißige mehrfache Rundreise des Herrn Innenminister Dr. Buttolo. Das sei ihm nicht verwehrt. Auch der Kreistag Delitzsch wird sich in der nächsten Woche mit dem Problem beschäftigen. Nun gibt es diese angebliche oder tatsächliche Freiwilligkeitsphase bis 31. Oktober 2006, wie man hört. Das ist viel zu kurz, um irgendetwas Seriöses freiwillig machen zu können. Das wird wirklich ein Alibi werden, denn es ist ja so: Wenn man Kreise nicht wieder zerschneiden kann, was eine gewisse Berechtigung hat, gibt es nur drei oder vier sinnvolle Varianten. Das ist schlichte Mathematik.

Was sollen denn die Kreistage oder Stadträte ernsthaft beschließen, wenn sie überhaupt keine offiziellen Informationen haben? Wie belastbar sind die 200 000 oder die

170 000? Gelten sie jetzt? Gelten sie 2020? In welcher Rang- und Reihenfolge sind die verschiedenen Kriterien, die in Ihrem Leitbild stehen, zu ordnen? Was soll der Kreistag ernsthaft diskutieren, wenn sowieso schon alles vorgegeben ist?

Es gibt nur zwei Möglichkeiten: Entweder haben Sie die Karten in Ihrem Ministerium längst fertig. Oder Sie gaukeln eine Freiwilligkeit vor. Wir möchten – da sind wir Anwalt der kommunalen Vertreterinnen und Vertreter, der Kreisräte und Stadträte –, dass die Kommunen und die Kreise, wenn sie schon über diese Freiwilligkeit diskutieren, tatsächlich mit belastbaren Informationen diskutieren und tatsächlich eine reale Chance der Auswahl haben, aber dass hier keine Pseudodiskussion stattfindet.

Da konnten Ihre Ausführungen, Herr Staatsminister Buttolo, heute beim besten Willen nicht erhellen. Ich bin ehrlich gesagt so schlau, wie ich zuvor war, und es ist bedauerlich, dass wir diese anderthalb Stunde diskutiert haben, ohne in der Sache voranzukommen. Hier muss wirklich ein Ruck durch die Koalitionsfraktionen gehen. Es ist ja sehr interessant, Herr Brangs, dass es gewisse Arbeitsgruppen und Prüfaufträge gibt. Das konnte ich auch schon selbst lesen, aber weitergeholfen hat es uns nicht. Ich bedauere, dass Sie mit einem so dünnen Ergebnis hier auftreten. Sie haben einmal großmündig geschrieben: Die Reform soll kein Rohrkrepiierer werden. Hört! Wenn Sie so weitermachen, Herr Kollege Brangs, sind Sie auf dem besten Weg, sich der Beihilfe zum Rohrkrepiierer schuldig zu machen.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

Danke.

**3. Vizepräsident Gunther Hatzsch:** Herr Lichdi, Sie haben außerhalb des Schlusswortes verzichtet. Herr Dr. Buttolo, Staatsminister des Innern, hat noch einmal um das Wort gebeten.

**Dr. Albrecht Buttolo, Staatsminister des Innern:** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Natürlich möchte ich nicht das gesamte Diskutierte der letzten eineinhalb Stunden wiederholen. Aus doch berechtigtem Anlass heraus möchte ich auf einige Punkte eingehen.

Herr Dr. Friedrich, ich halte es für nicht ganz fair, mir zu unterstellen, ich würde den Sächsischen Landtag wie unmündige Kinder behandeln. Was tue ich denn? Ich bin so dreist, dass ich den Auftrag, den ich von der Staatsregierung habe, erfülle, ein Gesetzgebungsverfahren vorzubereiten, das ganz legitim ist; denn die Staatsregierung darf in diesen Landtag Gesetze einbringen. Ich bin dabei, diese Aufgabe zu erfüllen. Damit ich nicht auf die Weisheit nur meiner Mitarbeiter angewiesen bin, bin ich sehr froh darüber, dass mich dieser Lenkungsausschuss bei der Meinungsbildung zu dem, was ich dem Kabinett vorschlage, berät, wo wir Eckpunkte festsetzen.

Herr Dr. Martens, ich bin schon etwas erstaunt über Ihren Beitrag, wenn Sie meinen, dass ich keinen Zeitplan

vorgelegt habe. Ich habe in unserem Gespräch und heute klar gesagt: nächste Woche Kabinettsbefassung zu den Punkten, die wir dem Lenkungsausschuss vorgelegt haben. Ich habe auch gesagt, unmittelbar danach beginnt die Formulierung von Gesetzentwürfen und eines Referentenentwurfes in beiden Richtungen, nämlich Funktionalreform und Verwaltungsreform. Ich hatte weiterhin gesagt, dass ich zum Jahresende diese Gesetzentwürfe so weit haben will, dass wir in die Anhörungen gehen können. Ich habe Ihnen auch mitgeteilt, dass wir beabsichtigen, dem Parlament in unserem Entwurf vorzuschlagen, dass Teile dieser Gesetze zum 01.01.2008, aber der ganz große Rest zum 01.07.2008 in Kraft treten soll. Es verwundert mich schon, dass Sie sich nach diesem Gesagten hier hinstellen und meinen, es sei zum Zeitplan nichts gesagt.

(Dr. André Hahn, Linksfraktion.PDS:  
Was ist mit der Freiwilligkeitsphase?)

– Dazu komme ich auch noch, wenn ich Sie, Herr Dr. Hahn, noch um ein klein wenig Geduld bitten darf.

Herr Dr. Friedrich, in der Tat war ich so dreist, mit meiner Mannschaft den erst gegründeten Sachsenforst mit zu analysieren, ob bei diesen 1 900 Arbeitskräften nicht auch Aufgaben enthalten sind, die von denjenigen Arbeitskräften realisiert werden, die auf die kreisliche Ebene verlagert werden könnten. Wir sind zu dem Ergebnis gekommen, dass durchaus die Aufgaben von 400 Personen aus diesem Staatsbetrieb Sachsenforst ausgegliedert werden sollten und in die kommunale Hoheit zu überführen sind. Ich halte an diesem Vorschlag fest und bin schon verwundert, dass Sie dann von der Zerschlagung Sachsenforst sprechen. Der Staatsbetrieb besteht nach wie vor auch nach meinem Vorschlag mit 1 500 Beschäftigten weiter.

Herr Dr. Müller, Sie hatten die Führerscheinstelle und die Kfz-Stelle als Stellen benannt, die man doch für die Bürgernähe für so wichtig empfinden müsse. Zu den Kfz-Zulassungen: Ein Großteil der Zulassungen wird nicht von den Bürgern selbst vorgenommen, sondern über die Autohäuser bzw. über die Autohändler als Service angeboten.

Die Führerscheinstelle hat man im Normalfall als Bürger relativ selten in seinem Leben in Anspruch zu nehmen, es sei denn, dass man häufig mit Fahrverboten belegt ist. Dann kann es sich natürlich häufen, dass man dort vorsprechen muss. Ansonsten, glaube ich, ist man mit einem Mal sehr wohl schon auf der sicheren Seite.

Bürgernähe, die wir anvisieren, realisiert etwas ganz anderes, nämlich durch Entscheidung aus einer Hand. Wir versuchen, all die Behördenteile in die Landkreisebene zu verlagern, die man auf Landkreisebene braucht, um endgültig zu entscheiden. Ich hatte das das letzte Mal am Beispiel von Bauentscheidungen bereits dargelegt.

Zu der von Ihnen angefragten Freiwilligkeitsphase, Herr Dr. Hahn, möchte ich Folgendes sagen: Ich habe bewusst im Papier eine Findungsphase festgehalten, weil ich ansonsten gewusst hätte, dass ich Gefahr laufe, das von

Ihnen vorgehalten zu bekommen. Wenn man sich freiwillig entscheiden soll, braucht man keinen Vorschlag. Ich habe bewusst vor, in absehbarer Zeit mit einem Vorschlag zur Neustrukturierung des Landes ins Land zu gehen, ihn den Landräten zur Verfügung zu stellen, um dann zu sagen, dies ist ein Vorschlag. Lasst uns gemeinsam darüber befinden, ob es bessere zielführende Lösungsansätze gibt.

Herr Dr. Martens, Gemeindehopping ist heute schon erlaubt. Ein Umverlagern einer Gemeinde in einen anderen Kreis kann durchaus erfolgen, wenn die Gemeinde einen entsprechenden Beschluss im Gemeinderat herbeiführt, wenn der abgebende Landkreis in diesem Kreistag und wenn der aufnehmende Kreistag in seinem Kreistag zustimmt. Dann wären wir als Staatsregierung sicherlich in der Lage, einen entsprechenden Gesetzesantrag einzubringen, um ein Umstrukturieren einer Stadt vorzuschlagen, damit Sie als Gesetzgeber dem folgen können oder auch nicht. Für das tatsächliche Geschäft einer Kreisneugliederung wäre dieses Verfahren Gemeindehopping in der Tat nur eine zusätzliche Funktion, auf die ich bewusst in meinem Vorschlag verzichten werde.

Herr Lichdi, ich habe bewusst in der Entscheidung beim Lenkungsausschuss nicht die Bündelung der Sonderbehörden eingebracht, sondern lediglich zunächst einmal die Grundentscheidung zur Mittelbehörde. Mir war es wichtig, zunächst diese Grundsatzentscheidung zur Mittelbehörde zu haben, um dann tatsächlich zu sehen, wie wir vor diesem Hintergrund die staatliche Verwaltung im Detail strukturieren. Diesen Punkt der Strukturierung der staatlichen Verwaltung werden wir jetzt angehen, wenn das Kabinett den Vorschlägen des Lenkungsausschusses folgt. Wenn man erst einmal zwei Landesdirektionen für die Mittelebene festsetzt, habe ich die Möglichkeit, die weiteren Sonderbehörden zu strukturieren.

Herr Dr. Friedrich, eines kann ich mir bei allem Respekt vor den Abgeordneten nicht verkneifen: Ihre Rechnung war nicht ganz sauber. Sie kamen auf 120. Sie hatten aber in Ihrem Beitrag selbst gesagt, dass ich bei über 3 000 Stellen bin, die ich an die kommunale Ebene verlagere. Wenn ich zehn Kreise anvisiere, ist das einfach zu rechnen. Man braucht nur um eine Kommastelle zu verschieben.

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS:  
Wenn es elf sind, geht es schon nicht mehr! –  
Dr. Michael Friedrich, Linksfraktion.PDS: 320! –  
Zuruf des Abg. Johannes Lichdi, GRÜNE)

Die Einsparung war doch damit gar nicht diskutiert worden. Es war gerechnet worden, dass man auf 120 käme, und diese mathematische Leistung war schlichtweg nicht mit einer Eins zu bewerten.

(Vereinzelte Beifall bei der CDU)

In der Tat verzahnen wir die Verwaltungsreform und den Stellenabbau. Auch hier gibt es Abstimmungen. Da die Haushaltsverhandlungen den Stellenabbau in den einzelnen Häusern konkret benannt haben, sind wir durchaus in

der Lage, die Auswirkungen des Stellenabbaus auf die Verwaltungsreform nachvollziehbar darzulegen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte abschließend noch einmal betonen: Es ist keineswegs mein Wille, dem Parlament etwas vorzuenthalten. Vielmehr ist es mein Wille, einen vernünftigen Gesetzentwurf durch mein Haus erarbeiten zu lassen, Ihnen diesen vorzulegen, um dann tatsächlich fachlich sehr fundiert in diesem Hohen Hause die Veränderungen, die im Lande anstehen, diskutieren zu können.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

**3. Vizepräsident Gunther Hatzsch:** Danke schön. – Meine Damen und Herren, gibt es daraufhin noch einmal das Bedürfnis nach einer allgemeinen Aussprache? – Dann kommen wir zu den Schlussworten und beginnen mit der FDP-Fraktion, Herr Dr. Martens.

**Dr. Jürgen Martens, FDP:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lassen Sie es mich kurz machen. Der Informationsbedarf, der hinter dem Antrag der FDP steckt, ist noch nicht erledigt. Wir wünschen uns weiter, dass der Ministerpräsident zu der Frage Verwaltungsreform gegenüber dem Parlament Stellung nimmt.

Lassen Sie mich noch eines anmerken, Herr Staatsminister, was mit der Zeitschiene gesagt war. Ich habe einige Punkte angesprochen, zu denen hier heute im Parlament nach meinem Dafürhalten zu wenig gesagt worden ist. Das betraf die Phase der Teilaufgliederung zwischen dem 01.01. und dem 01.07.2008 sowie die Freiwilligkeitsphase. Das wollte ich hier nur noch einmal klarstellen.

Aber wie gesagt, unser Informationsbedarf ist durch das, was heute hier vonseiten der Koalition und der Staatsregierung gesagt worden ist, nicht gedeckt. Wir bitten weiter um Annahme unseres Antrages.

(Beifall bei der FDP)

**3. Vizepräsident Gunther Hatzsch:** Danke. – Herr Lichdi, ich gehe recht in der Annahme, Sie sprechen für die GRÜNEN das Schlusswort.

**Johannes Lichdi, GRÜNE:** Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Auf die Zwischenfrage, die ich Herrn Brangs gestellt habe – und Herr Buttolo ist auch noch einmal darauf eingegangen –, wodurch denn die Koalition Bürgernähe herstellen will, habe ich gehört: Wir kommunalisieren und dann wird alles aus einer Hand gehen.

Ich möchte Sie auf Seite 27 Ihres Gliederungspapiers hinweisen. Das ist nämlich die einzige Stelle, an der sich zu diesem Themenkomplex überhaupt eine Aussage findet. Dort heißt es: „Die Bürgernähe wird vorrangig durch ein qualitativ hochwertiges Netz dienstleistender Verwaltung und in begleitendem Maße in Verantwortung der Aufgabenträger, also der Kreise usw., möglich werden.“ Dann kommt so ein wolkiger Satz: Wir hoffen, dass

das auch klappen wird, jedenfalls in Verantwortung der Aufgabenträger, also der Kreise.

Genau da setzt unsere Kritik an. Ich glaube nicht, dass Sie hier eine Reform anstellen können und dann einfach so sagen: Na ja, ihr Kreise habt jetzt ein paar kommunalisierte Stellen. – Wie viele es tatsächlich sind, haben wir gehört, nämlich nicht sehr viele. – Dann sollt ihr zusehen, wie ihr eure viel, viel größeren Räume tatsächlich mit bürgernahen Verwaltungen abdeckt.

(Zuruf des Abg. Dr. Fritz Hähle, CDU)

Genau das verlangen wir von Ihnen: dass Sie dazu jetzt in der Phase der Erarbeitung schon konkrete Vorschläge machen,

(Zuruf des Abg. Dr. Fritz Hähle, CDU)

damit die Bürger nicht in ein Loch geworfen werden, wenn dann alles schon gewesen ist.

(Beifall bei den GRÜNEN und der FDP)

Ich wiederhole: Die Grundfragen der Verwaltungsreform sind nicht geklärt. Sie haben bis heute nicht nachgewiesen, ob die prognostizierten Einsparungen, die berühmten 20 %, tatsächlich kommen. Da verlangen wir von Ihnen eine Rechnung.

(Dr. Fritz Hähle, CDU: Ach du liebe Güte!)

Zahlen, Millionen Euro möchte ich sehen, alles andere ist Schall und Rauch.

Der zweite Punkt. Die Notwendigkeit einer Kreisgebietsreform ist alles andere als nachgewiesen.

(Zuruf des Abg. Dr. Fritz Hähle, CDU)

Drittens. Den Verzicht auf die Bündelung in den Sonderbehörden haben Sie gerade noch einmal wegen der Landesdirektionen begründet. Da wird es ja noch toller. Das bestätigt mich in meinem Eindruck, dass durch diesen absurden SPD-Vorstoß, dem Sie sich beugen mussten, im Grunde die gesamte Mittelebene, die gesamte Bündelungsfrage völlig ungeklärt ist und neu aufgeworfen wird. Das ist ja noch schlimmer, als ich gedacht habe.

Im Übrigen zum Schluss zu Ihrer Rechnung. Sie haben jetzt gesagt, man muss dann nur die Null verschieben oder das Komma verschieben, dann hat man das ganz leicht gerechnet. Ich gehe davon aus: nach Ihrem Papier 3 000 Stellen, nicht 3 500 Stellen, wie es in der Presse stand, jedenfalls nach Ihrer PowerPoint-Präsentation. Ich bin nach Ihren bisherigen Aussagen davon ausgegangen, dass wir nach der Reform zwölf plus drei Kreise haben werden. Das sind 15. Sie haben eben von zehn gesprochen.

(Dr. Fritz Hähle, CDU: Damit Sie leichter rechnen können!)

Also meines Erachtens muss ich die Zahl 3 000 durch 15 teilen. Ich darf aber nicht die Zahl 3 000 durch 15 teilen, sondern ich muss diese Einsparung von 20 % beachten. Egal, ob sie jetzt im Freistaat oder in der Kommune

anfallen; das ist mir letztendlich gleich. Das weiß ich nicht. Dazu haben Sie sich noch nicht abschließend geäußert. Jedenfalls werden dauerhaft bei den Kreisen nur 3 000 minus 600 gleich 2 400, 2 400 durch 15 ankommen. Dann erhalten Sie diese Zahl 120, 130.

Es steht dann tatsächlich die Frage, ob das eine Kreisgebietsreform rechtfertigt. Es tut mir Leid, dass ich Sie mit diesen Rechnungen belästigen muss. Aber leider stellen die Staatsregierung und die Koalitionsfraktionen weder in ihren Papieren noch hier im Hause diese Rechnungen an.

Widerlegen Sie meine Meinung! Aber alles, was Sie uns bisher vorgelegt haben, ist dazu nicht in der Lage. Deswegen können wir auch unseren Antrag nicht für erledigt betrachten.

Ich danke besonders dir, lieber Martin, für die geschätzte Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN und der FDP)

**3. Vizepräsident Gunther Hatzsch:** Meine Damen und Herren, das waren die Schlussworte. Wir kommen zur Abstimmung und beginnen mit dem Antrag der FDP-Fraktion in der Drucksache 4/5377. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Und die Enthaltungen? – Bei einer größeren Anzahl von Pro-Stimmen und einer Enthaltung ist dieser Antrag mehrheitlich abgelehnt worden.

Wir kommen zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Drucksache 4/4852. Es ist mehrfach gewünscht worden, dass über die beiden Punkte getrennt abgestimmt wird. Dem will ich folgen.

(Dr. André Hahn, Linksfraktion.PDS,  
steht am Mikrophon. – Rita Henke, CDU:  
Wir sind in der Abstimmung!)

Sie möchten noch etwas sagen? Wir sind schon mitten in der Abstimmung. Trotzdem, bitte.

**Dr. André Hahn, Linksfraktion.PDS:** Herr Präsident! Ich wollte nur noch einmal an die punktweise Abstimmung erinnern. Wenn Sie das jetzt schon aufgerufen haben, ist das in Ordnung. Nur deshalb habe ich mich gemeldet.

**3. Vizepräsident Gunther Hatzsch:** In der Regel passe ich auf, Herr Hahn.

(Dr. André Hahn, Linksfraktion.PDS:  
In der Regel ich auch!)

Demzufolge hatte ich das schon aufgerufen: punktweise Abstimmung. Ich wiederhole noch einmal die Nummer der Drucksache: 4/4852, erster Anstrich, Punkt 1. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Und die Stimmhaltungen? – Bei mehreren Stimmhaltungen und vielen Pro-Stimmen ist der Punkt 1 jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt worden.

Der Punkt 2: Wer dem Punkt 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Das Stimmverhalten ändert sich. Wer ist dagegen? – Und wer enthält sich? – Bei Stimmhaltungen und Stimmen dafür ist der Punkt 2 mit übergroßer Mehrheit abgelehnt worden. Damit erübrigt sich eine GesamtAbstimmung. Diese Drucksache ist abgelehnt und der Tagesordnungspunkt beendet.

Ich rufe auf

## Tagesordnungspunkt 6

### Verantwortung für das Klima – Neubau eines Braunkohlekraftwerks in Boxberg abwenden

#### Drucksache 4/5526, Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Die einreichende Fraktion hat das Wort, danach die gewohnte Reihenfolge. – Herr Lichdi, bitte.

**Johannes Lichdi, GRÜNE:** Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen, die jetzt den Saal nicht verlassen haben! Lassen Sie mich mit einem Zitat der von uns allen hoch geschätzten Staatsregierung beginnen.

(Staatsminister Stanislaw Tillich: Ja!)

Zitat: Wir wagen ein „Experiment mit ungewissem Ausgang: Durch die gegenwärtig immer stärker in Erscheinung tretende Einflussnahme des Menschen besteht die Gefahr, dass die in den letzten zehn Jahrtausenden zu beobachtende relative Stabilität unseres Klimas innerhalb weniger Jahrzehnte durch abrupte Klimaänderungen beendet wird – mit im Einzelnen kaum absehbaren Folgen für Mensch und Natur. Die nahe Klimazukunft unseres

Planeten hängt somit in zunehmendem Maße vom Menschen selbst ab.“

Herr Staatsminister Tillich, was habe ich zitiert? – Ich habe nicht Sie persönlich, aber Ihr Amt zitiert, nämlich die Broschüre der Landesregierung „Klimawandel in Sachsen. Sachstand und Ausblick“ vom Februar 2005 – übrigens eine sehr lesenswerte, sehr gute Studie.

Dieses Zitat zeigt: Diese Staatsregierung ist sich sehr wohl bewusst, dass wir Vabanque spielen mit unserem Klima, mit der Umwelt und den Zukunftschancen künftiger Generationen. Es fehlt bei Ihnen nicht am Wissen um die Ursachen und die Folgen des vom Menschen verursachten Treibhauseffektes, es fehlt Ihnen allein an der Umsetzung und am Umsetzungswillen.

Die Broschüre der Staatsregierung verarbeitet das bis Ende 2004 vorhandene Wissen der Klimaforschung und

setzt es regional um. Mittlerweile ist die Forschung aber fast zwei Jahre weiter und die neuesten Erkenntnisse deuten in eine andere Richtung: Es wird alles noch viel schlimmer.

(Heinz Lehmann, CDU: Nein!)

– Ja, Herr Lehmann, es ist so.

(Heinz Lehmann, CDU: Ich werde Ihnen das später noch erklären!)

– Darauf bin ich jetzt total gespannt. – Herr Lehmann, auch Sie wissen, wie wir alle, was eine Vb-Wetterlage ist. Eine Vb-Wetterlage bescherte uns in Sachsen das Jahrhunderthochwasser im August 2002. Eine Vb-Wetterlage galt damals noch als extrem selten. Im letzten Jahr, im Sommer 2005, sind in Mitteleuropa drei Vb-Wetterlagen innerhalb von sechs Wochen aufgetreten. Zu unserem Glück ist keine dieser Wetterlagen auf dem Kamm des Erzgebirges abgeregnet. Zu unserem Glück, zum Schaden von anderen.

Die Klimaforschung ist sich darin einig: Die Wahrscheinlichkeit von Extremereignissen beim Wetter hat sich erhöht, und die Forschung gibt uns ein eindeutiges Ziel vor in dem Bemühen, den Klimawandel auf ein noch erträgliches Maß zu begrenzen. Dieses Ziel heißt: 450 ppm – parts per million – Kohlendioxid in der Atmosphäre. Dies ist gleichbedeutend mit einem Anstieg der globalen Mitteltemperatur bis zum Jahr 2100 um nur, muss man sagen, zwei Grad Celsius. Ich gehe davon aus, dass in diesem Hohen Hause so viel Verantwortungsbewusstsein vorzufinden sein sollte, dass die Punkte 1 und 2 unseres Antrages eine große Mehrheit bekommen sollten.

Zu Punkt 3 unseres Antrages, dem Projekt des Neubaus in Boxberg, werden wir wohl eine Abstimmungsniederlage hinnehmen müssen, so viel ist uns klar. – Wo ist eigentlich der Staatsminister für Wirtschaft? Er ist, glaube ich, dafür zuständig, und ich bedaure sehr, dass er nicht anwesend ist. – Ich möchte jedoch die Gelegenheit nutzen, Ihnen einfach klar zu sagen: Eine vernünftige Klimapolitik kommt nicht daran vorbei, den Bau weiterer Braunkohlekraftwerke zu verhindern.

(Beifall der Abg. Astrid Günther-Schmidt und Dr. Karl-Heinz Gerstenberg, GRÜNE)

Sie werden nun einwenden, wie Sie es des Öfteren auf unsere Anfragen getan haben, das CO<sub>2</sub>-Minderungsziel soll ja im nationalen, im europäischen Rahmen durch den Nationalen Allokationsplan, durch das TEHG, Treibhausgas-Emissionshandel-Gesetz, erreicht werden, und der Allokationsplan würde durch den Bau in Boxberg nicht gefährdet oder wäre darin eben schon enthalten. Aber das ist – Herr Staatsminister Tillich, das sollten Sie als Umweltminister wissen – noch nicht einmal die halbe Wahrheit.

Schon nach dem Stand der heutigen Forschung wissen wir, dass alle bisherigen CO<sub>2</sub>-Minderungspläne Makulatur sind angesichts des Zieles, das wir uns gesetzt haben. Das Kyoto-Ziel bringt uns keinen echten Schritt vorwärts.

Herr Tillich, in diesem Satz werden Sie mir zustimmen müssen, da es keine geringere als Ihre amtierende Bundeskanzlerin war, die gesagt hat, wir brauchen ein Kyoto-Plus.

Die Einhaltung des sächsischen Klimaschutzprogramms gibt nicht einmal annähernd die Richtung vor, in die wir uns bewegen müssen. Auf gut Deutsch muss man formulieren: Wir müssen uns beim Klimaschutz anstrengen, und zwar richtig und wesentlich mehr. In dem Augenblick, in dem wir uns der Aufgabe stellen, das notwendige 80%-Ziel der Minderung bis 2050 in Angriff zu nehmen, geht es nur noch ohne Braunkohle. Wir müssen die Pro-Kopf-Emissionen in Sachsen von heute 13 Kilogramm auf 2,5 Kilogramm senken. Dies ist mit der Braunkohle nicht zu schaffen. Allein der neue Block in Boxberg sorgt für eine Pro-Kopf-Emission von 1,2 Kilogramm für jeden Sachsen und jede Sächsin.

Ihre Politik, Herr Staatsminister Tillich, zielt in eine andere Richtung. Obwohl das Wissen um den Klimawandel in Ihrem Hause vorhanden ist, wollen Sie die Braunkohle im Wettbewerb besser stellen. Dies zeigt Ihre Stellungnahme zum Nationalen Allokationsplan. Geht es nach Ihnen, darf die Braunkohle pro Kilowattstunde 830 Gramm Kohlendioxid emittieren, und zwar kostenlos, es ist eine kostenlose Zuteilung.

Rechnen wir einmal alles zusammen, was Sie, Herr Staatsminister, für Vattenfall Gutes tun wollen, kommen wir zu folgendem Ergebnis: 14 Jahre Freistellung – so der Allokationsplanentwurf der Bundesregierung – für fünf Millionen Tonnen zusätzliche CO<sub>2</sub>-Emissionen, das macht bei einem angenommenen Zertifikatspreis von 25 Euro pro Tonne die schöne Summe von 1,75 Milliarden Euro an geldwerten Zuteilungsrechten, die Sie für den neuen Block in Boxberg ausgeben wollen.

Wir haben dies einmal auf einen alternativen Kraftwerks-park und die leicht mögliche Energieeinsparung von 30 % umgerechnet. Ich glaube, Sie haben vor zwei Wochen in Ihrer Pressekonferenz noch einmal bestätigt, dass wir dieses Einsparpotenzial haben. Wenn wir 500 Megawatt in einem Mix auf der Basis von Gas, Biogas und Geothermie in der Grundlast erzeugen, kommen wir mit weniger als einem Drittel aus. Ihre Umsetzung des CO<sub>2</sub>-Zertifikates ist nämlich nichts anderes als ein massiver Eingriff in den Wettbewerb. Im Grunde genommen bekommt Vattenfall das Kraftwerk von Ihnen über die Zertifikate geschenkt; und dies ist ein Punkt, der mir sehr wichtig ist. Wir argumentieren hier nicht nur klimaschutzpolitisch, wir argumentieren auch wettbewerbspolitisch, und spätestens bei diesen Zahlen sollte eigentlich jedem klar werden, dass Ihre Mär von der subventionsfreien Braunkohle, die Sie immer verbreiten, nichts anderes als Lug und Trug ist.

(Beifall der Abg. Astrid Günther-Schmidt und Dr. Karl-Heinz Gerstenberg, GRÜNE)

Herr Staatsminister Tillich, Sie wissen ganz genau, dass das Klimaschutzprogramm des Jahres 2001 völlig über-

holt ist und in seinen Zielvorgaben den Erfordernissen noch nicht einmal im Ansatz gerecht wird. Nach diesem Programm wollen Sie bis 2010 die Menge von jährlich 2,5 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> einsparen. Boxberg neu wird allein fünf Millionen Tonnen jährlich emittieren. An diesen beiden Zahlen wird das ganze Elend der so genannten sächsischen Klimaschutzpolitik sichtbar. Durch die Vorgaben von CDU/CSU und SPD für den Zertifikatshandel wird ein sinnvolles marktwirtschaftliches Instrument im Kampf gegen den Klimawandel ad absurdum geführt. Sie sorgen dafür, dass die klimaschädlichste Möglichkeit, Strom zu erzeugen, den Vorzug vor anderen, umweltfreundlicheren Technologien bekommt. Das ist klimapolitischer Unsinn und auch ökonomisch fatal.

Herr Staatsminister Tillich, man hätte ja vielleicht erwarten dürfen, dass Herr Jurk als Wirtschaftsminister – er ist immer noch nicht anwesend, ich bedaure dies weiter – hier für die Kohle und die immerhin 100 neuen Arbeitsplätze kämpft. Zu Ihrer Pressekonferenz: Sie haben zu Recht ausgeführt, die Erneuerbaren Energien waren die wachstumsstärkste Branche in Sachsen seit dem Jahr 2002. Sie haben gesagt, wir sind schätzungsweise im Jahr 2005 bei ungefähr 4 700 Arbeitsplätzen, Perspektive Ende 2006: 5 200. Was Sie nicht gesagt haben, wovon ich jedoch ausgehe, ist, dass diese Perspektive natürlich weiter besteht. Das müssen wir uns einmal auf der Zunge zergehen lassen. 5 200 werden wir Ende dieses Jahres haben. Die Tendenz wird nicht ganz so steil, sie wird jedoch weitergehen. Dann haben wir 50 bis 100 Dauerarbeitsplätze bei einem neuen Block. – Super, das sind Verhältnisse, und das Arbeitsplatzargument für die Braunkohle sticht wirklich!

Wir hätten eigentlich gedacht, dass Herr Jurk für diese 100 Arbeitsplätze, die so toll sind, kämpft und dass Sie im Gegenzug die Verantwortung für die Klimapolitik wahrnehmen. So ganz nebenbei hätten Sie dann Herrn Jurk noch die Arbeitsplatzwirkung, wie gerade eben, erklären können. Stattdessen kommt gerade aus Ihrem Hause mit Ihrer Unterschrift die Stellungnahme zum Nationalen Allokationsplan II, den das Unternehmen Vattenfall, abgesehen von Ihrem Vorschlag der Teilauktionierung – danke, da haben Sie einmal richtig gehandelt – nicht besser hätte schreiben können.

Das Schreiben an das BMU ist ansonsten eins zu eins das, was wir von Vattenfall persönlich erwartet hätten. Auf Jahre wird die Klimapolitik in diesem Lande mit dem neuen NAPII blockiert. Ans Netz werden Kraftwerke gehen, die mehr als doppelt so viel CO<sub>2</sub> ausstoßen, wie technisch oder finanziell machbar ist.

Der Klimawandel, das ist bekannt, ist menschlich verursacht. Nach der Lektüre der Stellungnahme der Staatsregierung ist bei mir der Gedanke aufgekommen, dass er in Sachsen auch politisch gewollt ist. Dadurch, dass wir unseren Antrag modular in mehreren Punkten aufgebaut haben, besteht für alle Abgeordneten die Möglichkeit, sich in den Punkten 1 und 2 zu den klimapolitischen

Notwendigkeiten zu bekennen und sich damit ihrer Verantwortung zu stellen.

Ich beantrage daher punktweise Abstimmung und hoffe bei den Punkten 1 und 2 auf eine breite Mehrheit der noch anwesenden Mitglieder dieses Hauses.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**3. Vizepräsident Gunther Hatzsch:** Die Fraktion der CDU, vertreten durch Herrn Lehmann, bitte.

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS:  
Nur nicht rechnen!)

**Heinz Lehmann, CDU:** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Lichdi, ich habe mir vorgenommen, mich nicht zu echauffieren, das bringt nichts. Deshalb werde ich versuchen, Ihnen noch einmal zu erklären, wie die Klimapolitik und die Energiepolitik richtig funktionieren.

Für die Christenmenschen unter uns gibt es einen Kanon der Grundüberzeugungen. Eine davon ist: Es ist dem Menschen nicht gegeben, das Paradies auf Erden zu errichten. Auf die Energiepolitik übertragen bedeutet dies: Jegliche Erzeugung von für den Menschen bequemer, nutzbarer Energie ist mit erheblichen Risiken und Nebenwirkungen verbunden. Daher kommt es für uns darauf an, Chancen und Risiken klug gegeneinander abzuwägen und nicht wild drauflos zu polemisieren. Die drei Hauptparameter Versorgungssicherheit, Umweltverträglichkeit und Wirtschaftlichkeit müssen immer wieder neu ausbalanciert werden. Das ist ein dynamischer Prozess, der von der Nachfrage nach Elektroenergie, von den aktuellen technologischen Möglichkeiten und von der Akzeptanz der Menschen mitbestimmt wird.

Selten war die Situation interessanter als heute. Hirnschmalz ist gefragt! Die Patentrezepte der Vergangenheit sind dabei, in diesem dynamischen Prozess ihre Gültigkeit zu verlieren. Darum ist es wichtig, dass sich die Spitzengremien der Europäischen Union und der Bundesrepublik Deutschland intensiv und nachhaltig mit diesem Thema befassen. Eigentlich wäre für dieses höchst komplexe Thema eine Weltregierung das geeignete Gremium. Das steht uns, wie wir wissen, nicht zur Verfügung. Deswegen müssen wir uns auf unser eigenes Augenmaß verlassen.

In einem Punkt sind wir uns sicherlich über alle Fraktionen hinweg einig – ich schließe dort die GRÜNEN mit ein –: Aus der Steckdose muss jederzeit Strom kommen! Flächenhafte Abschaltungen und Stromrationierungen sind inakzeptabel. Das heißt, Strom muss auch bei bewölktstem Himmel, bei Windstille und bei extremem Frostwetter in ausreichender Menge vorhanden sein.

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS:  
Da kann man Biogas nehmen!)

– Das versuchen Sie einmal bei minus 30 Grad! – Die Produktion der dafür notwendigen so genannten Grund-

last erfolgt in Deutschland zu je 50 % durch die Verstromung von Kernbrennstoff und durch die Verstromung fossiler Energieträger.

**3. Vizepräsident Gunther Hatzsch:** Herr Lehmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Heinz Lehmann, CDU:** Wenn ich damit helfen kann!

**Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS:** Ja, Herr Lehmann, auf meinen Hinweis, dass man bei Dunkelheit Biogas nehmen könnte, haben Sie gesagt: Versuchen Sie das bei minus 30 Grad! – Ich darf Sie fragen: War das eine Voraussage bezüglich der Entwicklung des Klimas in Deutschland in den nächsten Jahren?

(Unruhe)

**Heinz Lehmann, CDU:** Ich weiß jetzt nicht genau, ob wir nach Herrn Lichdi über Klimaerwärmung oder nach der PDS über Klimaabkühlung sprechen. Ich denke, ich verzichte darauf, diese Frage hier zu beantworten. Sie bringt uns nicht weiter. Spekulationen machen die Sache nicht besser.

Die Produktion – ich steige wieder in meinen Vortrag ein – der dafür notwendigen so genannten Grundlast erfolgt in Deutschland zu je 50 % durch die Verstromung von Kernbrennstoff und durch die Verstromung fossiler Energieträger. Fossile Energieträger sind Braunkohle und Steinkohle. Tatsache ist, dass beim gegenwärtigen Stand der Technik und unter der Prämisse, Herr Lichdi, dass aus der Steckdose immer Strom kommen soll, die vermehrte Nutzung von Wind- und Solarkraft nicht linear zu einer Verringerung der installierten Stromerzeugungskapazitäten in der Grundlast führt.

(Johannes Lichdi, GRÜNE: Nein!)

Wir werden also auf absehbare Zeit nicht auf das Vorhandensein und den Betrieb von Kohle- und Atomkraftwerken verzichten können.

(Beifall des Abg. Dr. Martin Gillo, CDU)

Die alternative Verwendung von Erdgas zur Stromerzeugung hieße, den Teufel mit dem Beelzebub auszutreiben, und kann daher unter den Gesichtspunkten der CO<sub>2</sub>-Emission wie auch der Ressourcenschonung keine ernsthafte Alternative sein.

Die Frage ist nicht: Wollen wir uns in Zukunft Kohlekraftwerke leisten? Die Frage ist: Welche Kohlekraftwerke wollen wir uns in der Zukunft leisten? Die CDU-Fraktion in diesem Hohen Hause – ich denke, dort bin ich mit unserem Koalitionspartner deckungsgleich – hat hier eine klare Position: Aus Sachsen muss der sauberste Kohlestrom der Welt kommen!

(Beifall bei der CDU)

Indem wir im deutschen Maßstab alte, ineffektive und damit umweltbelastende Kohlekraftwerke durch neue, hocheffektive Anlagen ersetzen, leisten wir einen realen

Beitrag zur CO<sub>2</sub>-Reduktion. Das ist kein Glaubenssatz, das kann man ausrechnen.

Die Umweltfreundlichkeit moderner Kohlekraftwerke zeigt sich bei den Zahlen des existierenden Großkraftwerkes der VEAG Schwarze Pumpe: rund 91 % weniger Schwefeldioxid, 61 % weniger Stickoxid, 98 % weniger Staub und 31 % weniger Kohlendioxid im Vergleich zum stillgelegten Altkraftwerk.

4,5 Milliarden DM hat die VEAG in ihren ersten Kraftwerksneubau investiert. Der Neubau in Boxberg folgt diesem Vorbild und wird zum Erhalt des Energiemix in Sachsen einen wesentlichen Beitrag leisten. Im Vergleich zum alten Kraftwerk verringern sich die Werte bei Kohlendioxid in Boxberg um ein Drittel, bei Stickoxid um die Hälfte, bei Kohlenmonoxid um 30 % und bei Staub um 12 %. Bei Schwefeldioxid werden nur noch 3 % emittiert. Damit wird eine fast vollständige Entschwefelung erreicht.

Der Ersatz der Altanlagen durch neue Technik bringt also bereits einen nennenswerten Beitrag zum Klimaschutz. Ganz nebenbei leisten wir durch die Verwendung einheimischer Rohstoffe einen Beitrag zur nationalen Versorgungssicherheit mit Strom, bringen Wertschöpfung in die Region Weißwasser und zusätzliche Arbeitsplätze, auf die wir unter keinen Umständen verzichten wollen.

(Beifall bei der CDU)

**3. Vizepräsident Gunther Hatzsch:** Herr Lehmann, es gibt einen weiteren Wunsch, eine Zwischenfrage zu stellen. – Sie nicken.

**Heinz Lehmann, CDU:** Wenn ich helfen kann, bin ich immer bereit.

**3. Vizepräsident Gunther Hatzsch:** Frau Altmann.

**Elke Altmann, Linksfraktion.PDS:** Ich bezweifle zwar, dass Sie mir helfen können, ich stelle die Frage aber trotzdem:

Herr Lehmann, glauben Sie wirklich, dass es ausreicht, sich vor eine schwarze Wand zu stellen – genau das haben Sie bei dem Vergleich von alten und neuen Kohlekraftwerken getan –, um die dringend notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um den Klimawandel aufzuhalten? Sind Sie wirklich der Überzeugung, dass es keine Alternativen gibt als lediglich weniger schädliche Kohlekraftwerke?

**Heinz Lehmann, CDU:** Frau Kollegin, ich bin von meiner Ausbildung her Naturwissenschaftler und ich weiß, dass man sich jede Innovation teuer erkaufen muss und dass lange Versuche erforderlich sind, um am Ende erfolgreich zu sein. Wenn wir uns ganz kritisch das anschauen, was gegenwärtig technologisch möglich ist, können wir uns nur auf kleine Schritte festlegen. Die Riesenschritte, die Sie wünschen, sind gegenwärtig technisch überhaupt noch nicht zu sehen.

(Beifall bei der CDU)

**3. Vizepräsident Gunther Hatzsch:** Herr Lehmann, es bildet sich eine Minischlange.

**Heinz Lehmann, CDU:** Bitte sehr.

**Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS:** Herr Lehmann, Sie haben gerade von Arbeitsplätzen gesprochen, auf die Sie unter keinen Umständen – Sie haben dieses „keinen“ sehr betont – verzichten wollen. Heißt das, dass das Arbeitsplätze sind, auf die Sie unter keinen Umständen und unabhängig von den Folgen, die die Einrichtung dieser Arbeitsplätze haben könnte, verzichten wollen, also auf Deutsch gesagt „auf Teufel komm raus“?

**Heinz Lehmann, CDU:** Nein. Herr Kollege, Sie wissen doch, dass wir in einem wirtschaftlichen Wettbewerb mit den anderen neuen Bundesländern wie auch mit den Ländern auf der westlichen Seite unseres Landes stehen. Der Bau eines modernen Kraftwerkes hilft uns nicht nur bei den Jobs, sondern auch bei der Wertschöpfung und bei der Reputation Sachsens im internationalen Wettbewerb. Ich denke, all das in der Summe gibt uns die Berechtigung zu sagen: Wir wollen das und wir wollen auf keinen Fall darauf verzichten!

(Volker Bandmann, CDU:  
Mehr Licht, weniger Lichdi!)

Wer gegen den Neubau des modernsten Braunkohlekraftwerkes ist, der lehnt auch die bereits heute großtechnisch machbaren Schritte zur Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emission ab. Wollten Sie, Herr Lichdi, den Ausstieg aus der CO<sub>2</sub>-Emission wirklich konsequent betreiben, müssten Sie Ihre kategorische Ablehnung der Kernenergie neu bedenken.

(Beifall bei der CDU)

Das ist natürlich zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht zu erwarten.

Vor einigen Tagen hatte die Hochschule Zittau gemeinsam mit der Friedrich-Ebert-Stiftung zu einem Forum eingeladen, auf dem energiepolitische Fragen eine wichtige Rolle spielten. Teilnehmer waren überwiegend Wissenschaftler, Ingenieure und Kommunalpolitiker. Grüne Abgeordnete habe ich dort leider nicht gesehen, Herr Lichdi. Die Experten ließen keinen Zweifel daran, dass man alle noch so kleinen Schritte gehen sollte, um die Effektivität der Nutzenergieerzeugung und -verwendung zu steigern. Wie ich schon sagte, sind technologische Riesenschritte gegenwärtig nicht zu erwarten. Man sollte sich auch nicht dem Irrglauben hingeben, dass sich mit Aktionismus – auch nicht mit grünem – die sich vollziehende Klimaveränderung aufhalten ließe.

(Zuruf des Abg. Johannes Lichdi, GRÜNE)

Was wir heute beobachten, ist ein Teil des zyklischen Klimawandels, der so alt ist wie die Menschheit selbst und auf den sich die Menschen zu allen Zeiten einstellen mussten. Dieser natürliche Wandel wird nun mit einem nicht exakt bezifferbaren Maß von den angesammelten Umweltsünden des Industriezeitalters überlagert. Diese

Sünden kann man bereuen, man kann sie aber nicht ad hoc heilen. Wir müssen aber alles tun, um klimaverändernde Emissionen zu verringern.

Es ist doch ebenso dringlich, Strategien zur Anpassung an diesen unaufhaltsamen Prozess zu entwickeln. Herr Lichdi, darin bin ich mit Ihnen einig. Wir müssen schauen, wie solche Unwetter, wie wir sie jetzt gesehen haben, in Zukunft möglichst wenig Schaden anrichten. Ein weltweites Desaster herbeizureden, wie es Herr Lichdi immer wieder versucht, ist weder hilfreich noch sachgerecht.

Was von Ihnen mit Ihrem langatmig begründeten Antrag übrig bleibt, ist der destruktive Bodensatz. Sie versuchen, die unbestrittene Verantwortung für den Schutz des globalen Klimas, die sich übrigens auch in den Programmen aller modernen Parteien finden lässt, zu instrumentalisieren, um reale Chancen für die sächsische Wirtschaft, für die Wirtschaft in der Oberlausitz zu verhindern. Das ist ebenso unpatriotisch wie wissenschaftlich fragwürdig. Darum lehnen wir Ihren Antrag in allen drei Punkten ab.

(Beifall bei der CDU)

**3. Vizepräsident Gunther Hatzsch:** Für die Linksfraktion.PDS spricht Frau Dr. Runge.

**Dr. Monika Runge, Linksfraktion.PDS:** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vielleicht wäre es, bevor wir in eine allgemeine klimaschutz- und energiepolitische Debatte kommen, geboten, zunächst wieder zum Antrag der GRÜNEN zurückzukommen. Sie verlangen nämlich in Ihrem Antrag, verehrter Herr Lichdi, dass sich die Staatsregierung zum Klimaschutz und zu einer weiteren Begrenzung der Erderwärmung bekennt. Ich denke, dieses Bekenntnis ist nachzulesen und wir werden es rasch erhalten.

(Zuruf des Abg. Johannes Lichdi, GRÜNE)

Im dritten Punkt wollen Sie nun allerdings Taten sehen, indem Sie die Staatsregierung auffordern, Verhandlungen mit Vattenfall aufzunehmen, um den Neubau in Boxberg abzuwenden, wie es so schön heißt. Die Staatsregierung könnte sicherlich diesen Neubau unter bestimmten Voraussetzungen verhindern. Allerdings müsste sie dann gegen die bestehende europäische Binnenmarktverordnung mit Niederlassungs- und Investitionsfreiheit, sofern Gesetze hier vor Ort eingehalten werden, intervenieren und man träfe sich – wie jüngst Herr Methling in Mecklenburg-Vorpommern mit den Energiewerken Nord – vor Gericht.

Wenn sich Vattenfall Europe als größtes ostdeutsches Unternehmen entschließt, vier Milliarden Euro insgesamt in neue Kraftwerke in Boxberg und in zwei Steinkohlekraftwerke in Hamburg, in Offshore-Windparks und in den Ausbau der Netze zu investieren, dann stehen nicht nur Gewinne des Unternehmens in Aussicht, sondern eben auch ein Stück mehr an Versorgungssicherheit, Arbeitsplätze, Ausbildung für junge Leute und Einkommen. Vor allem traf Vattenfall die endgültige Investitionsentschei-

dung erst nach dem Energiegipfel bei der Bundeskanzlerin, und Frau Merkel hat eine weitere Privilegierung von Braunkohlekraftwerksbetreibern bei der Zuteilung von CO<sub>2</sub>-Emissionszertifikaten zugesagt.

Im Nationalen Allokationsplan II soll für die neu zu bauenden klimaschädlichen Kohlekraftwerke ein fast doppelt so hoher Grenzwert wie für die umweltfreundlichen Gaskraftwerke gelten, und das ist der eigentliche energiepolitische und klimapolitische Skandal. Zu kritisieren ist nicht die Investitionsentscheidung von Vattenfall, sondern die bundesdeutsche Energiepolitik, die in Berlin gemacht wird und von der die Kanzlerin selbst jüngst auf dem BDI-Kongress sagte und einschätzte, die deutsche Energiepolitik sei zurzeit planlos. Eine größere Selbstkritik kann sie gegenüber der von ihr verfolgten Politik gar nicht äußern.

Das Thema Energieversorgungssicherheit ist wie nie zuvor in den Fokus der Politik geraten. Kriege um Öl und Erdgas, exorbitante Preissteigerungen an den Weltmärkten und nicht zuletzt die außenpolitische Strategie Russlands, Energie als politische Waffe einzusetzen, zwingen zu einem energiepolitischen Kurs, der Deutschland in der Energieversorgung vom Ausland unabhängiger machen muss. Mental ist damit eine stärkere Rückbesinnung auf einheimische Energieträger verbunden, und da dominiert nun einmal in Deutschland die Braunkohle.

Wenn Sie, Herr Lichdi und die GRÜNEN, gegen Atomkraft sind – was wir auch teilen –, zumindest für einen geordneten Ausstieg aus der Atomkraft eintreten, wenn Sie weiterhin gegen die Braunkohleenergiewirtschaft und Kohlewirtschaft insgesamt sind, dann frage ich mich schon, wie der hiesige Energiebedarf gedeckt werden kann,

(Dr. Karl-Heinz Gerstenberg, GRÜNE:  
Da fällt uns noch viel ein!)

denn alle zur Verfügung stehenden alternativen Energietechnologien inklusive der erneuerbaren können die konventionellen Energieträger noch nicht substituieren.

(Beifall des Abg. Dr. Martin Gillo, CDU)

In Wahrheit sind Sie, verehrte Grüne, doch auch gegen die Wind- und Wasserkraft. Oder hat sich inzwischen Ihre Einstellung hierzu geändert?

(Dr. Karl-Heinz Gerstenberg, GRÜNE:  
Differenziert!)

Was bleibt dann noch übrig?

Wir werden es in den nächsten vier Jahrzehnten mit einem Energiemix bzw. mit der Koexistenz von konventionellen fossilen Energieträgern und Erneuerbaren Energien zu tun haben. Sprechen wir in der Politik doch nicht immer nur darüber, was verhindert werden kann, sondern darüber, wie durch veränderte politische Rahmenbedingungen erreicht werden kann, den Erneuerbaren Energien und anderen alternativen Energietechnologien als einem zukunftsfähigen Wachstumsmarkt zum Durchbruch zu

verhelfen – und das mit dem Effekt, dass mehr Arbeitsplätze als in der konventionellen Braunkohlewirtschaft entstehen können; denn die 100 neuen Arbeitsplätze, die mit dem Neubau in Boxberg in Aussicht gestellt worden sind, sind tatsächlich nur ein Tropfen auf den heißen Stein und werden das Arbeitsmarktproblem in der Lausitz nicht lösen.

Dennoch vermittelt die Investitionsentscheidung von Vattenfall den dort lebenden Menschen, die mit der Braunkohlewirtschaft groß und alt geworden sind, Hoffnung und auch weitgehende Identifizierung. Ich konnte das in einer Diskussion zu diesem Thema vor Ort in Hoyerswerda selbst erleben.

Die zentrale Frage für mich besteht darin, wie die strukturschwache Region Lausitz zu einer Referenzregion für die Koexistenz von Braunkohlewirtschaft und alternativer Energiewirtschaft werden kann. Hierzu müsste die Forschung auf Speichertechniken und auf die Integration der Erneuerbaren Energien in vorhandene Netze konzentriert werden. Zum Beispiel gibt es große Chancen zur Energiegewinnung aus Biomasse wie Energieholz. Dieses kann auf zusammenhängenden Kippenflächen angepflanzt werden, wie es jetzt im Tagebau Welzow-Süd auf 170 ha geschieht. Nur, das Gebiet Welzow-Süd liegt auf dem Territorium des Landes Brandenburg. Ebenso können auch Biokraftstoffe gewonnen werden.

In dieser Hinsicht machen uns die Schweden etwas vor. Nebenbei bemerkt: nicht nur in dieser Hinsicht, sondern auch dahin gehend, wie der Wohlfahrtsstaat Standortvorteil in einer globalisierten Welt sein kann. Bis 2020 will Schweden die völlige Abkehr vom Erdöl erreichen. Wir sind in Deutschland von solchen ehrgeizigen Zielen meilenweit entfernt. Nicht nur das Hickhack um die Besteuerung von Biokraftstoffen in der großen Koalition zeigt das, sondern auch der bei der Bundeskanzlerin stattgefundene Energiegipfel.

Für die anstehenden Investitionen in neue Kraftwerke durch die vier großen Monopolisten hat die Kanzlerin weit gehende Zugeständnisse bei der Vergabe von CO<sub>2</sub>-Zertifikaten gemacht, was innerhalb von 14 Jahren einer indirekten Subventionssumme von 1,75 Milliarden Euro gleichkommt. Kurzfristig gedacht, Frau Merkel! Mittel- und langfristig wird diese Ungleichbehandlung gegenüber den Gasturbinenkraftwerken gerügt, bestraft und letztlich auch kostensteigernd auf die Energiepreise in Deutschland wirken. Um mit den Erneuerbaren Energien weiter voranzukommen, brauchen wir ein regeneratives Wärmegesetz; denn das EEG ist vor allem auf den Strombereich ausgerichtet.

Allerdings möchte ich heute klarstellen, dass einer extensiven Erweiterung des Braunkohleabbaus Grenzen gesetzt werden müssen, denn Vattenfall hat ein Gutachten bei der Prognos AG in Auftrag gegeben, um auszuloten, was diesbezüglich in der Lausitz alles noch möglich wäre. Und siehe da: In dem Gutachten wird für weitere 66 Jahre die Möglichkeit für die Braunkohlewirtschaft dargestellt.

Das würde aber bedeuten, dass weitere 3,9 Milliarden Tonnen Braunkohle in dieser Region abgebaut werden müssten.

Würden diese Pläne Wirklichkeit, müssten weitere 54 Ortschaften ganz und neun teilweise den Baggern weichen – eine Horrorvision! Der Erhalt von Dörfern und Ortschaften im sorbischen Siedlungsgebiet muss Priorität haben. Wir sind nicht gegen die Braunkohlewirtschaft, aber wir verlangen von der Staatsregierung, dass die Ortsumfahrungen präferiert werden; denn schon jetzt versucht Vattenfall, sich die Flächen planungsrechtlich zu sichern. Es besteht kein Zweifel, dass die zunehmende Versteppung der Lausitz nicht nur dem globalen Klimawandel geschuldet ist, sondern auch mit der Absenkung des Grundwasserspiegels infolge der Tagebaue zusammenhängt. Über die Trinkwasserversorgung Berlins, die mit der Wasserführung der Spree zusammenhängt, wollen wir schon gar nicht sprechen.

Der Genehmigungsantrag für den Neubau in Boxberg liegt zurzeit aus. Widersprüche und Einwände gegen den Bau können vorgebracht werden. Aber wenn sich die von Umsiedlung betroffenen Menschen und vor allem die Sorben rechtlich bzw. öffentlich wirksam nicht dagegen wehren, sehe ich kaum eine Chance, den Neubau zu verhindern.

Im Unterschied zu Ihnen, verehrte GRÜNE, wollen wir nicht über die Köpfe der betroffenen Menschen politisch entscheiden und agieren, sondern mit ihnen. Das haben wir auch in einem etwas anders gelagerten Fall – mit Heuersdorf – so gehalten, wo die Mehrheit der Linksfraktion den rechtlichen und öffentlichen Widerstand der Dorfbevölkerung gegen die Devastierung des Ortes politisch unterstützt hat.

Den Punkten 1 und 2 Ihres Antrages können wir zustimmen, weil dort nur Bekenntnisse abgefordert werden. Für den Punkt 3 empfehle ich meiner Fraktion, da es zu dieser Problematik unterschiedliche Auffassungen von Abgeordneten meiner Fraktion gibt, sich entweder der Stimme zu enthalten oder mit Nein zu stimmen.

Nicht den Neubau in Boxberg erhebe ich zur klima- und energiepolitischen Gretchenfrage, wie Sie, Herr Lichdi – tatsächlich handelt es sich um eine komplexere Fragestellung, bei der es natürliche Zielkonflikte gibt, und man muss sich dann bitte schön in der Hierarchie von bestimmten Wertvorstellungen entscheiden –, sondern die von der Bundespolitik gesetzten energiepolitischen Rahmenbedingungen sind für mich der entscheidende Kritikpunkt, um für Erneuerbaren Energien mit dem nötigen Drive in der Energiewende voranzukommen.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

**3. Vizepräsident Gunther Hatzsch:** Danke schön. – Herr Gerlach, Sie haben die Ehre, für die SPD zu sprechen.

**Johannes Gerlach, SPD:** Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich werde das Fußballergebnis nicht bekannt geben, denn es gehört nicht zu meiner Rede.

(Oh! bei der SPD und der CDU)

**3. Vizepräsident Gunther Hatzsch:** Möchten Sie eine Ausnahmegenehmigung?

**Johannes Gerlach, SPD:** Nein!

(Heiterkeit im Saal)

Okay, mir wurde gesagt, es steht 1 : 0.

(Heiterkeit im Saal)

Zurück zur Energie. Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Lichdi, es ist etliche Jahre her, als ich in der Schule wie viele andere vor der Klasse stand und gefragt wurde: Erstens. Bist du für den Frieden? – Natürlich war ich für den Frieden und habe Ja gesagt. Zweitens wurde ich gefragt, ob ich für die Erhaltung der Grundrechte bin oder so ähnlich.

(Volker Bandmann, CDU: Die Frage war: Bist du für den Sozialismus?)

– Moment, das kommt gleich noch. – Nein, es war so eine Frage, auf die jeder Ja sagt, und auch ich habe mit Ja geantwortet. In der dritten Frage, vergleichbar mit Punkt 3 eines Antrages, wurde ich dann gefragt, ob ich Offizier der Nationalen Volksarmee werden wolle, weil ich bei erstens und zweitens mit Ja geantwortet hatte. Dazu habe ich dann Nein gesagt.

Ich habe ein ungutes Gefühl, dass dieser Antrag eine gewisse Mischung davon ist. In Punkt 1 wird eine Selbstverständlichkeit abgefragt im Sinne eines Bekenntnisses – „bekennen“ steht hier. In Punkt 2 kann man sich möglicherweise noch darüber streiten, ob bis zum Jahre 2100 diese zwei Grad wirklich die von uns noch klimamäßig beherrschbare Zahl ist oder ob es vielleicht 1,6, 2,7 oder 3,2 Grad sind. Ich weiß es nicht, Sie wissen es auch nicht; es kann heute noch niemand genau vorhersagen. Von daher kann man sich über Punkt 2 streiten. Ich könnte dem Punkt zustimmen.

In Punkt 3 treffen Sie Ihre Schlussfolgerungen, aufbauend auf den Punkten 1 und 2. Dort ist dann irgendwo die Bremse drin. Punkt 3 hieße aus unserer Sicht – auch aus meiner Sicht –, einen bereits zugesagten Vorgang aushebeln zu wollen. Das Vorhaben ist den Betreibern bereits mehrfach durch die alte Regierung zugesagt worden und die Mehrheit in der Koalition hält es auch für richtig. Ein Hinweis auf den Umweltartikel in § 20a des Grundgesetzes ist aus meiner Sicht nicht zielführend.

Wenn wir das machen würden, was Sie von uns in Punkt 3 fordern, unverzüglich mit Vattenfall Gespräche aufzunehmen usw. usf., dann würden wir uns „verkämpfen“ und am Ende nur verlieren. Diese Kraft möchte ich gern in eine sächsische Technologieinitiative im Bereich Erneuerbare Energien einsetzen.

Liebe Freunde von den GRÜNEN, lieber Herr Lichdi, wir werden noch mehr Braunkohlestrom brauchen, um relativ kurzfristig die beschlossene Abschaltung der Kernkraftwerke zu kompensieren. Dieser Kampf wird immer wieder angefacht werden, obwohl hier – Gott sei Dank – juristisch alles klar ist: Wir haben unterschriebene Verträge zum Ausstieg.

Diese Gesellschaft – so sehe ich das persönlich – ist noch nicht so weit, dass alle Menschen plötzlich zu tollen Energiesparern oder zu glühenden Windstromanhängern werden. Ich hätte das zwar sehr gern, aber ich sehe es nicht – ich sehe es noch nicht. Wäre ich in der letzten Legislaturperiode Wirtschaftsminister gewesen, ich hätte diese Genehmigung bzw. diese Anfragen nicht unterschrieben. Der Großteil von Ihnen wird sicherlich dankbar sein, dass ich es nicht war, denn sonst wäre sicherlich alles anders gekommen.

(Zuruf des Abg. Prof. Dr. Peter Porsch,  
Linksfraktion.PDS)

Die Firma Vattenfall wird in den nächsten Jahren – meine Vorrednerin hat es angedeutet – in Schweden einer der größten Investoren im Windbereich, vornehmlich im Offshore-Bereich, werden. Das macht die Firma Vattenfall nicht freiwillig – noch nicht. Das macht das Unternehmen, weil es die schwedische Regierung so beschlossen hat. Bis zum Jahre 2016 soll in Schweden die Stromproduktion aus Erneuerbaren Energien auf 17 Milliarden Kilowattstunden steigen. Vattenfall als staatlicher Energieversorger in Schweden soll nach Regierungsbeschluss dabei die eigene Ökostromproduktion mehr als verdoppeln – um 10 Milliarden Kilowattstunden. Das ist nach eigenen Konzernberichten im Bereich der Erneuerbaren Energien eine Gesamtinvestition von 4,3 Milliarden Euro.

Bis zum Jahre 2007 werden vor der Küste Malmö 48 neue Windkraftanlagen – das sind 2,3-Megawatt-Turbinen – mit Siemensanlagen errichtet. Zwei weitere Offshore-Windparks sind in Planung, einer mit 640 Megawatt und einer mit 150 Megawatt. Vattenfall wird durch die Übernahme von dänischen Windkraftanlagen, und zwar von Elsam, ab Juli 2006 – wobei zirka 400 Windkraftanlagen übernommen werden müssen, das muss man fairerweise dazusagen – europaweit 523 Windkraftanlagen betreiben. Davon existiert keine einzige in Deutschland. Das muss man wissen. Bei uns verdient Vattenfall einen Großteil seiner Gewinne mit Braunkohle und versucht sich zurzeit an einer Technologie, deren Ansatz ich persönlich für vollkommen daneben halte.

(Beifall des Abg. Johannes Lichdi, GRÜNE)

Anstelle in die Vermeidung von Energie zu investieren – Vattenfall hätte zig Jahre ein tolles Betätigungsfeld und könnte ebenfalls viel Geld verdienen –, versucht man, sich mit der Braunkohle noch etwas über Wasser zu halten, indem man CO<sub>2</sub> abtrennen will. Meiner Meinung nach ist das schade ums Geld. Wir kofinanzieren das auch

noch mit öffentlichen Mitteln. Dieses Geld würde ich woanders einsetzen, wenn es nach mir ginge: in die Forschung elektrischer Netzstabilität eines Pools von Kleinspeisern. Das halte ich für die Zukunft. Aber so weit sind wir noch nicht. Da muss die Natur möglicherweise noch heftiger an unsere Türen klopfen.

Das ist die Richtung. Dass die Richtung Erneuerbare Energien heißt, setzt sich mehr und mehr durch und wird durch die Preisentwicklung auf dem Rohölmarkt noch weiter beschleunigt werden, auch wenn wir im Moment eine kleine Delle haben. Wir liegen bei knapp 70 Dollar pro Barrel.

Lassen Sie uns auf diesem Gebiet unsere Kräfte messen und nicht mehr gegen ein Kraftwerk anlaufen, dessen Bau bereits vor unserer Einflussnahme so gut wie beschlossene Sache war.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**3. Vizepräsident Gunther Hatzsch:** Herr Paul spricht für die NPD-Fraktion.

**Matthias Paul, NPD:** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Einen Antrag zur Verhinderung eines Kraftwerkneubaus in Sachsen zu stellen halte ich für wenig Erfolg versprechend, wenn er in einem Landtag gestellt wird, in dem bekanntlich die CDU dominiert, und erst recht nicht, wenn man sich im Antragstext auf das Grundgesetz beruft und die Hoffnung hegt, ein Unternehmen wie Vattenfall durch entsprechende Gespräche überzeugen zu können. Letztendlich wissen wir, dass gerade im Bereich der Energiekonzerne weniger Gespräche zählen, sondern in erster Linie die Rendite und die Gewinne.

Wir wissen sehr wohl um die Probleme der Braunkohle. Es gibt viele Argumente. Wir haben innerhalb unserer Fraktion sehr ausgiebig darüber diskutiert.

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS:  
Hört, hört!)

Es gibt viele Für-Argumente, es gibt viele Gegenargumente. Viele Argumente sind bereits ausgetauscht worden. Wir sind uns dessen sehr wohl bewusst, dass der Braunkohlentagebau zulasten einer über Jahrtausende gewachsenen Kulturlandschaft betrieben wird. Der Braunkohlentagebau zerstört nicht nur die Umwelt, sondern vielmehr auch die Heimat der Menschen vor Ort. Für uns von der NPD-Fraktion ist Heimat ein sehr wichtiges Argument in der Abwägung der verschiedenen Argumente.

Der wichtigste Vorteil, den die Braunkohle allerdings mit sich bringt, ist tatsächlich die Unabhängigkeit von Importen, welche zunehmend immer teurer werden, wenn wir uns die aktuelle Preisentwicklung auf dem Weltmarkt betrachten. Wir wissen auch, wie wertvoll jeder neue Arbeitsplatz in einer Region wie der Lausitz ist. Bei diesem Argument muss man aber auch die Frage stellen,

zu welchem Preis wir diese Arbeitsplätze letztendlich erkaufen; denn die Braunkohle ist mitnichten ein subventionsfreier Energieträger.

Von dem in Sachsen erzeugten Strom wird jetzt schon ein großer Teil außerhalb Sachsens geliefert. Das ist zusätzlich mit Leistungsverlusten verbunden. Wenn es im Freistaat Sachsen wirklich politisch gewollt ist, mehr Strom aus Erneuerbaren Energien zu erzeugen und dezentrale Strukturen zu schaffen, wird sich die Menge des zu exportierenden Braunkohlenstroms in Zukunft wohl noch weiter erhöhen.

Das Hauptproblem liegt aber darin, dass die gesamte Ausrichtung einer Energieerzeugung allein nicht regional bzw. auf Landesebene zu lösen ist. Hinzu kommt: Gerade der Unternehmenslandschaft im Energiesektor vorschreiben zu wollen, auf welchen Geschäftsfeldern sie ihre Milliarden Gewinne einstreichen soll, halte ich aufgrund der derzeitigen politischen Gegebenheiten für völlig unmöglich.

Unsere Fraktion hat sich schon immer dafür ausgesprochen, den Energiesektor voll und ganz unter die staatliche Kontrolle zu stellen. Dann wäre es möglich, eine tatsächliche Umstrukturierung hin zu erneuerbaren, umweltverträglichen Energiequellen zu vollziehen und parallel dazu ein nationales Energieeffizienz- und -einsparprogramm zu realisieren. Das kann aber nicht von heute auf morgen geschehen, sondern dies muss langfristig und wohlüberlegt passieren, weil die Versorgungssicherheit ein äußerst wichtiger Faktor ist. Eine komplette Wende in der Energieerzeugung wäre möglich. Genau das ist im Moment leider nicht gewollt.

Gewollt sind meiner Auffassung nach Gewinne für Unternehmen, weil sich die deutsche Politik der Wirtschaft unterworfen hat, anstatt ihr auf gleicher Augenhöhe und als Partner gegenüberzustehen. Es müsste vielmehr gefordert werden, die versteckte milliarden schwere Subventionierung der Braunkohle zu beenden.

Die Staatsregierung ist zudem gefordert, gerade in der Lausitz ein Programm aufzulegen, mit dem Arbeitsplätze in der Region geschaffen werden. Dies könnte zum Beispiel verstärkt im Bereich der Erneuerbaren Energien vollzogen werden. Gerade die Menschen in der Oberlausitz klammern sich an jeden Arbeitsplatz, den es dort noch gibt, wie an einen Strohhalm. Auch die Arbeitsplätze, die Vattenfall schafft, sind solche Strohhalme. Es sind zwar im Falle des bevorstehenden Kraftwerkneubaus nicht sehr viele Arbeitsplätze, aber es sind immerhin dringend benötigte Arbeitsplätze.

Aufgrund der derzeitigen Situation und der Abwägung der verschiedenen Argumente im Zusammenhang mit dem Antrag der GRÜNEN habe ich meiner Fraktion empfohlen, den ersten beiden Punkten des Antrages zuzustimmen. Das können wir bedenkenlos tun. Ich habe weiterhin empfohlen, uns beim Punkt 3 des Antrages zu enthalten, weil er aufgrund der derzeitigen Gegebenheiten einfach nicht realisierbar ist.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der NPD)

**3. Vizepräsident Gunther Hatzsch:** Herr Günther als Großverbraucher, sprechen Sie jetzt!

**Tino Günther, FDP:** Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Klimaschutz und Ressourcenschonung sind zentrale Aufgaben einer generationsgerechten, auch liberalen Umweltpolitik. Heutiges Handeln ist eine wichtige Voraussetzung dafür, dass nachfolgende Generationen akzeptable Lebensbedingungen und ausreichende Rohstoffpotenziale vorfinden werden. Klimaschutzanstrengungen sind zugleich eine wirtschaftspolitisch sinnvolle Investition, die für eine aktive Klimaschutzpolitik ökonomische Anreize zu einem vernünftigen Umgang mit fossilen Energierohstoffen setzen kann. Deren verschwenderische Nutzung sollte mit Blick auf die absehbaren Bedürfnisse einer wachsenden Weltbevölkerung nicht fortgesetzt werden. Zur Generationengerechtigkeit gehört die Schaffung von technologischen Optionen.

Die sächsische FDP setzt deswegen neben mehr Energieeffizienz auf einen umweltverträglich breiten und technologieoffenen Energiemix. Ziel muss es sein, die fossilen Energieträger nach und nach zu ersetzen. Vision der FDP ist eine Energieproduktion, die den natürlichen Treibhauseffekt nicht verstärkt. Wir wollen, dass Deutschland als Hightech-Standort seine Kräfte darauf konzentriert, eine energiewirtschaftliche Technologieführerschaft zu entwickeln und auszubauen.

(Beifall bei der FDP)

Auch hierbei geht es vorrangig um die Steigerung der Energieeffizienz, unter anderem durch verlustärmere Stromübertragung, und um Techniken klimaneutraler Energiegewinnung. Vor allem müssen wir Geld ausgeben für die Forschung – und nicht für die Betreuung –, für Biomasse, Geothermie, Fotovoltaik, Kernforschung und Windenergie auf See. Ich hätte nichts gegen sächsische Windkraftträder auf See. Es geht um modernste Abscheide- und Einleitungstechniken für Treibhausgase, alternative Antriebe sowie eine Versorgungsinfrastruktur für Wasserstoff als Speichermedium.

Priorität hat auch die Energiespeicherforschung, um jene Erneuerbaren Energien, die eben nicht ständig verfügbar sind, in einfache, transportierbare und lagerfähige Formen mit hoher Energiedichte zu bringen und sie somit zeitlich unabhängig verfügbar zu machen. Die Energieversorgung der Zukunft muss deshalb unter Wahrung eines breiten, technologieoffenen Energiemix stärker als bisher auf Erneuerbare Energien und auf CO<sub>2</sub>-reduzierte Energieproduktion aus Kohle setzen, sofern die dauerhafte Lagerung des CO<sub>2</sub> sichergestellt werden kann. Dabei ist es nicht Aufgabe der Politik, heute zu entscheiden, welcher Energiemix in 20, 30 oder 50 Jahren realisiert werden soll oder kann. Vielmehr muss die Politik heute Optionen öffnen, mit denen alle potenziell wirtschaftlich

und ökologisch vertretbaren Energieerzeugungstechnologien eine Chance bekommen.

(Beifall bei der FDP)

Mit dem Bau des neuen effizienten Grundlastkraftwerksblocks in Boxberg werden ältere Kraftwerke mit deutlich geringerem Wirkungsgrad und einer deutlich höheren Kohlendioxidemission vom Energiemarkt verdrängt. Deshalb geht der vorliegende Antrag der GRÜNEN in die falsche Richtung, und wir werden ihn ablehnen.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

**3. Vizepräsident Gunther Hatzsch:** Das war der Sprecher der FDP-Fraktion. Der Abg. Schmidt, fraktionslos, möchte noch sprechen.

**Mirko Schmidt, fraktionslos:** Sehr geehrte Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wieder einmal geht es um das Thema Energiewirtschaft, zu dem ich mich bereits bei den vergangenen Anträgen geäußert hatte. Wo wir derzeit mit den Preisen für Energie in Deutschland stehen, weiß jeder. Wir wissen auch, dass wir zum Großteil von Importen abhängig sind und daher nicht Einfluss auf die Preisgestaltung nehmen können.

Ich machte bereits darauf aufmerksam, dass nur eine Abkoppelung vom ausländischen Energiemarkt, und sei diese nur eine teilweise, dazu führen könnte, dass Energie in Deutschland wieder bezahlbar werden würde. Über Braunkohle verfügt nun einmal unser Land. Weshalb sollten wir diese einheimische Energieressource nicht nutzen? Wir wissen doch, dass sich Erneuerbare Energien nur bescheiden auf dem Strommarkt ausnehmen. Außerdem sollte man, wenn man das Wort Boxberg hört, nicht unbedingt mehr an die qualmenden Schloten der DDR-Energiewirtschaft denken. Filtersysteme ermöglichen heutzutage eine nahezu optimale Sicherung für unsere Umwelt, was Nachrüstungen in unserem Nachbarland Tschechien bewiesen haben. Denkt man vielleicht, dass das Unternehmen Vattenfall die Norm für Schadstoffausstoß nicht kennt? Arbeitsplätze, meine Damen und Herren, bringt dieses Unternehmen allemal.

Sie können mir glauben, dass ich sofort für eine Alternative wäre. Aber die haben wir noch nicht, und daher bin ich schon dafür, dass man im Zeitraum bis zur Einführung einer wirklich effizienten und vor allem bezahlbaren Energiealternative erst einmal an dem Projekt Boxberg festhält und an dieses herangeht. Daher lehne ich diesen Antrag der Fraktion GRÜNE ab.

Danke.

**3. Vizepräsident Gunther Hatzsch:** Das war die Runde der Abgeordneten. Gibt es weiteren Aussprachebedarf seitens der Koalitionäre, der Fraktionäre? – Nein. Die Staatsregierung hat das Wort.

**Stanislaw Tillich, Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft:** Vielen Dank, Herr Präsident! Meine

Damen und Herren Abgeordneten! Liebe Abgeordnete der Koalitionsfraktionen! Es ist ein wunderschöner Tag für mich heute, denn heute Früh haben die GRÜNEN die Linksfraktion.PDS bezüglich ihres Antrages belehrt, und jetzt, heute Nachmittag, belehrt die Linksfraktion.PDS die GRÜNEN über ihren Antrag. Es ist ein wunderschöner Tag für mich.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Ich will aber zum Thema selbst sprechen, Herr Lichdi. Die Fraktion der GRÜNEN fordert im Kern ihres Antrages, den Bau eines neuen Kraftwerksblockes in Boxberg – so haben Sie es ja deutlich in der Presse mehrmals verkündet – mit aller Macht und allen Mitteln zu verhindern. Ich möchte es Ihnen, meine Damen und Herren, vorwegnehmend sagen, dass ich allen Mitgliedern des Sächsischen Landtages zustimme, die der Auffassung sind, dass ein Kraftwerksneubau auf Basis von Braunkohle nur schwer als ein Beitrag zum Klimaschutz gewertet werden kann.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dazu, meine Damen und Herren von den GRÜNEN, muss man aber nicht Grüner sein, um das zu erkennen. Aber im Gegenzug, Frau Hermenau – wo ist sie denn, interessiert sie vielleicht diese Debatte nicht? –, denken zumindest wir von der Regierung und von der Regierungskoalition weiter.

Lassen Sie uns den Neubau und seine Alternativen genauer betrachten.

Zunächst für den Rechtsanwalt zur Rechtslage. Ein Unternehmen hat nach dem Bundes-Immissionschutzgesetz einen Rechtsanspruch auf Genehmigung,

(Johannes Lichdi, GRÜNE: § 6!)

wenn es die gesetzlichen Anforderungen an Bau und Betrieb einer Anlage einhält. Die Versagung einer solchen Genehmigung wäre ein Rechtsbruch. Ein Rechtsanspruch bestünde auch dann, wenn die Anlage ein Produkt erzeugt, das niemand braucht oder das vielleicht unverkäuflich wäre. Das ist bei diesem Produkt, nämlich bei der vorgesehenen Stromproduktion, aber nicht der Fall. Ganz im Gegenteil. Sachsen ist bei der Verstromung von heimischer Braunkohle Nettoexporteur von Strom. Das heißt aber auch, die durch Naturgesetz vorgegebene Entstehung von Kohlendioxid geschieht in Sachsen und schlägt hier deutlich zu Buche. Die Klimabilanzen anderer Länder aber profitieren dagegen von dem importierten Strom aus Sachsen. Also wird dort quasi CO<sub>2</sub>-frei bilanziert.

Mit der Errichtung eines hocheffizienten Kraftwerks, das weltweit Maßstäbe im Wirkungsgrad setzt, kann die Stromerzeugung ineffizienter Kraftwerke ersetzt werden. Der zweite Block von Boxberg 4 wird 2010, wenn er an das Netz geht, das effizienteste Braunkohlekraftwerk weltweit sein.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich wiederhole es gern: weltweit!

Nun, meine Damen und Herren von den GRÜNEN, hören Sie genau zu. Im Gegenzug zu dem Bau der neuen Blöcke in Boxberg und Lippendorf vereinbarte die Sächsische Staatsregierung mit der Energiewirtschaft eine Schließung der Kraftwerke Hagenwerder und der Blöcke 1 und 2 in Boxberg. Das ist nicht selbstverständlich, das wissen die, die es damals politisch mit begleitet haben. Aber selbstverständlich ist es auch nicht, wenn man betrachtet, dass in anderen Bundesländern Braunkohlekraftwerke mit noch schlechteren Wirkungsgraden als den bei uns stillgelegten Kraftwerken weiter am Netz gelassen wurden. Die zuständige Umweltministerin hieß Barbara Höhn.

(Dr. Martin Gillo, CDU: Welche Partei war das?)

– Von den GRÜNEN und in Nordrhein-Westfalen.

Meine Damen und Herren! Sie kennen unser Ziel, in spätestens 100 Jahren unseren Energiebedarf zu 100 % aus Erneuerbaren Energien zu decken. Das habe ich formuliert, und dazu stehe ich auch.

(Gottfried Teubner, CDU: Da leben wir alle nicht mehr! – Allgemeine Heiterkeit)

Auf dem Weg zu diesem Ziel, meine Damen und Herren, gilt es drei wesentliche Hürden zu nehmen.

Zum Ersten müssen wir es schaffen, die Effizienz der Energienutzung deutlich zu erhöhen. Da stimme ich mit den Rednern, die das gefordert haben, überein. Energie sparen, das heißt vor allem Wärme und Strom sparen, müssen wir, wenn es uns gelänge, zum Massenphänomen ausbauen. Sachsen ist bereits auf gutem Wege. Wir haben deutschlandweit als Erste einen Gebäudeenergiepass eingeführt und werden nun gemeinsam, Wirtschaftsministerium und wir, einen Gewerbeenergiepass entwickeln. Beide Energiepässe werden helfen, Energie in Größenordnungen einzusparen. Jede nicht verbrauchte Energieeinheit, jede so gesparte Megawattstunde entlastet das Klima und schont die Ressourcen, sowohl die fossilen als auch die erneuerbaren.

Zum Zweiten müssen wir den Energiekreislauf schließen. Jede Generation darf nur die Energieressourcen verbrauchen, die ihr die Sonne in zehntausendfachem Überschuss täglich schickt. Lassen Sie uns diese Sonnenkraft ernten in Form von Biomasse, Wind oder durch direkte Umwandlung. Der Geothermie kommt zukünftig noch eine stärkere Bedeutung zu. Die Nutzung der Erneuerbaren Energien hat in Sachsen einen guten Stand erreicht. Wir liegen über dem Durchschnitt des Bundes, wie ich kürzlich in der Landespressekonferenz konstatieren durfte. Glauben Sie mir, meine Damen und Herren, auch wir wünschten uns, dass der Ausbau noch schneller ginge. Aber hier hat Kollege Lehmann richtigerweise darauf hingewiesen, dass Beharrlichkeit und kontinuierliche Arbeit bessere Ratgeber sind als Unbeherrschtheit und staatliche oder dirigistische Eingriffe.

Denn wir müssen zum Dritten dafür sorgen, dass in der Übergangszeit bis zur Erreichung der eben genannten

Ziele eine sichere Energieversorgung für unser Land gewährleistet bleibt. Wie kann man diese Sicherheit besser gewährleisten als auf der Basis heimischer Rohstoffe, zunächst leider oder Gott sei Dank eben fossiler, auf die wir zurückgreifen können und müssen?

Es kann nicht unser Ziel sein, diese für den Übergang noch notwendige Investition in Sachsen zu verhindern. Damit forcieren wir nur den Weiterbetrieb technologisch veralteter Kraftwerke. Ich glaube auch, dass das die GRÜNEN nicht wollen. Nein, wir wollen, dass die heute aus verschiedenen Gründen noch notwendige Verstromung von Braunkohle auf technologisch höchstem Niveau erfolgt.

Dabei sind wir uns alle bewusst, dass der Kohleabbau im Tagebau immer sehr schwierige Abwägungen und Entscheidungen mit sich bringt. Wir bekennen uns aber zu dieser Verantwortung und stellen uns ihr – anders, als es die GRÜNEN in Nordrhein-Westfalen getan haben, die entgegen ihrem Wahlversprechen letztendlich doch die Abaggerung von Gartzweiler ermöglicht haben.

Da stellt sich schon die Frage nach der Glaubwürdigkeit der grünen Politik, wenn Sie – einerseits dort in der Regierung befindlich – diesem zustimmen und hier in der Opposition genau das, was wir in Sachsen tun wollen, verhindern wollen.

(Beifall bei der CDU)

Zum Schluss ein letzter Aspekt. Derzeit sichert die Braunkohle in Sachsen noch heimische Arbeitsplätze; sie schafft Werte – ob beim Bau des Kraftwerkes oder später beim Betrieb. Ihre Forderung, meine Damen und Herren von den GRÜNEN, zu Ende gedacht, müssten wir auch die anderen Kraftwerke – Boxberg und Lippendorf – abschalten. Der Strom käme dann sicher immer noch aus der Steckdose. Aber wie viel mehr CO<sub>2</sub> hätte er aufgrund schlechterer Wirkungsgrade auf dem Buckel? Wie stark importabhängig vom Wohlwollen des Nahen Ostens oder Russlands wäre diese Energie? Zudem wären die sächsischen Arbeitsplätze und die Wirtschaftskraft der Braunkohlenverstromung für Sachsen verloren. Dann könnten Sie, meine Damen und Herren von den GRÜNEN, sich vor die Menschen in der Lausitz stellen und verkünden, dass sie von nun an zu Hause bleiben könnten. Gleichzeitig käme Strom aus einem Kraftwerk, welches nicht einmal 20, 30 Kilometer entfernt ist: in Turow. Und auf die Bedingungen – sicher nach EU-Standard –, zu denen dort Strom produziert würde, hätte weder die Sächsische Staatsregierung noch die sächsische Opposition Einfluss.

Deswegen lassen Sie uns diese wenig hilfreiche Debatte zu Ende führen und dafür sorgen, dass die heimische Braunkohle durch die weltweit beste Übergangstechnologie so effizient wie möglich zur Stromgewinnung genutzt wird. In der gewonnenen Zeit werden wir die noch bestehenden Probleme wie Speicherbarkeit, Grundlastfähigkeit, höhere Veredlung der Ressourcen bei der Nutzung Erneuerbarer Energien lösen müssen.

Wie ich vor wenigen Tagen zeigen konnte, arbeiten in Sachsen bereits mehr als 4 700 Beschäftigte für die Erneuerbaren Energien. Das sind schon mehr als heute direkt Beschäftigte im Braunkohlenbergbau und in den Kraftwerken Lippendorf und Boxberg zusammen.

In nicht allzu ferner Zukunft – davon bin ich überzeugt – wird auch beim Stromverbrauch die Braunkohle gegenüber den Erneuerbaren Energien in ihrer Bedeutung nachlassen. Aber bis dahin steht Boxberg für Stabilität der Energieversorgung.

Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU, der SPD,  
der FDP und der Staatsregierung)

**3. Vizepräsident Gunther Hatzsch:** Es erhebt sich kein Widerspruch, dass Herr Lichdi sofort das Schlusswort hält – oder möchte noch jemand vorher das Wort ergreifen? – Das ist nicht der Fall. Herr Lichdi, 3 Minuten, zum Schlusswort.

**Johannes Lichdi, GRÜNE:** Sehr geehrter Herr Präsident! Sie haben mich jetzt eindrucksvoll widerlegt – Sie sind sich alle einig. Es ist ja klar: Die GRÜNEN sind irgendwie nicht so richtig kompetent, sie sind unglaublich unwürdig usw. usf.

(Heiterkeit und Beifall bei  
der CDU, der SPD und der FDP)

Aber, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, was Ihnen nicht gelungen ist: sich tatsächlich dem Problem, das ich aufgegriffen habe und das Sie verbal wenigstens anerkannt haben, auch nur ansatzweise zu stellen. Dieses Kraftwerk, das Sie hier so bejubeln, wird eine Laufzeit von 40 bis 45 Jahren haben. Sie haben gesagt, wir haben eine Vereinbarung getroffen, dass wir andere vom Netz nehmen. Wir wissen aber auch alle, dass die bestehenden Kraftwerke Boxberg und Lippendorf und das neue bis um die Jahrhundertwende ungefähr 33 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> emittieren werden.

Selbst wenn wir den von Ihnen so oft beschworenen Exportanteil abrechnen wollen – das sind ungefähr zehn Millionen Tonnen –, dann sind wir immer noch in Dimensionen, in Größenordnungen über dem Ziel, was jeder, der sich einigermaßen mit Klimapolitik und mit den notwendigen Reduktionszielen beschäftigt, als notwendig anerkennt. Das ist das 80-Prozent-Reduktionsziel. Das wäre für Sachsen ungefähr bei zehn Millionen, nehmen wir die zehn Millionen dazu, wären wir bei 20 Millionen, und dann haben wir noch nicht einmal den Verkehrsbereich, den Haushaltsbereich, den Kleingewerbebereich und die anderen CO<sub>2</sub>-Emissionsbereiche angesprochen.

Nein, Sie sind nicht sehr überzeugend, Herr Tillich. Sie haben gesagt, wir können hier nach der bestehenden Rechtslage nichts machen – § 6 Abs. 1 Bundes-Immissionsschutzgesetz ist mir bekannt. Aber was Sie dabei natürlich verdrängt haben, ist Ihre Stellungnahme zum NAP II. Dort haben Sie zu der Bevorzugung – –

Deswegen war Ihr Beitrag, Frau Runge, wieder ein unerträglich Eiertanz. Sagen Sie doch, was Ihre Position dazu ist; es war unerträglich.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf der Abg.  
Dr. Monika Runge, Linksfraktion.PDS)

Die Bundesregierung hat in ihrem Vorschlag eine unglaubliche marktwirtschaftsferne und wettbewerbsverzerrende Subventionierung der schmutzigsten Braunkohle- und Steinkohletechnologien gefordert, und Sie setzen noch einen drauf. Genau dort liegt Ihre Verantwortung. Das können Sie mit Ihren wohlfeilen Worten und mit Ihren Angriffen nicht überdecken, Herr Lehmann – „destruktiver Bodensatz“, „unpatriotisches Verhalten“ –; wenn Sie das allen Ernstes behaupten – vielleicht können Sie in einer ruhigen Minute, wenn Sie daheim sind, noch einmal darüber nachdenken.

(Gottfried Teubner, CDU: Niemals! – Weitere  
Zurufe von und Heiterkeit bei der CDU)

Das zeigt sozusagen, dass Sie keine Argumente haben, liebe CDU-Fraktion,

(Rita Henke, CDU: Oh, oh!)

und dass Sie keinen anderen Weg wissen, als sich mit diesen Beleidigungen zu behelfen.

Ich prophezeie Ihnen: Sie werden damit keinen Erfolg haben. Die Problemlage wird sich – ob Sie es wollen oder nicht – zurückmelden, und je länger wir damit warten, ernsthaft eine Klimapolitik zu betreiben, desto brutaler werden die Umsteuerungsnotwendigkeiten werden und desto schwerer wird es uns fallen. Wir werden uns hier wiedersehen!

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**3. Vizepräsident Gunther Hatzsch:** Danke. – Meine Damen und Herren, wir kommen zur Abstimmung. Es ist mehrfach punktweise Abstimmung gewünscht worden; wir werden also über die drei Punkte getrennt abstimmen.

Ich beginne mit Punkt 1. Ich nenne noch einmal die Drucksachenummer: 4/5526. Wer dem Punkt 1 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Die Stimmenthaltungen? – Mit einer Enthaltung ist Punkt 1 mit Mehrheit abgelehnt.

Ich rufe den Punkt 2 auf. Wer möchte dem zustimmen? – Die Gegenprobe! – Die Stimmenthaltungen? – Bei gleichem Stimmverhalten ist Punkt 2 ebenfalls abgelehnt.

Ich rufe den Punkt 3 auf. Wer stimmt dem zu? – Hier ändert sich das Abstimmungsverhalten. Wer ist dagegen? – Die Enthaltungen? – Die Zahl der Enthaltungen ist gestiegen, die Zahl der Pro-Stimmen zurückgegangen. Damit ist Punkt 3 und somit der gesamte Antrag abgelehnt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Damit ist dieser Punkt abgeschlossen.

Herr Abg. Kosel hat darum gebeten, eine persönliche Erklärung abzugeben. Herr Kosel, bitte schön.

**Heiko Kosel, Linksfraktion.PDS:** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte eine Erklärung zum Abstimmungsverhalten abgeben, da der Abstimmung eine für mich ernsthafte Gewissensentscheidung zugrunde lag.

Ich habe dem vorliegenden Antrag in allen drei Punkten zugestimmt, da mir klar ist, dass die Erweiterung des Kraftwerkes Boxberg nicht ohne eine großflächige Erweiterung von Tagebauen in der Region vonstatten gehen kann. Oder anders ausgedrückt: Ohne den neuen Block in Boxberg besteht keine Grundlage zur Überschreitung der so genannten AB-Linie. Es besteht auch keine Grundlage zur Inanspruchnahme des so genannten Vorranggebietes und damit zur Vernichtung der sorbischen Kulturregion um Schleife.

Eine solche weitere Vernichtung sorbischen Siedlungsgebietes ist für mich durch nichts zu rechtfertigen, zumal es sich um eine Region handelt, die kulturell und sprachlich zu den originellsten gehört, die die Sorben präsentieren können und die auch die deutsche Politik gern präsentiert.

Ich habe mich, als ich über die heutige Abstimmung nachdachte, gefragt: Was ist Artikel 6 Abs. 2 Satz 2 unserer Verfassung wert, in dem es heißt, dass der deutsch-sorbische Charakter des sorbischen Siedlungsgebietes zu bewahren ist, wenn gerade die Region, die diesen speziellen Charakter mit am originellsten prägt, in die Grube fährt? Ich habe mich außerdem gefragt: Was sind die Unterschriften unter das Europäische Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten oder

unter die Europäische Rahmencharta wert, wenn große Teile der Schleifer Region vernichtet werden?

Dies war für mich Veranlassung, mich dafür zu entscheiden, mich mit allen mir möglichen und gebotenen Mitteln für den Erhalt der Schleifer Region einzusetzen. Ich bin gehalten, zu dieser Gewissensentscheidung zu stehen – unabhängig davon, wie hier in diesem Hohen Hause die Mehrheiten ausfallen oder gar in meiner eigenen Fraktion. Denn nur diesem unserem Gewissen – und nicht Gewinninteressen von Energiekonzernen oder von diesen bestimmten Lobbygruppen oder geformten Mehrheitsweisungen – sind wir als Abgeordnete verpflichtet.

Ich möchte Sie daher alle bitten, dass die Entscheidung, die wir bezüglich dieser Region fällen, nicht hier am grünen Tisch geschieht, sondern dass wir vor Ort gehen und mit den betroffenen Menschen direkt die Entscheidung beraten und fällen und sie nicht im Unklaren lassen über das, was in Zukunft gegebenenfalls auf sie zukommt.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS  
und den GRÜNEN)

**3. Vizepräsident Gunther Hatzsch:** Danke schön.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die 53. Sitzung des Sächsischen Landtages ist somit beendet. Morgen findet die 54. Sitzung statt. Jetzt machen Sie noch das Beste aus den Stunden!

(Schluss der Sitzung: 17:45 Uhr)

---

**HERAUSGEBER:**

Sächsischer Landtag  
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1  
01067 Dresden

[www.landtag.sachsen.de](http://www.landtag.sachsen.de)

**HERSTELLUNG:**

Sächsischer Landtag  
Parlamentsdruckerei  
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1  
01067 Dresden  
Tel.: 0351-4935269  
Fax: 0351-4935481

**VERTRIEB:**

Sächsischer Landtag  
Informationsdienst  
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1  
01067 Dresden  
Tel.: 0351-4935341  
Fax: 0351-4935488